Mittwoch, 10. April 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 83 - 15.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Schadstoffarme Autos: Das Bundeskabinett beschließt heute die neuen Kfz-Steuererleichterungen. Aufgrund der Brüsseler Vereinbarungen müssen sie niedriger ausfallen als bisher zugesagt. (S. 4)

Einbestellt: Nach der Erschießung eines Libyers in Bonn ist gestern der libysche Geschäftsträger in der Bundesrepublik, Imberesh, ins Auswärtige Amt einbestellt und über die Haltung seiner Regierung zu dem Vorfall befragt worden.

Kernkraft: Bundesinnenminister Zimmermann gab grünes Licht für die umstrittene Brennelementefabrik der Firma Alkem in Hanau. In der erforderlichen Stellungnahme heißt es, aus der Sicht der Anlagensicherheit und des Strahlenschutzes seien die Voraussetzungen für die Genehmigung gegeben.

Terrorismus: Generalbundesanwalt Rebmann hat gestern auch die Ermittlungen zum jüngsten Sprengstoffanschlag auf die NATO-Pipeline bei Iggingen (Baden-Württemberg) übernommen. In einer von der RAF angemieteten Wohnung in Frankfurt waren 1984 Aufzeichnungen über die Pipeline gefunden worden.

Flucht: In Uniform aber ohne Waffen flüchtete ein 20jähriger „DDR"-Soldat gestern über die Grenze in den Kreis Fulda.

Sudan: Die Führer der Berufsverbände haben nach Verhandlungen mit dem neuen Machthaber General Sewar el-Dahab ihre Mitglieder zur Rückkehr an die Arbeit aufgerufen.

Gespräch: Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko will Mitte Mai in Wien an den Feiern zum 30. Jahrestag der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages teilnehmen. Beobachter gehen davon aus, daß Gromyko bei dieser Gelegenheit mit US-Außenminister Shultz über einen möglichen Gipfel redet.

Moslemschulen: Die afghanische Regierung hat erstmals einen Minister für islamische Angelegenheiten ernannt. Darin sehen Beobachter den Versuch des kommunistischen Regimes, breitere Unterstützung aus der Bevölkerung zu bekommen.

Offerte: Die Aufnahme von Verhandlungen über eine friedliche Wiedervereinigung beider Koreas hat Nordkorea vorgeschlagen. Seoul hatte erst kürzlich Vorschläge für Gespräche über humanitäre Fragen akzeptiert.

Carl Schmitt: Der Staatsrechtler Carl Schmitt ist im Alter von 97 Jahren gestorben. Schmitt lehrte von 1916 bis 1945 an deutschen Hochschulen. Besonders sein Eintreten für einen „Führerstaat" stieß auf starke Kritik.

ZITAT DES TAGES



» Wir werden es nicht tatenlos hinnehmen, wenn Ausländer bei uns auf diese Weise tätig werden. Hier müssen alle zivilisierten Staaten zusammenhalten «

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) zu dem jüngsten Attentat auf einen Libyer in Bonn

FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

[illegible]: Vertreter von Kirchen und Finanzministerium wollen morgen in Bonn erneut über die Auswirkungen der Steuersenkung auf die Kirchensteuereinnahmen beraten. Im Vergleich zu Bund, Ländern und Gemeinden befürchten die Kirchen überproportionale Steuerausfälle. (S. 11)

Japan: Die Regierung hat gestern Maßnahmen bekanntgegeben, die auf eine weitere Öffnung des Binnenmarktes abzielen. Sie hofft, damit den Handelskonflikt mit den USA und der EG zu entschärfen. (S. 11)

Schuldenkrise: Nach den Umschuldungsvereinbarungen Mexikos von einer Lösung der Schuldenkrise zu sprechen wäre sicherlich verfrüht. Auch in Argentinien, Peru und Bolivien ist die Lage äußerst prekär. (S. 12)

Börse: Bei nur schwachem Geschäft zeigte sich der Aktienmarkt widerstandsfähig. WELT-Aktienindex 175,9 (175,8). Der Rentenmarkt war gut behauptet. BHF-Rentenindex 101,107 (101,111). Performance-Index 100,230 (100,205). Dollar-Mittelkurs 3,1530 (3,1560) Mark. Goldpreis je Feinunze 323,10 (317,00) Dollar.

KULTUR

Altertümer: Einen unersetzlichen Kulturverlust in der arabischen Welt bewirkten die jahrelangen Abbrucharbeiten in den alten Suks (Basaren) rund um die Omayyaden-Moschee von Alt-Damaskus. Offiziell wurde Stadtsanierung als Grund angegeben, vorrangig dürften jedoch Sicherheitserwägungen der Geheimpolizei gewesen sein. (S. 19)

Wien: Keine Kunstausstellung im üblichen Wortsinn, sondern ein in die Anschaulichkeit gehobenes Stück Kulturgeschichte ist die Schau „Traum und Wirklichkeit – Wien 1870 bis 1930" im Wiener Künstlerhaus. Anhand von weit über 2000 Exponaten wird die Geschichte der Stadt in ihrem ganzen Facettenreichtum nachgezeichnet. (S. 19)

SPORT

Fußball: Der Kölner Klaus Allofs wurde von Teamchef Franz Beckenbauer wieder ins DFB-Aufgebot für das Länderspiel am 17. April gegen Bulgarien in Augsburg berufen.

Doping: Das Internationale Olympische Komitee (IOC) will Blutdoping und Betablocker verbieten. Bei Verstoß soll der Ausschluß von den Spielen erfolgen. (S. 8)

AUS ALLER WELT

„Wilde" Ehen: Die Zahl der unverheiratet zusammenlebenden Paare in der Bundesrepublik hat sich seit 1972 auf jetzt eine Million vervierfacht. (S. 20)

Piratenstück: Elf Jahre Haft erhielt in Piräus der griechische Schiffsagent Nikos Mitakis wegen Anstiftung zur Versenkung eines Öltankers, dessen Ladung zuvor heimlich nach Südafrika verkauft worden war. (S. 20)

Wetter: Wechselnd bewölkt mit Schauern. 10 bis 15.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Waigel: Nur SDI-Beteiligung garantiert Europas Sicherheit

„Ich wundere mich über die Haltung mancher Moralisten" / WELT-Gespräch

MANFRED SCHELL, Bonn

Eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland und Europas an der Forschung für die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) der Amerikaner hat der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, gefordert. In einem WELT-Gespräch sagte Waigel gestern, eine solche Mitwirkung sei hauptsächlich aus zwei Gründen „zwingend": 1. Ein Land wie die Bundesrepublik, das darauf angewiesen sei, „in der Technologie vorn zu sein, und das keine Märkte verlieren darf, muß beim technologischen Sprung in das nächste Jahrtausend dabeisein. Es darf nicht zurückhängen, sich nicht abkoppeln". Der zweite Grund sei, daß „nur dadurch die Europäer ihre sicherheitspolitischen Interessen zur Geltung bringen können".

Waigel hält eine Bundestagsdebatte über das SDI-Programm, wie sie noch in diesem Monat vorgesehen ist, „für nützlich", um die Auswirkungen dieser Konzeption – „vor allem auch deren moralische Komponente" – darzustellen. Dabei werde auch der Blick auf die seit mehr als einem Jahrzehnt andauernden Anstrengungen der Sowjetunion auf diesem Gebiet zu richten sein.

Bei der CSU gebe es, was die Haltung zur Beteiligung an der SDI-Forschungsphase betreffe, „keine widersprüchliche Meinung". Auf Vorbehalte vor allem bei Außenminister Genscher (FDP) und dessen Staatsminister Möllemann angesprochen, antwortete Waigel: „Ich gehe davon aus, daß hier die Klarheit hergestellt wird, die der Bundeskanzler auf der Wehrkundetagung in München bezogen hat. Von dieser Aussage ist er nicht abgerückt. Wir gehen davon aus, daß sie nach wie vor Gültigkeit hat."

Zu der strikten Ablehnung einer Beteiligung an der SDI-Forschung durch die SPD sagte Waigel: „Ich verstehe die Haltung der SPD in keinem Punkt. Weder unter wirtschaftspolitischen und technologischen Aspekten, noch unter militärstrategischen Gesichtspunkten." Waigel: „Wenn ich mir die sicherheitspolitische Begründung der SPD ansehe, dann habe ich die Besorgnis, daß sich die SPD um die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion wesentlich mehr Sorgen macht als um unsere eigene Sicherheit und die des Westens. Das ist eine makabre Einstellung." Waigel griff die von den SPD-Politikern Bahr und Ehmke früher benutzte Formulierung von der „Perversion des Denkens" auf und fragte: „Ist es nicht eine Perversion des Denkens, wenn ein Abwehrsystem, das offensiv nicht gebraucht werden kann, überhaupt nicht erforscht werden soll?"

Zur „moralischen Komponente" des SDI-Programms merkte der CSU-Politiker an: „Ich wundere mich über die Haltung mancher Politiker und mancher Moralisten in unserem Land. Vor zwei Jahren, auf dem Höhepunkt der Nachrüstungsdebatte, wurde von ihnen gesagt, daß das Gleichgewicht des Schreckens eine Strategie darstellt, die nicht lange halten wird und die moralisch über einen längeren Zeitpunkt nicht gerechtfertigt ist. Jetzt fordert eben dieser Personenkreis, sich an SDI nicht zu beteiligen, sondern die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zu garantieren." Waigel: „Demgegenüber hat ein Abwehrsystem, das so aussehen

● Fortsetzung Seite 10

„Sowjets waren die Täter von Katyn"

Der Historiker Hillgruber widerlegt Warschauer These / WELT-Interview

DW. Bonn

Wer hat die polnischen Offiziere ermordet, die in Katyn bei Smolensk in Massengräbern gefunden wurden? Die polnische Regierung behauptet, die Deutschen hätten sie ermordet. Die WELT sprach darüber mit Professor Andreas Hillgruber (Köln), der zu den international anerkannten Autoritäten neuzeitlicher und zeitgeschichtlicher Historiographie zählt. Das Gespräch führte Herbert Kremp.

WELT: Die polnischen Behörden haben auf dem Powazki-Heldenfriedhof in Warschau einen Gedenkstein aufgestellt, der die Inschrift trägt: „Den polnischen Soldaten, Opfern der Hitlerfaschisten, die in der Erde von Katyn ruhen." Was ist 1940 in Katyn geschehen?

Hillgruber: Die Sowjetunion griff in den deutsch-polnischen Krieg am 17. September 1939 ein und nahm im Verlaufe der folgenden Wochen 217 000 polnische Soldaten gefangen. Von diesen Gefangenen sind 15 000 Offiziere verschwunden. Sie waren in drei Lagern untergebracht, in Kozelsk, in Starubelsk und Ostaskov.

Das Schicksal dieser Offiziere konnte auch durch Rückfragen des polnischen Ministerpräsidenten Sikorski bei Stalin Ende 1944 nicht aufgeklärt werden. Im April 1943 entdeckten deutsche Soldaten Massengräber in Katyn in der Nähe von Smolensk, wo, wie dann die Exhumierung zeigte, über 4100 Offiziere des Lagers Kozelsk erschossen und vergraben worden waren. Es handelt sich also um einen Teil der 15 000 Offiziere, die verschwunden sind.

Eine internationale Kommission hat damals festgestellt, daß die sogenannte Liquidierung dieser Offiziere im Frühjahr 1940 erfolgte, also über ein Jahr bevor die Deutschen während ihres Vormarsches in Rußland auch den Raum von Smolensk eroberten. Die Offiziere aus den beiden anderen Lagern sind nie aufgefunden worden. Man muß also mit einer viel größeren Zahl von Opfern des stalinistischen Terrors rechnen als die 4100 aus dem Lager Kozelsk, die bei Katyn entdeckt wurden.

WELT: Warum haben die Sowjets unter Stalin diese Offiziere getötet? Was war der Anlaß? Man hätte sie doch in Gefangenschaft belassen können, nachdem man sie schon hatte?

Hillgruber: Sowohl Hitler als auch Stalin wollten, das war ganz klar ausgedrückt in den Vereinbarungen des Herbstes 1939, niemals wieder einen polnischen Staat errichten. Die Territorien sollten in vollkommener Abhängigkeit von Deutschland bzw. der Sowjetunion gehalten werden. In der klassen-ideologischen Sicht der Sowjets waren Gutsherrn, Unternehmer, Beamte, die damals aus Ost-Polen in die Sowjetunion deportiert wurden, und eben auch Offiziere Repräsentanten der führenden Klasse Polens in der Zeit zwischen den Weltkriegen.

WELT: Kann man dieses Vorgehen als einen Soziozid bezeichnen?

Hillgruber: Wenn Sie wollen, ja. Was für Hitler die Rassenideologie war, war für Stalin die Klassen-Ideologie.

WELT: Warum flüchtet sich jetzt das Jaruzelski-Regime in die Geschichtslüge, die doch jeder durchschaut, der die Geschichte kennt?

■ Fortsetzung Seite 10

Bischof widerspricht SED-Thesen

Demke: Am 8. Mai die Leiden der Deutschen nicht verschweigen / Rühren an Tabus

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Als zweiter Bischof der mitteldeutschen Protestanten hat jetzt nach Werner Leich (Eisenach) auch der Oberhirte der Kirchenprovinz Sachsen, Bischof Christoph Demke (Magdeburg), im Zusammenhang mit dem 8. Mai 1945 an die Leiden erinnert, die den Deutschen zugefügt worden sind.

Zugleich rührte er an das Tabu der seit Jahren nicht mehr gesungenen, sondern nur noch gespielten „DDR"-Hymne: Das Singen der Hymne wird vermieden, um die Passage „Laß uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland" nicht mehr rezitieren zu müssen. Bischof Demke zitierte aus der vom ehemaligen „DDR"-Kulturminister Johannes R. Becher verfaßten Hymne die Zeile: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt".

In der Oster-Ausgabe des CDU-Blatts „Neue Zeit" setzt sich der Bischof der sächsischen Kirchenprovinz mit dem Ende der NS-Herrschaft und den unterschiedlichen Ansichten über die Schlußfolgerungen auseinander, die darüber offenbar auch in der „DDR" herrschen. Wie sein Amtsbruder Leich, der Ende März vor der thüringischen Synode der SED-These widersprochen hatte, in der „DDR" habe man quasi schon 1945 auf der Seite der Sieger gestanden, differenzierte Demke in seinem Text sehr sorgfältig:

„Wir gedenken unserer Schuld. Wir wurden befreit. Wir haben uns nicht selbst befreit. Juden, Polen, Völker der Sowjetunion wurden Opfer der Völkermordtheorien der Nazis, die auch von solchen mit ausgeführt wurden, die diese Theorien nicht teilten. Die Rote Armee hat zusammen mit den Armeen der Anti-Hitler-Koalition die Opfer auch für die Befreiung unseres Volkes getragen. Ist die Erkenntnis unserer Schuld nicht nur ein moralisches Postulat und das Schuldbekenntnis nicht nur ein Plakat, dann dürfen wir freilich auch von dem Leid sprechen, das auf unser Volk zurückgeschlagen ist ... Das Verschweigen von Leid führt auch nur zu untergründiger Aggressivität und zum ganz und gar irrealen Aufrechnen von Opfern und Schulden."

Demke widersprach in seinem Beitrag indirekt auch der SED-Behauptung von der „Unabänderlichkeit" und friedensbewahrenden Lage in Europa seit 1945: „Österlicher Realismus gibt den Blick frei für die Gnade und Chance des Neubeginns. Die durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten in Europa sind dann nicht das Ende, sondern der Anfang neuer Möglichkeiten." Die Realitäten selbst seien „noch nicht der Garant des Friedens", sondern in ihnen müßten „Möglichkeiten des Friedens" entdeckt werden.

Der thüringische Landesbischof Werner Leich hatte vor der Synode in Eisenach Ende März ein weiteres in der „DDR" tabuisiertes Thema angesprochen: den Weiterbestand eines Internierungslagers auf dem Gelände des Konzentrationslagers Buchenwald, in dem die sowjetische Besatzungsmacht bis 1950 politische Häftlinge gefangenhielt.

Mysteriöser Vorfall vor Munitionsdepot

DW. Berchtesgaden

Drei angebliche Soldaten in einem Kübelwagen mit gestohlenem Bundeswehr-Kennzeichen haben vergeblich versucht, sich Eingang in das Munitionsdepot der Bundeswehr in Neukirchen bei Teisendorf im Landkreis Berchtesgadener Land zu verschaffen. Sie ergriffen die Flucht, als sie bemerkten, daß die Wachsoldaten am Eingang des Depots zu einer Fahndungsliste griffen.

Das bayerische Landeskriminalamt in München berichtete, eine Ringalarm-Fahndung nach den drei jungen Männern sei erfolglos verlaufen.

Das Kennzeichen des Kübelwagens Y-623 462 war nach Angaben der Polizei im November vorigen Jahres in Norddeutschland gestohlen worden. Der Vorfall ist bislang noch ungeklärt. Die Polizei schloß aber einen terroristischen Hintergrund nicht aus.

Lafontaine neuer Ministerpräsident

rtr, Saarbrücken

Vier Wochen nach seinem Wahlsieg ist der saarländische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine gestern zum neuen Ministerpräsidenten dieses Bundeslandes gewählt worden. In der konstituierenden Sitzung des Landtags entfielen alle 26 Stimmen der SPD-Fraktion auf den bisherigen Saarbrücker Oberbürgermeister. Die 20 Abgeordneten der CDU sowie die fünf FDP-Parlamentarier stimmten gegen ihn.

An die Wahl Lafontaines schloß sich die Bestätigung der acht Minister seines Kabinetts durch den neuen Landtag an. Die Grundzüge seiner Politik will Lafontaine am 24. April in seiner ersten Regierungserklärung darlegen.

Mit dem 41jährigen Lafontaine übernimmt erstmals in der 28jährigen Geschichte des jüngsten Bundeslandes ein Sozialdemokrat die Regierung.

Oman erwägt den Kauf von Tornados

cvb. Muscat

Das Sultanat Oman, zweitgrößter Staat auf der arabischen Halbinsel und Wächter über die Straße von Hormuz, will nach Angaben militärischer Kreise möglicherweise zwölf bis 14 Kampfflugzeuge vom Typ Tornado (Luftverteidigungsversion) kaufen. Eine endgültige Entscheidung über den Kauf ist allerdings noch nicht gefallen. Zur Debatte stehe auch, so die Informationen, die amerikanische F-16.

Wenn sich das prowestliche Sultanat für den Tornado entscheiden sollte, würde der Auftrag formal über die Regierung in London abgewickelt werden. Wie bei dem regulären Tornado-Kampfflugzeug ist die Herstellung des ADV-Tornado auf die Partnerländer Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien verteilt. Oman benötigt die Maschinen zur Stärkung seiner Luftverteidigung.

DER KOMMENTAR

Einig Vaterland

BERNT CONRAD

Die Spaltung Deutschlands, verursacht durch den Zweiten Weltkrieg, aber kontinuierlich vertieft durch Stalin und seine Nachfolger, kann von Christen nicht als Schlußstrich der Geschichte hingenommen werden. Dies sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Daß dem, 40 Jahre nach Kriegsende, leider nicht mehr so ist, hat die gemeinsame Erklärung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der „DDR" und des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) „zum Frieden" bewiesen.

Dort fand sich die beschämend opportunistische These: „Wir bitten die Menschen, die durch den Krieg, durch seine Folgen und durch die späteren politischen Gegensätze besonderes Leid erfahren haben, nicht bitter zu werden und nicht eine Wiederherstellung früherer Verhältnisse zu verlangen, die nicht zu haben ist." Das bedeutete im Klartext eine Art Sanktionierung der deutschen Teilung – intern begründet mit der Rücksicht auf die Kirchen in der „DDR".

Um so bemerkenswerter klingen österliche Gedanken eines führenden mitteldeutschen Protestanten, des Magdeburger Bischofs Christoph Demke, zum gleichen Thema. Demke hat den Spieß umgedreht und mögliche Veränderungen nicht als „Wiederherstellung früherer Verhältnisse" attackiert, sondern mit ihnen „Gnade und Chance des Neubeginns" verbunden. „Die durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten in Europa sind dann nicht das Ende, sondern der Anfang neuer Möglichkeiten", meinte der Bischof.

Er drückte damit genau das aus, was evangelische wie katholische Christen angesichts der Wiederauferstehung Jesu empfinden sollten: Hoffnung und Trost, auch für ihr eigenes Leben und für ihr eigenes Land.

Durchaus folgerichtig erinnerte Demke an Johannes R. Bechers Text der „DDR"-Hymne, der drüben nicht mehr gesungen werden darf, weil er nach den vom Bischof zitierten Zeilen: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt", den Satz enthält: „Laß uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland." Als Becher dies 1949 verfaßte, entsprach es noch der offiziellen SED-Propaganda. Inzwischen ist das „einig Vaterland" den Kommunisten längst suspekt geworden. Für die Geschichte aber bleibt es unverrückbar auf der Tagesordnung.

Bangemann: Mit Qualität deutsche Marktanteile sichern

Hoher technologischer Stand von „vitalem Interesse"

DW. Bonn

„Allzu vordergründig" nannte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann in einem Beitrag für den WELT-Report „Hannover Messe" Bedenken, daß die deutsche Konjunktur von einem fallenden Dollarkurs negativ beeinflußt werden könnte. Nicht der Dollar, sondern die „Qualität, die Lieferzuverlässigkeit und der vorzügliche Service" seien es, mit denen deutsche Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit immer wieder unter Beweis stellten, erklärte er.

Der Wirtschaftsminister wandte sich auch gegen die Darstellung, daß hohe deutsche Einfuhren bestimmter Produkte ein Zeichen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit wichtiger Branchen in der Bundesrepublik Deutschland seien. Er wies darauf hin, daß zum Beispiel die hohen deutschen Einfuhrzuwachsraten in der chemischen Industrie und im Maschinenbau „Hand in Hand" gingen mit außergewöhnlichen Exportsteigerungen. Um diese starke Position zu halten, dürfe die Bundesrepublik Deutschland jedoch in ihren Anstrengungen, „in der Spitze der Welthandelsländer" zu bleiben, nicht nachlassen, erklärte Bangemann. Die Hannover Messe werde zeigen, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre außenwirtschaftliche Stärke, die zu Beginn der 80er Jahre in Zweifel gezogen wurde, wiedergewonnen habe. Die deutschen Marktanteile hätten sich nicht nur in den USA, sondern auch in Europa und anderen Teilen der Welt ausgedehnt.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung der deutschen Wirtschaftskraft bleibt nach wie vor der freie Zugang zu den Märkten. Deshalb ist die Abkehr von Abschottungstendenzen und der weltweite Abbau des Protektionismus ein zentraler Bestandteil der Politik der Bundesregierung. „Nur bei offenen Handelsgrenzen werden wir von den Wohlstand schaffenden Wirkungen des internationalen Handels profitieren und zu mehr Wachstum und Beschäftigung gelangen. Freier Welthandel bringt allen Ländern Vorteile", schrieb Bangemann.

Ein wesentlicher Faktor für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit ist nach den Worten von Forschungsminister Riesenhuber die Innovationskraft der Industrie. Nach jüngsten Untersuchungen steht die Bundesrepublik nicht nur innerhalb der EG an der Spitze. Auch innerhalb der OECD werde sie nur von den USA übertroffen, sagte Riesenhuber.

Riesenhuber erklärte außerdem, daß die direkte Forschungsförderung für die Wirtschaft dort notwendig sei, wo es sich um besonders risikoreiche und die Privatwirtschaft überfordernde längerfristige Vorhaben handele. Als Beispiel nannte er die Kernenergie, die Informationstechnik und die Biotechnologie.

Um auch in Zukunft eine starke Stellung aufrechterhalten zu können, müßten insbesondere Schwächen – wie zum Beispiel bei der Integration der Mikroelektronik in alle Industriebereiche – überwunden werden.

WELT-REPORT:
Ein 32 Seiten starkes Farbmagazin

Perez' Vermittlungsaktion im Golfkrieg gescheitert

Bagdad fordert globale Lösung / Wieder Giftgaseinsatz Iraks?

DW. Bagdad/Teheran

Zum Abschluß seines Aufenthalts in Bagdad hat UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar gestern nachmittag eingestanden, daß seine Vermittlungsbemühungen im Golfkrieg bisher „keine Lösung für den irakisch-iranischen Konflikt" erbracht haben. „Der Graben zwischen Iran und Irak ist immer noch sehr tief", meinte Pérez. Er kündigte jedoch an, seine Bemühungen um eine Annäherung der Standpunkte zwischen beiden verfeindeten Staaten auch weiterhin fortsetzen zu wollen.

Pérez war am Sonntag, aus Teheran kommend, in Bagdad eingetroffen und hatte noch am selben Tag ein ausführliches Gespräch mit dem irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein geführt. Nach Angaben aus informierten Kreisen in Bagdad hat Hussein dem Generalsekretär versichert, sein Land werde „ernsthaft und treu mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten". Er beharrte jedoch darauf, daß eine Regelung nur im Sinne einer globalen Konfliktlösung am Golf denkbar sei.

Der iranische Staatspräsident Khamenei hatte bei den Gesprächen mit Pérez de Cuéllar in Teheran die iranische Forderung nach der Absetzung Saddam Husseins wiederholt und sich nur zu Verhandlungen über Teilbereiche, vor allem die Einstellung des „Städtekriegs", bereiterklärt. Parlamentssprecher Rafsandschani seinerseits hatte diese Forderung kurz vor dem Abflug des UNO-Generalsekretärs nicht wiederholt.

Der iranische Oberste Verteidigungsrat hat gestern Irak erneut beschuldigt, an der Südfront Kampfgas eingesetzt und damit eine Anzahl iranischer Soldaten verwundet zu haben. Teheran fordert Pérez auf, diese erneute „Verletzung der internationalen Konventionen" durch Irak von unabhängigen Experten in Iran feststellen zu lassen.

Nach iranischen Angaben ist bei irakischen Luftangriffen die künstlerisch bedeutendste Moschee Irans, die aus dem 11. Jahrhundert stammende Freitagsmoschee, beschädigt worden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Trompetenstöße

Von Enno v. Loewenstern

Sir Geoffrey Howe, der britische Außenminister, hat Ost-Berlin besucht. Solche Ereignisse pflegen bestimmte westliche Betrachter als Durchbrüche des SED-Regimes auf dem internationalen Parkett zu feiern, die dem Regime mehr Selbstbewußtsein geben sollten. Dahinter stand die vage Spekulation auf eine innere Stärkung, die dem Regime menschliche Erleichterungen gestatten und den Sozialismus irgendwie legitimieren würde.

Aus alledem, beginnend mit UNO-Eintritt und Anerkennungswelle von außen und nun einmündend in Staatsbesuche aller Art, ist der „DDR" jedoch keine innere Anerkennung zugeflossen und konnte ihr dergleichen auch nicht zufließen; die allgemeine Ablehnung beruht ja nicht auf einem Mangel an diplomatischem Prunk, sondern auf anderen Mangelerscheinungen. Mehr Menschlichkeit gab es demzufolge nur gegen bar Kasse und nur im Rahmen dessen, was das Regime sich leisten zu können glaubte.

So daß der Howe-Besuch das Elend des Regimes nur unterstrich. Sir Geoffrey gehört nicht zu den Härtesten der Regierung Thatcher, und seine eher zweifelnden Anmerkungen zu SDI fielen jüngst erst auf. In Fragen der Menschenwürde aber kennen die Briten jene Beflissenheit nicht, die Honecker von westdeutscher Seite insbesondere im Vorfeld des beinahe zustande gekommenen Besuches umwedelte. Howe sagte ihm alles Nötige vom Grundrecht der Freizügigkeit bis zum „Trompetenstoß" von Helsinki, der „alle Mauern und Schranken in Europa zum Einsturz bringen könnte". Mit dem Erfolg, daß Honecker *seine angebliche Aufwertung* selbst herunterspielte: Raúl Castro wurde in der Parteipresse größer aufgemacht als der britische Gast, nach dem man so lange gelechzt hatte.

Als nächster kommt der Franzose Dumas, der ebenfalls für Direktheit bekannt ist – und was Honecker in der Privataudienz im Vatikan zu hören bekommen wird, kann er sich denken. Denn das mit den Trompeten und den Mauern ist dem *polnischen Papst gegenwärtig: Siehe da, ich habe Jericho* samt seinem König und seinen Kriegsleuten in deine Hand gegeben.

Cancún und die Folgen

Von August Graf Kageneck

Es war abzusehen, daß sich Präsident Mitterrands Eintreten für die Befreiung der unterdrückten Völker vom Imperialismus – enthusiastisch beim Amtsantritt verkündet und ein Jahr später weltweit im mexikanischen Cancún bekräftigt – eines Tages gegen das eigene Imperium kehren würde. Das geschah nun am letzten Wochenende in der Hauptstadt von Guadeloupe, Point-à-Pitre.

Angeregt vom „Freiheitskampf der Kanaken" in Neukaledonien, forderten Vertreter aus sieben französischen Überseeterritorien die Loslösung von Frankreich. Das Domino-Prinzip, von den USA einst im Zusammenhang mit Vietnam beschworen, bewährt sich wieder *einmal im* geostrategischen Bereich zwischen Ost und West. Fällt ein Stein, folgen die anderen.

Man kann sich fragen, man kann sich freilich selbst ausrechnen, *wem eine solche Entwicklung nützen soll.* Der französische Staatschef hat sie wahrscheinlich kommen sehen. Einige seiner Parteigänger sprechen bereits resigniert vom „Konfetti des Imperiums", das nun in alle Winde zerstreut werde. Wer aber wird die Papierschnitzel aufsammeln? Denn können sie sich natürlich keinen festen Platz in der zugigen Luft westöstlichen Kampfes um Einflußpositionen halten.

In der Karibik ist immer noch Fidel Castro der Anlaufpunkt für gewalttätige Independisten, die im Marxismus ihr Heil sehen. Im Pazifik suchen sowjetische Über- und Unterwasserflotten neue Ankerplätze. Nicht nur Frankreich, den ganzen Westen *geht die Sache etwas an.*

Nimmt man die Veranstalter der Unabhängigkeitsfeiern von Point-à-Pitre und ihre Gäste unter die Lupe, so bleibt kein Zweifel an *ihren ideologischen Neigungen. Die Leute, die nach* Unabhängigkeit ihrer Inseln vom französischen Imperialismus rufen, sind nicht bereit, das gleiche für Afghanistan oder Polen zu fordern. Hier wird also mit gezinkten Karten gespielt – ganz abgesehen davon, daß es den „Befreiten" hinterher nicht besser, *sondern eher schlechter* gehen dürfte. Würde man, wie es für Neukaledonien geplant ist, in jedem Fall das Volk befragen, und könnte das Volk völlig frei antworten, so fiele die Antwort gewiß nicht einheitlich aus.

Pflästerchen für Freunde

Von Günter Friedländer

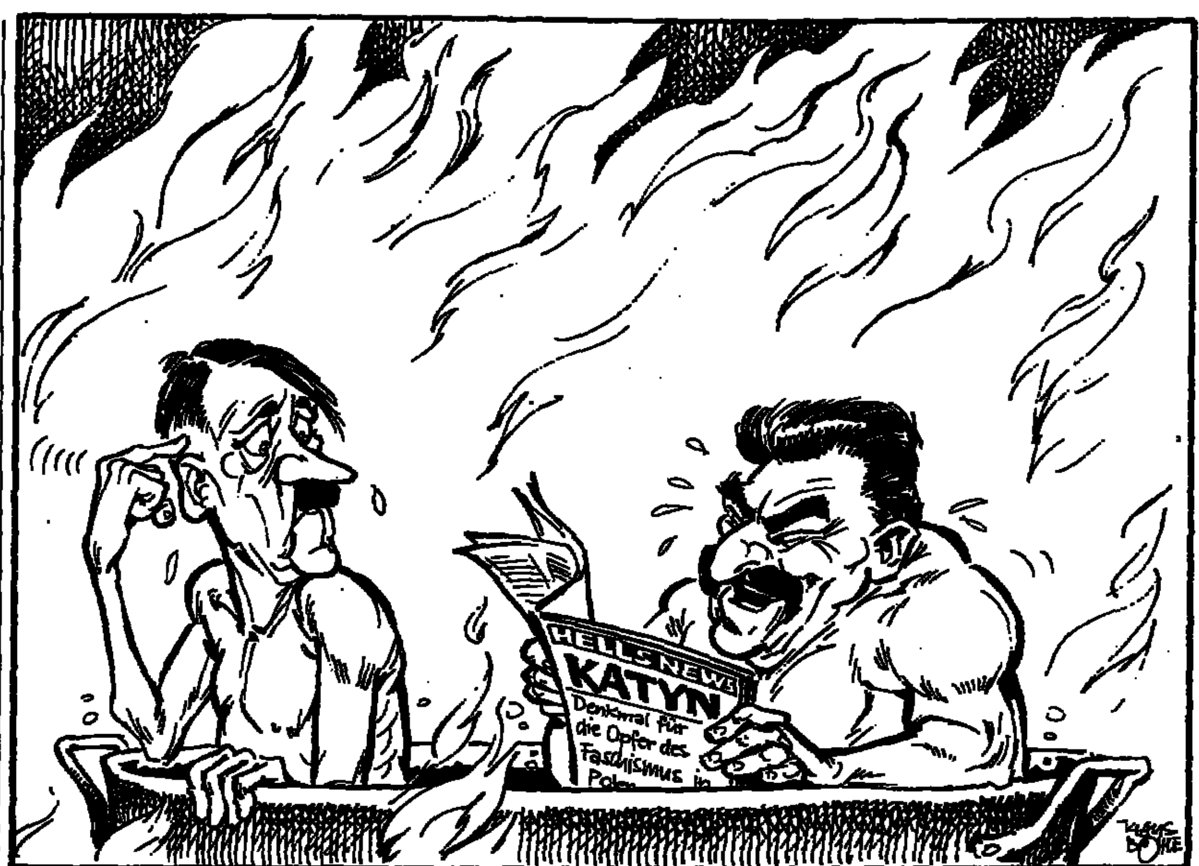
Oft beklagen die Lateinamerikaner den Mangel einer kohärenten Politik der USA für ihren Raum. Die Nordamerikaner begnügen sich damit, Erleichterung für die Probleme ihrer lateinamerikanischen Verbündeten und Freunde zu finden, statt sie mit ihnen an der Wurzel zu bekämpfen.

Das jüngste Opfer dieser „Politik der Pflästerchen", wie Lateinamerika sie nennt, ist die Karibik. Präsident Reagan entwarf zwar die „Initiative für das karibische Becken", sie wurde aber vom Kongreß wieder verwässert. Ihre Resultate sind ernüchternd, wenn nicht enttäuschend. Nicht einmal Straßenunruhen in der Dominikanischen Republik und in Jamaika ließen diejenigen *aufhorchen, die doch die* Karibik von Castros Einfluß schützen wollen.

Als die Jamaikaner vor vier Jahren Castros Freund Michael Manley abwählten, durfte sein Nachfolger Edward Seaga mit der von Reagan versprochenen Hilfe hoffen, die Probleme des *Inselstaates schnell zu lösen.* Das war jedoch nicht der Fall. Die Arbeitslosigkeit übersteigt immer noch fünfundzwanzig Prozent, Inflation dreißig Prozent. Man hat wieder einmal eine weitere Verschlechterung der Lage vermieden. Aber das ist nur ein schwacher Trost, weil damit keine bedeutungsvolle Verbesserung erzielt wurde.

In den USA findet man allerdings auch Jamaikas Gegenleistungen nicht gut genug. Es wurde in den letzten Jahren zum zweitgrößten Marihuanaversorger der USA. Das bringt Pflanzern und Händlern im Jahr eine Milliarde Dollar ein, während Jamaikas legitimes Exporteinkommen 1983 etwa 680 Millionen Dollar betrug, dreißig Prozent weniger als 1981. Jamaika sieht sich nun in der Gefahr, einen Teil der USA-Hilfe zu verlieren, weil es nicht genügend gegen den Anbau von Marihuana tue. Jede Verschlechterung der Wirtschaftslage ist aber ein neuer Anreiz, sich dem Rauschgifthandel zu widmen.

Die Politik der Pflästerchen ist auf die Dauer sehr teuer: Sie könnte zu einem neuen Grenada führen. Wichtige Handelswege der USA können in der Karibik unterbrochen werden. Umso größer ist ihre Verantwortung, diese Wege zu schützen.



„Ich lach' mich tot!" KLAUS BÖHLE

Das Reich ohne Frühling

Von Herbert Kremp

Da gibt es *kein Ostern* und keinen Frühling. Das Schlimmste für ein vereistes Regime ist es, daß die Geschichte nicht umgeschrieben werden kann. Jedenfalls solange in einem Teil der Welt, mag er groß oder klein sein, noch Objektivität herrscht, in deren granitenem Glanz die Unwahrheit sich spiegelt. Die Geschichtslüge will und muß den Geist vernichten, sonst hat sie kein Überleben. Das ist es, was die Hitler und Stalin, was ihre Regime, deren eines sich am Krieg des anderen großfraß, so gefährlich macht.

Um die Dimension der Gefahr zu ermessen, ist es von Belang, sich einen gleichsam naturforscherlichen Blick zu bewahren. Die Lüge ist eine Zumutung, und sie gewinnt an Format durch beharrliche Propaganda. Wir erwähnen als Beispiel die Lüge von Katyn. Während der freie Deutsche nicht leugnet, *daß im Reich seines Namens* Millionen Polen, Juden und Russen umgebracht wurden, muß die rechthaberische sowjetische Nomenklatura alles leugnen, was sie anrichtete – vor vierzig, vor mehr und vor weniger Jahren. Katyn, der Mord an den polnischen Offizieren; der Jumbo, der Mord an 269 Passagieren; *Arthur D. Nicholson*, die Erschießung des Amerikaners – immer trugen die anderen die Schuld, und stets vertrat das Regime die Geschichte.

So, die Nennung der Wahrheit gefährdet den Frieden? Das wird *allen Ernstes behauptet, nicht nur* gelegentlich, und oft von hoher Warte, von Kanzeln und Kanzleien. Kurioserweise sind es hauptsächlich die politischen Adepten des Aufklärers Freud, die am herzhaftesten verdrängen. Es bedarf tiefer psychologischer Erhellung, worauf die Freude am Betrogenwerden be*ruht, jene geradezu sehnsüchtige* Hast, die Eindeutigkeit sowjetischer Erklärungen in hoffnungsvolle Zweideutigkeit aufzuspalten.

Wenn Gorbatschow die Macht antritt, behauptet geschichtsphilosophischer Tiefsinn im Westen, eine „neue Zeit" breche an, obwohl offensichtlich ist, daß der „junge Mann mit der hübschen Frau" nichts anderes zu tun hat, als die Gesetze der alten Zeit zu erfüllen. Wenn der junge Mann vor dem pakistanischen Präsidenten droht, mit ihm werde es aus sein, sofern die Amerikaner den Revolutionsexport nach Nicaragua tangierten, dann schweigt der europäischen Außenminister Höflichkeit. Natürlich wünschen alle Völker die Abrüstung. Wenn aber der amerikanische Präsident die realistische Utopie einer Raketenabwehr im Weltraum (und darunter) entwirft, erklären sich plötzlich auch diejenigen für das System gegenseitiger Vernichtungs-Möglichkeit, die Helmut Schmidt gerade erst wegen seiner Nachrüstungspolitik geschaßt haben. Und wenn Gorbatschow auf der Höhe seiner nach Zahlen überlegenen strategischen und taktischen Raketenrüstung ein Moratorium bis November verkündet, schlagen die Leichtgläubigen die Hacken zusammen, obwohl sie *ohne Rechenschieber feststellen* können, daß da nur einer sein superbes Drohpotential festmachen will. Hitlers Geschichtsstunde vergessen, Klassenarbeit versäumt?

Die Sowjets wollen die militärische Überlegenheit, weil das einfach zur Raison des totalitären Systems gehört. Kein Historiker zerbricht sich darüber den Kopf. Aus der Politik jedoch hört man tagtäglich die besorgte *Mutmaßung, daß* Ronald Reagan, diese einzigartige Zumutung, die Überlegenheit anstrebe – die er dieser Unterstellung zufolge nicht besitzt. Geschähe wirklich etwas Entsetzliches, wenn der Westen die Überlegenheit schüfe – *wenn man sich bei so unscharfen* und abenteuerlichen Begriffen wie *Überlegenheit* und Gleichgewicht überhaupt aufhalten will? Ist der politische kontrollierte Westen gefährlicher als die herrschende Minderheit in den Politbüros des Ostens? *Könnte der Westen einen* Afghanistan-Krieg führen, der bald so lang dauert wie der Zweite Weltkrieg? Der Vietnam-Krieg wurde vom Fernsehen beendet, nicht von den Generälen, nicht vom Präsidenten, aber in Afghanistan werden die Leichen nicht öffentlich gezählt. Der Krieg dort fin*det unter sowjetischer Sonnenfin*sternis statt, deshalb sieht man über ihn so leicht hinweg. Was tun die Sowjets eigentlich mit ihrer militärischen Überlegenheit? Sie führen Krieg.



Wo ist da Bereitschaft zum Wandel? Gorbatschow FOTO: DPA

Die friedlichen Europäer führen Handel. Die industrielle Export-Großmacht Bundesrepublik bezieht daraus ihr gutes Leben plus Umweltschutz. Sie ist der größte westliche Handelspartner der Sowjetunion und daher naturgemäß an Reformen des Systems interessiert. Dieser Wunsch führt, wie die *Historiker registrieren werden, auf* geradem Wege in Irrtümer. Mit Gorbatschow verbinden zahlreiche Politiker und Unternehmer Hoffnungen. Wenn er nun faule Funktionäre entläßt, wenn das falsch angewandte Wort „Säuberung" (diese war Stalin *vorbehalten*) nun einen so süßen Klang verbreitet, entsteht der Eindruck von rosa Zeiten. Tatsächlich aber könnte der sowjetische Parteichef die feinste Arbeits- und Leistungsaristokratie in die Datschas setzen, ohne daß sich am Altbau seines Systems auch nur das Geringste ändern würde. Denn es *ist das* System, *das* die Menschen untüchtig macht, und es sind natürlich die Tüchtigsten, die an diesem System scheitern. Der historische, der geistige Bau ist verkehrt – daran vermag ein Innenarchitekt nichts zu ändern. Woher bezieht Wirtschaftsminister Bangemann die gegenteilige Erkenntnis, worin bestehen „the elements of a readiness for change", die er in der New York Times für das Sowjetreich ankündigte?

Der sowjetische Bürger weiß am besten, was von solchen Sprechblasen *zu halten ist. Er hat die großartigen* ökonomischen Erfolgsmeldungen im Ohr und den Rubel, für den er nichts bekommt, in der Hand. Auch diesen Teil seiner Geschichte kann das System nicht umschreiben. Es kann auf allen Gebieten nur auf die Leichtgläubigen im anderen Teil der Welt setzen. So erhält es *wenigstens* die *Chance*, die Gegenwart zu verändern.

IM GESPRÄCH Suwar el-Dahab

Gruß vom gestürzten Boß

Von Peter M. Ranke

Hunderte von Demonstranten *schrien* „Wir wollen dich". Das war zwei Tage nach dem Mili*tärputsch in Khartum. Andere forder*ten die Zulassung der alten Parteien, wieder andere brachen ihren Streik erst ab, nachdem ihnen General Suwar el-Dahab eine Zivilregierung „in nächster Zeit" versprochen hatte.

Auf den neuen Militärherrscher im Sudan kommt eine Flutwelle politischer und wirtschaftlicher Forderungen zu. Der gestürzte Numeiri wünschte zwar in einem Telegramm aus seinem *Kairoer Exil* seinem „Nachfolger" viel Erfolg, aber der er*kannte richtig: „Demokratie kommt* nicht durch Anarchie, sondern durch Arbeit." Und die hat Suwar el-Dahab (auf deutsch: goldener Armreif) genug.

Der 51jährige Berufsoffizier stammt aus Omdurman, sein Großvater war islamischer Gelehrter. Die Ägypter, die el-Dahab von vielen Stabsbesprechungen in Kairo kennen, schildern den neuen Mann in *Khartum als zurückhaltend, aber klar* und nüchtern im Vortrag. Er wurde in Jordanien und England militärisch geschult. Dann war er Militärattaché in Uganda und half beim Aufbau der Polizei im Scheichtum Qatar. Als Brigadegeneral befehligte er Truppen im Südsudan und im Norden und wurde erst vor einem Jahr Stabschef. Nu*meirei ernannte ihn noch vor drei* Wochen zum Verteidigungsminister.

El-Dahab ist kein Verschwörertyp. Er gilt als unpolitischer Pragmatiker, der die Armee zunächst nur einsetzen wollte, um die Ordnung im Sudan zu retten. Daß dies nur ohne Numeiri geschehen konnte, war den Militärs allerdings klar. Jetzt bemühen sie *sich um die Zusammenarbeit mit Po*litikern und mit ihren aufständischen *Kameraden* im Süden. Aber schon stellt sich die für den Zusammenhalt des Sudan so wichtige Frage, ob die von Numeiri erzwungene radikale Islamisierung mit den Scharia-Gesetzen *fortgeführt oder* abgebrochen werden soll.

Der fromme Moslem el-Dahab, Vater von fünf Kindern und beliebt bei der Truppe, soll der Khatmiya-Bruderschaft angehören. Dieser von el-Mirghani im vorigen Jahrhundert gegründete orthodoxe islamische Orden hat sich immer für die Zusammenarbeit mit den Regierenden und für eine Union mit Ägypten eingesetzt. Bis zum Parteien-Verbot 1969 durch Numeiri stellte die Khatmiya für die Tagespolitik die gemäßigtrechte „Demokratische Unionspartei". Es paßt in dieses Bild, wenn el-Dahab gleich nach der Machtergreifung die „Blutbande zum schwesterlichen Ägypten" beschwor.



Zwischen Khatmiya und Ansar: Suwar el-Dahab FOTO: AP

Gehört el-Dahab zur Khatmiya, dann ist ihm die Feindschaft der Mahdi-Anhänger oder Ansar-Bruderschaft gewiß. Ihr Anführer Saddiq el-Mahdi (50) wurde von Numeiri mehrfach verhaftet. Er ist traditionell antiägyptisch eingestellt und heute eher *pro-libysch gesinnt.* In der Umma-Partei besaß die Ansar bis 1969 und weit darüber hinaus eine Millionengefolgschaft, die an den Urenkel des Mahdi glaubt.

Sollten Parteien im Sudan zugelassen werden, wird der Konflikt zwischen Khatmiya und Ansar mit tödlicher Sicherheit von neuem aufflammen. Dann geht es nicht um innere Reformen, sondern um die außenpolitische Richtung des Sudan: Ägypten oder Libyen. Und ob der biedere General el-Dahab dann der rechte Mann an der Spitze ist, muß sich noch erweisen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hamburger Abendblatt

Es ist wegen der Nordsee beunruhigt:

Wenn Biologen, Meeresforscher oder Politiker eine Konferenz hinter sich gebracht haben, formulieren sie mit schöner Regelmäßigkeit, was uns seit Jahren beunruhigt: Die Nordsee stirbt, *wenn nicht ganz schnell gehandelt* wird. Schleichende Ölpest, weil Schiffe bei Nacht und Nebel Öl ablassen. Chemiegifte, die aus den Flüssen in die Nordsee gelangen und die Fortpflanzung der Meerestiere beeinträchtigen ... Wenn die Nordsee gerettet werden soll, *dann muß jetzt* gehandelt werden, und zwar von allen *Küstenländern. Die* bundesdeutsche Forderung, die Nordsee zum Sondergebiet zu deklarieren, ist auf den Widerstand Englands und Belgiens gestoßen. Das ist schlimm.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie meint zum Howe-Besuch in Ost-Berlin:

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe ließ schon in seiner ersten Rede auf Ostberliner Boden keinen *Zweifel* daran, daß bessere Kontakte zu einer so alten Demokratie wie der britischen nicht zum politischen Nulltarif zu haben sind. Kein anderer Gast dieses Ranges setzte sich bisher *im Angesicht von Spitzen*politikern der DDR so entschieden für die Gewährung der Bürgerrechte ein, keiner sprach so klar aus, was *Millionen* im zweiten deutschen Staat denken: daß wichtiger als ein Ministerbesuch die Freizügigkeit der Bewohner ist. Der so bildhaft formulierte Hinweis auf die Wirkung der KSZE-Schlußakte von Helsinki auf trennende Mauern und Schranken verstärkte noch den Eindruck eines Lehrstückes für die DDR-Regierung ... Ohnehin wollte es der Zufall, daß in dieser Phase der DDR-Selbstbestätigung besonders deutlich wurde, daß staatliche Trennung nicht die menschlichen Bindungen zerstört *hat, denn einer der bemerkenswerte*sten „Ostermärsche" führte diesmal von West- nach Ost-Berlin. Mit der höchsten Besucherzahl jenseits der Mauer seit der drastischen Steigerung des Zwangsumtauschsatzes bewiesen die Bewohner des freien Teils der *Stadt ihr Zusammengehörigkeits*gefühl.

Kölnische Rundschau

Sie kommentiert den Putsch in Sudan:

Der einst als „Afrikas gerissenster Staatschef" *bezeichnete el-Numeiri* war schon seit Wochen nicht mehr *Herr der Lage, obwohl* er es immer wieder verstanden hatte, alle innenpolitischen Gegner durch Verhaftung oder Mord auszuschalten. Obwohl niemand el-Numeiri nachtrauert, sorgt man sich um die außenpolitische Zukunft des strategisch so *wichtigen ostafrikanischen* Landes unter dem neuen starken Mann Sollar *el-Dahab, der bislang als getreuer* Gefolgsmann des gestürzten Staatschefs galt. Vor diesem *Hintergrund* sind auch die ersten – *zurückhaltend* positiven – Reaktionen aus Washington und Kairo zu verstehen.

Andreas Papandreous nächstes Stück: Die Neuwahlen

Wie sein *Staatspräsident* sich *profilieren* kann / Von Evangelos Antonaros

In der von Sozialisten und Kommunisten mehrheitlich kontrollierten griechischen Abgeordnetenkammer konnte Andreas Papandreou am Wochenende einen weiteren Teilsieg erzielen. Mit 182 Ja-Stimmen – die bürgerliche Opposition blieb der *Abstimmung fern* – wurden die von ihm erwünschten *Verfassungsänderungen*, nämlich die radikale Einschränkung der Vollmachten des Staatsoberhauptes sowie die Abschaffung der geheimen Form der Präsidentenwahl, in erster Lesung verabschiedet. Sogar ein herzkranker Parlamentarier der „Panhellenischen Sozialistischen Bewegung" Papandreous wurde zur *Stimmabgabe* im Ambulanzwagen ins Parlament gefahren. Papandreou wollte nichts riskieren.

Das zweite Votum, bei dem ebenfalls eine Dreifünftelmehrheit, also mindestens 180 Stimmen, gebraucht wird, wird laut Verfassung dreißig Tage später stattfinden. Erst anschließend will Athens Spitzensozialist vorgezogene Parlamentswahlen abhalten. Doch der Wahlkampf hat schon begonnen. Die oppositionelle Partei „Neue Demokratie" veranstaltete am Freitagabend in Athens Innenstadt ei*ne der größten* Kundgebungen der letzten Jahre.

Der Wahltermin steht allerdings wie manches andere in Papandreous Griechenland immer noch nicht fest: Der Ministerpräsident ersuchte zwar den neuen Staatspräsidenten *Sartzetakis um* die vorzeitige Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Wahlen unmittelbar nach der Verabschiedung der Verfassungsrevision, also frühestens Anfang Juni. Aber erstaunlicherweise hat sich der Präsident nicht festgelegt: Erst „zu einem späteren Zeitpunkt" will er dem Premier *antworten.*

Dahinter vermuten manche ei*nen abermaligen* Schachzug Papandreous: Indem er die Initiative für vorgezogene Wahlen ergriff, konnte er der Opposition Wind aus den Segeln nehmen, zumal da das bürgerliche Lager *die Ausrufung* von sofortigen Wahlen verlangt. Sollte aber Sartzetakis – im Einvernehmen mit Papandreou – den Antrag zurückweisen, so könnte er sich in den Augen der Wähler als ein Staatschef profilieren, der nicht auf das Diktat der Sozialisten hört.

Im Endeffekt hätte Papandreou den Nutzen: Denn wenn *die Wahlen* doch im Oktober stattfinden, *also erst nach Ablauf* der vierjährigen Legislaturperiode, darf er damit rechnen, daß der Ärger, den sein schäbiges Verhalten gegenüber dem kaltgestellten Präsidenten Karamanlis bei sehr vielen Griechen auslöste, einigermaßen abgeklungen sein könnte.

Aber damit nicht genug: Der Verdacht *geht um*, daß Papandreou auch noch das von ihm eingeführte Wahlrecht reformieren könnte, um seiner Partei in Zusammenarbeit mit den Kommunisten *und einigen linken Splitterparteien* das Verbleiben an der Macht zu ermöglichen. Papandreou dementierte zwar diese Gerüchte auf einer Pressekonferenz in der vergangenen Woche. Aber was ist sein Wort wert? Insbesondere seit der Erfahrung, die der bisherige griechische Staatspräsident mit ihm gemacht hat?

Dabei geht es nicht darum, daß *Papandreou Karamanlis nach Hause* geschickt hat, so beklagenswert der Abgang dieses bedeutenden Mannes auch sein mag. Entscheidend ist der verblüffende Mangel an politischem Anstand, den Papandreou dabei an den Tag legte. Durch das Austricksen Karamanlis', dem er bis zur letzten Mi*nute seine* Unterstützung zugesagt hatte, demonstrierte Papandreou, daß ihm die Macht tatsächlich vor jeden Anstand geht. Deswegen scheute er auch nicht davor zurück, *verfassungsrechtlich* bedenkliche Methoden anzuwenden, um die *Wahl des ihm ergebenen Oberrich*ters Sartzetakis zum Staatschef über die Bühne zu ziehen.

Unbeantwortet ist bisher freilich die Frage geblieben, aus welchen Motiven Papandreou in letzter Minute Karamanlis fallen ließ: War es rein persönlicher Ehrgeiz oder wurde er vom linken Parteiflügel so massiv unter Druck gesetzt, daß er sein Wort zu brechen beschloß? In Karamanlis' Umgebung neigt man dazu, dieser zweiten Version mehr Glauben zu schenken. Aber wenn sie zutrifft, ist Papandreou künftig als noch unzuverlässiger einzuschätzen als bisher. Denn wenn die extremen Linken in dieser schon so weit links stehenden Partei so viel Macht besitzen, daß sie den Parteichef zum Umdenken zwingen können, stellt sich die Frage, wann und in welchem Zusammenhang sie wieder von ihren Möglichkeiten Gebrauch machen werden.

Ab geht die Post – in ein neues Museum

Im Mini-Format ist das einst weltberühmte Berliner Reichspostmuseum seit 1958 in einer Villa am Frankfurter Mainufer wiedererstanden. Doch weltverstreut bewahrt die Bundespost noch historische Schätze auf, die nun in einem Bundespostmuseum zusammengeführt werden sollen.

Von EBERHARD NITSCHKE

Auf tausend Quadratmetern Fläche stehen in einer Fabrikhalle in Dietzenbach in Hessen antike Postkutschen, Postomnibusse und frühe Elektrofahrzeuge. Auf 2300 Quadratmetern Fläche türmen sich in einem Frankfurter Magazin fernmeldetechnische Einrichtungen, Fernmeldeschränke, praktisch ganze Fernmeldeämter von gestern, über tausend Sorten von Geräteröhren. Hier steht auch die alte Bibliothek des Reichspost-Zentralamtes.

Im Frankfurter Thurn- und Taxis-Palais gibt es auf 650 der Öffentlichkeit nie zugänglichen Quadratmetern uralte Telefone aller deutschen Länder (Bayern baute bis 1925 seine eigenen mit viel Holz), eine Riesenkollektion von Radios, weil die Post bis 1945 das Sendegeschäft betrieb, handgemalte Postschilder, bildliche Darstellungen aller Art zum Thema „Post". Schließlich muß man auch die säuberlich aufgereihten Spucknäpfe aus emailliertem Eisen erwähnen, deren Aufschrift korrekt den Besitzer von einst „Deutsche Reichspost" nennt.

Was sonst noch Oberpostdirektionen zusammentrugen und für die Nachwelt als aufhebenswert hielten, ist zum großen Teil nicht zu besichtigen und erst neuerdings zentral erfaßt. Gemessen an diesen ganzen Massen, mit denen ein neues technisches Museum bestückt werden soll, schrumpft die liebevoll betreute Sammlung in der Frankfurter Villa, die zudem auch noch bis zur letzten Dachbode mit Lager-Material vollgestopft ist, zum Guckkasten in die Welt der Post zusammen. Wie lange kann das so weitergehen?

Die „Projektgruppe Bundespostmuseum", jetzige Projektleiterin Heli Ihlefeld-Bolesch vom Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen in Bonn, mußte in ihre Überlegungen den internationalen Ruf einbeziehen, den das deutsche Postwesen nun einmal von Anfang an hat. Sie kam damit zu dem Schluß, daß eine „Ist-Brutto-Grundrißfläche" ohne Magazine und Haustechnik von 7500 Quadratmetern für das neue Bundespostmuseum gefordert werden müsse.

Unter 49 Einsendern gewann bei einem ausgeschriebenen Wettbewerb die Stuttgarter Architektengemeinschaft Behnisch und Partner die Ausschreibung, hauptsächlich auch deswegen, weil hier die verlangte Erhaltung der alten Villa auf dem vorhandenen Frankfurter Grundstück am elegantesten bewältigt wurde. Ein Großteil der Ausstellungsfläche wurde von Behnisch unter die Erde verlegt, darum müssen auch nur vom reichen Baumbestand des Areals zwei alte Platanen dem Neubau weichen, mit dem im nächsten Jahr begonnen werden soll. Daß man sich mit der Ausstellungsfläche beschränken muß, wurde jetzt dadurch dokumentiert und anerkannt, daß die Post einen alten Bahnpost-Eisenbahnwagen, der eigentlich im Freigeländeaufgestellt werden sollte, an eine Sammlergemeinschaft in Bochum verschenkt hat.

1872 hatte der erste Reichspostmeister Heinrich von Stephan „in weiterer Ausführung des Planes, bei der Zentralpostverwaltung ein technisches Museum zu errichten", die Bereitstellung verschiedener Gegenstände angeordnet. Zwei Jahre später wurde die „Plan- und Modellkammer" im neuen Gebäude des Berliner Generalpostamtes untergebracht, noch einmal vier Jahre später für das Publikum geöffnet.

Während des Zweiten Weltkrieges wurden die Sammlungen ausgelagert. Die heute im Bonner Ministerium mit Ausnahme gelegentlicher Sonderschauen nicht der Öffentlichkeit zugängliche Postwertzeichensammlung kam in ein Salzbergwerk nach Eisleben, die Bibliothek, das Archiv, die post- und fernmeldegeschichtliche Sammlung nach Schloß Waltershausen. Nur größere Gegenstände, zum Beispiel Schiffsmodelle oder Sendeanlagen, blieben in Berlin. 1945 beschlagnahmten US-Truppen die in Thüringen und Bayern befindlichen Sammlungsteile, die später über die hessische Landesregierung in den Besitz der „Deutschen Bundespost" übergingen.

Zu den Beständen des „Bundespostmuseums" in der engen Frankfurter Villa gehört nicht nur das, was man in den Räumen besichtigen kann. Von 40 000 hier vorhandenen alten Ansichtskarten kann man nur ein paar besehen, von 12 000 antiken Bibliotheksbänden zum Thema Post überhaupt nichts. Genauso ist es mit 200 Chroniken, 2600 alten Landkarten, 1700 Plakaten, Postschlitten, Übertragungstechnik, Nachlässen (unter anderem von Stephan), 64 verschiedenen Typen von Briefkästen, fast 150 handgemalten historischen Posthausschildern und schließlich rund 150 Postwagen-Modellen aus dem Berliner Bestand. Diese rund einen halben Meter langen Tischmodelle wurden ursprünglich für die Weltausstellung 1873 in Wien gefertigt und stellen heute einen unschätzbaren Wert dar. Aus der Kleiderkammer, in der es eine ganze Reihe alter Postillonsausrüstungen gibt, kann stets nur wenig ausgestellt werden.

Da Kommunikations-Psychologen der Projektgruppe Bundespostmuseum abrieten, es zur „Überinformation" kommen zu lassen und damit die gefürchtete „Ohnmachtshaltung des Publikums" angesichts der Masse des Ausstellungsgutes heraufzubeschwören, sollen die Exponate laut Gruppenbericht „mehr in ein Freizeitzentrum als in eine Bildungsstätte" gesetzt werden. Das Ziel: „So wenig technische Information wie möglich und so viel Umgang mit Technik wie nötig."

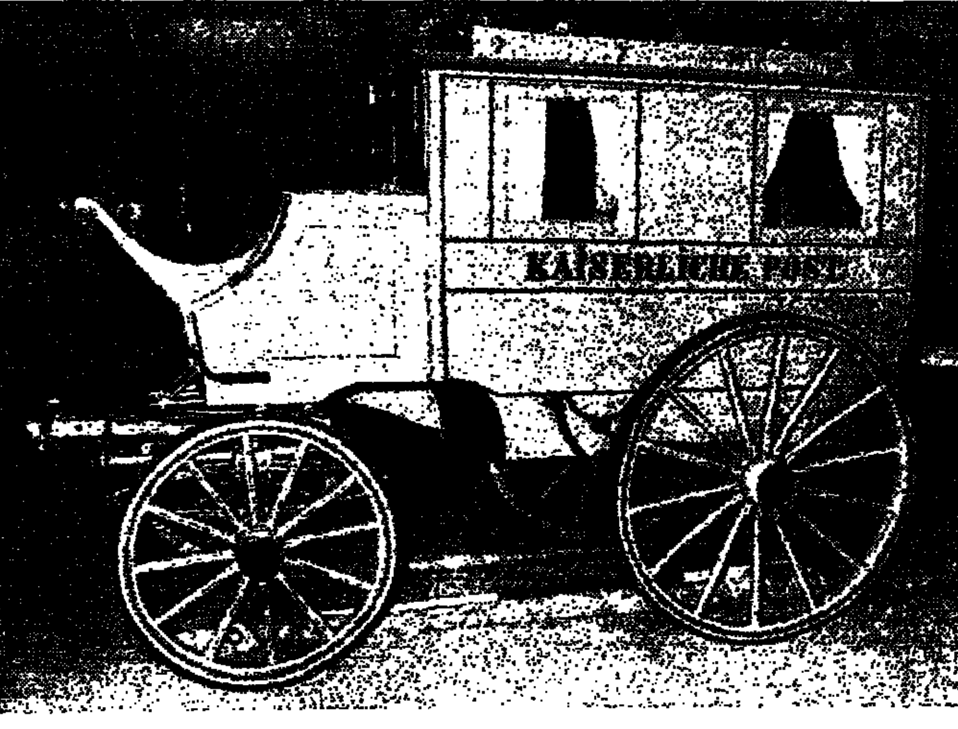
Bei der Kostenaufstellung für den Neubau des Museums mitten in dem inzwischen entstandenen Frankfurter „Museumsufer" war man bisher vorsichtig und sprach von 25 Millionen Mark (1979). Doch was es nun auch bei gestiegenen Preisen und gestiegenen Ansprüchen wirklich kosten mag – die Notwendigkeit ist unbestritten.

Postmuseen beachtlichen Ausmaßes gibt es heute nicht nur in allen europäischen Ländern einschließlich Liechtenstein, sondern auch zum Beispiel in Indien, Kuba, Kolumbien und Sri Lanka. Ost-Berlin hat den 1897 vom Reichspostmuseum bezogenen Bau Leipziger-, Ecke Mauerstraße reaktiviert. Die Aufwendungen der Deutschen Bundespost, eines Unternehmens mit rund einer halben Million Beschäftigten, für das Museumswesen sind ungewöhnlich bescheiden und belaufen sich auf 0,0048 Prozent der Erträge.

Hoch auf dem gelben Wagen in Bonn hat man sich jetzt wohl entschlossen, bei aller gebotenen Sparsamkeit im Interesse der Kundenwerbung und Öffentlichkeitsarbeit einmal tiefer in die Tasche zu greifen.



Postbusse der zwanziger Jahre: Das Fahrzeug links fuhr auf Batterie – schon damals umweltfreundlich
FOTOS: UDO WEITZ



Jahrzehntelang stand dieser Kutschenwagen unbeachtet und heruntergekommen in einer Remise, bis sich Restauratoren der Bundespost seiner annahmen. Wiedererstanden „wie neu", wird er zu den Exponaten des künftigen Bundespostmuseums gehören.

Guadalajara – eine Stadt leidet unter Rauschgift

Mexikos größte Rauschgifthändler haben sich in Guadalajara niedergelassen. Sie machten aus dem Touristenparadies ein Schlachtfeld.

Von WERNER THOMAS

Guadalajara zählt zu den schönsten Millionenmetropolen Lateinamerikas. Koloniale Architektur mit freien Plätzen, Parks, Alleen und Springbrunnen beherrscht das Zentrum. Der große Wandmaler Orozco hat sich monumental verewigt. Die Umgebung ist hügelig, das Wetter traumhaft: ewiger Frühling. Der Tequila, der kräftige Kaktusschnaps, und die Mariachi-Musik sind hier zu Hause, es gibt eine „Plaza Mariachi". Die Musikanten, die meist eine schwarze Cowboy-Kluft und breite Sombreros tragen, schmettern bei jeder Gelegenheit eine rührselige Liebeserklärung: „Gu-a-da-la-ja-ra".

Kein Wunder, daß die Touristen scharenweise in die Hauptstadt des Bundesstaates Jalisco (3,6 Millionen Einwohner) strömten, um fröhliche Ferien zu verbringen. Mehr als 25 000 amerikanische Pensionäre wählten Guadalajara als ihren Ruhesitz. Nirgendwo anders in Lateinamerika leben so viele ältere US-Bürger.

Doch die Zeiten haben sich inzwischen geändert. Die Hoteliers registrieren einen Rückgang der Urlauber. Viele Pensionäre beklagen Sicherheitsprobleme. Der Journalist Fernando Diaz Corral nannte kürzlich in dem Wochenmagazin „Impacto" den Grund: „Guadalajara ist das mexikanische Rauschgiftzentrum und das Schlachtfeld für die Drogenhändler und die Polizei geworden."

Nach Schätzungen der amerikanischen Rauschgiftfahndungs-Behörde „Drug Enforcement Agency" (DEA) kamen seit 1982 mindestens acht Verbrecherfamilien in diese Metropole, seit sie aus den nördlich von Jalisco gelegenen Bundesstaaten Sinaloa und Durango vertrieben wurden, den wichtigsten Marihuana-Gebieten. Ihre Präsenz ließ sich auf vielfältige Weise registrieren.

Wie Pilze schossen exklusive Nachtklubs, Diskotheken, Restaurants und Luxushotels aus dem Boden. Auf dem Flughafen wuchs die Zahl der privaten Jets. In den vornehmen Wohngebieten des Südens entstanden Paläste, die mit ihren hohen Mauern, Gittern und elektronischen Sicherheitsanlagen Festungen gleichen. Auf einem dieser ummauerten Grundstücke patrouilliert ein Löwe. Die Polizei meldete im letzten Jahr mehr als 400 Mordopfer. Regelmäßig berichtet die Lokalpresse über nächtliche Schußgefechte. Die meisten werden auf Rauschgift-Rivalitäten zurückgeführt. Seit Dezember sind sieben Amerikaner verschwunden. Einer, der DEA-Beamte Enrique Camarena Salazar, wurde Anfang März tot aufgefunden. Der Fall Camarena rückte Guadalajara zum Schrecken der Stadtväter in die Schlagzeilen der internationalen Presse.

Miguel Angel Felix Gallardo, Ernesto Fonseca Carillo, die Salcido-Azueta-Brüder, Juan Matta Ballesteros – ein Honduraner – und Rafael Caro Quintero sind jene Männer, die das so lukrative wie gefährliche Gewerbe beherrschen. Caro Quintero, am Wochenende in Costa Rica gefaßt und gleich an Mexiko ausgeliefert, genießt schon einen legendären Gangster-Ruf. Die Zeitungen nennen ihn „Guadalajaras Al Capone".

Der 32jährige Mexikaner soll Dollarmilliardär sein. Er besitzt 350 Farmen im ganzen Land und baut in Lomas de San Javier, der vornehmsten Adresse Guadalajaras, die bisher eindrucksvollste Villa: Das Bauwerk umfaßt zwölf Schlafzimmer und einen Ballsaal. Nach Angaben der Ermittlungsbehörden stehen 5000 Campesinos, die Marihuana pflanzen, in seinem Sold. Desgleichen Polizisten.

Caro Quintero, der sich von einem Leibwächterheer beschützen ließ und selbst eine chinesische AK-47 (Kalaschnikow) zur Hand nahm, wenn Gefahren drohten, soll die Entführung und Ermordung Camarenas angeordnet haben. Einigen Berichten zufolge war er der Mörder des US-Bürgers mexikanischer Abstammung. Das Verbrechen hat die Beziehungen beider Länder schwer belastet.

Anfang Februar konnte Caro Quintero mit seinem Falcon-10-Jet noch Guadalajara verlassen, obgleich ihn die Amerikaner sofort nach der Entführung Camarenas zwei Tage zuvor als Tatverdächtigen identifiziert hatten. Auf dem Flughafen verabschiedete er sich von Polizeibeamten mit französischem Champagner. Sechs Polizisten wurden später festgenommen und sieben weitere entlassen. Die Rauschgiftbranche zahlt gigantische Korruptionssummen. „Manchmal kann man die Schurken und die aufrechten Personen in dieser Stadt nicht unterscheiden", klagt ein resignierter DEA-Beamter. „Sie tragen alle Polizeimarken."

Als die Polizei schließlich ernsthafter fahndete, begann ein großer Exodus. Der Park der Privatfahrzeuge schmolz um 13 Maschinen. Auf einer Bank wurden innerhalb von wenigen Stunden 35 Millionen Dollar abgehoben.

Viele Leute erinnern daran, daß das Ansehen ihrer Stadt erst in den letzten Jahren gelitten habe. Während der Amtszeit des forschen Gouverneurs Flavio Romero de Velasco (1976 bis 1982) sei es relativ ruhig gewesen. Romero de Velasco ließ einmal eine erfolgreiche Entwaffnungskampagne durchführen: 6000 Pistolen und Gewehre kamen zusammen. Gerüchte kursieren, korrupte Beamte hätten die Waffen später an Interessenten in El Salvador verkauft. Der Nachfolger im Gouverneursamt, Enrique Alvarez del Castillo, erntet dagegen Kritik. Ein Geschäftsmann schimpft: „Seit Alvarez regiert, ist Guadalajara eine offene Stadt."

Die Probleme der Millionenmetropole hängen jedoch auch mit der Wirtschaftskrise zusammen, unter der Mexiko seit Mitte 1982 leidet. Die Arbeitslosigkeit und der Devisenmangel gehören zu den größten Sorgen des Präsidenten Miguel de la Madrid. Keine andere Branche erwirtschaftet mit weniger Arbeit mehr Dollar als die der Rauschgifthändler. Das Unterweltgewerbe erhielt massiven Zulauf.

Die meisten Einwohner Guadalajaras warnen vor einer Panikstimmung. Noch immer lohne sich eine Reise in ihre Stadt. Wer mit dem Rauschgifthandel nichts zu tun habe, lebe nach wie vor sicher. Die Behörden stehen jedoch unter starkem Druck, mehr zu tun, um den guten Ruf der Millionenmetropole zu retten. „Die Welt muß wieder an die schönen Seiten denken, wenn das Stichwort Guadalajara fällt", wünscht Allyn Hunt von der lokalen englischsprachigen Zeitung „The Colony". Von denen gibt es viele. (SAD)



Guadalajara, Millionenstadt mit Charme – und Sicherheitsproblemen
FOTO: ROSEMARIE PIERER

Von Steuersenkung kann kaum die Rede sein

Von KLAUS TIPKE

Am 17. April wird der Finanzausschuß des Bundestages den Entwurf des „Steuersenkungsgesetzes" beraten. Er sieht eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums von 4212 auf 4536 DM jährlich, des Kinderfreibetrags von 432 DM auf 2484 DM jährlich, des Ausbildungsfreibetrags und eine Abflachung des Einkommensteuertarifs vor. Die Alternative der SPD: Erhöhung des Existenzminimus, Erhöhung des Kindergeldes um 45 DM pro Kind und Monat, Einführung eines Schülerzuschlags und Tarifentlastungen im unteren und mittleren Progressionsbereich. Kinderfreibeträge hält die SPD für unsozial. Der Regierungsentwurf plant die Erhöhung der Freibeträge für 1986, die Tarifsenkung im wesentlichen für 1988.

Von einer Steuersenkung kann im Grunde keine Rede sein, da infolge der ständig gestiegenen Nominaleinkommen immer mehr Einkommen in immer höhere Steuerbelastungen hineingewachsen sind. Infolgedessen wurden und werden die Realeinkommen von Jahr zu Jahr automatisch höher besteuert. Erhöhung der Freibeträge und Tarifkorrektur sind schon aus diesem Grund dringend erforderlich.

Die SPD-Auffassung, Kinderfreibeträge seien unsozial, ist nicht gerechtfertigt. Das Bundesverfassungsgericht hat in den vergangenen Jahren wiederholt entschieden, eine gerechte Einkommensteuer müsse an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit anknüpfen. Danach seien nicht nur Berufsausgaben, sondern auch unvermeidbare private Aufwendungen in realistischer Höhe vom Bruttoeinkommen abzuziehen, denn auch solche privaten Aufwendungen verminderten die Leistungsfähigkeit. Zu den unvermeidbaren privaten Aufwendungen gehören insbesondere Aufwendungen für den eigenen Unterhalt des Steuerzahlers, aber auch unvermeidbare Unterhaltsaufwendungen für Kinder, geschiedene Eheleute und Verwandte.

Die SPD stößt sich daran, daß die Steuerentlastung durch den Kinderfreibetrag mit zunehmendem Einkommen wächst. Das ist aber nur der Umkehreffekt des progressiven Tarifs. Wäre die mit dem Einkommen zunehmende Entlastung durch Abzüge ein ungerechtfertigter Steuervorteil, so müßte man die infolge des progressiven Tarifs mit steigendem Einkommen zunehmende Belastung als ungerechtfertigten Steuernachteil bezeichnen. Das tut auch die SPD nicht. Den von ihr beanstandeten Effekt haben auch alle anderen Abzüge: Betriebsausgaben, Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen, ja sogar der das Existenzminimum sichern sollende Grundfreibetrag. Ihn müßte die SPD konsequenterweise durch ein Erwachsenengeld ersetzen.

Der Entwurf des Steuersenkungsgesetzes entspricht der Verfassungsrechtsprechung insofern nicht, als die Abzüge für unvermeidbare private Aufwendungen – Existenzminimum, Kinderfreibeträge, Unterhaltsabzüge, Sonderausgabenhöchstbeträge – nicht realistisch angesetzt sind. Die Sozialhilfevorschriften und die in Kinderunterhaltssachen judizierenden Zivilgerichte gehen von erheblich höheren Sätzen aus. So kann es absurderweise dahin kommen, daß bereits sozialhilfeberechtigte Bürger *zugleich noch Einkommensteuer* zahlen müssen. Auch die Ausbildungsfreibeträge sind unrealistisch. Sie sollen zwar erhöht werden, erreichen aber nicht einmal die Beträge von *1983*, nachdem sie *1984* halbiert worden waren.

Der Gesetzgeber erweckt den Eindruck, als wolle er der Rechtsprechung des BVG trotzen, unter Berufung auf Haushaltsschwierigkeiten. Sie rechtfertigen jedoch keine Durchbrechung der gleichmäßigen Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Haushaltsbedürfnisse dürfen erst beim Tarif berücksichtigt werden, nicht durch Sonderbelastung bestimmter Gruppen infolge Manipulation der Bemessungsgrundlage. Darum handelt es sich, wenn etwa Familien mit Kindern die Aufwendungen für Kinder nicht voll abziehen können und *folglich* über ihre Leistungsfähigkeit hinaus besteuert werden.

Das Übergehen der Rechtsprechung des BVG würde voraussichtlich nach Inkrafttreten des Gesetzes zu Verfassungsbeschwerden führen, zumal führende Steuerjuristen den Standpunkt des Gerichts teilen. Erhebliche Mittel könnten eingespart werden, wenn die Zahlung von Kindergeld auf Bedürftige beschränkt würde.

Der Autor ist Direktor des Instituts für Steuerrecht der Universität zu Köln

Enger Horizont und Bequemlichkeit verhindern Spitzenleistungen

FU-Studie über die Studenten in der „DDR" / Ost-Berlin sucht jetzt nach neuen Wegen

H.-R. KARUTZ, Berlin

Die „DDR" sucht anscheinend nach neuen Wegen, um ideologische Zuverlässigkeit, Anpassung und Spitzen-Schulnoten allein nicht mehr zur Voraussetzung für eine akademische Laufbahn zu machen. Begabungen und Talente sollen stärker als bisher gefördert und konzentriert werden. In dieser Richtung argumentierte kürzlich auch ein Institutsdirektor an der Leipziger Universität. Eine Studie der Freien Universität in Berlin wies kürzlich die Schwächen der „DDR"-Hochschulausbildung nach.

Die beiden Berliner Politologen Professor Ralf Rythlewski und Gabriele Husner legten dabei eine Analyse des Denken und Handelns des wissenschaftlichen Nachwuchses von drüben vor. Nach ihren Erkenntnissen mangelt es den 130 000 mitteldeutschen *Jung-Akademikern in der* Regel an Eigenständigkeit, Initiativen und Ideen.

Der enge „Horizont", auch durch West-Reiseverbote bedingt, und die typischen Systemmerkmale *wie* Hierarchie-Denken und Parteilichkeit auch in der wissenschaftlichen Arbeit verhindern danach die geforderten Spitzenleistungen. Nach der Studie der beiden *FU-Wissenschaftler* ist bei den mitteldeutschen Nachwuchs-Akademikern der Hang zur Mittelmäßigkeit, Bequemlichkeit und ständigen Kompromißbereitschaft deutlich ausgeprägt.

Die vor einiger Zeit vorgelegte Untersuchung trägt den beziehungsreichen Titel „Zwischen permanenter Zuwendung und sanftem Zwang – Studenten in der DDR seit dem VIII. SED-Parteitag". Dieser Kongreß von 1971 markierte die Machtübernahme durch Erich Honecker.

Methodische Schwäche

Wenn in der „DDR" selbst der Typus des Studenten beschrieben werde, tauchten Begriffe wie „Eigenständigkeit, Initiative und Ideen" kaum auf. „Vielmehr wird den Studierenden ein Hang zur Mittelmäßigkeit und Bequemlichkeit attestiert." Die Autoren berufen sich dabei auf eine mitteldeutsche Quelle im Rahmen der „DDR"-Studentenforschung, in der eines deutlich werde: Statt eigene Beiträge zu leisten, wiege *man sich in der Hoffnung*, „dem Kollektiv werde schon im rechten Moment" die Idee einfallen, die einem selbst nicht komme.

Die Verfasser weisen darauf hin, daß diese methodische Schwäche, statt des einzelnen die Gruppe in den Mittelpunkt zu stellen, beispielsweise 1982 dazu geführt habe, daß lediglich knapp 70 Prozent der 652 Forschungsstudenten rechtzeitig ihren Doktor „bauten".

Die Untersuchung versucht zu erklären, weshalb es an den von der SED-Führung ständig geforderten Spitzenleistungen mit Weltmarkt-Relevanz an den mitteldeutschen Hochschulen so sehr mangele. In der FU-Mitteilung heißt es zu diesem Thema: „An die Stelle der wissenschaftlichen Gründergeneration mit reichlich Auslandserfahrung und neuen Impulsen für die Ausbildung tritt zunehmend *eine vorrangig in der DDR ausgebildete* Wissenschaftler-Generation, die nur mit dem eigenen System vertraut ist, mit einem engeren Horizont lebt und arbeitet und um die System*merkmale der Hierarchie, der Partei*lichkeit und der Machtsicherung weiß." Studenten und jüngere Akademiker erlebten eine Praxis des „Sowohl-als-Auch", des ständigen Kompromisses, *aber eben gerade nicht* der notwendigen „Auseinandersetzung und des widersprüchlichen Denkens".

Über die eingeschränkten Zugangsmöglichkeiten zur Hochschule heißt es in einer der Redaktion vorliegenden Broschüre aus dem Ostberliner Staatsverlag („Jung sein bei uns") sehr konkret im Sinne der gewünschten Auslese: „Unsere Verfassung enthält den Grundsatz, daß der sozialistische Staat allen Bürgern – unter Beachtung des Leistungsprinzips, der gesellschaftlichen Erfordernisse und sozialen Struktur der Bevölkerung – die Möglichkeit des Überganges zur nächsthöheren Bildungsstufe ... sichert."

Zu diesem Thema faßt die FU-Unterlage die Aussagen der Studie zusammen: „Gut die Hälfte der Studenten entstammt angeblich der Arbeiterklasse oder der Klasse der Genossenschaftsbauern. Schlüsse auf die tatsächliche Repräsentanz der Arbeiterklasse lassen sich aber nicht ziehen, da es eine klare Definition des Begriffs nicht gibt. Strittig ist, ob der eigene Beruf oder der des Vaters gemeint ist. Zudem werden bestimmte Berufe wie zum Beispiel NVA-Berufsoffizier oder leitende Funktionäre *in Industriebetrieben automatisch* der Arbeiterklasse zugerechnet."

Im Gegensatz zur Bundesrepublik ist der Studienbetrieb an den „DDR"-Hochschulen streng reglementiert. Die Regelstudienzeit beträgt zwischen vier und sechs Jahren und umfaßt eine durchschnittliche Pflichtstundenzahl von 27 Wochenstunden. Während des gesamten Studiums sind Marxismus-Leninismus, Russisch und eine weitere Fremdsprache, Sport und Wehrerziehung/Zivilverteidigung Pflicht.

Wie beschränkt nach wie vor die Mittel für die Begabtenförderung sind, geht aus der erwähnten Broschüre aus dem Staatsverlag hervor: *Danach* ist das Karl-Marx-Stipendium von 450 Mark monatlich, das jährlich höchstens 200 Studenten erhalten können, die höchstdotierte Unterstützung überhaupt. Die seit einiger *Zeit betriebene* „Beste-Förderung" sei so angelegt, schreiben Rytlewski/Husner, daß für diese Studenten die Forderungen nach Kollektiverziehung und Allseitigkeit der Bildung „nur *noch eingeschränkt*" gültig seien.

Wunschfach Medizin

Parallelen zur Bundesrepublik lassen sich bei den beliebtesten Fächern von Oberschulabsolventen oder „Seiteneinsteigern" ziehen. Die Westberliner Wissenschaftler fanden heraus, *daß auch drüben die Fächer Medizin*, Psychologie, Pharmazie, Veterinärmedizin und Biologie an der Spitze der Wunschliste rangieren.

Inzwischen erscheint auch vielen „DDR"-Wissenschaftlern das bisherige, rein an Fleiß, Wohlverhalten und „gesellschaftlicher Aktivität" ausgerichtete Auswahlverfahren für den akademischen Nachwuchs überlegenswert. In der Zeitschrift „Das Hochschulwesen" kritisierte der Leipziger Medizinprofessor Arno Hecht kürzlich jedenfalls die bisheri*gen Prinzipien in sehr offener* Weise.

Es sei beispielsweise nicht länger vertretbar, *daß* weiterhin nach dem Motto verfahren werde, nur die nach dem Zeugnis und Abiturabschluß notenmäßig besten Abiturienten zum Medizinstudium zuzulassen. Diese Zensuren seien „häufig das Resultat einer reinen Fleißleistung"; das sei bekannt. Im Gegensatz zu den Schulleistungen stünden indessen die Leistungen dieser Jung-Akademiker an der Universität selbst.

So habe eine Umfrage bei 35 Studenten, *die an der Alma mater* allenfalls „nur genügende oder ungenügende" Leistungen zeigten, ergeben, daß 32 (!) von ihnen das Abitur mit „sehr gut" bestanden hatten.

Wer zahlt wieviel Kfz-Steuer?

HEINZ HECK, Bonn

Das Bundeskabinett beschließt heute die Kfz-Steuererleichterungen für schadstoffarme Personenwagen. Eine Korrektur der früheren Kabinettsbeschlüsse war durch die Brüsseler Vereinbarungen vom März erforderlich geworden. Die neuen Bonner Vergünstigungen fallen mit Rücksicht auf Brüssel niedriger aus als bisher zugesagt. Zunächst gilt, daß für herkömmliche Fahrzeuge mit Zulassung ab 1. Januar 1986 die Kfz-Steuer von 14,40 Mark je 100 ccm um 50 Prozent auf 21,60 Mark erhöht *wird. Für herkömmliche* Fahrzeuge, die bis zum 31. Dezember 1985 zugelassen werden, wird die Kfz-Steuer ab 1986 lediglich von 14,40 auf 18,80 Mark angehoben.

Der Steuervorteil für schadstoffarme Pkw beträgt im Zulassungszeitraum 1. Juli 1985 bis 31. Dezember 1986 bis zu 2200 Mark, im Zulassingsjahr 1987 höchstens 1650 und im Zulassungsjahr *1988 höchstens 1100* Mark. Beispiele für einige Hubraumklassen: Ein Fahrzeug *mit* 1500 ccm erhält bei Zulassung im zweiten Halbjahr 1985 oder 1986 eine Kfz-Steuerbefreiung von sechs Jahren und zehn Monaten. Das entspricht über den Zeitraum einer Entlastung von 2214 Mark. Abgezinst (unter Zugrundelegung eines bestimmten Zinssatzes) sind es *1788 Mark*.

Ein *2-Liter-Wagen* wird im Zulassungszeitraum zweites Halbjahr 1985 und 1986 für fünf Jahre und einen Monat von der Kfz-Steuer befreit. Nominal sind das 2196 und abgezinst 1887 Mark. Für Fahrzeuge mit 5 Liter oder mehr Hubraum gibt es zwei Jahre Kfz-Steuerbefreiung, also nominal *2202, abgezinst 2120 Mark*.

Für Fahrzeuge bis 1400 ccm Hubraum wurden in Brüssel weniger drastische Abgasgrenzwerte anvisiert, während die für Fahrzeuge darüber den US-Werten gleichwertig sein sollen. Schadstoffarme Kfz bis 1400 ccm erhalten bei Zulassung 1985/86 bis zu 750 Mark, 1987 bis zu 550 und 1988 bis zu 377 Mark. Ein 1400-ccm-Pkw wird zwei Jahre und sechs Monate von der Kfz-Steuer befreit, ein 1000-ccm-Pkw fährt bei Zulassung im zweiten Halbjahr 1985 oder 1986 drei Jahre und sechs Monate Kfz-steuerfrei. Danach wird ein ermäßigter Satz von 13,20 Mark je 100 ccm erhoben.

Nach der heutigen Verabschiedung im Kabinett dürfte der Gesetzentwurf über die Kfz-Steuer in der kommenden Woche (19. April) im Bundestag in 2. und 3. Lesung und am 26. April im Bundesrat (2. Durchgang) beschlossen werden.

Krach um Neubau des Düsseldorfer Landtages

An der Fassade erregen sich die Gemüter / Kostenexplosion

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die Handwerker in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt sind empört, denn sie fühlen sich benach*teiligt bei der Vergabe von Leistun*gen beim Bau des neuen Landtages. Das traurige und kostspielige Beispiel der Fassade, deren holländischer Hersteller inzwischen Pleite gegangen ist, zeige, so argumentieren die Mittelständler aus Düsseldorf bissig, daß der billigste Anbieter nicht auch der solideste ist. Experten schätzen, daß sich die Gesamtkosten von 192 Millionen auf 250 Millionen Mark erhöhen werden.

Es sieht zur Zeit so aus, als hätte sich der Bauherr nicht nur beim Preis verrechnet. *Eigentlich sollten die Ab*geordneten nämlich schon Ende nächsten Jahres aus dem 1891 erbauten Ständehaus am Schwanenspiegel umziehen. Vor allem durch die Pleite *des Fassadenbauers und durch die* lange Frostperiode, wird sich dieser Termin aber sicher um ein halbes Jahr verschieben, mit der Folge, daß z. B. Kosten für verlängerte Einrüstung des Bauwerkes von wöchentlich etwa 200 000 Mark, hochgerechnet auf den Terminverzug also etwa 4,8 Millionen, zu erwarten sind.

Gerade an der Fassade erregen sich die Gemüter. Sie besteht in einer aufwendigen Konstruktion aus einer Bronze-Messing-Legierung – unverwüstlich und „für die Ewigkeit geschaffen", heißt es. Den Zuschlag der EG-weiten Ausschreibung erhielt die halbstaatliche holländische Firma de Vries-Robet, weil sie mit 17 Millionen Mark das billigste Angebot gemacht hatte. Doch als die niederländischen Behörden erfuhren, daß das Unternehmen Sub-Aufträge in die Schweiz – also außerhalb des EG-Bereichs – in Höhe von knapp elf Millionen Mark vergeben hatte, strichen sie die Subventionen über Nacht, mit deren Hilfe de Vries-Robet das gute Angebot in Düsseldorf erst hatte machen können. Der Konkurs wurde zum November des vergangenen Jahres angemeldet. Die Baustelle am Rhein – erst knapp 25 Prozent des Auftrages waren erledigt – stand still.

„Seine schlimmsten Befürchtungen" sah Handwerkskammer-Präsident Georg Schulhoff bestätigt. Er hatte sich schon vor Baubeginn bei den zuständigen Vergabestellen – etwa Staatshochbauamt oder Landtagsausschuß – bemüht, das beträchtliche Auftragsvolumen des Landtagsneubaus für die konjunkturell stark geschwächte heimische Bauwirtschaft zu sichern. Seine Anregungen aber waren mit dem Hinweis verworfen worden, der Zuschlag könne allein dem jeweils billigsten Bieter erteilt werden. Schulhoff bestand dagegen darauf, die Vergabe müsse sich auch an der Leistungsfähigkeit und an der Bonität ausrichten. Die Pleite des *Holländers war nun Wasser auf* Schulhoffs Mühlen: „Der entstandene Schaden hätte leicht verhindert werden können", grollt er.

Und daß Schaden nicht immer klug machen muß, bestätigt nach Ansicht der Düsseldorfer Handwerker die Neuvergabe. Wieder machte der Billigste das Rennen. Dieses Mal aber *immerhin eine nordrhein-westfäli*sche Gruppe, Beaujan/Thierron aus Aachen/Naile mit 27,6 Millionen Mark. Die Bietergemeinschaft „Rheinschiene", die versprochen hat*te, nur einheimische Arbeitskräfte* und Materialien zu nutzen, ging mit ihrem Gebot in Höhe von knapp 30 Millionen Mark leer aus. Sie hatte mit dem Gebot gleichzeitig auch laute Zweifel an der sogenannten „Pfosten-Riegel-Kombination" der Fassade geäußert und darauf bestanden, die von de Vries-Robet fertiggestellten Teile müßten gänzlich ausgebaut und erneuert werden. Sie fühlte sich in dieser Auffassung bestätigt durch die Mängelliste des Architektenteams Eller, Maier, Walter und Partner. Diese hatten zu der Neuausschreibung eine Mängelliste vorgelegt, in der es unter den Punkten 2.13.01 heißt: „Die Dichtfunktion des äußeren Dichtungsprofils ist nicht erreicht."

Das Ingenieurs-Deutsch umgesetzt in die rauhe Wirklichkeit bedeutet: „Der Wind pfeift durch die undichten Ritzen und Regenwasser treibt in das Innere des Gebäudes. Die Folge: Schon eingebaute Heizkörper korrodieren, müssen ausgebaut, sandgestrahlt, eingebaut und wieder gestrichen werden, die Mehrkosten sind noch nicht errechnet. Weiter schreiben die Architekten unter 2.13.03 und 04. „Die Bieter sind gehalten, zu überprüfen, in welcher Form dieser Mangel behoben werden kann." Und „Die Befürchtung liegt nahe, daß gewisse Paneele bei den Eckausbildungen nicht dampfdicht sind. Aus diesem Grunde müssen sämtliche Paneele kontrolliert werden." Das heißt aber nichts anderes als „ausgebaut werden" – und das wiederum ist nur mit erheblichen Kosten zu bewerkstelligen.

Ost-Berlin zensiert Howe-Rede

hrk. Berlin

Ost-Berlin unterschlug bei seiner gestrigen Berichterstattung über den ersten Besuchstag des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe die aus SED-Sicht „härtesten" Passagen, die der Gast bei einem Toast geäußert hatte. Der „DDR"-Leser erfuhr beispielsweise nicht, daß Howe erwähnt hatte, jedem Engländer stünde es frei, *ein Reise-Visum durch die „DDR" zu* beantragen: „In unserer Gesellschaft ist dies ein Grundrecht, das jedem einzelnen zusteht."

Das SED-Organ „Neues Deutsch*land" druckte nicht*, wie in Ost-Berlin sonst üblich, den vollen Wortlaut der Ansprache des Gastes ab. In der ADN-Fassung der Howe-Rede wurde lediglich der Aspekt aufgenommen, der Gast habe die Meinung zum Ausdruck gebracht, „man müsse auf den Tag hinarbeiten, an dem Freizügigkeit im Reiseverkehr zwischen Ost- und Westeuropa, in beiden Richtungen, zu einer Selbstverständlichkeit wird".

Tatsächlich hatte Howe zunächst „gewisse Schritte der DDR, damit mehr Menschen reisen können", gelobt, die Ost-Berlin 1984 im Zusammenhang mit der zweiten Kredit-Milliarde ergriffen hatte. Dann fügte Howe hinzu, es sei „äußerst wichtig, daß es zusätzlich zu Minister-Besuchen auch zwischen den Normalbürgern unserer beiden Staaten zu viel mehr Kontakten kommt".

Auch Howes Bild von der Helsinki-Schlußakte, die „wie ein Trompetenstoß alle Mauern und Schranken in Europa zum Einsturz bringen könnte", fehlte gestern in der „DDR"-Berichterstattung. Dies gilt auch für Howes Betonung des „ausschließlich defensiven" Charakters der NATO und seinen Hinweis, die USA würden in Genf „mit Ernsthaftigkeit und Geduld und der vollen Unterstützung ihrer Verbündeten verhandeln". Howe traf gestern mit SED-Generalsekretär Honecker zusammen und besuchte Schloß Cecilienhof.

Im Vordergrund der Ostberliner Berichterstattung stand jedoch der Besuch von Fidel Castros Bruder, Raul, bei Erich Honecker. Während sich der SED-Chef bei einem Essen zu Ehren des Gastes mit Kritik an den USA zurückhielt, sprach Raul Castro von einer „verbrecherischen Politik der USA und ihrer engsten Verbündeten". Er verglich den „vorgeschobenen Platz" Kubas in Amerika mit dem der „DDR" an den „Grenzen des Sozialismus".

Nun droht dem Senat von der EG Unbill

Von HERBERT SCHÜTTE

Um den Staatsvertrag der Länder über die Neuen Medien ist es ruhig geworden. Der Monat März – von den unionsgeführten Ländern gegenüber den SPD-Ländern als Ultimo für eine bundesweite Vereinbarung angedroht – ist still verstrichen, ohne daß Verhandlungen über eine Annäherung stattgefunden haben. Inzwischen ist aus Bayern auf Mai als Termin hingewiesen worden, zu dem sich die Union Gedanken über einen eventuellen „Alleingang" machen müsse. Auf jeden Fall wird sich vor der Landtagswahl in NRW in Sachen Staatsvertrag nichts bewegen.

In Hamburg – als Medienmetropole der Bundesrepublik in hohem Maße an einem Ordnungsrahmen für die *Neuen Medien interessiert – hat sich* inzwischen etwas bewegt, wenn auch nach einem „langen, qualvollen Weg der Sozialdemokraten von totaler

Länderbericht Hamburg

Verweigerung bis zu diesem Ja für Neue Medien", wie der Mediensprecher der hanseatischen CDU, Gert Boysen, sich ausdrückte. Dem Rechtsausschuß der Bürgerschaft liegt nunmehr der Senatsentwurf für ein „Hamburger Mediengesetz" vor, der zügig beraten werden soll. Unter anderem – wie die Opposition es vorgeschlagen hatte – mit Hilfe eines Anhörverfahrens, bei dem Sachverständige und potentielle Programmanbieter zu Wort kommen sollen. Der „qualvolle Weg" ist übrigens auch durch die ungewöhnliche Tatsache belegt, daß der Rechtsausschuß des Landesparlaments auf einem CDU-Gesetzentwurf für ein Landesmediengesetz seit bereits 14 Monaten „sitzt", ohne daß dieses Papier nur ein einziges Mal beraten worden ist.

Die Regierung des Stadtstaates – Standort für rund 30 000 Beschäftigte im Medienbereich – kann sich zwar rühmen, als erstes SPD-regiertes Bundesland ein Mediengesetz eingebracht zu haben, doch Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und seinen Mitstreitern im Rathaus droht jetzt Unbill von einer Seite, die die SPD bisher nicht in der Rechnung hatte: der Europäischen Gemeinschaft.

Brüssel hat – so teilte CDU-Mann Boysen neulich vor der Bürgerschaft mit – Bedenken wegen der zu geringen Zugangschancen europäischer, nicht deutschsprachiger Programme angemeldet und erwägt eine Klage gegen das hamburgische Gesetz vor dem Europäischen Gerichtshof. Und in Straßburg kündigte der medienpolitische Sprecher der Europäischen Volkspartei, der frühere baden-württembergische Kultusminister Wilhelm Hahn, ebenfalls wegen der Ausgrenzung einer Prüfung an, ob das Hamburger Vorschaltgesetz gegen *geltendes EG-Recht verstößt*.

Unabhängig von diesen Fragezeichen, die aus europäischer Sicht dem hamburgischen Entwurf gegenübergesetzt wurden, gibt es auch zwischen den beiden großen Bürgerschaftsfraktionen noch Reibungspunkte genug. Zwar will der Senat auch Sponsor-Werbung und die einmalige Unterbrechung einer Sendung von mehr als einer Stunde Dauer für Werbung zulassen. Doch in seinen 65 Paragraphen ist der Gesetzentwurf nach Meinung der Handelskammer *Hamburg* „zu perfektionistisch" angelegt und enthält „weit stärkere Sicherungen, als es das Bundesverfassungsgericht erlaubt hat". Handelskammer und CDU haben zum Beispiel beträchtliche Zweifel an der Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit des Aufsichtsgremiums der „Hamburgischen Anstalt für neue Medien" (HAM).

Der Senat will nämlich an die Grün-Alternativen-Fraktion ein „Grundmandat" verleihen, was Boysen zu der Feststellung veranlaßte, daß hier der „GAL als der entschlossensten Gegnerin privater Veranstaltungen kunstvoll ein Mandat im Vorstand zum Geschenk gemacht werden soll".

Die unionsgeführten Nachbarn Schleswig-Holstein und Niedersachsen können – früher „am Ball" und mit günstigeren Rahmenbedingungen für private Veranstalter – die Hansestadt ganz schön in Bedrängnis bringen. Denn der private Hörfunk aus beiden Ländern wird im gesamten hamburgischen Staatsgebiet in einwandfreier Empfangsqualität erreichbar sein. Allerdings ist zu befürchten, daß die für die Frequenzvergabe erforderliche Einigung mit Ost-Berlin und mit Kopenhagen noch auf sich warten läßt, so daß beide CDU-Länder zu Beginn des nächsten Jahres nur teilweise oder gar nicht ihr neues Hörfunkprogramm starten können. Die Hansestadt könnte dann den selbstverschuldeten Rückstand wiederaufholen. „Der Senat" – *so* Boysen – „hätte dann mehr Glück als Verstand."

SPD für Profil Europas in der zivilen Raumfahrt

BERNT CONRAD, Bonn

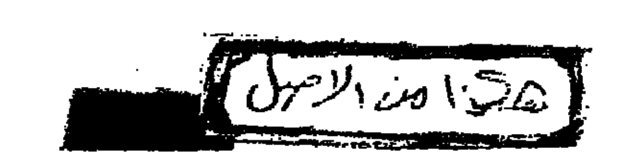
Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich nach Ansicht der SPD energisch für ein eigenständiges Profil Europas auf dem Gebiet der zivilen *Raumfahrt einsetzen. Konkret befür*wortet die Opposition eine deutsche Beteiligung am Bau des europäischen Trägersystems Ariane V. Die Option für ein europäisches bemanntes, wiederverwendbares *System, das* Frankreich mit dem Projekt Hermes plane, müsse offengehalten und seine Verwirklichung sorgfältig geprüft werden.

Diese Gedanken sind in einem von der SPD-Bundestagsfraktion beschlossenen Papier enthalten, das der stellvertretende Fraktionsvorsitzende *Horst Ehmke gestern erläuterte*. Ausgangspunkt ist die Ablehnung einer deutschen Teilnahme an dem amerikanischen Forschungsprogramm für eine Weltraumverteidigung (SDI). „*Ich* sehe keinen Grund, uns an einer Militarisierung der Grundlagenforschung *zu* beteiligen", sagte Ehmke. Die Hoffnung, durch eine Mitwirkung die Pläne der USA beeinflussen zu können, sei unrealistisch.

Offenbar als Alternative dazu plädiert die SPD in ihrem Fraktionspapier dafür, die deutschen und die europäischen Bemühungen zur zivilen Nutzung des Weltraums zu verstärken. „Die Entwicklung einer eigenständigen Weltraumtechnologie setzt die europäische Bereitschaft voraus, mit den USA partiell zusammenzuarbeiten, um ungehinderten Technologietransfer zu ermöglichen", meinte Ehmke. Eine solche partielle Zusammenarbeit soll sich allerdings nur auf den zivilen Bereich und nicht auf militärische Programme erstrecken.

Als „nicht ausgereift" bezeichnete Ehmke das von der Bundesregierung vorgelegte Konzept für die Beteiligung an dem *amerikanischen* Columbus-Projekt. Weder sei ausreichend geklärt, zu welchen Bedingungen eine Zusammenarbeit mit den USA möglich sei, noch überzeugten die Aussagen der *Bundesregierung* zum finanziellen Rahmen des Projekts.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Trotz massiver Entwicklungshilfe ist das Land heute ein „Versorgungsfall"

HEINZ HECK, Mogadischu

Tägliche Stromabschaltungen und lange Taxischlangen an den Tankstellen in der somalischen Hauptstadt erinnern auf Schritt und Tritt an die wirtschaftlich desolate Lage des Landes am Horn von Afrika: Seit Saudi-Arabien keine Ölgeschenke mehr macht, herrscht akuter Mangel, denn für kommerzielle Ölimporte fehlen die Devisen.

Dabei hat es dem nach Bevölkerungszahl kleinen Entwicklungsland – etwa fünf Millionen Einwohner bei allerdings raschem Wachstum (knapp drei Prozent) – an ausländischer Hilfe wahrlich nicht gefehlt. Die geostrategisch wichtige Lage hat den Westen ebenso wie früher den Osten zu massiven Leistungen beflügelt: Über sechs Milliarden Dollar sollen in den beiden letzten Jahrzehnten ins Land geflossen sein. Zur Zeit sind es jährlich schätzungsweise 350 bis 450 Millionen westliche Hilfe, also ein Viertel oder gar ein Drittel des Volkseinkommens der Somalis.

Somalia hängt heute am Tropf der westlichen Geberländer. Die billigen Kredite und Geschenke haben allerdings keine Wachstumsimpulse ausgelöst. Nach Meinung des Bonner Entwicklungsstaatssekretärs Volkmar Köhler (CDU), der vor wenigen Tagen dort Gespräche mit Regierungsvertretern geführt hat, ist das Land sogar zum „Versorgungsfall" geworden. Der Ogaden-Krieg 1977/78 gegen das von der Sowjetunion unterstützte Äthiopien habe die Kräfte des Landes aufgebraucht.

Mindestens ebenso schwer wiegen die wirtschaftspolitischen Fehler der Vergangenheit. Das Verhängnis des Landes sind die Staatsbetriebe, die Millionen Entwicklungshilfe verschlungen haben und weiter verschlingen, aber zu teuer produzieren, soweit sie überhaupt produzieren.

Eine Düngemittelfabrik mit 50 000 Tonnen Produktionskapazität beispielsweise wurde vor über einem Jahr offiziell in Betrieb genommen, hat aber bisher nicht mehr als ein paar Tonnen erzeugt. Die Raffinerie mit 500 000 Tonnen Durchsatzkapazität steht monatelang leer. Eine soeben fertiggestellte Zementfabrik im nördlichen Berbera braucht noch Monate, bis sie wirklich produzieren kann; aber dann fehlt es an Schiffen, um den Zement in die Verbrauchszentren zu bringen. Die Zuckerfabrik des Landes produziert weit über Weltmarktpreisen. Zwei Fleischfabriken arbeiten bei weniger als fünf Prozent ihrer Kapazität.

Lauter staatliche Entwicklungsruinen, die weiter das schmale Budget belasten. Doch die Pleiteserie geht weiter. Eine jetzt mit Millionenbeträ-



SOMALIA

gen aus EG-Hilfe angelegte Grapefruit-Plantage hat sich bereits als Flop erwiesen, wie selbst somalische Kabinettsmitglieder einräumen.

Nun also der Schwenk von sozialistischer Planwirtschaft auf Stärkung der Marktkräfte. Präsident Siad Barre und andere Gesprächspartner versicherten Köhler, Somalia sei „weit offen für deutsches Engagement". Und wie sieht die Realität aus? Ein deutscher Bauunternehmer, Peter Hennings, der seit etwa einem Jahr erfolgreich für ausländische Botschaften in Mogadischu tätig ist und rund 60 Leute beschäftigt, bemüht sich seit einiger Zeit um offizielle Registrierung, da er nur so auch Aufträge annehmen kann, die aus lokalen Mitteln finanziert werden. Nur registrierte Unternehmen genießen im übrigen die Vorteile des vor wenigen Monaten ratifizierten deutsch-somalischen Investitionsschutzabkommens.

Doch Hennings' Bemühungen waren bisher nicht von Erfolg gekrönt. Trotz aller möglichen Interventionen schlummert sein Antrag in den Schubladen des Planungsministeriums. Dabei hat dieser Fall Signalwirkung. Denn Hennings ist, soweit bekannt, der bisher einzige deutsche Unternehmer, der das offiziell erklärte somalische Interesse erwidert. Angesichts solcher Reaktionen dürften sich kaum Nachahmer finden.

Wenn Köhler sich dennoch „anerkennend über die bisherigen Ergebnisse der wirtschaftspolitischen Reformen Somalias" aussprach, so wohl mit Blick auf die jüngst unter Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) vorgenommene teilweise Korrektur des zuvor überhöhten Wechselkurses und die Freigabe der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise. Die höheren Preise sollen bereits zu steigendem Angebot und erhöhter Produktion geführt haben. Doch ist diese Freigabe bar jeder Rechtssicherheit, da sie ohne Gesetzesänderung vollzogen wurde. Woher wissen die Bauern also, ob sie auch morgen noch gilt?

Köhler hat nach seiner Reise auch selbstkritische Töne zur deutschen Hilfe angeschlagen: Somalia sei „eindeutig aus politischen und sentimentalen Gründen vollgeschaufelt" worden. Letztere betreffen die Befreiung der Lufthansamaschine „Landshut" im Jahre 1977 durch die GSG 9, erstere gelten auch für andere westliche Geber, vielleicht in Zukunft verstärkt nach dem Umsturz in Sudan.

Hat man wenigstens auf deutscher Seite aus den Fehlern gelernt? Köhler ließ erkennen, daß man an Großprojekte – oft die Lieblingskinder der somalischen Regierung – künftig vorsichtiger herangehen will; etwa an den Bardera-Staudamm am Juba-Fluß, dessen Kosten – ein ungewöhnlicher Vorgang – zunächst auf 630, jetzt „nur" noch 306 Millionen Dollar veranschlagt werden. Ist das schon der Lohn für sorgfältigere Vorbereitung?

„Prawda" greift Bürgerrechtler heftig an

dpa, Moskau

Mit scharfen Angriffen gegen sowjetische Bürgerrechtler und ihre „imperialistischen Hintermänner" hat das Parteiorgan „Prawda" nach Ansicht von Beobachtern zu verstehen gegeben, daß die UdSSR auch unter ihrem neuen Parteichef Gorbatschow weiterhin einen harten innenpolitischen Kurs steuern will. Wie die Zeitung gestern schrieb, verfolge eine „imperialistische Kampagne zum Schutz der Menschenrechte" das Ziel, „die moralisch-politische Einheit der Völker der sozialistischen Länder zu destabilisieren".

Die Organisatoren dieser „ideologischen Diversion" versuchten, eine „Infrastruktur der Demokratie" zu schaffen. Bürgerliche Strategen bauschten unermüdlich Gerüchte über „Verfolgungen von Andersdenkenden" in den sozialistischen Ländern auf und forderten von Dissidenten „aktive Handlungen gegen die bestehende Ordnung". Mit dem „winzigen Häuflein" von Dissidenten ließe sich aber „kein Treibhaus für die Zucht einer künftigen politischen Opposition aufbauen", warnte die „Prawda".

Wirtschaftsrunde mit Gorbatschow

AFP, Moskau

Der sowjetische Parteichef Gorbatschow ist mit den für Industrie, Landwirtschaft, Ideologie und die Kader zuständigen Führungskräften zu einer „offenen Diskussion" über die wirtschaftlichen Probleme der UdSSR zusammengetroffen. Wie die sowjetische Presse gestern berichtete, machte Gorbatschow dabei neben „objektiven Faktoren" wie zum Beispiel dem harten Winter „subjektive" Probleme wie die „Selbstgefälligkeit" oder „Unfähigkeit" leitender Wirtschaftsverantwortlicher für die Schwierigkeiten verantwortlich. Die Teilnehmer der Konferenz sprachen sich für eine Stärkung der zentralen Planwirtschaft aus, forderten aber auch mehr finanzielle Autonomie für die Unternehmen und Staatsgüter.

Europa soll Portugal aus Not und wirtschaftlichem Chaos herausreißen

Folgen der Verstaatlichungspolitik / Verarmung des Landes wird immer spürbarer

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Portugal wird in fünf Jahren ganz anders aussehen", hoffte Ministerpräsident Soares nach Abschluß der Verhandlungen zum EG-Beitritt. Was wie reine Wahlpropaganda klingen mag, entspricht jedoch der bitteren Realität: nur mit Hilfe von außen kann sich das Land von seiner akuten, mit jedem Jahr schlimmeren Not befreien, in die es nach der Revolution der Roten Nelken vor zehn Jahren geriet.

Während die Portugiesen abwarten müssen, was sich auf dem Schachbrett der Politik bewegt, wo die Parteien ihre Figuren ohne sichtbaren Nutzen für die Allgemeinheit hin- und herschieben, werden hier und da erste Anzeichen des nackten Hungers bemerkbar. In den Wohnvierteln um die einst lebhaft beschäftigten Werften von Setubal drängen sich Schlangen von Arbeitslosen mit ihren Tellern um die Armenspeisung der Kirche. In kalten, ungeheizten Häusern der Altstadt und der Randsiedlungen von Lissabon häufen sich Mangelkrankheiten bei Kindern. Entkräftete Jugendliche sehen dem ohnehin schweren Kampf um den ersten Arbeitsplatz ohne Hoffnung entgegen; sie sind auch die ersten, die durch das Sieb der Prüfungsfragen fallen.

Draußen im Lande nimmt der Analphabetismus in erschreckendem Maße zu. Hunderttausende bitterarmer Kleinbauern, die in diesen Tagen zur Wallfahrt im Mai nach Fatima rüsten, haben die Hoffnung auf eine Besserung durch die politische Führung aufgegeben.

Der sichtbar gewordenen Not entspricht ein Fatalismus in Wirtschaft und Verwaltung. Kompetenzstreitigkeiten und Korruption verhindern und verzögern die wirtschaftliche Planung selbst auf regionaler Ebene.

Die Vorwürfe aus der Bevölkerung verschärfen die Auseinandersetzungen in der Regierungskoalition der Sozialisten und Sozialdemokraten. Nüchterne Politiker auch des sozialistischen Regierungslagers sehen die Ursache des Elends in der Verstaatlichungspolitik des kommunistisch gesteuerten Militärregimes von 1975.

Vor allem die Arbeitsgesetze jener Zeit sorgen nach wie vor für eine verheerende Arbeitsmoral der eigentlich fleißigen und arbeitswilligen Portugiesen. Mit 13 Prozent durchschnittlichem Arbeitsausfall liegen vor allem die staatlichen Betriebe sechsmal über dem europäischen Durchschnitt von zwei Prozent.

Politische Streiks kommunistisch gelenkter Gewerkschaften beschleunigten den Auftragsrückgang selbst in den durch ihre Lage an der Tankerroute begünstigten Reparaturwerften am Tejo. Um den Bankrott zu vermeiden, sehen staatliche und private Unternehmen oft keinen anderen Weg, als daß sie unbeschäftigte Arbeitskräfte, die sich nicht entlassen dürfen, einfach nicht mehr bezahlen.

Nach einer offiziellen Statistik waren zum Jahresende 798 Betriebe mit ihrer Lohnzahlung im Rückstand. 85 000 Arbeiter warten oft schon monatelang auf ihren Lohn. Die Opposition schätzt, daß diese Zahl in Wirklichkeit dreimal höher liegt, da die verstaatlichten Betriebe in der Statistik nicht erfaßt werden. Das Damoklesschwert der Arbeitsgesetze lähmt selbst ausländische Interessenten, die sonst bereit wären, zu investieren.

Hier gibt es einen erheblichen Nachholbedarf. Immerhin erzielten deutsche Unternehmen der elektronischen und der optischen Industrie dort große Erfolge, wo sich die Menschen für Lohn und Brot und nicht für revolutionäre Errungenschaften interessieren. Von der utopischen Gesetzgebung profitiert allein die „Parallelwirtschaft" der Schwarzarbeit, die mit öffentlicher Duldung ohne Rücksicht auf Gesetze funktioniert.

Moderne Unternehmer, die, den Dollarkurs nutzend, im Export von Sportschuhen beispielsweise beachtliche Erfolge erringen konnten, erwarten unter diesen Umständen von der EG einen entschlossenen Druck auf das portugiesische Parlament, die Wirtschafts- und Arbeitsgesetze den europäischen Usancen anzupassen. Bei seinem wiederholten Versuch, die gesetzliche Basis von sich aus zu normalisieren, scheiterte Ministerpräsident Soares bisher am Widerstand seiner Parteilinken, die sich an der KP orientiert und teilweise in die neue Partei von Präsident Eanes abwandert.

Nicht von ungefähr flog Soares nach Porto, um an der Gründungsversammlung der ersten nach der Revolution wieder zugelassenen Privatbank, der Banco Portugues do Investimento, teilzunehmen. Denn nur unter dem Druck des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs kann Portugals Wirtschaft gesunden, kann das ungeheure Staatsdefizit langsam abgebaut werden. Bis dahin muß die von dem Diktator Salazar geschaffene, inzwischen aber um ein Drittel auf 600 Tonnen zugesammengeschmolzene Goldreserve das Interesse der internationalen Banken wachhalten. „Die Verstaatlichung des Finanzsystems und zahlreicher Unternehmen der Produktion bedeutete einen sehr schweren Schlag für das Funktionieren unserer Wirtschaft", sagte Soares vor den Bankern in Porto. Was der Internationale Währungsfonds bisher nicht erreichte, den Abbau des an seiner aufgeblasenen Bürokratie krankenden Haushaltsdefizits, erhofft Portugal von der EG: Anstöße zu einer Strukturreform in der Landwirtschaft, der Industrie und im Finanzwesen bei gleichzeitigem Abbau der Staatswirtschaft. (SAD)

Kairo füllt den Frieden nicht aus

Ein Israeli resümiert: Ausbleibende Normalisierung weniger gefährlich als Pressehetze

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

„Die Ägypter lassen sich nicht gerne daran erinnern, daß der Friede mit Israel einen großen Teil ihrer Staatseinnahmen überhaupt erst möglich macht: den Erdölhandel, die Suezkanal-Gebühren, den Fremdenverkehr und viele ausländische Investitionen." Dies schreibt nach einem fünfjährigen Aufenthalt in Kairo als Leiter des „Israelischen Akademischen Zentrums" Shimon Shamir.

Der Friede mit Israel nehme „heute nicht den wichtigsten Platz in den Überlegungen der Ägypter ein. Der sechste Jahrestag der Vertragsunterzeichnung wurde zwar in der Presse erwähnt, aber sehr leise", meint Shamir. „Kalt", sagt er, sei eine irreführende Bezeichnung für den Charakter des Friedens. Eher sollte man „unterteilt" sagen.

Die Beziehungen zwischen Ägyptern und Israelis bewegen sich in geschlossenen Kreisen. Israelische Touristen, die zu Tausenden nach Ägypten fahren, kommen nur mit jenen Ägyptern in Berührung, die vom Fremdenverkehr leben. Der Ölhandel wird nur von den Beamten der beiden Energie-Ministerien geführt. Die gesellschaftlichen Kontakte der kleinen israelischen Kolonie in Kairo bewegen sich im geschlossenen Kreis. Das „Akademische Zentrum" wurde von zahlreichen ägyptischen Studenten und Gelehrten benutzt, aber ihm blieben die Tore der ägyptischen Universitäten verschlossen.

Um zu sondieren, ob sich nicht doch etwas zur Vertiefung der Beziehungen machen ließe, sandte der israelische Außenminister Itzhak Shamir vor kurzem den Mann nach Kairo, der den Frieden in die Wege geleitet und erster israelischer Botschafter während der Präsidentschaft Sadats war – Israel Ben-Elissar, jetzt Likud-Abgeordneter. Er kam mit einem enttäuschenden Bescheid zurück: „Ägypten hat keinerlei Absicht, den kalten Frieden mit Israel auch nur geringfügig zu erwärmen." Einerseits bleibe der formale Friede in Kraft, während sich Ägypten gleichzeitig in genügendem Maße davon distanziere, um seine gestörten Beziehungen zu den arabischen Staaten zu entkrampfen.

Er habe den Eindruck gewonnen, daß auch nach einem endgültigen Abzug der israelischen Armee aus Südlibanon keine Änderung in der ägyptischen Einstellung eintreten werde. Präsident Mubarak hatte das zwar zur Bedingung gemacht, „aber mittlerweile schon andere angefügt".

Shimon Shamir bemerkt in diesem Zusammenhang: „Der gefährlichste Faktor in den Beziehungen zwischen den beiden Völkern heute ist nicht das Ausbleiben der im Friedensvertrag festgelegten Normalisierung, auch nicht das Fehlen eines ägyptischen Botschafters in Tel Aviv, sondern die zügellose Hetze gegen Israel in der ägyptischen Presse. Manche Journalisten erachten es als ihre nationale Pflicht, als Wachhunde gegen jeden positiven Kontakt der ägyptischen Gesellschaft in Israel zu dienen. Sie verurteilen jede kulturelle Zusammenarbeit als ‚Kulturoffensive der Israelis gegen die ägyptische Psyche' und jeden wirtschaftlichen Austausch als ‚israelische Usurpation der ägyptischen Wirtschaft'. Negative Nachrichten aus Israel werden zu gespenstischen Dimensionen aufgebauscht, während Positives überhaupt nicht gedruckt wird." (SAD)

Befahl Geheimdienst Taiwans den Mord?

rtr, Taipeh

Wegen Mordes an einem in den USA lebenden Oppositionellen sind gestern zwei Taiwanesen von einem Gericht in Taipeh zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Chen Chi-Li und Wu Tun, die Anführer der „Bambus-Bande", wurden für schuldig befunden, den amerikanischen Schriftsteller chinesischer Abstammung und Regimekritiker Taiwans, Henry Liu, im Oktober 1984 in San Francisco erschossen zu haben. Drei hohe taiwanesische Geheimdienstoffiziere, darunter der Vizeadmiral Wang Hsi-Ling, müssen sich im Zusammenhang mit dem Mord, der die Beziehungen zwischen Taiwan und den USA belastet hat, vor einem Militärgericht verantworten. Einer der Täter beschuldigte Wang, auf seinen Befehl den 52jährigen Liu ermordet zu haben. Der Vizeadmiral bestritt den Mordbefehl, räumte aber ein, befohlen zu haben, dem Schriftsteller eine „Lektion" zu erteilen.

Guatemala steckt schon im Wahlkampf

Vier Bewerber um die Präsidentschaft / Wirtschaft als Hauptthema / Militärs weichen

G. F. Guatemala-Stadt

Guatemalas Militär hat den Termin für die Rückkehr zur Demokratie festgelegt. Am 24. Oktober finden allgemeine Wahlen statt. Vier Kandidaten bewerben sich um die Präsidentschaft; fraglich ist, ob einer die absolute Mehrheit erzielen kann oder ob es zur Stichwahl kommt.

Im Gegensatz zu vielen lateinamerikanischen Ländern wuchsen in Guatemala im Schatten der Militärdiktatur junge Führer heran, die den Wählern neue Optionen vorschlagen. Politisch sind sie unterschiedlich orientiert, doch ihr Wahlkampf wird von einem Thema beherrscht: dem Zusammenbruch der einst soliden Wirtschaft des Landes, der zu einer Arbeitslosigkeit geführt hat, die sehr viele Guatemalteken für gefährlicher als den nicht ganz unterdrückten Guerrillakrieg halten.

Vinicio Cerezo ist ein links von der Mitte stehender Christdemokrat, der mit seinem Charisma mehr als mit seinem Programm beeindruckt. Dies sieht einen „Sozialpakt" vor, eine Art sozialen Waffenstillstand der Guatemalteken. Er widersetzte sich wortreich, aber gewaltlos den Militärregierungen und gewann dadurch Popularität.

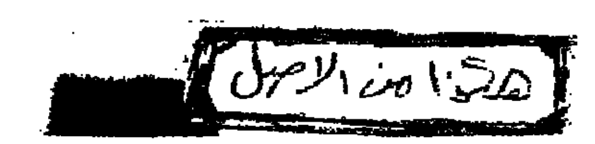
Mario Sandoval Alarcon ist als Kandidat der „Bewegung der Nationalen Befreiung", einer Koalition der politischen Rechten, in vieler Hinsicht Cerezos Gegenspieler. Ein Kehlkopfkrebs hat seine Stimmbänder angegriffen. Er ist leidend und sprachbehindert, und seine Frau hält seine Wahlreden.

Während Cerezo, der trotz seiner 42 Jahre schon zwei Attentate überstand, seit der Regierung des Generals Romeo Lucas Garcia als Protestler bekannt ist, war Sandoval in den letzten 30 Jahren ein prominenter Akteur auf der politischen Bühne, Vizepräsident des Landes (1974–78) und mehrmals Präsident des Parlaments. Er hält die Mitarbeit der Armee bei der Demokratisierung für wichtig, weil jede künftige Regierung die kriegerischen Absichten Nicaraguas neutralisieren müsse.

Ganz anders als diese beiden Kandidaten traditioneller Parteien ist Jorge Carpio Nicolle ein Neuling im politischen Leben. Im Gegensatz zu den Regierungen der „gescheiterten Politiker" verspricht er eine Regierung, die Guatemala wie das Management eines Großunternehmens führen soll. Als Chefredakteur der einflußreichen Zeitung „El Grafico" war er ein Mann der Feder, bis er im Juli 1984 eine „Union der nationalen Mitte" schuf und sie durch Wahlbündnisse mit anderen Gruppen zu einer der wichtigsten Parteien des Landes machte.

Er will von links und rechts nichts wissen und verspricht dem Volk mit dem Wahlspruch Juan Perons „Taten statt Worte". Er meint, er biete die „einzige demokratische Alternative". Carpio Nicolle glaubt, daß nur die Privatwirtschaft Privatkapital aus dem Ausland anziehen kann, ohne daß die Wiederbelebung der Wirtschaft undenkbar sei.

Ein Neuling in der Politik ist auch Jorge Serrano Elias, aber ohne Cerezos Charisma, Sandovals Erfahrung oder Carpios Einfluß in der Presse, dessen Verachtung für die Politiker er teilt. Aber er ist Protestant. Seine „Partei der nationalen Zusammenarbeit" stützt sich auf die Kooperativen. Sein Heilmittel für die Wirtschaft ist, das Land mit einem Netz von Kooperativen zu überziehen.



Personalien

ERNENNUNG

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat dem neuen südafrikanischen Botschafter in Bonn, **Willem Rudolph Retief** das Agrément erteilt. Der Diplomat begann seine Karriere 1957 als Sekretär an der südafrikanischen Botschaft in Köln. Später, 1967, ging er als Generalkonsul nach München. 1978 wurde er Gesandter an der südafrikanischen Botschaft in Washington. Retief erhielt 1981 seinen ersten Botschafterposten in Wien, wo er auch als Ständiger Vertreter bei der Internationalen Atomenergie-Organisation arbeitete. Seit 1984 war er Direktor im Außenministerium in Pretoria. Willem Rudolph Retief gehört inzwischen zu den knapp 2000 Persönlichkeiten, die mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet worden sind.

*

Professor Dr. **Heinz Gollwitzer**, emeritierter Lehrstuhlinhaber für Neuere und Neueste Geschichte und langjähriger Direktor des Historischen Seminars der Universität Münster, ist von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften München zum Korrespondierenden Mitglied ihrer Philosophisch-Historischen Klasse gewählt worden.

EHRUNG

Eleanor Lansing Dulles, die heute 90jährige Frau des früheren amerikanischen Außenministers **John Foster Dulles**, eines guten Freundes von **Konrad Adenauer**, wird am 5. Mai in Wiesbaden während der „Deutsch-Amerikanischen Freundschaftswoche 1985" mit der General Clay-Medaille ausgezeichnet. Die Laudatio hält Professor **Wilhelm Grewe**, früherer deutscher Botschafter in Washington. Mit der Auszeichnung soll Eleanor Dulles dafür gedankt werden, daß sie sich an der Seite ihres Mannes für die Festigung der deutsch-amerikanischen Freundschaft einsetzte, ganz besonders immer wieder für die Interessen der Stadt Berlin. Die Freundschaftswoche, veranstaltet vom Deutsch-Amerikanischen Club, steht unter der Schirmherrschaft von US-Botschafter **Arthur F. Burns** und dem hessischen Ministerpräsidenten **Holger Börner**.

Im Alter von 66 Jahren starb in Linz **Ritter Georg Gaupp-Berghausen**. Der Ritterkreuzträger des Zweiten Weltkrieges baute in den fünfziger Jahren unter dem Vorsitz des Erzherzogs Otto von Habsburg mit Unterstützung des Vatikan das „Europäische Informations- und Dokumentationszentrum" (CEDI) auf, eine Vereinigung führender christdemokratischer und konservativer Politiker Europas. Ein wesentliches Ziel der CEDI war die Eingliederung Spaniens in die Gemeinschaft des demokratischen Europas. Gaupp widmete sich auch als Geschäftsführer und Vizepräsident der Erwachsenenbildung in Zentralamerika. Gaupp-Berghausen wurde in einem spanischen Dorf bei Guadalajara beigesetzt.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zentralfragen der Politik

„Mit rosa Watte gegen rüde Töne aus dem Osten"; WELT vom 3. April

Die zahlreichen Entscheidungen unserer Außenpolitik werden in der breiten Öffentlichkeit und von den meisten Politikern kaum umfassend und ohne Emotionen diskutiert. Mir scheint es darum zu Adenauers Zeiten besser bestellt gewesen zu sein.

Die führenden Kräfte der Opposition haben sich leider vorerst für eine freiheitliche gesamtdeutsche, freiheitliche europäische und westlich orientierte Politik abgemeldet. Heinz Barth versucht am 3. 4. 1985 in umfassender Analyse eine – hoffentlich – fruchtbare Diskussion zu eröffnen.

Eine zentrale Frage deutscher Außenpolitik scheint mir dabei noch zu wenig im Vordergrund zu stehen. Diese entscheidende Aufgabe ist es, berechtigte Anliegen Deutschlands und der Deutschen zäh, maßvoll, entschieden und tapfer, in friedlichem Wandel und unter Beachtung des Gemeinwohls der europäischen Völker vorwärtszubringen. Cui bono, wem nützt die von Barth analysierte Politik?

Ich meine, daß wir uns im außenpolitischen Bereich noch zielstrebiger um das deutsche Zentralanliegen und um eine freiheitliche Einigung Europas, in enger Zusammenarbeit mit dem Westen, bemühen sollten, das Vertrauen in uns stabilisierend, aber diese Hauptanliegen nicht ausklammernd und aufs nächste Jahrtausend vertagend. Unser Auswärtiges Amt muß versuchen, mit dem Westen auch eine Politik zugunsten der Berücksichtigung eines noch glaubwürdigen freiheitlichen deutschen Nationalbewußtseins zugunsten einer freiheitlichen staatlichen Gemeinsamkeit für die Deutschen, geöffnet nach einer europäischen politischen Einigung, nach mehr Menschenrechten und weniger Unterdrückung auch bei unseren Nachbarn, auf der Grundlage humanistischer und christlicher Werte sowie in Achtung vor der Würde und Existenz unserer Nachbarn zu betreiben.

Eine breite sachliche Diskussion über mögliche Bausteine zu dieser Politik und über die in der Analyse von Barth angesprochenen Fragen sollte ohne persönliche Anschuldigungen und Emotionen geführt und nicht abgewürgt werden.

Dr. Herbert Czaja, MdB

Absolute Unwissenheit

Nach Presseberichten haben es die drei Oberfinanzpräsidenten in Nordrhein-Westfalen für nötig befunden, die absolute Unwissenheit der Finanzverwaltung in Sachen Parteienfinanzierung zu beteuern. Die Recherchen, die im Zuge der anhängigen Gerichtsverfahren durchgeführt wurden, haben jedoch ergeben, daß die Finanzverwaltung auf verschiedenen Ebenen immer wieder Hinweise auf die Umwegfinanzierung der Parteien erhalten hat.

So hat der Altbundespräsident Scheel in einem Verfahren ausgesagt, daß er als damaliger Landesschatzmeister der FDP bereits 1962 mit Dr. Thiel vom Finanzministerium in Düsseldorf über die Liquidation eines Spendensammelvereins gesprochen habe. Im Jahre 1965 hat R. Weinmann eine Dissertation mit dem Titel „Die Finanzierung politischer Parteien in steuerrechtlicher Betrachtung" vorgelegt, in der zahlreiche Hinweise enthalten sind, die auf ein Mitwissen der Finanzverwaltung schließen lassen.

Der frühere Leiter des Finanzamtes St. Augustin bei Bonn hat in den 70er Jahren selbst Parteispenden über einen gemeinnützigen Verein gesammelt. Im Jahre 1976 wurde die Finanzverwaltung im Bundestag aufgefordert, etwas gegen die Einschaltung gemeinnütziger Vereine in die Finanzierung der Parteien zu tun.

Im Jahre 1978 haben alle Finanzministerien das Gutachten Weyrauch erhalten, das sich sehr eingehend mit den Umgehungspraktiken bei der Parteienfinanzierung befaßt hat. Nur weil sie Augen und Ohren vor diesen Hinweisen verschlossen hat, glaubt die Finanzverwaltung heute, ihre Untätigkeit vor sich selbst und in der Öffentlichkeit rechtfertigen zu können.

Das von den Oberfinanzpräsidenten beteuerte Nichtwissen stellt sich also nicht als Tugend, sondern als Ergebnis von Pflichtverletzungen dar. Man wollte den politischen Instanzen gefällig sein. Dr. Troll, der frühere Referent für das Spendenwesen im Bundesfinanzministerium, hat freimütig eingeräumt, seit Ende der 60er Jahre von der Umwegfinanzierung gewußt zu haben; er hat es in einem der FAZ zugesandten Leserbrief so ausgedrückt: „Es bedurfte keiner allzu großen Intuition, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß besondere Aktivitäten in dieser Angelegenheit kaum erwünscht waren."

Das Ergebnis dieser Haltung war, daß den Spendern die Überzeugung vermittelt wurde, rechtlich sei alles einwandfrei. Jetzt aber sollen die Spender bestraft werden, während die Finanzverwaltung aus ihrem Opportunismus eine Tugend macht.

U. Hansen, Köln 40

Mit Emotionen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die gesamte SDI-Diskussion scheint einmal wieder mehr auf der emotionalen als auf der Tatsachen-Ebene geführt zu werden, wie wir es beim NATO-Doppelbeschluß schon kennengelernt hatten.

Daß die Sowjets bisher schon „ein Vielfaches der amerikanischen Mittel ausgegeben haben" (Todenhöfer), scheint bei uns keinen zu interessieren; denn Forschung ist wohl noch keine Bedrohung. Soll uns die zur Zeit anhaltende westeuropäische Verzögerungstaktik erst wieder in eine neue Grauzone manövrieren, damit wir dann wieder einen Doppelbeschluß brauchen?

Entwicklung kann man nicht aufhalten; wer das glaubt, ist ein Traumtänzer.

Es ist deshalb zu begreifen, dieses Mal rechtzeitig und im großen Stil zu beginnen. Die Europäer tun gut daran, durch eine entsprechende Beteiligung jetzt sich vom technologischen Fortschritt und den damit verbundenen Abfallprodukten nicht abzukoppeln.

Im übrigen – und das sollte für Europa erstrebenswert sein – stärkt eine gemeinsame Entwicklung die spätere Mitsprache. Der so oft zitierten Befürchtung der amerikanischen Abkopplung wäre außerdem kräftig Nahrung entzogen.

Mit freundlichen Grüßen
M. Köhler, Idar-Oberstein

Wort des Tages

„Man kann jungen Menschen keine Gewißheit geben. Man kann ihnen nur versprechen, daß man sie nie belügen wird."

Albert Camus; franz. Philosoph und Autor (1913–1960)

Was meinte Kohl?

Auf dem Parteitag in Essen hat der Bundeskanzler wieder einmal den deutschen Nationalstaat „im Sinne Bismarcks" aufs Korn genommen, ohne zu erläutern, was er damit eigentlich meint. Wir alle wüßten, erklärte er, daß es zum „Nationalstaat Otto von Bismarcks" kein Zurück gebe. Das deutsche Haus sei nur zu bauen auf dem Fundament der Menschen- und Bürgerrechte und unter dem Dach eines vereinten Europas.

Hat der Bundeskanzler damit sagen wollen, daß das Reich in der Zeit Bismarcks ein Staat ohne Menschen- und Bürgerrechte gewesen sei? Meint er überhaupt das Kaiserreich der Jahr 1871–1890? Oder hat er zum Ausdruck bringen wollen, daß er die Wiedervereinigung des nach 1945 geteilten deutschen Staates für ein nicht mehr erreichbares (und auch gar nicht erwünschtes!) Ziel der westdeutschen Politik hält?

Für diese Auslegung spricht die Tatsache, daß Kohl bereits 1980 öffentlich erklärt hat, einen deutschen Nationalstaat „im Sinne Bismarcks" werde es nicht mehr geben, weil niemand in Ost und West ein „so" wiedervereinigtes Deutschland mit 80 Millionen Bewohnern wolle. Und es war sicher auch kein Zufall, daß man in der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 lesen konnte: „Der Nationalstaat der Deutschen ist zerbrochen."

Muß man aus diesen Äußerungen schließen, daß es nach Auffassung des Bundeskanzlers einen gesamtdeutschen Staat nicht mehr gibt und es auch nicht sein politisches Ziel ist, auf seine Wiederherstellung hinzuarbeiten?

Wäre eine solche Politik mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vereinbar, wonach kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik die Wiederherstellung der staatlichen (sic!) Einheit als politisches Ziel aufgeben darf, vielmehr alle Verfassungsorgane verpflichtet sind, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – was nach Ansicht des Gerichts die Forderung einschließt, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten?

W. Truckenbrodt, Bonn

Der Immobilienmarkt

Drei Jahre lang lag der Markt für Immobilien brach – gemessen an der stürmischen Nachfrage in den Jahren zuvor. Die Preise – besonders für Ein- und Zweifamilienhäuser – verfielen um bis zu 20 Prozent. Die Zeit des selbstverständlichen Wertzuwachses von Immobilien ist vorbei. Das ist der Grund dafür, daß die Nachfrage zurückging und mancher Verkäufer von Einfamilien-Häusern seine Preisvorstellungen kräftig nach unten revidieren mußte, um sein Objekt an den Mann zu bringen. Mit dem Frühling 1985 aber belebt sich der Markt – wenn auch nur vorsichtig und gebietsweise. Die WELT stellt in ihrer letzten Artikelfolge heute die Situation in den Bundesländern Hessen und Nordrhein-Westfalen vor.

Hohe Halden sind abgebaut. Es ist ruhiger geworden

Von INGE ADHAM, Frankfurt

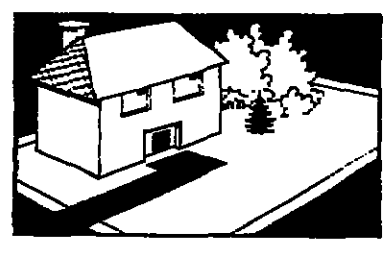
Die einschneidende Preis- und Nachfragewende am bundesdeutschen Immobilienmarkt kennzeichnet auch die Situation in Hessen, wenn auch mit starken regionalen Unterschieden. Während Hypothekenbanken von einem verhältnismäßig ausgeglichenen Immobilienmarkt in Süd- und Mittelhessen sprechen, sieht es in ländlichen Bereichen des Bundeslandes und vor allem in den strukturschwachen Regionen am Zonenrand völlig anders aus.

Einen erheblichen Preisverfall orten Banken hier nicht nur bei gewerblichen Immobilien, sondern auch bei Einfamilienhäusern. Trotz erheblicher Abschläge sind Verkäufe schwierig geworden. Das schlägt übrigens auch auf die Verwertungserlöse bei Zwangsversteigerungen durch, auch wenn die betroffenen Hypothekenbanken deren Anzahl als noch nicht besorgniserregend ansehen.

Im Stich gelassen wird das eigene Häuschen, das oft mangels Kapital mit einer hohen „Muskelhypothek" in Form von eigener Arbeit erstellt wurde, eigentlich nur in Scheidungsfällen. Beim dann fälligen Verkauf oder gar der Zwangsversteigerung wird in ländlichen Gebieten dann allerdings nach Beobachtungen von Banken bis zu 30 Prozent weniger erlöst als noch vor zwei Jahren.

Das alte Beleihungskriterium der Hypothekenbanker – 1. die Lage, 2. die Lage, 3. die Lage – bewahrheitet sich auch im Ballungsgebiet Rhein-Main deutlich. Nach wie vor gesucht, auch zu Top-Preisen, sind Top-Lagen, zu denen einige Viertel in Frankfurt zählen, und vor allem die nahen Vordertaunus-Lagen sowie bestimmte Wiesbadener Viertel.

Das einzige Zeichen für eine Abschwächung am Immobilienmarkt,



wie sie in anderen Teilen des Bundeslandes beobachtet wird, ist dort die Tatsache, daß die Preise – deutlich höher als in anderen Wohngebieten – nicht weiter gestiegen sind. Generell gilt im übrigen die Faustregel, daß bei etwa 450 000 bis 500 000 DM für „Normalkäufer" von Eigenheimen eine Preisschwelle liegt, und daß Objekte etwas weiter draußen, die vor zwei Jahren blendend gingen, trotz etwas günstigerer Preise nicht mehr so gesucht sind. Stadtnah freilich sind Grundstücke und Häuser knapp und die Millionengrenze beim Erwerb schnell überschritten.

Bei Eigentumswohnungen sieht es etwas anders aus. Zwar sind die hohen „Halden", die es eimal im Rhein-Main-Gebiet gab, weitgehend abgebaut, aber der Markt ist ruhiger geworden. Gesucht werden nach wie vor zu Preisen zwischen 3000 und 4000 Mark pro Quadratmeter gute Lagen in kleineren Wohnanlagen, während in den älteren, besonders in großen Wohnblocks, die Preise deutlich nach unten gerutscht sind. Trotz der Veränderungen am Immobilienmarkt ist übrigens die Wohnungssuche im Ballungsgebiet Rhein-Main immer noch kein Vergnügen. Denn es fehlt nach wie vor an preisgünstigem Wohnraum für junge Familien.

Auch bei Büroraum hatte es in Frankfurt „Halden" gegeben, die freilich in den beiden vergangenen Jahren rasch abgebaut wurden. Inzwischen gibt es wieder eine lebhafte Bautätigkeit in Sachen Büroraum. Es gibt zwar einige skeptische Stimmen, die vor einem Neubau über den Bedarf hinaus warnen, aber in begehrter Lage, wie zum Beispiel im Bankenviertel und daran angrenzend, wird immer noch rasch vermietet. Schwächer nachgefragt sind Randlagen und Objekte, bei denen das Parkproblem unbefriedigend gelöst wurde. Mietrückgänge am Markt für Büroraum hat es freilich nicht gegeben.

Nordrhein-Westfalen: Die Hoffnung ruht auf den nächsten fünf Jahren

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Gegenwart ist noch ein bißchen düster. Die Zukunft aber kann nur schöner werden. Was auch immer „Pillenknick" und Schwindsucht der Bevölkerungszahl an dikken Problemen für die Volkswirtschaft bringen, der Wohn-Immobilienmarkt müßte von der Altersstruktur der Bevölkerung her zumindest für die nächsten fünf Jahre das genaue Gegenteil der aktuellen Depressions-Phase bringen.

Die LBS Immobilien GmbH in Münster, ein Ableger der unter den öffentlich-rechtlichen Banken größten WestLB und mit knapp 1,2 Milliarden Mark Jahresumsatz zweifelsfrei der „größte Immobilien-Makler" im volksreichsten Bundesland, pflastert solche Zuversicht mit einleuchtender Statistik:

In Eigentum wohnen erst 40 Prozent der Bürger, doch 93 Prozent der Jugend (14 bis 19 Jahre alt) und auch noch 75 Prozent der Leute im Pensionärsalter (ab 60. Lebensjahr) streben nach Wohnen unter eigenem Dach. Die ins „Bauherrenalter" vorrückende Jugend werde nun in Nordrhein-Westfalen bis 1990 um zehn Prozent bei den 20–30jährigen und um 16 Prozent bei den 30–40jährigen wachsen.

Diesseits solcher Vision sieht der Wohn-Immobilienmarkt in Nordrhein-Westfalen derzeit noch eher trübe aus. Im natürlich arg vergröbernden Landesdurchschnitt darf man die Behauptung wagen, daß der Erwerbspreis für Wohn-Immobilien, bis 1981/82 in ständigem Anstieg, seitdem um bis zu 20 Prozent gesunken ist. Und daß er seit Herbst 1984 auf diesem Niveau (vor erneutem Anstieg?) verharrt.

Preissturz um maximal ein Fünftel – welchen Wohn-Immobilieneigentümer trifft das? Im Grund nur wenige. Nämlich vor allem nur Leute, denen persönliches Schicksal (zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Ehescheidung) oder unseriöse Kalkulation (Wertsteigerung bezahlt schon kurzfristig die Kosten überhöhter Fremdfinanzierung) einen Strich durch die Rechnung machten.

Wer vor 1980 „Bauherr" wurde, bleibt normalerweise von solchen Blessuren eines zeitweiligen Preisdrucks am Wohn-Immobilienmarkt verschont. Die LBS Immobilien hat auch für solche Folgerung einen schlüssigen Beleg: Eine Million Kreditkunden hatte sie 1984 im aktuellen Geschäft, nur 365 davon mußte sie zwecks (Teil-)Befriedigung der eigenen Forderungen in die Zwangsversteigerung treiben. Ein lächerlich kleiner Promille-Satz, der alle Unkerei über aktuelle „Bauherren-Not" auf eine Größenordnung reduziert, die des Vergessens würdig ist.

NACHRICHTEN

Fußball auf Rang eins

Bonn (isk) – In einer Umfrage der Fernsehanstalten ARD und ZDF über die beliebtesten Sportarten belegte der Fußball mit 58 Prozent der Stimmen die erste Stelle vor Eiskunstlaufen und Skispringen. 50 Prozent der Zuschauer zeigten sich mit dem Fernseh-Sportangebot zufrieden.

Klimaschefski bleibt

Saarbrücken (sid) – Drei Tage nach dem Scheitern im Halbfinale des deutschen Vereinspokals gegen Bayer 05 Uerdingen hat Trainer Uwe Klimaschefski seinen Vertrag beim Fußball-Zweitligaklub 1. FC Saarbrücken um ein Jahr bis zum 30. Juni 1986 verlängert. Klimaschefski, seit März 1982 in Saarbrücken tätig, wurde vom VfB Stuttgart umworben.

Zuviel Alkohol

Moskau (sid) – Wladimir Below, bei der Handball-Weltmeisterschaft 1982 in Deutschland bester Spieler des Turniers, ist aus der Nationalmannschaft der UdSSR ausgeschlossen worden. Dem Spieler, der zusätzlich den Titel „Verdienter Meister des Sports" verlor, wird reichlicher Alkoholgenuß auf Reisen der Nationalmannschaft vorgeworfen.

Borchers nach Zürich

Zürich (dpa) – Ronald Borchers, ehemaliger deutscher Fußball-Nationalspieler in Diensten des Bundesliga-Klubs Arminia Bielefeld, spielt von der kommenden Saison an für den Schweizer Erstliga-Klub Grasshoppers Zürich.

Stöck gestorben

Hamburg (dpa) – Gerhard Stöck, Olympiasieger von 1936 im Speerwerfen, ist – wie erst jetzt bekannt wurde – am 29. März kurz vor Vollendung seines 75. Lebensjahres nach langer Krankheit in Hamburg verstorben.

Vicha nach Großwallstadt

Elsenfeld (sid) – Der deutsche Handball-Meister TV Großwallstadt will für die neue Bundesliga-Saison den Nationaltrainer der ČSSR, Jiři Vicha, verpflichten. Der frühere Weltklasse-Torhüter hat grundsätzlich zugesagt, muß allerdings noch die Freigabe der Armee erhalten, wo er als Oberstleutnant tätig ist.

Becker qualifiziert

Düsseldorf (dpa) – Boris Becker (Leimen) und Hans-Jörg Schwaier (München) haben sich für den mit 500 000 Dollar dotierten Nationscup der weltbesten Nationalmannschaften qualifiziert, der vom 20. bis 26. Mai in Düsseldorf ausgetragen wird. Becker und Schwaier sind in der Weltrangliste als 60. und 62. besser plaziert als Michael Westphal (Pinneberg), der auf Rang 64 liegt.

ZAHLEN

FUSSBALL

England, erste Division: Norwich – Ipswich 0:2, Queens Park – West Ham 4:2, Stoke – Luton 0:4, Sunderland – Newcastle 0:0, West Bromwich – Aston Villa 1:0. – **Tabellenspitze:** 1. Everton 69 Punkte aus 32 Spielen, 2. Manchester United 65 aus 34 Spielen, 3. Tottenham 61 aus 33 Spielen, 4. Liverpool 57 aus 33 Spielen. – **Damen-Vereinspokal, Halbfinale:** FSV Frankfurt – Wildeshausen 2:1 (1:0), Duisburg – München 2:1 (1:0). (Frankfurt und Duisburg am 26. Mai in Berlin im Finale). – **Freundschaftsspiele:** Eintracht Braunschweig – Rotweiß Erfurt 2:1, Schaafheim – Kickers Offenbach 0:13.

MOTORSPORT

Zweiter Lauf zur Formel-3000-Europameisterschaft in Thruxton (England): 1. Pirro (Italien) March, 2. Thackwell (Neuseeland) Ralt, 3. Ferte (Frankreich) March, 4. Kaiser (Schweden) March, 5. Tarquini (Italien) Lola, 6. Danner (Deutschland) March. – EM-Stand: 1. Thackwell 15 Punkte, 2. Pirro 9, 3. Ferte 8, 4. Nielsen (Dänemark) Ralt 6, 5. Danner und Tarquini je 4.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 6, 7, 26, 33, 44, 45. Zusatzzahl: 27. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / Vor dem Europapokalspiel Bayern gegen Everton – Ausschreitungen in Argentinien

Der FC Bayern München hat bislang einer Direktübertragung der ARD für heute abend noch nicht zugestimmt. Erst wenn heute vormittag 60 000 Karten verkauft sind, will Bayern-Manager Uli Hoeneß das Fernsehen zulassen. Diese Taktik von Hoeneß ist hinreichend bekannt, ebenso verhielt er sich am letzten Samstag vor dem Spiel gegen Gladbach, das dann schließlich doch übertragen wurde. Deshalb können die Fußball-Freunde davon ausgehen, daß das Spiel heute ab 20.10 Uhr live zu verfolgen sein wird. Bis gestern wurden 54 000 Karten verkauft.

Die Münchner können heute mit einer Rekordeinnahme von rund 2,2 Millionen Mark rechnen. Die Prämie von 12 000 Mark für das Erreichen des Finals kann sich sehen lassen. Überhaupt ist der Klub nicht kleinlich, denn es gibt auch stattliche Prämien, wenn jeweils eines der drei großen Ziele erreicht wird: Meisterschaft (30 000 Mark), Europapokalsieg (30 000) oder Pokalsieg (25 000). – Vier Münchner Spieler, die bei einer weiteren gelben Karte von einer Sperre bedroht sind, müssen heute besonders vorsichtig sein: Matthäus, Aumann, Lerby und Augenthaler.

Gewaltige Summen als Anreiz für Bayern-Stars: Manager Uli Hoeneß schüttet Prämien satt aus

MARTIN HÄGELE, **München**

Elisabeth Rieger hatte einen harten Tag. Ständig mußte sie Leute vertrösten. „Warten Sie bitte", war die häufigste Floskel der Sekretärin von Uli Hoeneß. Schließlich kann auch einer wie der Bayern-Manager nur auf einem seiner drei Apparate telefonieren.

Zwei Pokal-Halbfinalspiele, erst das deutsche, das 1:0 über Borussia Mönchengladbach, dann die Partie mit Englands Top-Elf Everton, und das alles innerhalb von vier Tagen, werfen einen Haufen Geschäfte auf. Dazu gab's noch Ärger mit dem Personal.

Denn der Stürmer Reinhold Mathy, den Bayern-Trainer Lattek am Samstag nicht mal auf die Ersatzbank, sondern auf die Tribüne beordert hatte, weshalb der Profi öffentlich seinen Zorn und seine Wut hinausheulte, hatte sich gestern morgen krankgemeldet. Aber da der Bayern-Manager weiß, wie überzogen empfindliche Stars reagieren, bestellte er die gekränkte Diva gleich mal in sein Büro.

Nach einem längeren Gespräch, zu dem auch der Trainer mit hinzugezogen wurde, wurde es Mathy ausgeredet, den vor neun Tagen geschlossenen Vertrag zu lösen und sich beim VFB Stuttgart oder Mönchengladbach zu bewerben. Mathy erhielt stattdessen 4000 Mark, die Hälfte der Prämie vom Samstag, und will nun seinen Mund halten. „Alles bereinigt mit Mathy", sagt Uli Hoeneß, „der Junge hat 39 Grad Fieber, der kann nicht spielen."

So einfach löst Hoeneß Probleme. Und es ist ihm auch kaum abzunehmen, daß die Geschichte mit der Fernsehübertragung gegen Everton noch nicht unter Dach und Fach ist. „Wir haben erst 54 000 Karten an den Mann gebracht", so Hoeneß. Er müsse dieses Geschäft mit seinem Gefühl ausmachen. „Dienstagabend 60 000, dann sollte man Mittwoch früh übers Fernsehen reden können." Das sagt er. In seinem Kopf aber addiert er schon die endgültigen Zahlen: über 70 000 Leute, 2,2 Millionen Mark, Rekordeinnahme. Noch nie hat ein deutscher Fußballverein auch annähernd so viel Geld für ein einziges Spiel gezählt. Und wenn man die Kasse aus dem Gladbach-Spiel dazunimmt, dann ist Münchens Nobelklub innerhalb von vier Tagen um drei Millionen Mark reicher geworden.

Geld spielt beim FC Bayern auch eine ganz besondere Rolle. Mit Geld kann man offensichtlich in einer Mannschaft, die am Samstag noch aus „Scheintoten, Halbtoten und Kranken" (Lattek) bestanden hat, die letzten Lebensgeister wecken. 12 000 Mark hat Hoeneß ausgesetzt, falls das Europacup-Finale in Rotterdam erreicht werden sollte. Sollte es vorm Rückspiel in Liverpool auf Messers Schneide stehen, wäre der Bayern-Manager bereit, noch ein paar Tausender an Prämie locker zu machen.

Und da wir schon mal beim Geld sind: 30 000 Mark pro Mann wären dem FC Bayern der Gewinn des fünften Europapokals wert, die gleiche Summe ist für die Meisterschaft ausgesetzt, und wenn Pfingsten Bayer Uerdingen im deutschen Pokal-Endspiel geschlagen wird, kommen noch mal 25 000 Mark auf das Konto jedes Bayern-Spielers.

Ein Narr, der sich wundert, daß sich Udo Lattek den Kopf nun doch nicht über die Aufstellung für Everton zerbrechen muß. Bis auf Reinhold Mathy erzählen alle, sie seien putzmunter.

Gegen die englische Top-Mannschaft will Bayern es mit dem gleichen Rezept versuchen, das am Samstag gegen Mönchengladbach dank der Mithilfe des Schiedsrichters Heitmann so erfolgreich aufgegangen ist: mit dem flinken Ludwig Kögel am linken Flügel, mit Michael Rummenigge auf rechts und der Allzweckwaffe Dieter Hoeneß in der Mitte. Latteks Forderung: „Die kompakte aggressive Abwehr von Everton läßt sich nur über die Flügel knakken."

Gestern nachmittag nach dem Kaffee im Hotel Bachmayr in Rottach-Egern haben sich die Münchner Profis vier Video-Bänder über Englands Tabellenführer angeschaut. Anschließend erhielt jeder Bayer noch ein DIN-A-4-Blatt mit den Stärken und Schwächen seines Gegenspielers. Auswertungen der Beobachtungen von Assistenz-Trainer und England-Spion Egon Coordes.

Trotz dieses Aufwandes an Aufklärung, trotz aller Emotionen, welche die jüngsten Erfolge auf der einen, die gewaltigen Summen als Anreiz auf der anderen Seite bewirken sollen, sieht Uli Hoeneß dem Unterfangen „Europacup" recht skeptisch entgegen: „Nur mit 20 Prozent schätzt der clevere Macher die Chancen ein, ins Finale nach Rotterdam zu ziehen.

Das hängt nicht nur damit zusammen, daß sich die Münchner in den vergangenen Europapokal-Jahren an Aston Villa, dem FC Liverpool oder Tottenham Hotspur die Zähne ausgebissen hatten, die Bayern also mit der englischen Spielweise ihre Probleme haben. Nein, sagt Hoeneß, das sei es nicht. „Everton ist eine unheimlich starke Mannschaft. Da ist jeder einzelne Spieler stark."

Das Programm und die Statistik

DW. **München**

Jaap van Praag (Holland) ist heute abend (20.15 Uhr) im Münchner Olympiastadion offizieller Beobachter der Europäischen Fußball-Union (UEFA) beim Halbfinal-Hinspiel im Europacup zwischen dem FC Bayern und Everton.

Auf dem Weg ins Halbfinale blieb Münchens Gegner FC Everton ungeschlagen und ohne Gegentor. Nach dem 0:0 zum Auftakt beim Außenseiter University College Dublin ließ die Mannschaft aus Liverpool fünf Siege folgen: Im Rückspiel gewann sie gegen die Iren mit 1:0, es folgten ein 1:0 und 3:0 gegen Inter Preßburg und im Viertelfinale gelangen mit 3:0 und 2:0 zwei Erfolge gegen Hollands Vertreter Fortuna Sittard.

Bayern München hingegen leistete sich im Achtelfinale nach dem 4:1-Heimsieg über Trakia Plovdiv in Bulgarien eine 0:2-Niederlage. In der ersten Runde hatten die Münchner zweimal gegen das norwegische Team FC Moss gewonnen (4:1 und 2:1), im Viertelfinale wurde AS Rom mit 2:0 und 2:1 bezwungen.

Weiter stehen heute abend auf dem Programm:

Landesmeister: Liverpool – Pan. Athen, Juv. Turin – Bordeaux. – **Pokalsieger:** Rapid Wien – Dynamo Moskau. – **Uefa-Pokal:** Inter Mailand – Real Madrid, Videoton – Sarajevo.

Rückspiel-Termin ist der 24. April. Das Finale im Landesmeister-Wettbewerb findet am 29. Mai im Brüsseler Heysel-Stadion statt, im Pokal der Pokalsieger am 15. Mai im Feyenoord-Stadion von Rotterdam. Der UEFA-Pokal wird am 8. und 22. Mai in Hin- und Rückspiel ausgespielt.

FC Everton – die Erfolge haben das Team beflügelt

sid, **Liverpool**

Zum 100jährigen Profi-Jubiläum will der FC Everton erstmals seit 15 Jahren aus dem Schatten des Lokalrivalen FC Liverpool treten. Der Europacup-Gegner des FC Bayern München tanzt wie der Deutsche Pokalsieger noch auf drei Fußball-Hochzeiten.

Bei vier Punkten Vorsprung vor Manchester United hat die Mannschaft von Trainer Howard Kendall den achten Meister-Titel im Visier. Neben dem Europacup-Finale peilt Everton dazu im englischen Pokal erneut das Endspiel an. Am Samstag steht in Birmingham das Halbfinale gegen Luton Town auf dem Programm.

Für München scheint Everton gerüstet. Die jüngsten Siege beim Verfolger und UEFA-Cup-Gewinner Tottenham (2:1) sowie über den Ligacup-Finalisten FC Sunderland (4:1) unterstreichen dies. Trotz des großen Kräfteverschleißes der vergangenen Wochen meint Trainer Kendall: „Bislang haben uns die Erfolge eher beflügelt."

Die Erfolgswoge trug den FC Everton, bereits 1878 aus der Taufe gehoben und 1885 als einer der ersten Profi-Klubs Mitbegründer der englischen Liga, schon im letzten Jahr wieder nach oben. Während Rekordmeister FC Liverpool trotz seiner 15 Titel und sechs Europapokal-Siege immer weniger Zuschauer anzieht, schoß sich der Lokalrivale mit seinem vierten Erfolg im englischen Pokal, dem 2:0-Finalsieg über Watford, in die Herzen seiner Fans. Dazu scheiterte das Team im Liga-Pokal erst in der Final-Wiederholung am FC Liverpool. Die erfolgreiche Revanche beim traditionellen Saisonstart zwischen Meister und Pokalsieger um den sogenannten Sharity-Shield bedeutete für Everton den endgültigen Durchbruch. Inzwischen ist Howard Kendall, dem noch 1983 die Entlassung drohte, ein Volksheld.

Im Duell mit den Bayern setzt der Trainer vor allem auf das Rückspiel im heimischen Goodison Park. Aber auch in München wird sich Everton heute abend nicht verstecken. „Wir sind ein Team ohne Stars und deshalb sehr schwer auszurechnen. Unsere Stärke ist die Geschlossenheit", sagt Kendall, der wenig von Sprücheklopfen hält. Er sagt: „In unserer Kabine will ich kein Wort über irgendwelche Titel hören. Wir reden erst über Siege, wenn wir sie geschafft haben."

Ein Junge getötet – Gewalt erreichte neuen Höhepunkt

dpa, **Buenos Aires**

Am Ostersonntag, am Tag des Friedens, starb in Buenos Aires der 14jährige Adrian Scassera im Fußballstadion des Vorortes Avellaneda, von einer Kugel in die Brust getroffen. Adrian war zusammen mit seinem Vater Juan zum ersten Mal in seinem Leben zu einem Spiel um die argentinische Fußball-Meisterschaft gegangen und mitten in die Auseinandersetzungen der Anhänger der Klubs Independiente und Boca Juniors geraten. Tausende hatten nach dem Spielabbruch wegen der Unruhen das Stadion zum Zeichen ihrer friedlichen Absichten mit erhobenen Händen verlassen. Die Zeitung „La Nacion" schrieb zu diesem neuen Höhepunkt der Gewalt auf argentinischen Fußballfeldern: „Hier fehlen Worte. Entsetzen hat sie getötet."

Die Bilanz allein dieses Ostersonntags 1985: Ein Toter, 24 teilweise schwer Verletzte, darunter zwölf Polizisten, sowie 440 Verhaftete, 360 Erwachsene und 80 Kinder. Vier Menschen wurden bereits in der vergangenen Saison getötet. Wie viele werden es diesmal sein, wird in Argentinien gefragt, und man sucht nach den Gründen für die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Fans, die am Ende fast immer gemeinsam gegen die Polizei kämpfen – sogar mit Schußwaffen.

Die Kämpfe auf den Plätzen sind zahlreicher und härter geworden, seitdem die junge Demokratie mehr Freiheiten gewährt. Psychologen vermuten zudem, die jungen Menschen hätten in der Zeit des Terrorismus und des Bürgerkriegs den Respekt vor Menschenleben verloren. In Argentinien spielt Alkohol – anders als bei den Krawallen in europäischen Fußballstadien – grundsätzlich keine Rolle bei den Tätlichkeiten.

Alle bisherigen Bemühungen der Vereine selbst haben die Situation nicht verbessert. Im Kongreß liegt ein Gesetzentwurf vor, der den Verantwortlichen für die Ausschreitungen Gefängnisstrafen androht. Doch es gibt ernsthafte Zweifel, ob das Problem damit bewältigt werden kann. Niemand sieht gegenwärtig eine Lösung. Nichts scheint abzuschrecken, weder die Ordner noch die Polizei mit ihren Hunden – und wahrscheinlich auch ein Gesetz nicht.

In Argentinien grassiert nun die Angst vor den Ausscheidungsspielen zur Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko. Werden auch sie mit Gewalt überzogen werden?

EISHOCKEY / Nach dem 3:3 gegen die UdSSR

Marcus Kuhl: „Ich bin froh und auch stolz, dabeigewesen zu sein"

sid/dpa, **München**

Das 3:3 gegen Weltmeister und Olympiasieger UdSSR in München, das erste Unentschieden nach 56 Niederlagen in 31 Jahren, hat in der deutschen Eishockey-Geschichte einen Stellenwert wie der Gewinn der olympischen Bronzemedaille in Innsbruck 1976 oder der erste Sieg über die CSSR nach 45 Jahren bei den Weltmeisterschaften 1982 in Finnland. Verantwortlich für diese Erfolge war stets Bundestrainer Xaver Unsinn. Als in München die Schlußsirene ertönte, sagte er: „Wenn wir gewonnen hätten, wäre ich in Rente gegangen oder Trainer in der UdSSR geworden."

Unsinns Wirkung auf den Geist in der Mannschaft ist inzwischen so stark, daß die Spieler ebenso wie der Chef begeistert vom deutschen Eishockey sprechen. „Unglaublich, ein einmaliges Erlebnis. Ich bin froh und stolz, dabeigewesen zu sein", sagte Stürmer Marcus Kuhl. Der Rosenheimer Mittelstürmer Ernst Höfner, der trotz seiner Verletzung „mit einem unbeschreiblichen Glücksgefühl" an der Bande stand, sagte: „Dieses Spiel wertet das deutsche Eishockey insgesamt enorm auf. Sogar ein Sieg war möglich. Ich darf gar nicht daran denken."

Höfner hatte wie auch Erich Kühnhackl und Horst-Peter Kretschmer eine Verletzung außer Gefecht gesetzt. Ihnen blieb wie den 6000 euphorischen Zuschauern nur die Rolle der verwunderten Augenzeugen. Ebenso Stammtorhüter Karl Friesen, der von dem Mannheimer Beppo Schlickenrieder in Weltklasseform ebenbürtig ersetzt wurde.

„Die brauchen uns wohl gar nicht mehr", meinte Höfner und fügte ernsthaft hinzu: „Wenn früher drei oder vier Stammspieler ausfielen, ging nichts mehr. Das ist heute anders. Das Unentschieden gegen die Russen ist der beste Beweis, daß das deutsche Eishockey kontinuierlich stärker geworden ist."

Solche Feststellungen können freilich auch Ursache von Selbstüberschätzung werden. Genau da setzte Bundestrainer Xaver Unsinn deshalb noch in München an: „Jetzt dürfen wir um Gotteswillen nicht größenwahnsinnig werden. Die Weltmeisterschaft wird unglaublich schwer. Da können wir ebenso Fünfter wie auch Letzter werden." Einige riefen in München bereits nach Champagner und hatten das blamable 1:8 von Rosenheim nur 20 Stunden zuvor schon vergessen . . .

Franz Reindl, Rosenheimer Torschütze zum 3:3 in der 55. Minute, bremste den drohenden Überschwang: „Wir dürfen nicht in den Eishockey-Himmel abheben. Die Polen haben 1976 in Kattowitz gegen die Russen gewonnen und sind doch abgestiegen." Also keine Feier am großen Feiertag? „Doch, den Tag genießen wir alle", versicherte Reindl. Für einen Tag entließ Xaver Unsinn die Spieler nach Hause, ehe gestern abend in Füssen die Vorbereitung auf die letzten Testspiele gegen Aufsteiger USA (12. und 13. April in Augsburg und Kaufbeuren) und auf die Weltmeisterschaft in Prag (17. April bis 3. Mai) weiterging.

Das größte Problem für Unsinn bis dahin: Aus dem 27 Mann starken Kader jene fünf Spieler auszusortieren, die zuhause bleiben müssen. Entschieden hat er sich für das Risiko mit dem jungen Rosenheimer Nachwuchssturm Ahne–Berwanger–Kammerer. Nach Anlaufschwierigkeiten gegen die Schweden (4:5 und 2:5) und im ersten Spiel gegen die Sowjets (1:8) fassen sie immer besser Fuß. Franz Reindl, erfahrener Torjäger, unterstützt ihren forschen Mut: „Da wächst was Gutes 'ran."

STAND ● PUNKT

Wie gehabt

Da tagt also in Moskau die Medizinische Kommission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und beratschlagt aufs Neue, wie die weltweit verbreitete Dopingseuche in den Griff zu bekommen ist. Blutdoping und Betablocker stehen diesmal auf dem Programm. Wer dabei erwischt wird, soll künftig von den Olympischen Spielen ausgeschlossen werden.

Doch die medikamentöse Aufrüstung wird weitergehen, raffinierter und verfeinerter als bisher. So wird erneut ein Kongreß einberufen, dann, wenn das Kind wieder mal in den Brunnen gefallen ist, und neue Beschlüsse fassen – wie gehabt. Und die Gegenseite wird neue Mittel erfinden und verfeinern und auch anwenden.

Des Wurzels Übel sollte eigentlich auf solchen Kongressen auch beim Namen genannt werden. Sie heißen Ansprüche oder festgeschriebene Normen, vorzugsweise aufzufinden bei den Generalstabsplanern der Fach- und Spitzenverbände und bei denen der Nationalen Olympischen Komitees. Dort beginnt doch dieser ganze Teufelskreis: Hier die Vorgabe, dort das große Geschrei, wenn es bei der Erfüllung des Solls nicht mit rechten Dingen zugegangen ist.

Wer ruft endlich eine Kommission ein, die sich mit der Verletzung der Menschenrechte zwecks Erfüllung olympischer Medaillenträume beschäftigt?

K.Bl.

NATIONALELF

Aufgebot wieder mit Klaus Allofs

sid, **Düsseldorf**

Makellosen 8:0-Punkten in der Weltmeisterschafts-Qualifikation stehen unter dem neuen Teamchef Franz Beckenbauer Niederlagen der deutschen Fußball-Nationalmannschaft in bedeutungslosen Vergleichen gegen Argentinien (1:3) und Ungarn (0:1) gegenüber. Ist daher eine Enttäuschung programmiert, wenn es am 17. April in Augsburg gegen Bulgarien wieder um nichts geht? Beckenbauer, der gestern sein 18köpfiges Aufgebot bekanntgab, will davon nichts wissen. Er warnt: „Wir können es uns nicht leisten, das neu gewonnene Ansehen durch ein schludriges Freundschaftsspiel wieder zu gefährden. Das darf und wird nicht passieren."

Nur der Kölner Klaus Allofs, nach langwieriger Knieverletzung wieder hergestellt, kehrt in den Elitekreis zurück, zu dem auch Ralf Falkenmayer noch zählt. Kein Platz ist weiterhin für Klaus Augenthaler (München). Beckenbauer: „Mathias Herget bleibt unser Libero Nummer eins."

Das deutsche Aufgebot: Tor: Schumacher, Stein – Abwehr: Berthold, Brehme, Förster, Frontzeck, Herget, Jakobs – Mittelfeld: Briegel, Magath, Matthäus, Rahn, Thon – Angriff: Allofs, Littbarski, Mill, Rummenigge, Völler

Beginnen soll die Mannschaft, die gegen Malta eine 5:0-Pausenführung herausgeholt hat.

Erdrückende Fülle von Fakten: Zweiteiliger Fernsehfilm über Euthanasie

Als Antwort ein freundliches Schweigen

Ein deutscher U-Boot-Kommandant geht im Ersten Weltkrieg mit seinem Boot zugrunde. Er hinterläßt einen Sohn, dessen körperliche und geistige Ausdauer unterentwickelt ist. So ist dieser zwar nur bedingt arbeitsfähig, aber bietet – auch heute noch – das Bild eines lebhaften, differenziert und präzise sprechenden Menschen.

Als die Nazis kamen, wurde er in die Gruppe der sogenannten Ballastexistenzen eingereiht, rechtlos und der Willkür von Pflegern und Ärzten einer Heilanstalt ausgeliefert. In Heil- und Pflegeanstalten wurden in den letzten fünf Jahren der Hitler-Herrschaft mindestens 120 000 Kranke getötet: Sie erstickten an Gas, starben an einer Überdosis Luminal, wurden durch Hunger und Gift ermordet. Annähernd 350 000 Menschen wurden sterilisiert.

Klaus Goldinger hat eine schier erdrückende Fülle von Fakten zusammengetragen, um diesen Massenmord an unschuldigen und wehrlosen Kranken und Behinderten in Erinnerung zu rufen. Er zeigt Dokumente, läßt Zeugen aussagen, filmt an den damaligen Tötungsstätten, erfährt zum Beispiel, daß im Benediktinerkloster Kaufbeuren alle damaligen Anstaltskomplexe so saniert worden sind, daß „keine Bezüge" mehr zum Damals herzustellen sind.

Er fragt auf der Straße nach der Vergangenheit, nur freundlich lächelndes Schweigen antwortet ihm. Er wundert sich, warum bei so vielen

Lebensunwert? – NORD III, 21.00 Uhr

Patienten amtlich eine Lungenentzündung als Todesursache angegeben wurde, und erfährt, die Angaben seien meist korrekt, nur: die Lungenentzündung wurde künstlich hervorgerufen. Infamie reiht sich an Infamie. Und fast noch harmlos erscheint die Zynik, die in der Umbenennung einer norddeutschen Heil- und Pflegeanstalt in „Allgemeines Krankenhaus" steckte: Nach dem Abtransport der „Lebensunwerten" war der Namenswechsel geboten.

Einem gelang es, zu überleben, dem Kapitänssohn, aber er mußte es mit der Sterilisation bezahlen und mit einem Urteil des Erbgesundheitsgerichtes, das ihn zur minderwertigen Existenz erklärte. Nach dem Krieg bemühte er sich um eine Wiedergutmachung, doch alle Ämter und Gerichte weisen ihn ab. So beschränkt er sich auf den Antrag, wenigstens das diffamierende Urteil des Nazi-Gerichtes aufzuheben, er will als Mensch rehabilitiert werden. Doch das Amtsgericht Kiel bestätigt de facto das Urteil des Erbgesundheits-Tribunals der Nazis. Mehr noch, in der Begründung heißt es, das Gericht habe einen persönlichen Eindruck vom Antragsteller bekommen, der zu einem gleichen Ergebnis führte.

Viele der Ärzte, die damals dem Mord an den Kranken dienten, waren zu einem Zeitpunkt immer noch praktizierende Ärzte. Der Obergutachter der Euthanasiebehörden, Prof. Werner Heyde, war lange Zeit mit Wissen vieler Offizieller unter falschem Namen Obergutachter der Landesversicherungsanstalt.

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Nachtigall im Handschuhfach

Ein ausgewalzter Klamauk war's, was da unter dem Titel **Beinah Trinidad** (ARD) als „gesamtdeutsche Komödie" angekündigt war. Die Idee zu dieser deutsch-deutschen Begegnung zweier Minister aus Bonn und Ost-Berlin samt ihren Referenten und Fahrern während einer „Europäischen Naturschutzkonferenz" in Straßburg stammte noch von dem 1984 verstorbenen Heinz Oskar Wuttig. Autor und Regisseur Oliver Storz hat daraus ein Drehbuch gezimmert, das eine Ungereimtheit an der anderen aufhängt. Während zum Beispiel der bundesdeutsche Minister leutselig neben seinem Fahrer sitzt, reist der sozialistische im Fond und liest „Neues Deutschland".

In Straßburg werden die beiden Fahrer in einen Bankraub verwickelt und fliehen mit einer schönen Französin in die Bretagne. Im Handschuhfach des als Fluchtauto dienenden Diplomaten-Wagens liegt freilich die Akte „Nachtigall", die ein deutsch-deutsches Geheimabkommen vorbereiten soll und von der weder Washington noch Moskau erfahren dürfen. Also reisen die beiden Referenten der Minister hinterher, tauschen Geheimakte gegen Fluchtpässe nach Trinidad, womit die innerdeutsche Politik gerettet wäre.

Abgesehen davon, daß die deutsche Teilung nicht zur Kömödie taugt: es war nicht zum Lachen, sondern zum Heulen, wie Oliver Storz seinen Stoff verhunzte.

JÖRG BERNHARD BILKE

Gequetschte Informationen

Wenn heute in der chinesischen Presse mit der Öffnungspolitik Assoziationen an die blühende Zeit der Tang-Dynastie (618-907) verknüpft werden, dann fällt das Stichwort Seidenstraße. Gemeint sind damit die von Karawanen durchzogenen nordwestlichen Verkehrsadern, die die Tang-Hauptstadt Changan, das heutige Xian, mit Zentral-, Süd- und Westasien und damit auch Europa verbanden. Mit den Ausgrabungen in Xian wurde die Blüte der Tang-Dynastie im ZDF wieder lebendig. Auf nur sechs Folgen (warum eigentlich?) wurde die 18stündige japanisch-chinesische Dokumentation **Die Seidenstraße** zusammengestrichen. Da quetschen sich die Informationen, daß zu fragen ist, was nach der letzten Folge beim Zuschauer angekommen sein wird von dem legendären Weg, der den Buddhismus nach China und umgekehrt Chinas geistige und materielle Schätze nach Außen brachte.

Nach der Sendung blieb ein Eindruck. Immer wieder fand der Kommentar zu der Formulierung „niemand weiß warum", ob es sich um die kopflosen Botschafter oder die Erfindung des Schöpfrades handelte.

Die Seidenstraße steckt noch voller Rätsel. Aus Südchina kam jetzt die Nachricht, es habe eine weitere Seidenstraße gegeben, die den Südwesten mit Birma und Indien verband. Und Archäologen fanden heraus, daß auch die Große Mauer einst länger als angenommen war. 10 000 statt 6000 Kilometer.

JOHNNY ERLING

ARD



III.

SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

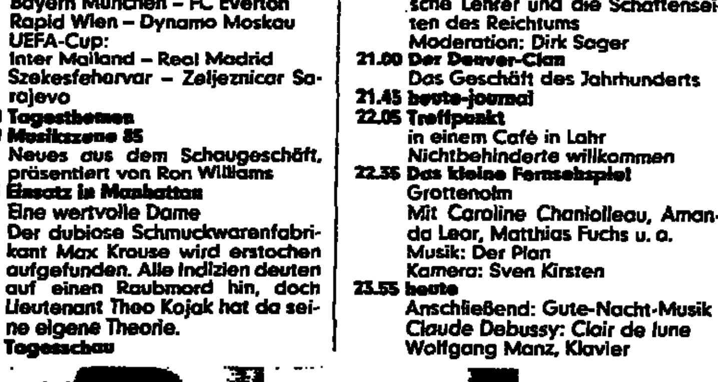
9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Grenzenloses Himmelblau
11.55 Umschau
12.10 Report
Mit Franz Alt
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Die schnellen Sieger
Ein Film über vierbeinige Athleten
16.55 Träume, die keine bleiben
Alexander Fleming
Im Jahre 1928 findet Dr. Alexander Fleming eine seiner Bakterienkulturen verschimmelt. Zu seinem großen Erstaunen stellt er fest, daß um den grünlichen Pilzrasen herum alle Bakterien verschwunden sind. Ernst von Khuon beschäftigt sich in diesem Bericht mit der zufälligen Entdekckung des Jahrhundertmedikaments Penicillin und dessen weiterer Erscheinung.
17.15 Schau ins Land
Eine Spielserie mit Alltagsabenteuern von Lida Winiewicz und Wolfgang Glück
Wo's gewittert, da kracht's
17.30 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.10 ARD-Sport extra
Fußball-Europapokal
Halbfinale – Hinspiele
Alle Halbfinal-Hinspiele auf einen Blick:
Landesmeister:
FC Liverpool – Panathinaikos Athen
Juventus Turin – Girondins Bordeaux
Pokalsieger:
Bayern München – FC Everton
Rapid Wien – Dynamo Moskau
UEFA-Cup:
Inter Mailand – Real Madrid
Szekesfehervar – Zeljeznicar Sarajevo
22.30 Tagesthemen
23.00 Musikszene 85
Neues aus dem Schaugeschäft, präsentiert von Ron Williams
23.45 Einsatz in Manhattan
Eine wertvolle Dame
Der dubiose Schmuckwarenfabrikant Max Krause wird erstochen aufgefunden. Alle Indizien deuten auf einen Raubmord hin, doch Lieutenant Theo Kojak hat da seine eigene Theorie.
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Eine Insel im Kornfeld
Anschließend: heute-Schlagzeilen
16.35 Der Waschbär Rascal
Robbys schönster Tag
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Die Koralleninsel
Austr.-engl. Serie in 4 Folgen
1. Abschied von daheim
dazwischen: heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
19.00 heute
19.30 Spielregeln
Jugend und Justiz
Null Bock auf Verträge
Viele Jugendliche sehen nicht ein, warum alltägliche Dinge nicht ohne Verträge geregelt werden können. Zum Beispiel das Zusammenleben einer Wohngemeinschaft. Vier junge Leute wollen das einmal ausprobieren. Ärger gibt es bald mit den Mitmietern, und auch innerhalb der Wohngemeinschaft gibt es Ärger, als einer von ihnen ausziehen will.
20.15 Kennzeichen D
Auschwitz auf der Reiseroute – Eine Klassenfahrt durch Polen / Freizeit auf dem Lande – Ein Wochenende in der „DDR"-Provinz / Sonntags nie? – (Privat-)Fernsehwerbung ohne Kirchensegen / Gastarbeiter in den USA – Deutsche Lehrer und die Schattenseiten des Reichtums
Moderation: Dirk Sager
21.00 Der Denver-Clan
Das Geschäft des Jahrhunderts
21.45 heute-journal
22.05 Treffpunkt
in einem Café in Lahr
Nichtbehinderte willkommen
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Grottenolm
Mit Caroline Chaniolleau, Amanda Lear, Matthias Fuchs u. a.
Musik: Der Plan
Kamera: Sven Kirsten
23.55 heute
Anschließend: Gute-Nacht-Musik
Claude Debussy: Clair de lune
Wolfgang Manz, Klavier





Einem Hehler auf der Spur ist Kojak (Telly Savalas, l.), der durch Harry Foller (Scat M. Crothers) auf eine Spur zu kommen hofft (Einsatz in Manhattan – ARD, 23.45) FOTO: ARD

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.10 Ich stelle mich ...
Margot Werner
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.30 Beethovens große Liebe
Franz. Spielfilm (1936)
Mit Harry Baur, Annie Ducaux u. a.
Regie: Abel Gance
Original mit deutschen Untertiteln
0.20 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Les cuisines régionales françaises
Neue dreizehnteilige Reihe in französischer Sprache
1. En Alsace
19.00 Die Schwerkraft ist mein Feind
19.30 Das Jahr im Garten: April
20.00 Tagesschau
20.10 extra drei
21.00 Lebensunwert? (1)
„Euthanasie" im Dritten Reich
21.45 Komödie ums Geld
Niederl. Spielfilm (1936)
Original mit Untertiteln
23.05 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Das Geheimnis des Weidenkorbes (11)
18.55 Die kleine Dampflok (11)
19.05 Was tun mit der Zeit!
Geisterfahrer
19.45 Tier-Sprechstunde
20.15 Die vergebliche Großmacht
Deutschlands Rolle in Europa 1871–1945
21.00 Schwerpunkt
21.30 Drei aktuell
22.00 Der plötzliche Reichtum der armen Leute von Krombach
Deutscher Spielfilm (1970)

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Englisch (13)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Wer nicht fühlen will, muß hören
Arno Steffen
20.15 Reisewege zur Kunst: Schottland
21.00 Die Freibeuterin
Amerik. Spielfilm (1942)
22.25 Gespräch in Sizilien
Italienische Literatur der Gegenwart (2)
23.10 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Formel Eins
19.45 Diegada
20.15 Polizeiinspektion 1 (2)
20.40 Z. E. N.
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Dolle und Brenton (6)
22.35 Unbekanntes Deutschland:
Württemberg
23.20 Rundschau
23.25 News of the Week

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
15.00 Indian River
15.30 Musicbox
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Kleine Geschichte des Dokumentarfilms, Teil 1
18.00 Es darf gelacht werden
Oma, der Gangsterschreck
Bobby, von Beruf Solotänzer, hat auf einer Auktion eine Menge Gegenstände ersteigert und sucht ein Taxi. Leider gerät er an einen Bösewicht von Taxifahrer.
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport-Report
Personen und Hintergründe
Hauptthema: Fußball-Europacup
Moderation: Peter Glauche
19.35 Kein Pardon für Schutzengel
Englische Krimi-Serie (4)
20.00 Festival der schönen Stimmen
20.30 Love Boat
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Dave, „Zuhause in allen Betten"
Englischer Spielfilm (1969)
Mit John Hurt, Pamela Franklin u. a.
Regie: John Huston
Der Meisterdieb Dave macht um 1821 ganz Schottland unsicher. Er eifert dem Vorbild seines Vaters nach, der als größter Gauner Schottlands galt. Daß er am Galgen endete, hält sich Dave stets mahnend vor Augen. Kein Schmuck ist vor ihm sicher, und Betten sind es schon gar nicht.
23.50 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Der Sklave Calvisius
Alltag in einer römischen Privinz – 150 nach Christus
5. Beim Straßenbau
Schulbus 13
von Ramon Gill
5. Wut im Bauch
19.00 heute
19.30 Das Beste aus 8 x 1 Noten
Mit Peter Kraus und 24 Showstars
20.30 Die hohe Frau vom Niederwald
Eine Enthüllung mit Hanns Dieter Hüsch und Inge Wolffberg, Otto Grünmandl u. a.
Regie: Jim Franklin
Wie Millionen Deutsche vor ihnen, so pilgert unsere Familie, der nationalgesinnte Vater, die Mutter und die respektlosen Teenager-Kinder Thomas und Ulrike eines schönen Sommertages nach Rüdesheim, um jenes begnadete Stück Denkmalsarchitektur zu bewundern, das seit 1883 den deutschen Rhein verschönt: die Germania.
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
0.00 3SAT-Nachrichten

Waigel: Nur SDI-Beteiligung gibt Sicherheit

● Fortsetzung von Seite 1

könnte, wie es die SDI-Forschung als Ziel anvisiert, die Chance, einen Angriff unmöglich oder zumindest nur schwer möglich zu machen. Von den ideenpolitischen Grundlagen und von der moralischen Komponente her wäre das ein Weg, der unserem Denken vom Frieden Schaffen mit immer weniger Waffen näher kommen müßte als jedes andere bisherige System."

Allerdings müsse man sich auch über „die Auswirkungen im Bereich der konventionellen Verteidigung im klaren sein". Die Anhänger der „Friedensbewegung" und der SPD hätten wiederholt erklärt, sie würden bei einer Absenkung des atomaren Potentials mehr konventionelle Verteidigung in Kauf nehmen. „Jetzt gibt es die theoretische Möglichkeit, dieses atomare Potential schrumpfen zu lassen, und jetzt werden wieder neue Bedenken erhoben. Ich meine, SDI bietet erstmals die Chance, die tödlichen Angriffswaffen in ihre Schranken zu weisen und zu einem neuen militärpolitischen Denken zu führen."

Hinsichtlich der offenen Fragen, wie Europa in den Schutz des SDI-Systems einbezogen werden müßte, antwortete Waigel mit einem Hinweis auf unterschiedliche Bedingungen, die sich aus den „verschiedenen Warnzeiten" ergeben. „Bei den Langstreckenraketen sind es immerhin Minuten, während es bei den Kurzstreckenraketen nur Sekunden sind." Aber nach Auskunft der Wissenschaftler und der Militärstrategen gebe es die Möglichkeit, „ein solches Defensivsystem auch gegen Kurzstreckenraketen zu etablieren". Das werde jedoch nur dann geschehen, wenn sich die Europäer an der Forschung beteiligten. „Wenn sie sich nicht beteiligen, dann wird es schwer erreichbar sein, daß eine Großmacht von vornherein die Interessen derjenigen mit einbezieht, die gegen ein solches Vorhaben sind."

Nach dem „grundsätzlichen Ja" zur Mitwirkung an der Forschung müßten mit den USA die Bedingungen ausgehandelt werden. Er sehe dabei „gute Chancen" auch für deutsche Unternehmen, sagte Waigel. „Nur: Zuerst müssen wir grundsätzlich ja sagen, dann können wir uns um die genaueren Beteiligungen kümmern."

Zweifel an Bonns Haltung zur US-Offerte wachsen

„Wirtschaft braucht Entscheidung über Weltraumforschung"

THOMAS KIELINGER, Bonn

In Bonn wachsen die Sorgen, daß die zurückhaltende Reaktion der Bundesregierung auf das amerikanische Angebot einer deutschen Beteiligung an dem SDI-Forschungsprojekt den Interessen der Wirtschaft schaden könnte.

Die Bundesregierung vertritt noch die Auffassung, man werde sich im Falle einer vorschnellen Einwilligung in eine SDI-Kooperation Vorteile verscherzen. Stellvertretend für diese Haltung erklärte der Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, Horst Teltschik, am Ostersonntag in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven": „Ich persönlich bin der Meinung, wenn wir jetzt bereits sagen würden, wir machen beim Forschungsprogramm definitiv mit, würden wir uns auch zu bilig verkaufen bei unseren Freunden in den USA."

Auch Bundeskanzler Helmut Kohl hat mehrfach – so auf der Wehrkundetagung in München – konstatiert, eine deutsche Teilnahme an der SDI-Forschung komme nur in Frage, wenn der Informationsaustausch über das gesamte Projekt gesichert sei. Keinesfalls könne Bonn sich darauf einlassen, ausgewählte deutsche Spitzentechnologien (zum Beispiel optische Sensoren oder Spiegel) der SDI-Forschung zuzuliefern, von den anfallenden Erkenntissen in Bereichen, in denen die Bundesrepublik nicht direkt beteiligt sei, dagegen ausgeschlossen zu bleiben.

Forderungen deplaziert

Selbst Fachleute, die diese Position als durchaus „kaufmännisch vernünftig" charakterisiert haben, sehen jetzt einen technologischen Nachteil auf die Bundesrepublik zukommen, wenn Bonn zu lange zögert oder in dem momentanen Frühstadium zu hohe Forderungen stellt. Schon hört man aus Kreisen der US-Industrie unverhohlene Freude über die vorsichtige Haltung der Bundesregierung. Noch ehe das Pentagon sein Resümee der bisherigen amerikanischen SDI-Forschungsergebnisse vorgelegt hat – es wird im Juni erwartet–, werden beinahe täglich wichtige Vorentscheidungen über die Vergabe neuer Forschungsaufträge getroffen.

„Man könnte sofort aus dem amerikanischen Forschungsetat Aufträge für unsere Industrie im Werte von einer Milliarde Mark an Land ziehen", kommentierte ein Experte in Bonn. „Aber jetzt verlieren wir erst einmal wieder ein halbes Jahr. Danach ist der Zug womöglich abgelaufen, ein Einsteigen jedenfalls viel, viel schwerer als heute." Maximalforderungen zum jetzigen Zeitpunkt zu stellen, hält mancher Experte für deplaziert; das sei eine Frage für spätere Verhandlungen und könne heute, wo es um eine grundsätzliche und möglichst schnelle Entscheidung über die Mitwirkung gehe, nur zu politischer Verwirrung über die Bonner Haltung führen.

Paris schon eingestiegen

Eine Verhandlungsbasis des „Alles-oder-nichts" erscheint auch deshalb als unrealistisch, weil die US-Regierung SDI „nicht als Arbeitsbeschaffungsprogramm für die europäische Industrie" ansieht. Kenner in Bonn verweisen auch immer häufiger auf das Beispiel Frankreich, wo bei offiziell zurückhaltender Rhetorik einzelne Unternehmen, wie die Fa. Thompson CSF, im Rahmen ihrer Möglichkeit bereits voll in die amerikanische SDI-Forschung eingestiegen sind. Doch auch das Angebot des wissenschaftlichen Beraters Präsident Reagans, Keyworth, eine Wirtschaftsdelegation aus der Bundesrepublik könne sich in den USA über Möglichkeiten der SDI-Kooperation informieren, ist bisher nicht angenommen worden.

*

DW. Tokio

Unterdessen hat die japanische Regierung die Bedingungen für ihre Beteiligung an dem SDI-Forschungsprogramm formuliert. Japan werde sich nur an den Bereichen beteiligen, in die neben den USA kein drittes Land involviert sei.

Der japanische Außenminister Shintaro Abe begründete gestern diese Bedingungen mit dem Hinweis auf die „politischen Grundsätze" seines Landes beim Austausch von Rüstungstechnologie mit den Vereinigten Staaten. Diese Grundsätze würden den Technologie-Transfer auf die beiden Staaten beschränken, betonte Abe.

USA sehen auch positive Aspekte im Vorschlag Gorbatschows

Enttäuschung über Propaganda-Motive / Einverständnis zu Gipfeltreffen begrüßt

FRITZ WIRTH, Washington

Die Reaktion der Reagan-Administration auf die jüngsten Vorschläge Gorbatschows hat sich in den vergangenen 24 Stunden spürbar gemildert. Man weist zwar nach wie vor entschieden den von ihm vorgeschlagenen vorübergehenden Stationierungsstopp von Mittelstreckenraketen zurück, ist jedoch bemüht, sich stärker auf die positiven Aspekte des Gorbatschow-Interviews zu konzentrieren, vor allem auf sein prinzipielles Einverständnis zu einem Gipfeltreffen mit Präsident Reagan. Es soll offenbar vermieden werden, daß die von Gorbatschow provozierte Raketen-Diskussion in einen „Krieg der Worte" zwischen Washington und Moskau ausartet, der den geplanten Gipfel belasten könnte.

Während der Sicherheitsberater des Präsidenten, Robert McFarlane, am Montag vom Urlaubsort Reagans in Santa Barbara aus die Vorschläge Gorbatschows scharf als „unglaubwürdig" und als „Propaganda" verurteilte, reagierte man einige Stunden später in der Umgebung des Präsidenten auf die Attacken aus Moskau, in denen diese negative amerikanische Reaktion als „gefährlich und unverantwortlich" bezeichnet wurde, wesentlich gelassener. Larry Speakes, der Sprecher des Präsidenten, weigerte sich, diese Angriffe im gleichen Ton zu erwidern, sondern erklärte lediglich: „Die Eskalation stoppt hier."

Im State Department ist man aber enttäuscht darüber, daß Gorbatschow mit seiner Initiative die Weltöffentlichkeit suchte. Mark Palmer, der für Osteuropafragen zuständige Abteilungsleiter im State Department, erklärte: „Wir hatten gehofft, daß von einem neuen Mann im Kreml auch neue und kreative Ideen kommen würden. Diese Idee jedoch ist von Breschnew übernommen. Wir haben in der Vergangenheit schon Gegenvorschläge zu diesen alten Ideen gemacht und radikale Reduzierungen von Offensivwaffen vorgeschlagen, die zu einem gleichgewichtigen und stabilen Kräfteverhältnis im Raketenbereich führen."

Palmer bedauerte, daß Gorbatschow diese Diskussion zwischen Moskau und Washington in die Öffentlichkeit getragen hat. „Wir möchten, daß Genf ein ernsthaftes Verhandlungsforum bleibt. Es gibt Hoffnungen für einen Fortschritt in Genf." Es ist deshalb nicht damit zu rechnen, daß Washington die Vorschläge Gorbatschows mit einer öffentlich vorgetragenen Gegeninitiative beantworten wird.

Im übrigen reagierte man im State Department vorsichtig und versöhnlich. Im strikten Sinne sei die Tatsache, daß Gorbatschow seine Vorschläge in der Öffentlichkeit gemacht habe, kein Bruch der in Genf vereinbarten Regeln. Diese dort vereinbarte Vertraulichkeit der Gespräche gelte nur für die Verhandlungsdelegationen selbst, nicht für Regierungschefs, erklärte der Sprecher des State Department.

Auch sonst bewertete man im Außenministerium die übrigen Äußerungen Gorbatschows positiv und wies darauf hin, daß seine Bereitschaft, das amerikanisch-sowjetische Verhältnis zu verbessern, ein ermutigendes Zeichen sei. Bis zu einem erfolgreichen Gipfeltreffen sei jedoch noch viel vorbereitende Arbeit nötig. In Washington verstärkt sich der Eindruck, daß dieser Gipfel eher später, als bisher vermutet worden ist, stattfinden wird. Man schließt nicht mehr aus, daß er erst im nächsten Frühjahr zustande kommt.

Bischof begrüßt Sowjet-Moratorium

epd, Frankfurt

„Manch einem wird ein Stein vom Herzen fallen". So äußerte sich der braunschweigische Landesbischof Gerhard Müller am Ostermontag in seiner Predigt zu der sowjetischen Ankündigung, vorerst keine weiteren Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der Sowjetunion aufzustellen. Diese Herzenserleichterung verspüre er auch in der Hoffnung, daß von den USA das gleiche zu erwarten sei. Ostern 1985 habe gezeigt, daß die Osterbotschaft voll ihre Gültigkeit habe und die Menschen noch nicht am Ende seien. Es gelte, die Zeichen der Hoffnung und die „Zusage der Zukunft zu sehen".

Bereits am Karfreitag hatte der Stellvertreter des bayerischen Landesbischofs, Hermann Glaser, die Mahnung an die Amerikaner und deren Verbündete gerichtet, man solle den Weltraum „Gottes Sternen überlassen".

Diplomaten als Fluchthelfer?

Co. Bonn

Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Algier sollen sich nach einem Bericht der Züricher „Weltwoche" als Fluchthelfer für „DDR"-Bewohner betätigen. In dem Bericht wird der Fall des Botschaftsangehörigen Dieter Meier geschildert, der nach Angaben seiner Schwester als Fluchthelfer tätig gewesen und im vergangenen Jahr in Algerien unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommen sei.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte dazu, es stehe zweifelsfrei fest, daß bei dem tödlichen Unfall Meiers ein Fremdverschulden auszuschließen sei. Zu dem Bericht über angebliche Fluchthilfe sagte er, wenn sich deutsche Staatsangehörige, auch Angehörige der „DDR", an Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland wenden, werde ihnen im Rahmen des Grundgesetzes geholfen.

Warschaus Kritik am Papst verschärft

dpa, Warschau

Die Warschauer Attacken gegen Papst Johannes Paul II. wurden gestern durch einen Kommentar des polnischen Parteiorgans „Trybuna Ludu" fortgesetzt. Die Zeitung übte scharfe Kritik an der Instruktion des Vatikans zur Befreiungstheologie, die sich praktisch gegen einen Dialog mit dem Sozialismus richte.

„Der antikommunistische Geist, der dieses ganze Dokument durchzieht", beweise deutlich, „daß die katholische Kirche in der Zeit des Pontifikats von Karol Wojtyla wieder in geschlossener Formation auf einen Weg zurückgekehrt ist, der die von Johannes XXIII. und Paul VI. so mühsam ausgearbeitete Position des Dialogs zugrunde richtet". Die „antikommunistische Verbissenheit" mache es dem Papst offenbar unmöglich, die „riesige Welle des Protests zu sehen, auf die dieses Dokument stößt".

„Sowjets waren die Täter von Katyn"

■ Fortsetzung von Seite 1

Was sagt ein um Objektivität bemühter Historiker zu einem solchen Verfahren?

Hillgruber: Nun, die Abhängigkeit Polens von den sowjetischen Geschichtsklitterungen ist ja immer schon dagewesen. Die Sowjets leugnen bis heute das geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939, in dem der Plan, Polen zu teilen, niedergelegt ist. Das war schon immer so. Aber die Regime von Gomulka und Gierek hatten doch vermieden, daß heiße Eisen Katyn im sowjetisch-kommunistischen Sinne zu interpretieren. Wenn jetzt Jaruzelski diesen Sinn erfüllt, zeigt er, daß seine Abhängigkeit von der Sowjetunion noch größer ist als die der Regime von Gomulka und Gierek.

WELT: Welches sind die wichtigsten historischen Quellen?

Hillgruber: Die wichtigste Untersuchung stammt von einem Offizier der national-polnischen Widerstandsbewegung, der jetzt in den USA eine politisch-wissenschaftliche Professur hat. Er heißt Zawodny. Er hat ein Standard-Werk geschrieben, das auch in deutscher Übersetzung erschienen ist. Der Titel: „Zum Beispiel Katyn – Klärung eines Kriegsverbrechens". München 1971 (Verlag Information und Wissen).

Zawodny beweist, daß die Sowjets die Täter waren. Es ist wichtig, daß die Untersuchung von einem Offizier stammt, der als polnischer Widerstandskämpfer gegen die Deutschen gekämpft hat. An seinen Aussagen gibt es nicht den geringsten Zweifel.

Gespräche zwischen Nord- und Südkorea

dpa, Pjöngjang

Nordkorea hat gestern dem Süden die Aufnahme von Parlamentarier-Verhandlungen über eine friedliche Wiedervereinigung des Landes vorgeschlagen. Die Regierung in Seoul reagierte skeptisch, zeigte sich aber bereit, am 17. Mai im Waffenstillstandsort Panmunjon an der Grenze die Gespräche über die Wirtschaftsbeziehungen wiederaufzunehmen. Am 28. Mai beginnen in der südkoreanischen Hauptstadt Rotkreuz-Verhandlungen über Familienzusammenführung.



Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 30 80 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 40.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Lücken zu schließen

hdt – Die Zahl der Jugendlichen mit höherer Schulbildung, die sich um einen betrieblichen Ausbildungsplatz bewerben, nimmt immer mehr zu. So berichtet die Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen, daß 1984 bereits 19,1 Prozent aller Bewerber im kaufmännischen Bereich die Hoch- oder Fachhochschulreife nachweisen konnten, 1981 waren es erst zehn Prozent.

Ähnlich sieht es im gewerblichen Bereich aus. Hier verdreifachte sich die Zahl der Bewerber mit Hochschulreife auf 6,2 Prozent, die der mit Fachschulreife von einem Drittel auf 41 Prozent.

Auf den ersten Blick ist das eine durchaus erfreuliche Entwicklung, denn schulische Höherqualifizierung des Nachwuchses steht einer Industriegesellschaft im internationalen Wettbewerb gut zu Gesicht. Leider besagen vorgenannte Zahlen wenig über den wirklichen Bildungsstand der Absolventen.

Nicht ohne Grund fordern Kammern und Betriebe seit Jahren eine stärkere Rückbesinnung auf traditionelle Fächer wie Deutsch und Rechnen. Solide Kenntnisse auf diesen Gebieten sind nämlich auch im Computer-Zeitalter von existentieller Bedeutung. Zu oft müssen sich Berufsschule und Betriebe bemühen, hier Lücken zu schließen, die sich letztlich zu Lasten der beruflichen Qualifikation auswirken.

Bedenken gegen Fähre

Von JAN BRECH

In Kürze will das Bundeskabinett darüber beraten, ob es der Errichtung einer Eisenbahnfährverbindung zwischen dem sowjetischen Ostseehafen Klaipeda und einem Hafen an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste grünes Licht geben soll.

Interesse an einer Eisenbahnfähre haben zum ersten Mal die Russen in den deutsch-sowjetischen Schiffahrtsgesprächen im Juni 1981 zu erkennen gegeben. Sie wiesen damals auf die ständige Überlastung ihrer Häfen Klaipeda und Tallinn hin, die mit einer Fährverbindung verringert werden könnte. Außerdem – so die Russen – könnte die Fährverbindung zu einer Ausweitung des beiderseitigen Handels führen und es ermöglichen, die im Handel beider Länder störenden Landwege durch Polen und die „DDR" zu umgehen. Daß die Fähre mit einer Endverbindung in Schleswig-Holstein auch militär-strategische Nebeneffekte haben könnte, geben die Russen öffentlich nicht zu, läßt sich aber denken.

Fürsprache findet das Projekt bei der Kieler Landesregierung und den Städten Kiel, Lübeck und Flensburg, die um den Standort konkurrieren. Der von den Sowjets geplante Einsatz von vier oder sechs Fährschiffen, die zum Teil auf deutschen Werften gebaut werden sollen, und die Errichtung von Umschlagsanlagen könnten Investitionen bis zu einer Milliarde Mark mit entsprechenden Anstoßwirkungen für das Land auslösen. Es sei zudem im Interesse aller am Osthandel beteiligten deutschen Firmen, so meint Kiel, wenn der teuere Landwegtransport auf einen Seeverkehr umgelenkt werde, an dem die Deutschen zu 50 Prozent beteiligt wären.

Viel mehr Befürworter des Projekts gibt es zur Zeit allerdings nicht. Gegen die Fährverbindung sind die Militärs, und die Nordseehäfen Hamburg und Bremen sowie die Küstenschiffahrt befürchten, daß Ladung von ihnen abgezogen wird. Die Reeder schließlich mutmaßen, daß die Russen über diesen Weg zu Lasten ihres Fernostgeschäfts zusätzlichen Containerverkehr für die Transsibirienbahn finden wollen.

Zurückhaltung zeigen zudem die verladende Wirtschaft und die großen Transportorganisationen, weil es bislang keine exakte Projektbeschreibung gibt. Es fehlen Unterlagen über technische Details, über Art, Kosten und Finanzierung der Fährschiffe und über die Infrastruktur in Klaipeda und an der deutschen Ostseeküste: Ungeklärt ist ferner zu welchen Tarifen die Waren nach Schleswig-Holstein transportiert werden sollen und welche Kosten durch die notwendige Umladung von deutschen auf russische Waggons und umgekehrt entstehen. Diese Umladung ist erforderlich, weil die sowjetische Eisenbahn auf Breitspur, die in Westeuropa auf Normalspur fährt.

Spätestens an diesem Punkt gewinnen die verkehrspolitischen Bedenken an Gewicht. Eine Umschlagsanlage, die den Transport verteuert und zeitlich verzögert, macht wenig Sinn. Vorstellbar wäre eher eine Umspuranlage, durch die umspurbare Wagen auf beiden Schienennetzen eingesetzt werden können. Der richtige Standort dieser Anlage wäre Klaipeda, weil Wagen in Normalspur in Deutschland ankämen und ohne Aufenthalt weiter befördert werden könnten. Zudem wären nur so die Fähren auch auf anderen Fährstrekkcken zu verwenden. Daß die Russen einer solchen Anlage zustimmen, ist freilich unwahrscheinlich. Allein schon die chaotische Organisation des sowjetischen Eisenbahntransports dürfte dazu führen, daß die umspurbaren Wagen überall sonst in der Sowjetunion rollen, nur nicht auf der Strecke von und nach Klaipeda.

Selbst wenn es gelingen sollte, alle Güter, die zur Zeit auf dem Landweg transportiert werden, auf die Fähren zu verlagern, sichert dieses Volumen keine hinreichende Auslastung. Anderseits ist eine Intensivierung des deutsch-russischen Warenaustausches über die Fährverbindung wohl nur möglich, wenn ein durchgehender Wagenladungsverkehr gewährleistet ist. Das aber setzt wie etwa bei der Umspuranlage in Klaipeda politische Vorleistungen der Sowjets voraus, die höchst ungewiß sind.

Vorläufiges Fazit: Da zu marktwirtschaftlichen Bedingungen ausreichendes Volumen für die Fähren nicht zu finden ist, werden die Russen versuchen, über politische Preise Ladung umzulenken. Im Internationalen Linienverkehr haben ihre Flotten dabei reichlich Know-how.

STEUERREFORM / Gespräch mit dem Finanzministerium über Änderungswünsche

Kirchen befürchten bei der geplanten Regelung hohe Einnahmeausfälle

HEINZ HECK, Bonn

In der Schlußphase der Beratungen des Steuerreformgesetzes kommt es morgen erneut zu einem Gespräch zwischen Vertretern der Kirchen und des Finanzministeriums über die Auswirkungen der Steuersenkung auf die Kirchensteuereinnahmen. Auf Initiative von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hatten die Bundesländer Bonn am 8. Februar dieses Gespräch nahegelegt.

Die Kirchen sind mit der im Gesetz geplanten Regelung für die Bemessung der Kirchensteuer unzufrieden. Sie befürchten im Vergleich zu Bund, Ländern und Gemeinden überproportionale Steuerausfälle und zielen mit ihren Änderungsvorschlägen de facto auf eine geringere Entlastung der Familien mit bis zu drei Kindern.

Zur Vorgeschichte: Die Kirchensteuer hatte sich bis 1974 lediglich an der Höhe der Lohn- und Einkommensteuer orientiert. Die Anwendung des Kirchensteuer-Hebesatzes (bei der katholischen Kirche heute neun, bei der evangelischen überwiegend neun, zum Teil acht oder zehn Prozent) auf die zu zahlende Lohn- und Einkommensteuer ergab die endgültige Kirchensteuerschuld.

Mit der Neuregelung des Familienlastenausgleichs ab 1975 wurden die Kinderfreibeträge durch das Kindergeld ersetzt, so daß sich die Lohn- und Einkommensteuer als Bemessungsgrundlage der Kirchensteuer gerade für Familien mit Kindern erhöhte. Um diese zusätzliche Belastung zu vermeiden, wurde in das Einkommensteuergesetz (EStG) der Paragraph 51a eingeführt; danach wird die Lohn- und Einkommensteuer um die Kindergeldbeträge gekürzt. Ungeachtet der späteren Kindergelderhöhungen sind diese Abzugsbeträge seit 1978 mit 600 Mark für das erste, 960 für das zweite und 1800 Mark für das dritte und jedes weitere Kind zur „Schonung" der Kirchensteuereinnahmen unverändert geblieben.

Der Bonner Gesetzentwurf sieht ab 1986 einheitliche Abzugsbeträge von 600 Mark je Kind vor. Damit sind die Kirchen nicht einverstanden. Sie rechnen mit einem Einnahmerückgang von über zwölf Prozent, also einem relativ höheren Ausfall als die drei Gebietskörperschaften. Ihr Gegenvorschlag: Sie lehnen Abzugsbeträge für das erste und zweite Kind ganz ab; für das dritte und jedes weitere Kind hatten sie zunächst 900, inzwischen 1200 Mark, empfohlen. Schätzungsweise 85 bis 90 Prozent aller Kinder leben in Ein- und Zwei-Kinder-Familien, die nach dem Vorschlag der Kirchen deutlich stärker belastet würden. Erst ab vier Kindern, also in nur wenigen Fällen, ergäbe sich im Vergleich zum Regierungsvorschlag eine gleiche oder günstigere Regelung.

Im Finanzministerium widersetzt man sich nicht nur wegen dieser Mehrbelastungen einer Änderung des Kabinettsentwurfs. Zusätzlich werden administrative Einwände geltend gemacht. Denn Bonn muß aufgrund der höchstrichterlichen Rechtsprechung den Halbteilungsgrundsatz verwirklichen. Nach Prüfungen ist Finanzminister Gerhard Stoltenberg überzeugt, daß dies nur mit für alle Kinder einheitlichen Sätzen praktikabel zu gestalten ist.

Ein Beispiel zur Verdeutlichung: Wenn bei Scheidung in einer Vier-Kinder-Familie je zwei Kinder zu Mutter und Vater kommen, so werden aus Freibeträgen von 600 plus 960 plus zweimal 1800, also 5160 Mark, zweimal 600 plus 960, also 1560 Mark. Die Entlastung läge also im Vergleich zu einer intakten Familie mit vier Kindern deutlich niedriger. Ganz allgemein wird in Bonn argumentiert, die Kirchen hätten in der Vergangenheit ebenso wie die öffentlichen Hände heimliche Steuererhöhungen (als Ergebnis von Steuertarifprogression und Inflation) kassiert. Genauso wie der Staat müßten sich auch die Kirchen mit niedrigeren Einkünften begnügen. Vor allem aber wird die Verlagerung in der Steuerbelastung von Kinderlosen auf Familien mit Kindern als „störend" empfunden.

Als letzten Ausweg würden sich die Kirchen wohl mit einer Verringerung des geplanten Abzugsbetrags von 600 auf 400 Mark je Kind zufriedengeben. Doch ist mit einem Einlenken Stoltenbergs nicht zu rechnen.

JAPAN

Neues Liberalisierungspaket stellt Ausland kaum zufrieden

FRED de LA TROBE, Tokio

Die japanische Regierung hat am Dienstag ein neues Paket von Maßnahmen zur weiteren Marktöffnung beschlossen. Sie hofft damit, den zunehmenden Handelskonflikt mit den USA, der Europäischen Gemeinschaft und den südostasiatischen Ländern entschärfen zu können.

Ministerpräsident Nakasone richtete gleichzeitig über das Fernsehen einen Appell an das japanische Volk, in dem er zu größeren Importanstrengungen und vermehrtem Konsum aufrief. „Allen Seiten gleichmäßige Wettbewerbschancen zu bieten, ist Japans Verantwortung", erklärte Nakasone. Die Regierung will außerdem in den japanischen Medien eine Kampagne für die Expansion der Einfuhren starten.

Trotz vorausgehender Erklärungen, daß Japan diesmal die Tür zu seinem Markt weit öffnen werde, enthält das Paket wenig konkrete und unmittelbare Liberalisierungsmaßnahmen. Es kündigt im wesentlichen ein dreijähriges „Aktionsprogramm" an, im Zuge dessen die Zölle weiter gesenkt, die Importquoten erhöht oder abgeschafft und das Einfuhrverfahren vereinfacht werden sollen.

Erste Kommentare in Tokio heben hervor, daß der Widerstand der japanischen Industrie- und Agrarlobby gegen eine weitere Liberalisierung sehr stark war und die von diesen Gruppen abhängige Liberal-Demokratische Partei wirklich einschneidende Maßnahmen nicht genehmigte. Man befürchtet, daß sich der amerikanische Kongreß mit dem Paket nicht zufriedengeben wird und protektionistische Gesetze erläßt.

Im Bereich der Telekommunikations-Ausrüstung sind Erleichterungen für ausländische Konkurrenten in Japan angekündigt, die schon bei kürzlichen Verhandlungen mit den Amerikanern bekanntgegeben wurden. Die Vorschriften über technische Standards und Registrierungen wurden vereinfacht. Die entsprechenden Gesetze sollen geändert werden. In den japanischen Telekommunikations-Beirat, der bei der Formulierung der Regierungspolitik für diese Branche ein wichtiges Wort mitspricht, sollten unter die 22 Mitglieder zwei bei ausländischen Firmen angestellte Japaner aufgenommen werden.

Für den Bereich der elektronischen Industrie wird Japan Verhandlungen mit anderen Staaten über den Abbau der Importzölle anbieten. Computer-Software wird künftig wie in den USA unter dem Urheberschutzgesetz abgeschirmt werden. Für Holzprodukte kündigt die Regierung einen Abbau der Einfuhrzölle über eine Periode von drei bis fünf Jahren an.

Für lizensierte Pharmaprodukte und medizinische Geräte werden die Bedingungen für die Zulassung ausländischer Tests erleichtert. Die Liberalisierung des japanischen Finanzmarktes soll von Juli dieses Jahres an fortgesetzt werden. Die japanische Wirtschaftshilfe an Entwicklungsländer wird erhöht, genaue Zahlen werden aber nicht genannt. (SAD)

AUF EIN WORT



„Die Wirtschaft – jedenfalls die Marktwirtschaft – ist kein „Nullsummen-Spiel", in dem man dem einen nur geben kann, was man dem anderen nimmt. Der Strukturwandel in und zwischen den entwickelten und den sich entwickelnden Regionen dieser Erde muß und kann so ablaufen, daß sich langfristig die Effizienz des Gesamtsystems – das wir Weltwirtschaft nennen – verbessert."

Dr. Alfred Herrhausen, Mitglied des Vorstandes der Deutsche Bank AG
FOTO: JUPP DARCHINGER

STAHLSTREIT

USA wollen mit EG verhandeln

dpa/VWD, Brüssel

Die US-Regierung hat erste Anzeichen für ihren Verhandlungswillen in dem Stahlstreit mit der Europäischen Gemeinschaft gezeigt. Diesen Schluß ziehen Brüsseler Beobachter aus der Tatsache, daß die USA am Montag – dem ersten Tag nach Ablauf einer zweimonatigen Frist – keine neuen Beschränkungen der Stahlimporte aus der EG beschlossen hat. Dies wurde am Dienstag bei der EG-Kommission bestätigt.

Die EG-Behörde hatte für die Osterfeiertage einen „Krisenstab" einberufen, um im Falle neuer Lieferbeschränkungen umgehend reagieren zu können. Wie weiter bekannt wurde, liegen inzwischen Anzeichen dafür vor, daß Washington auf ein EG-Verhandlungsangebot eingehen wird. Die Kommission hatte Ende März eine neue Konsultationsrunde für den 22. April vorgeschlagen. Die am Montag abgelaufende 60-Tage-Frist, die auf dem Massenstahlabkommen von 1982 basiert, bezieht sich auf Produkte, deren Einfuhren bisher noch nicht beschränkt sind.

Dazu gehören neben Halbzeug auch Elektrobleche, Drahterzeugnisse und zinnloser Stahl. Das US-Handelsministerium hatte der EG bereits im Februar vorgeworfen, die Massenstahlrestriktionen durch erhebliche Lieferzunahmen bei diesen Erzeugnissen umgangen zu haben.

NEW YORKER BÖRSE

Ausländer verkauften Aktien

VWD, Washington

Ausländische Anleger haben 1984 mehr Aktien US-amerikanischer Unternehmen verkauft als gekauft. Insgesamt erwarben sie Aktien im Wert von knapp 60,46 Mrd. Dollar, während sie Aktien im Wert von fast 63,4 Mrd. Dollar abstießen. Wie der Federal Reserve Board, der eine entsprechende Jahresstatistik veröffentlichte, dazu anmerkte, habe sich damit gegenüber dem Kalenderjahr 1983 ein deutlicher Wandel vollzogen. Damals waren ausländische Anleger mit einem Saldo von insgesamt 5,51 Mrd. Dollar Nettokäufer gewesen.

Anders war die Entwicklung bei US-Anleihen: Hier erwiesen sich die Investoren im Ausland als starke Käufer. Nach der erwähnten Statistik beliefen sich die Nettokäufe von US-Anleihen, dazu gehören auch neue, im Ausland emittierte Unternehmensobligationen, auf rund 13,2 Mrd. Dollar. Dieser Saldo ergab sich aus Käufen in Höhe von 39,15 Mrd. Dollar, denen Verkäufe über rund 26,03 Mrd. Dollar gegenüberstanden. 1983 hatte der Saldo 903 Mill. Dollar betragen. Aus den Daten geht ferner hervor, daß die Anleger aus ölexportierenden Ländern 1984 wie im Vorjahr vor allem Aktien von US-Unternehmen abgestoßen haben. Ihre Netto-Aktienverkäufe stiegen deutlich auf knapp zwei Mrd. Dollar nach 808 Mill. Dollar 1983.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

HWWA: Löhne nach Regionen differenzieren

Hamburg (VWD) – Zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme empfiehlt das HWWA-Wirtschaftsforschungsinstitut, Hamburg, eine „mehrgleisige Therapie". Als wichtigste Voraussetzung für eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit nennt das Institut in seiner Publikation „Konjunktur von Morgen" mehr Wachstumsdynamik der Wirtschaft. Um mehr Arbeitsplätze rentabel zu machen, sollten die Kosten der Arbeit im Vergleich zu denen des Kapitals gesenkt und die Löhne stärker nach Branchen, Regionen und Qualifikationen differenziert werden. Das geplante Beschäftigungsförderungsgesetz gehe, ebenso wie die Neuregelung der Ausbildungsordnung, in die richtige Richtung. Das HWWA befürwortet ferner flexiblere Arbeitszeitregelungen. Erforderlich sei aber auch ein Abbau „überhöhter Schutzvorschriften" für Arbeitnehmer.

Indien kauft sechs Airbusse

Paris (dpa/VWD) – Die indische Fluggesellschaft Air India hat von der europäischen Airbus Industries, Toulouse, sechs Maschinen des Typs A310-300 gekauft. Wie die französische Presse berichtete, wurde der Vertrag in Bombay unterzeichnet. Außerdem habe die südkoreanische Regierung ihrer staatlichen Fluggesellschaft grünes Licht für den Ankauf von drei Airbussen des Großraumtyps A300 gegeben.

Mehr bargeldlos gezahlt

Bonn (DW.) – Mehr als 4,7 Milliarden Überweisungen, Lastschriften und Schecks haben die Sparkassen und Landesbanken im vergangenen Jahr bearbeitet. Das waren gut sechs Prozent mehr als ein Jahr zuvor und entsprach einer täglichen Arbeitsmenge von rd. 19 Millionen Stück. Betragsmäßig wurden dadurch 10,5 Billionen DM bewegt, das waren 10 Prozent mehr als 1983. Nach Angaben des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes sind nahezu alle 591 Sparkassen on-line an ein Rechenzentrum angeschlossen. Im Überweisungsverkehr konnte der beleglose Anteil weiter auf 47 Prozent verbessert werden. Durch den elektronischen Zahlungsverkehr für individuelle Überweisungen (EZÜ), an dem inzwischen nahezu 95 Prozent der Sparkassen und Landesbanken aktiv beteiligt sind, wird sich der Anteil der beleglosen Zahlungen weiter erhöhen.

Vom Dollar abhängig

Frankfurt (VWD) – Von einer Trendwende an den Edelmetallmärkten kann nach Einschätzung der Degussa AG, Frankfurt, noch immer nicht gesprochen werden. Im jüngsten Marktbericht räumen die Analysten ein, daß es den Metallen zumindest aber gelungen sein dürfte, sich zunächst einmal von ihren Februar-Tiefs zu lösen. Nach wie vor bleibe freilich die Abhängigkeit von der Entwicklung des Dollarkurses und der Dollarzinsen bestehen.

Stahlproduktion gestiegen

Düsseldorf (dpa) – Die Hüttenwerke in der Bundesrepublik haben in den ersten drei Monaten dieses Jahres mit 10,12 Millionen Tonnen Rohstahl 2,8 Prozent mehr erzeugt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Für Roheisen meldete die Außenstelle Düsseldorf des Statistischen Bundesamts eine Produktionssteigerung von 4,9 Prozent auf 7,73 Millionen Tonnen. Im März nahm die Rohstahlproduktion gegenüber dem Februar um 12,2 Prozent auf 3,59 Millionen Tonnen zu. An Roheisen wurden mit 2,73 Millionen Tonnen 12,5 Prozent mehr erschmolzen. Dazu wies das Bundesamt darauf hin, sowohl mehr Produktionstage als auch eine höhere tägliche Leistung hätten zur Steigerung beigetragen.

„Zinkpreise bleiben stabil"

Hamburg (dpa/VWD) – Die Preise an den internationalen Zinkmärkten dürften 1985 stabil bleiben. Das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, geht in einer Analyse davon aus, daß der Zinkverbrauch in den westlichen Industrieländern 1985 gegenüber dem Vorjahr wieder um zwei Prozent auf 4,8 Millionen Tonnen und die Produktion um drei Prozent auf 4,97 Millionen Tonnen steigen wird.

China sichert Reform

Peking (dpa/VWD) – China will seine Wirtschaftsreform durch eine Fülle von Gesetzen gegen Mißbrauch schützen. Als Beispiele für besonders dringliche Vorhaben nannte ein Regierungsexperte in einem Interview mit der Tageszeitung „China Daily" gesetzliche Maßnahmen zum Verbraucherschutz, gegen willkürliche Preisanhebungen sowie zur besseren Absicherung von ausländischen Investoren. Zu dieser Arbeit sollen westliche Berater hinzugezogen werden. Wie der Chef des Forschungsinstitutes für Wirtschaftsgesetzgebung in Peking, Gu Ming, sagte, könne China auf dem Weg zu einer mehr marktorientierten Volkswirtschaft viel von den Erfahrungen westlicher Länder lernen. Als Probleme nannte er Markenschwindel, Devisenvergehen und Konkursverwaltung.

SCHIFFBAU

Die weltweite Werftenkrise ist noch nicht überwunden

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die internationale Schiffbaukrise ist noch nicht überwunden. Auch im letzten Jahr ging der Auftragsbestand der westeuropäischen Werften insgesamt zurück. Außer den skandinavischen Ländern und Holland konnte nur die Bundesrepublik Deutschland einen Zuwachs verzeichnen; und zwar um 21,8 Prozent auf 0,71 Millionen Bruttoregistertonnen (BRT). Das war allerdings nur ein Sechstel des Bestands der gesamten europäischen OECD-Zone von 4,41 Mill. (BRT).

Demgegenüber konnte Japan einen Auftragsbestand von 12,29 Mill. BRT vorweisen, was aber gleichwohl einen Rückgang von 11,2 Prozent bedeutete. Die Länder der beiden Zonen zusammengenommen, die dem Schiffahrtsausschuß der OECD angehören, verbuchten einen Rückgang ihres Auftragsbestands um 13,1 Prozent auf 16,70 Mill. BRT.

Japan schneidet also immer noch verhältnismäßig gut ab. Außerdem ist zu bedenken, daß die an den Stapelläufen gemessene japanische Produktion 1984 um 45 Prozent auf 9,7 Mill. BRT zunahm, wodurch der Auftragsbestand stark abgebaut wurde. An Neuaufträgen wurden von Japan 8,4 Mill. BRT verbucht – gegenüber nur 2,55 Mill. BRT bei den westeuropäischen Staaten.

Allerdings stellen die OECD-Experten fest, daß inzwischen auch die japanischen Werften einem verstärkten Wettbewerbsdruck anderer asiatischer Staaten ausgesetzt sind. Im Schnitt seien die westeuropäischen Werften beim Bau von einfachen Mineralfrachtern mehr als doppelt so teuer wie die Werften Südkoreas.

EG / Die landwirtschaftlichen Einkommen sind im letzten Jahr deutlich gestiegen

Seit 1973 real erhebliche Einbußen

WILHELM HADLER, Brüssel

Die landwirtschaftlichen Einkommen sind im vergangenen Jahr in den meisten EG-Ländern (nach einem starken Rückgang 1983) wieder deutlich angestiegen. Dies zeigt eine Untersuchung der Brüsseler Kommission. Im längerfristigen Vergleich (1973 bis 1984) mußten die Bauern in der Bundesrepublik (minus zwölf Prozent), in Frankreich (minus elf Prozent) und in Großbritannien (minus neun Prozent) jedoch erhebliche reale Einbußen verkraften.

Für die Gemeinschaft insgesamt ergab sich 1984 eine Zunahme der Einkommen aller in der Landwirtschaft Beschäftigten (Nettowertschöpfung zu Faktorkosten je Arbeitseinheit) um 4,3 Prozent (1983: minus 6,1 Prozent). Einen gleich hohen Zuwachs registrierte die Kommission für die Einkommen der selbständigen Landwirte und ihre mithelfenden Familienangehörigen.

Besonders stark war das Wachstum bei den Gesamtbeschäftigten in Dänemark (plus 35,5 Prozent), Griechenland (plus 11,6 Prozent) und Großbritannien (plus 10,1 Prozent). Über dem Durchschnitt lagen außerdem die Landwirte in Irland (plus 7,4 Prozent), in den Niederlanden (plus 6,0 Prozent) und in der Bundesrepublik (plus 5,7 Prozent). Die französischen Bauern mußten mit nur zwei Prozent Wachstum vorliebnehmen. Und für Belgien (minus 6,5 Prozent), Italien (minus 1,1 Prozent) und Luxemburg (minus 0,5 Prozent) wurde sogar ein Rückgang verzeichnet.

Entscheidend für die Einkommensentwicklung waren zwei gegenläufige Faktoren: die zum Teil spektakulär gestiegenen Erntemengen und die anhaltende Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Erzeugerpreisen und den Preisen für landwirtschaftliche Betriebsmittel. Wegen der günstigen klimatischen Bedingungen war 1984 ein Rekordjahr für Getreide (plus 28 Prozent) und Ölsaaten (plus 30 Prozent). Starke Produktionssteigerungen gab es auch bei Kartoffeln und Zuckerrüben, Gemüse und den meisten Fleischarten (außer Geflügel).

Die Schere bei den Input- und Output-Preisen machte jedoch einen Teil der höheren Verkaufserlöse wieder zunichte. Während die Erzeugerpreise im EG-Durchschnitt um 3,5 Prozent stiegen, kletterten die für von der Landwirtschaft benötigte Güter und Dienstleistungen um 6,1 Prozent. In den meisten EG-Ländern wurde dies jedoch durch die höhere Ernte mehr als kompensiert.

Entsprechend variiert die Einkommensentwicklung auch nach der Spezialisierung der Landwirte. Reine Getreidebetriebe verzeichneten eine Zunahme von 23 Prozent, Schweinemästereien erwirtschafteten sogar ein Plus von 27 Prozent.

INDIEN / Wirtschaft hofft auf weitere Liberalisierung

Made in Germany ist gefragt

G. KRÜGER, **Bombay**

„Die Zeit ist gekommen für ein großes, stolzes und starkes Indien." Dieser Slogan, mit dem die regierende Kongreßpartei wirbt, erfaßt die gegenwärtige Stimmung im Land. Der Optimismus beruht auf verschiedenen Ursachen: Im Vergleich zu den 70er Jahren befindet sich die Wirtschaft gegenwärtig in einer Phase des Aufschwungs. *Das industrielle* Wachstum beträgt 4,5 Prozent, mit einer weiteren Steigerung wird gerechnet. Gleichzeitig ist die Inflationsrate auf eine einstellige Ziffer gesunken. Die Regierung *spricht* sogar von lediglich fünf Prozent. Die Ernten, von denen Indien nach wie vor entscheidend abhängig ist, brechen Rekorde. In den Getreidesilos lagern 22 Millionen *Tonnen. Zement* war vor fünf Jahren fast nur auf dem Schwarzmarkt zu haben. Seither hat sich die Zementproduktion um 50 Prozent gesteigert. Ebenfalls um 50 Prozent *stieg im gleichen Zeitraum* die Kohleförderung. Die indische Erdölförderung hat sich in den letzten sechs Jahren verdreifacht auf 30 Millionen Tonnen pro Jahr.

Aber es gibt auch Engpässe: Die Infrastruktur ist unzureichend ausgebaut; die Finanzierung neuer Investitionen, die das weitere Wachstum garantieren sollen, bereitet Schwierigkeiten. Dennoch überwiegen für indische Geschäftsleute die positiven *Entwicklungen. Sie hoffen auf einen* größeren Entfaltungsspielraum für die Privatwirtschaft, *auf die* Fortsetzung einer liberaleren Importpolitik, auf weitere Erleichterungen für die Genehmigung von Lizenz- und Joint-Venture-Verträgen und auf vereinfachte Verwaltungsverfahren.

Indiens Wirtschaftsaufschwung wirkt sich auch auf die deutsch-indischen Beziehungen gut aus. Der Handel zwischen beiden Ländern erreichte 1984 die neue *Rekordmarke* von mehr als vier Milliarden DM durch eine Steigerung der deutschen Exporte um 24 Prozent und der Importe um 13 Prozent.

132 deutsch-indische Kooperationen (Lizenzverträge und Joint-Venture-Gründungen) wurden 1984 von den indischen Behörden genehmigt, mehr als je zuvor seit dieses Genehmigungsverfahren nach Unabhängigkeit Indiens eingeführt worden ist. Selbst in die Statistiken der deutschen Privatinvestitionen gerät Bewegung; einem Bereich deutsch-indischer Beziehungen, der seit Jahren stagnierte. Zahlreiche deutsche Firmen entschließen sich, in Indien neu zu investieren oder zu erweitern. Die zunehmende Zahl deutscher Besucher und Wirtschaftsdelegationen unterstreicht das Interesse.

In welchen Bereichen die deutsche Wirtschaft besondere Chancen hat, erklärte der stellvertretende Leiter der indischen Planungskommission, Manmohan Singh, kürzlich einer Wirtschaftsdelegation aus Nordrhein-Westfalen: Schwerpunkte des 7. Fünfjahresplanes seien die Entwicklung der Landwirtschaft und der Ausbau der Infrastruktur. Kunstdünger und die Erweiterung künstlicher Bewässerungsanlagen sollen helfen, den Agrarsektor zu modernisieren. Im Bereich der Infrastruktur ist eine Verbesserung der Stromversorgung vorgesehen. *Die* neu zu errichtenden Kapazitäten sollen primär mit Kohle betrieben werden.

Besondere Aufmerksamkeit wird auch dem Transportwesen geschenkt. Im Vordergrund steht eine Erhöhung der Kapazität der Eisen*bahn und der Schiffahrt. Die* Zahl der Lizenzen für die Herstellung von Kraftfahrzeugen aller Art ist sprunghaft gestiegen – allerdings fast ausschließlich zugunsten japanischer Unternehmen. *Gute* Chancen bestehen jedoch noch in der Zulieferindustrie. Der einflußreiche Leiter der technischen Behörden, die über Lizenzvergaben entscheiden, R. R. Latey, nannte vor Deutschen als weitere chancenreiche Schwerpunkte Maschinenbau, Mineralaufbereitung, Verfahrenstechnik, Umweltschutz, elektrotechnische Erzeugnisse, Elektronik, Telekommunikationsausrüstung und den Ölsektor.

Made in Germany hat traditionell einen guten Klang in Indien. Die Bundesrepublik gehört zusammen mit Großbritannien und den USA zu den wichtigsten Know-how-Gebern der Wirtschaft. Allerdings nimmt die Konkurrenz zu. Fast spektakulär ist die japanische Automobilindustrie in den indischen Markt eingedrungen. Der Ruf japanischer Werkzeugmaschinen beginnt den der deutschen zu überflügeln. Auch europäische Nach*barn, wie Frankreich oder Italien*, engagieren sich stärker.

LATEINAMERIKA / Lösung der Schuldenkrise rückt näher, aber kein Ende in Sicht

IWF-Auflagen werden kaum erfüllt

WERNER THOMAS, **Miami**

Amerikanische Bankiers feierten die Umschuldungsvereinbarungen als Meilenstein. „Dies ist die letzte Phase der Krise; Mexiko hat den Weg gewiesen", *verkündete William* Rhodes, der Präsident des New Yorker Finanzimperiums Citibank and Citicorp., der für die Gläubiger-Banken die Verhandlungen steuerte. Sein Gesprächs- und Vertragspartner Jesus Silva Herzog äußerte sich dagegen vorsichtiger. Der mexikanische Finanzminister würdigte wohl das Abkommen. Er erinnerte jedoch an die noch ungelösten Probleme seines Landes und der gesamten lateinamerikanischen Region.

Die meisten Kommentatoren tendieren zu der vorsichtigeren Lageeinschätzung Silva Herzogs nach der Umschuldung von fast 49 Milliarden Dollar der mexikanischen Auslandsschulden (etwa *100* Milliarden Dollar). Sie weisen besonders auf die prekäre Situation Argentiniens und der Andenländer Peru und Bolivien hin.

Mexiko spielte bisher immer eine Art Führungsrolle auf diesem Sektor. Die Welt war im August 1982 an die explosive Schuldenmisere erinnert worden, als die Regierung des damaligen Präsidenten José Lopez Portillo ihre *Zahlungsunfähigkeit* bekennen mußte. Austeritätsmaßnahmen des Nachfolgers Miguel de la Madrid, die mit Umschuldungs-Konzessionen und neuen Krediten belohnt wurden, beeinflußten die Entscheidungen anderer Nationen, die gleiche schmerzliche Strategie zu wagen. Gleichzeitig verzeichnete der Subkontinent im vergangenen Jahr eine leichte Konjunktur-Verbesserung mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 2,6 Prozent.

Brasilien, mit über 100 Milliarden Dollar Auslandsschulden Weltrekord-Inhaber, und selbst Argentinien, 47 Milliarden Dollar, riefen wie Mexiko den Internationalen Währungsfonds (IFW) *zu Hilfe* und akzeptierten Stabilitätsprogramme. Argentinien hatte einmal die Bildung eines Schuldner-Kartells propagiert.

Beide Länder werden aber ihre Absichtserklärungen nicht erfüllen können. Der Währungsfonds stornierte bereits zugesagte Tranchen. Die Privatbanken zögerten wiederum mit weiteren Umschuldungsabkommen. Brasilien genießt jedoch trotz der ungewissen gesundheitlichen Situation des neugewählten Präsidenten Tancredo Neves das Vertrauen seiner Gläubiger. Das ist auch nötig. Das Land braucht dieses Jahr voraussichtlich 3,5 Mrd. Dollar neue Kredite ausländischer Banken, um seinen Zinsverpflichtungen nachzukommen. Denn der Handelsbilanzüberschuß wird in diesem Jahr voraussichtlich nur 8,5 Mrd. Dollar erreichen – nach 13 Mrd. Dollar 1984.

Argentinien ist ein anderer Fall. Der neue Wirtschaftsminister Juan Sourrouille (44) weiß nicht, wie er das Inflationsproblem bekämpfen soll. Die Lebenshaltungskosten stiegen in den letzten zwölf Monaten um 851,5 Prozent, im März allein um 26,5 Prozent. Dem IWF war für dieses Jahr ein Inflationsziel von 150 Prozent versprochen worden. Sourrouille sagt offen, daß es „schwierig" sei, die Austeritätsauflagen einzuhalten.

Noch schlechter geht es den beiden Andennationen Peru und Bolivien, die seit Monaten keine Schuldendienste mehr leisten. In keinem dieser Länder zeichnet sich eine baldige Besserung der Lage ab. Bolivien droht dieses Jahr gar eine fünfstellige Inflationsrate (1984: mehr als 2000 Prozent). Sowohl in Peru als auch in Bolivien finden in den nächsten Monaten Wahlen statt. Einige Wahlkämpfer fordern wieder ein Schuldenkartell. (SAD)

FRANKREICH / Kapitalmarkt wird liberalisiert

Eurofranc-Anleihen möglich

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die französische Regierung setzt ihre Liberalisierungspolitik fort. Nachdem sie den Preisstopp und die Devisenkontrollen im Reiseverkehr gelockert hat, ist jetzt der Kapitalmarkt an der Reihe: Zum ersten Mal seit Mai 1981 dürfen wieder Euro*franc-Anleihen* emittiert und von Deviseninländern gezeichnet werden. Die Franzosen können damit wieder frei konvertierbare Devisenforderungen erwerben.

Den Reigen eröffnet heute die staatliche Gaz de France (GdF) mit einer Euro-Anleihe über 500 Millionen Franc. Sie läuft über 15 Jahre, wobei der Emittent wie der Investor alle fünf Jahre die Rückzahlung verlangen kann. Für den ersten Fünfjahresabschnitt beträgt die Verzinsung 11,25 bis 11,38 Prozent.

So hat sich selbst eine amerikanische Bank *an dem vom verstaatlich*ten Credit Commercial de France (CCF) geleiteten Emissionskonsortium beteiligt. Allerdings will das Finanzministerium die Beträge solcher *Anleihen auf monatlich höchstens* 700 Millionen Franc begrenzen, um eine Kapitalflucht zu unterbinden. Die derzeitige Emission wendet sich vor allem an institutionelle Anleger.

Zu dieser begrenzten Liberalisie*rungsmaßnahme* hat sich die Regierung angesichts der stabilen Haltung des französischen Franc im Europäischen Währungssystem (EWS) – insbesondere gegenüber der D-Mark – entschlossen. Mit zuletzt 3,05 Franc erreichte der Franc seine beste Notierung seit der letzten Paritätsbereinigung vom *21. März 1983*.

Darüber hinaus hat das Finanzministerium *für alle Anleiheemissionen* und für Kapitalerhöhungen eine Reihe von administrativen Erleichterungen angekündigt. Danach dürfen insbesondere die Mitglieder der Emissionskonsortien und der Konsortialführer selbst künftig von den Emittenten frei gewählt werden. Auch wird am „kleinen Markt", an dem Anleihen freigegeben werden können, das jährliche Emissionslimit von zur Zeit 200 auf 500 Millionen Franc und ab Anfang 1986 auf eine Milliarde Franc heraufgesetzt.

Dadurch und durch die Verringerung der mit solchen Emissionen verbundenen Kommissionen – denen allerdings in anderen Bereichen Spesenerhöhungen gegenüberstehen – soll der französische Kapitalmarkt modernisiert und im internationalen Vergleich kostengünstiger werden.

SUDAN / Flüchtlinge verschärfen *wirtschaftliche* Lage

Relativ hohe Verschuldung

MICHEL GARIN, **Kairo**

Der nach dem Staatsstreich vom Ostersamstag in Sudan an die Macht gekommene General Abderahman Siwar-al-Dahab muß mit enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertigwerden, die das gestürzte Regime des Präsidenten Dschafar Numeiri hinterließ. Die in den letzten Monaten durch die Trockenheit und die weitere massive Zuwanderung von Flüchtlingen aus den Nachbarländern verschärfte wirtschaftliche Lage hatte schließlich zusammen mit dem Beschluß des ehemaligen Präsidenten Numeiri, die Subventionen für Grundnahrungsmittel stark abzubauen und den Brotpreis um ein Drittel anzuheben, zu den Unruhen und dem Sturz des Regimes geführt.

Sudan, das die Weizenkammer Afrikas sein könnte, wurde 1984 durch die Trockenheit hart getroffen. Sie führte zu Wanderungsbewegungen von rund vier Millionen Sudanesen innerhalb des Landes und zum Eintreffen von über einer Millionen *Flüchtlingen hauptsächlich* aus Äthiopien. Diese Entwicklung löste eine weitere ernste Verschärfung der Wirtschaftslage aus. Die im Süden des Landes als Folge der anhaltenden *Unsicherheit beschlossene Einstel*lung der Erdölsuche durch die amerikanische Gesellschaft Chevron und der Bauarbeiten am Jonglei-Kanal führten zu einem starken Rückgang der *Ausgaben ausländischer Gesell*schaften und damit der Deviseneinnahmen. Chevron hatte 1983 im Sudan monatlich 17 Millionen Dollar aufgewandt; Anfang 1984 waren es noch monatlich sechs Millionen Dollar und später noch weniger.

Die Auslandsverschuldung des Landes wird auf neun Milliarden Dol*lar geschätzt*, der Schuldendienst beläuft sich jährlich auf 800 Millionen Dollar. Die Inflation beträgt 40 Prozent. Das Sudanesische Pfund verlor innerhalb eines knappen Jahres über *die Hälfte seines Wertes. Wurde* der Dollar im Mai 1984 offiziell noch mit 1,28 SPF gehandelt, so waren es im März 1985 bereits 2,6 SPF.

Das Defizit der Handelsbilanz erhöhte sich weiter. *Allein die Erdöl*rechnung nimmt über die Hälfte der Devisenressourcen in Anspruch. Die 15 dem „Pariser Club" angehörenden westlichen Länder hatten Sudan im *Mai 1984* zum vierten *Mal* in fünf Jahren eine Umschuldung der Außenverbindlichkeiten gewährt. Khartum konnte zudem auf eine erhebliche finanzielle Unterstützung des Westens rechnen, wobei die Vereinigten Staaten vor der EG und Saudi-Arabien an der Spitze standen.

Die Ende 1983 eingeleitete „Islamisierung" der Wirtschaft hatte eine völlige Stagnierung des Geschäftslebens zur Folge. So wurden die ausländi*schen Banken aufgefordert, sich der* neuen Gesetzgebung anzupassen. Vorgesehen war auch, das bisherige Steuersystem aufzugeben und durch die „islamische Einheitssteuer" von *2,5 Prozent aller Einnahmen* „zugunsten der Armen" zu ersetzen. Sollte dieses Projekt vom neuen Regime realisiert werden, gingen die Staatseinnahmen erheblich zurück.

Internationale Experten vertreten heute die Auffassung, daß die „klassischen" westlichen „Heilmittel" wie eine strikte Haushaltspolitik mit einer Steigerung der Exporte bei gleichzeitiger Verminderung der Einfuhren nicht mehr ausreichen, um die Wirtschaft zu sanieren. Internationale Hilfe sei notwendig. (AFP)

OECD: Weniger Ausleihungen

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

An den internationalen Kapitalmärkten hielt der Abwärtstrend auch im März an: Gegenüber dem Vormonat schrumpften die Ausleihungen insgesamt auf 14 (18,4) Milliarden Dollar. Im ersten Quartal *1985* waren es 54,7 Milliarden Dollar gegenüber 63,7 Milliarden im letzten Quartal 1984, wie dem jüngsten Kapitalmarktbericht der OECD zu entnehmen ist. Im Februar *hatte sich beim Dreimo*natsvergleich noch ein Anstieg ergeben.

Bei den Auslandsobligationen *brachte der Monatsvergleich einen* starken Rückgang auf 9,68 (13,93) Milliarden Dollar, während quartalsmäßig das Niveau mit 36,91 (36,34) Milliarden Dollar gehalten werden konnte. *Aufgrund der Wechselkursunruhen* war dabei ein stärkerer Trend zu „floating rates" festzustellen.

Die Bankkredite dagegen schrumpften auf 4,31 (4,52) bzw. 17,78 (27,41) Milliarden Dollar. Darin sind aber die Kredite zur Schuldenkonsolidierung mit enthalten. *Ohne diese* erreichten die Bankkredite (mit 24 Milliarden Dollar auf ein Jahr gerechnet) ihr niedrigstes Niveau seit 1975, stellt die OECD fest.

Die OECD-Länder waren an den Kreditaufnahmen im Februar mit 73 Prozent beteiligt, gegenüber 82 Prozent in den sechs vorangegangenen *Monaten. Mehr als jeweils eine* Milliarde Dollar aufgenommen hatten die USA, Japan, Frankreich und Kanada. Die Entwicklungsländer kontrahierten mit 1,8 Milliarden Dollar den höchsten Betrag seit Oktober *1984*, davon Südkorea 900 und Malaysia 600 Millionen Dollar, und die Ostblockstaaten 560 Millionen Dollar.

DIAMANTEN / De Beers profitiert vom Dollarkurs

Vorräte bereiten Probleme

WILHELM FURLER, **London**

De Beers, der größte Produzent von Rohdiamanten, hat kürzlich einen Anstieg seines Vorsteuergewinns von 752,3 auf 932,1 Millionen südafrikanische Rand (rund 1,5 Mrd. DM) bekanntgegeben. Doch schon die Tatsache, daß De Beers die Dividende unverändert bei 40 Cents für das ganze Jahr belassen hat, läßt auf Schwierigkeiten im *Diamantengeschäft* schließen. In der Tat geht die Gewinnverbesserung nahezu ausschließlich auf die starke Kursentwicklung des amerikanischen Dollars zurück, *da Diamantenpreise in Dollar* festgelegt werden.

Unverändert sitzt De Beers, *durch* dessen Tochter CSO (Central Selling Organization) rund 85 Prozent der Weltverkäufe an Rohdiamanten abgewickelt werden, auf einem enormen Diamantenvorrat. *Wertmäßig hat* sich der Vorrat unverkaufter Rohdiamanten zwischen Ende 1983 und Ende 1984 um 95 Mill. auf 1,945 Milliarden Dollar erhöht.

Die Nachfrage nach Rohdiamanten, die sich Anfang 1984 zu verbes*sern schien, ist in der zweiten Hälfte* des vergangenen Jahres wieder zurückgefallen. Entsprechend blieben die Weltverkäufe von ungeschliffenen Diamanten im letzten Jahr nahe*zu unverändert bei 1,61 Mrd. Dollar*. Dabei ist es vor allem der Dollar, der Diamanten als Anlageform im Augenblick unattraktiv macht.

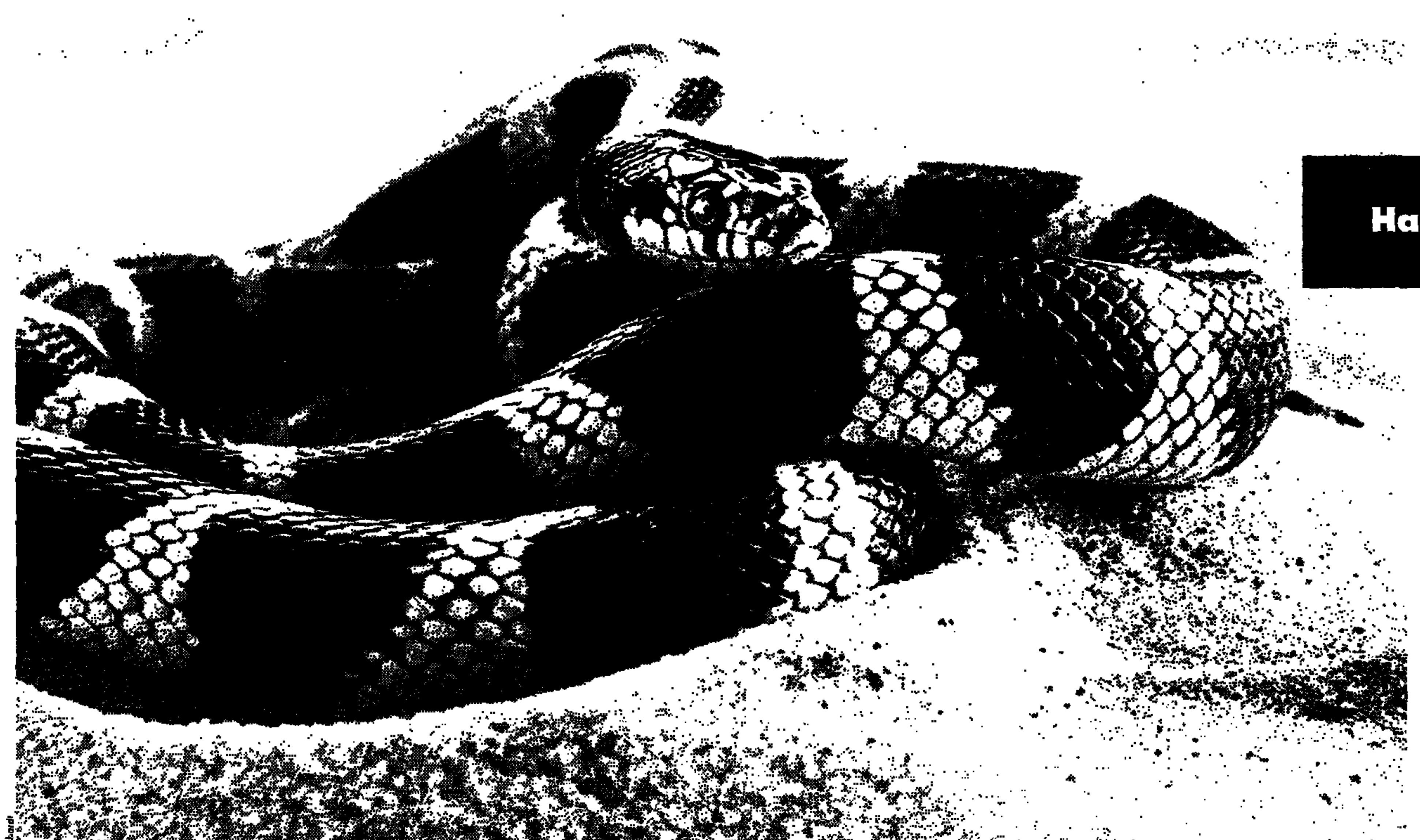
Durch die starke amerikanische Währung sind die Diamantenpreise besonderes in Europa und Japan gestiegen. *Darüber hinaus* machen niedrige Inflationsraten in den westlichen Industrieländern und hohe Realzinsen in den USA und Großbritannien dem Diamantenabsatz zu schaffen. Negativ hat sich auch der „russische Faktor" auf den Markt ausgewirkt.

So hat die Sowjetunion im vergangenen Sommer erhebliche Diamantenmengen in Antwerpen auf den rrkt geworfen, um sich für ihre Getreidekäufe mit notwendigen Devisen einzudecken. Die russischen Diamanten – roh und geschliffen – sind von guter Qualität. Die Entwicklung am Diamantenmarkt hängt davon ab, wie die kommende Getreideernte in der Sowjetunion ausfällt.

Während die Nachfrage nach kleineren Steinen geringerer Qualität nicht schlecht ist, tut sich bei größeren Diamanten höherer Qualität im*mer noch so gut wie nichts*. Sie machen aber mit Abstand den größten Teil der unverkauften Vorräte von De Beers aus. Die Marktaussichten verschlechtern sich weiter, wenn demnächst in zwei neuen Diamanten-Minen die Produktion aufgenommen wird.

De Beers sitzt gegenwärtig auf einem Berg unverkaufter Rohdiamanten, der in etwa dem Angebot von zwei Jahren entspricht. Dennoch gibt sich das Haus über die weiteren Marktaussichten vorsichtig optimistisch. Die *jüngsten Schwächeten*denzen des Dollar und die Konjunkturbelebung außerhalb der USA verstärken die Hoffnungen auf eine bessere Abatzlage.

Dabei spielt die Bundesrepublik als drittgrößter Einzelmarkt für Diamanten – hinter dem amerikanischen Markt, der etwa 35 Prozent der Weltdiamantenverkäufe aufnimmt und Japan – eine wichtige Rolle.



DISCO-GRUPPE

Zufrieden mit der Leasing-Ehe

J. G. Düsseldorf

Eine deutsche Spitzenposition nehme man mit dem 1984 erreichten Neugeschäft von mehr als 1,4 Mrd. DM in der Investitionsfinanzierung ein, und stattliches Wachstum sei nun gerade auch für das „sehr günstig" begonnene Jahr 1985 zu erwarten. Mit diesem voller Zufriedenheit abgegebenen Kommentar bedenkt die Düsseldorfer Diskont und Kredit AG, Organtochter der Dresdner Bank AG, ihre Anfang 1984 begonnene enge Kooperation mit der auf Immobilien- und Großanlagen-Leasing spezialisierten Münchner KG Allgemeine Leasing GmbH & Co., die zu 30 Prozent der Dresdner Bank und mit dem Rest vier weiteren Banken gehört.

In ihrem eigenen Geschäft (Investitionskredite, Mobilien-Leasing und Factoring) hat die Discont und Kredit AG nebst Töchtern (Disco-Gruppe) 1984 ein Geschäftsvolumen von 1,14 (1,09) Mrd. DM erreicht, darin ein gegenüber dem schwachen Vorjahr „mehr als verdoppeltes" Leasing-Neugeschäft und ein abermals „stark" gewachsenes Factoring-Geschäft, während das 1983 von der Investitionszulage beflügelte Kreditgeschäft nun zurückfiel. Rückläufig, aber „noch zufriedenstellend" war vor allem wegen der starken Konditionen-Konkurrenz auch der diesmal voll (zuvor bis auf 1 Mill. DM) an die Mutter ausgekehrte Reingewinn von 2,2 (4,6) Mill. DM der Disco-AG.

Die Wachstumserwartung für 1985 gründet der Vorstand nicht nur auf die nun erst voll wirksame Vertriebskooperation mit dem Münchener Partner. Mit dem Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen sehe man für das eigene Geschäft zumal im EDV- und Industriemaschinenbereich „große Chancen". Modernisierungserfordernisse und bessere Kapazitätsauslastung dürften hier verstärkt Investitionen auslösen.

Baisse bei Papiersäcken

sz. München

„Empfindliche Ertragseinbußen" hat die auf Verpackungsmittel aus Papier (insbesondere Papiersäcke) und andere Werkstoffe sowie Drucksachen spezialisierte Niedermayr Papierwarenfabrik AG, Rosenheim, im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) hinnehmen müssen. Insgesamt gelang es zwar noch, den Umsatz um 2,3 Prozent auf 30,7 Mill. DM zu steigern. Jedoch wird ein Fehlbetrag von 0,12 Mill. DM ausgewiesen – mehr als doppelt soviel wie im Vorjahr, in dem erstmals ein Minus von 0,058 (plus 0,09) Mill. DM angefallen war. Unter Anrechnung eines Gewinnvortrags verbleibt ein Bilanzverlust von 0,076 (-gewinn: 0,045) Mill. DM.

Mehrere Gründe haben nach Angaben des Vorstands zu den Einbußen geführt. Zum einen sei man „mit voller Schärfe" von der negativen Entwicklung in den beiden Hauptabsatzbereichen für Papiersäcke Baustoff- und Futtermittelindustrie voll getroffen worden. Und standortbedingt habe das Unternehmen aus der allgemeinen Verbrauchsbelebung in der Chemieindustrie keine Vorteile ziehen können. Ein Umsatzplus brachten hingegen noch Verpackungsmittel für den Einzelhandel.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: „Team Bau GmbH", Herzogenrath; **Alzey:** Comfort Hausbau GmbH; **Betzdorf:** Nachl. d. Werner Busch, Hamm; **Biberach a. d. Riss:** Fertigbau Oggelsbeuren GmbH, Oggelsbeuren; **Celle:** Maschinenbau Theilmann GmbH; **Detmold:** Uwe Schirmer, Lemgo; Hans-Wilhelm Meyer, Architekt, Lage; **Dortmund:** Norbert Schreck; Manfred Andexer, Dipl.-Ingenieur; **Düren:** Michael Bergrath; **Düsseldorf:** MWB Wohnungsbau GmbH & Co. KG; **Duisburg:** Hifi-Video-Studio Sauer Ges. mbH; **Hannover:** Nachl. d. Rudolf Böling; **Landau:** Helmut Döbling, Oberottenbach; **Lüdenscheid:** BoP Büroorganisation u. Programmierung GmbH, Dachlksmühle; **Osterholz-Scharmbeck:** Gerd Gerken, Worpswede; **Passau:** Johann Stögbauer, Jandelsbrunn; **Recklinghausen:** Winfried Kronfeld, Industriemontagen, Stahl- u. Rohrleitungsbau; **Traunstein:** Tennishalle Waging a. See, Ges. mbH.

Vergleich beantragt: Köln: Meyer Wasserbau GmbH; Gebr. Meyer Bauunternehmung GmbH & Co.; **Walsrode:** Schreiber & Brandt GmbH; **Wittlich:** a) Keul GmbH & Co. KG, Bauunternehmung b) Keul GmbH, Kirchweiler.

TARIFRECHT / Zeitarbeits-Experte: Viele Menschen suchen flexible Beschäftigungsangebote

„Die Betriebe brauchen mehr Freiraum"

HEINZ STÜWE, Bonn

„Aus dem 40-Stunden-Arbeitsmarkt, der eigentlich kein Markt ist, gilt es, einen Markt mit Vielfalt zu entwickeln. Dazu brauchen wir mehr Freiräume, die von Arbeitgebern und Betriebsräten autonom gestaltet werden können." Werner Then, Geschäftsführer der Randstad GmbH in Eschborn, einer der großen Arbeitnehmer-Verleihfirmen, plädiert für eine Abkehr vom bisherigen Arbeitsplatzdenken nach dem Muster „40 Stunden, eine Maschine oder ein Schreibtisch und ein Stuhl".

Der Wertewandel mit einem sinkenden Stellenwert des Einkommens, das Beschäftigungsproblem und betriebswirtschaftliche Erfordernisse verlangten andere Antworten. „Freiwillige Umverteilung der Arbeit, Flexibilisierung nach marktwirtschaftlichen Prinzipien durch neue Beschäftigungsformen und Arbeitsangebote" lauten für Then die Stichworte. Das Grundrecht, Beruf und Arbeitsplatz frei wählen zu können, müsse in dem Sinne fortentwickelt werden, „daß der mündige und emanzipierte Mitarbeiter künftig auch die Form und die Zeit für Arbeit selbst wählen können muß".

Der Arbeitsmarkt-Experte kritisierte in einem Vortrag für die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft (AGP) in Erkrath bei Düsseldorf die heutige „Bevormundung durch Massenorganisationen". Aber nicht nur Tarifverträge und Gesetze sollten seiner Meinung nach unter die Lupe genommen werden. Die Arbeitsorganisation, Arbeitszeit-Regelungen und das Monopol der Arbeitsvermittlung müßten ebenso überdacht werden.

Daß der Wunsch nach mehr Wahlmöglichkeiten, die eigene Arbeit dem Alter und der Lebenssituation entsprechend einzurichten, bei vielen Arbeitnehmern groß ist, steht für Then außer Frage. Wenn heute bereits jeder zweite Arbeitnehmer in irgendeiner Weise mit der Schattenwirtschaft zu tun habe, so auch deshalb, weil hier „Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und eine neue Art Selbständigkeit" erfahrbar würden. Auch die Zahlen belegten, daß die „Evolution des Arbeitsmarktes" in vollem Gange sei:

- In 60 000 Betrieben mit rund fünf Millionen Beschäftigten gebe es gleitende Arbeitszeit.
- Rund 1,8 Millionen Menschen arbeiteten in Teilzeitarbeitsverhältnissen. Hinzu kämen 600 000 bis 800 000 unter der Versicherungspflichtgrenze Beschäftigte.

Die zwischen 150 000 und 200 000 Menschen, die im Verlauf eines Jahres von Verleihern eingesetzt werden, wertet Then als Indiz dafür, daß eine der Lebenssituation und persönlichen Wünschen entsprechende Beschäftigung sehr gefragt sei. Andererseits zeige die Zahl der Dauerarbeitsplätze bei den Zeitarbeitsunternehmen, die sich im vergangenen Jahr um 25 Prozent auf über 50 000 erhöht habe, den Bedarf der Wirtschaft an kurzfristig verfügbaren und vielseitig einsetzbaren Arbeitskräften, mit denen Schwankungen im Arbeitsanfall bewältigt werden könnten.

Seine Analyse führt Then weiter zu zwei Feststellungen: Zum einen könne kein Unternehmen „eine feste Menge Arbeit" einkaufen, da Arbeit variabel gebraucht werde. Zum anderen sei nur ein Teil der Arbeitnehmer auf ein 40-Stunden-Einkommen angewiesen. Dieser Ausgangslage sollten die gesetzlichen und tariflichen Rahmenbedingungen, vor allem aber die betriebliche Arbeitsorganisation Rechnung tragen. Dazu zählt für Then die Neueinteilung der Arbeitswoche. Eine Ausweitung der Betriebszeit auf sechs oder sieben Tage laste die Anlagen besser aus und schaffe die Möglichkeit, den Arbeitnehmern außergewöhnliche Arbeitszeiten anzubieten.

Die Veränderungen dürfen nach Thens Überzeugung aber nicht bei der Arbeitszeit haltmachen. Den größten Spielraum für flexible Arbeit böten Gruppenarbeitsplätze. Unterschiedliche Funktionen müßten dabei so in einer Arbeitsgruppe zusammengefaßt werden, daß die Ausführung der Arbeit durch mehrere Beschäftigte möglich werde. Voraussetzung dafür sei, daß sich die Mitarbeiter zu einem Aufgabenwechsel bereit erklärten.

Wenn die Angehörigen einer Abteilung verschiedene Funktionen erfüllen könnten, eröffne dies vielfältige Möglichkeiten, die Arbeitszeit zu variieren. Und das gelte keineswegs nur für einfache Tätigkeiten, ist Then überzeugt.

In die Überlegungen müßten auch neue Beschäftigungsformen einbezogen werden. Then denkt dabei vor allem an verselbständigte Abteilungen als „Unternehmen im Unternehmen", an die verstärkte Beschäftigung freier Mitarbeiter sowie an Haus-Arbeitsplätze oder Tele-Arbeitsplätze, die es den Menschen erlaubten, zu den ihnen genehmen Zeiten ihre Arbeitsleistung zu erbringen.

ALLWEILER / Probleme bei der französischen Tochter

Besseres Ergebnis erwartet

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Mit einer „eindeutigen Verbesserung" des Betriebsergebnisses in diesem Jahr rechnet die Allweiler-Gruppe, Radolfzell, die im Pumpen-Sektor zu den führenden Herstellern zählt. Wie aus einem Aktionärsbrief hervorgeht, sei man hinsichtlich der Geschäftsentwicklung in 1985 optimistisch. Man strebe eine Verbesserung der Erlösqualität bei Auftragseingang und Umsatz an und verbinde dies mit Maßnahmen bei den Hauptkostenblöcken.

Trotz Kurzarbeit in den ersten beiden Monaten des vergangenen Jahres im Stammwerk Radolfzell stieg vor allem durch die Auslieferung einiger größerer Export-Handelsaufträge der Umsatz der Allweiler AG 1984 um 3,2 Prozent auf 125,2 (121,3) Mill. DM. Der Gruppenumsatz nahm um ein Prozent auf 159,2 (157,7) Mill. DM zu. Der Auftragseingang vergrößerte sich um 2,1 Prozent auf 157,6 Mill. DM. Diese nur relativ leichte Zunahme basiere nach Angaben der Verwaltung darauf, daß die Auftragseingänge der *Monate November und Dezember des* Jahres 1983 durch sehr hohe Handelswaren-Aufträge aus dem Ausland gekennzeichnet waren.

Der Exportanteil am Umsatz stieg auf 47,5 (42,6) Prozent. In Sachanlagen investiert wurden 3 Mill. DM. Mit Ausnahme der Allweiler France habe die Entwicklung bei den Beteiligungsgesellschaften im Berichtsjahr weitgehend den Erwartungen entsprochen. Auch unter einer neuen Geschäftsführung habe die französische Gesellschaft das gesteckte positive Ziel nicht erreicht. Zu den Sanierungsmaßnahmen zählt, daß das Vertriebssystem geändert wurde. Überdies sind die wichtigsten Leistungsfunktionen von Mitarbeitern des Stammhauses (auf absehbare Zeit) übernommen worden.

Das Ergebnis der Allweiler AG sei gekennzeichnet durch einen reduzierten Rohertrag. Sondereinflüsse ermöglichten jedoch einen den Vorjahren vergleichbaren Ergebnisausweis, der die Fortführung der bisherigen Dividendenkontinuität erlaube. Für 1983 waren auf 4 Mill. DM Stammaktien 16 Prozent und auf 4 Mill. DM Vorzugsaktien 18 Prozent Dividende ausgeschüttet worden.

MERCEDES-BENZ FRANCE / Mehr Pkw verkauft

Verlust deutlich abgebaut

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Mercedes-Benz France (MBF), die zweitgrößte ausländische Tochtergesellschaft (nach der amerikanischen) der Daimler-Benz AG, Stuttgart, hat ihr Geschäftsjahr 1984 bei einem um 7 Prozent auf 5,8 Mrd. Franc gestiegenen Umsatz mit einem auf 4 (50) Mill. Franc reduzierten Verlust abgeschlossen. Für dieses Jahr erwartet MBF-Chef Peter Kostka schwarze Zahlen. Er setzt dabei vor allem auf die von der französischen Regierung für den Pkw-Sektor angekündigte Preisliberalisierung.

Im Unterschied zum Nutzfahrzeugsektor, der 48 Prozent des Umsatzes stellte, verlief das Pkw-Geschäft befriedigend. Die hier erzielten Gewinne waren zum Teil der fortschreitenden Überbewertung des Franc zu verdanken. „Wenn der Franc 1984 erneut gegenüber der DM abgewertet worden wäre, hätten die Geschäftsergebnisse noch düsterer ausgesehen," erklärte Kostka.

So aber konnte MBF bei einem insgesamt um 12,9 Prozent geschrumpften französischen Pkw-Absatz seine Verkäufe um 0,9 Prozent steigern. Während der Absatz von Dieselwagen um 8,7 Prozent zurückging, stieg der von Mercedes-Benzinern um 9,8 Prozent. An allen Pkw-Zulassungen war MBF mit 1,08 Prozent beteiligt – in der Spitzenklasse (ab 90 000 Franc) aber mit 15 Prozent. Die Firma konnte hier gegenüber den wichtigsten deutschen Konkurrenten (BMW und Audi) Marktanteile erobern.

Bei den Nutzfahrzeugen über fünf Tonnen behauptete MBF seinen Marktanteil von 20 Prozent, allerdings unter Inkaufnahme großer Verluste. Zur Sanierung dieses Sektors will man sich 1985 notfalls mit einem geringeren Anteil begnügen. Günstiger war das Geschäft in der Klasse unter fünf Tonnen und bei den Autobussen, wo Marktanteile hinzugewonnen wurden.

Da auch 1985 die Pkw-Produktion der Daimler-Benz-Gruppe weltweit hinter der Nachfrage zurückbleiben dürfte, seien die Verkaufsmöglichkeiten in Frankreich begrenzt, meinte Kostka. Bestenfalls stünden 21 000 Wagen nach 19 000 in 1984 zur Verfügung. Mittelfristig verspricht sich MBF aber eine stärkere Expansion.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Contigas stockt auf

Düsseldorf (J. G.) – Zum alten Satz von 7,50 DM Dividende (nach 6 DM für das neunmonatige Rumpfjahr 1983) kehrt die Contigas Deutsche Energie-AG, Düsseldorf, für ihr nun an die Rechnungsperiode des Hauptaktionärs Bayernwerk AG angepaßtes Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) zurück. Der Hauptversammlung am 15. Mai wird ferner eine Kapitalerhöhung auf 160 (140) Mill. DM mit Bezugszeit Ende Oktober/Anfang November 1985 vorgeschlagen. Ebenso wie bei den seit 1974 vorgenommenen drei Bar-Kapitalerhöhungen sollen die jungen (für 1984/85 voll gewinnberechtigten) Aktien mit 100 Prozent Agio emittiert werden.

DSL Bank spürt Bauflaute

Düsseldorf (J. G.) – Ein fast halbiertes Volumen von nur noch 0,79 (1,42) Mrd. DM Kreditbewilligungen für Wohnungsbau und gemischt genutzte Objekte meldet die bundeseigene Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank (DSL Bank), Bonn, im ersten Rückblick auf 1984. Der Einbruch konnte durch andere, insbesondere 1,6 (1,15) Mrd. DM Neuzusagen an Kommunaldarlehen, nicht voll kompensiert werden, so daß die Summe der Kreditzusagen auf 3,91 (4,19) Mrd. DM mit nun 97 (95) Prozent Anteil des „Eigengeschäfts" fiel. Dieses war an 32,23 (30,53) Mrd. DM Bilanzsumme jetzt mit 79 (74) Prozent beteiligt und schaffte in seinem Darlehensbestand noch ein Plus von 8,6 (10,7) Prozent auf 21,61 Mrd. DM. Der Jahresüberschuß stieg auf 28 (25,6) Mill. DM.

Weniger Prämien

Köln (VWD) – Die anhaltende schwierige Lage auf dem internationalen Rückversicherungsmarkt hat die Prämieneinnahmen der Gothaer Rückversicherung AG, Köln, im Geschäftsjahr 1984 um 3,8 (5,0) Prozent auf 655 Mill. DM steigen lassen. Wie die Verwaltung mitteilte, schließt das versicherungstechnische Geschäft aber auch wegen der ungüstigen Schadenentwicklung wieder mit einem Verlust (17,6 Mill. DM) ab. Besser als im Vorjahr verlief dagegen das allgemeine Geschäft, das einen deutlich höheren Gewinn abwarf. Dies war vor allem auf die gestiegenen Vermögenserträge sowie geringere Kursverluste aus Fremdwährungen zurückzuführen. Bei einem insgesamt verbesserten Bilanzergebnis beabsichtigt die Gothaer Rück für 1984 die Rücklagen zu verstärken und den danach verbleibenden Bilanzgewinn (0,77 Mill. DM) an die Aktionäre zu verteilen.

NAMEN

Lutz Grüttke (42), bisher Director of Communications bei der IBM Europa, Paris, wurde zum Leiter des Steuerungsbereichs Unternehmensverbindungen und zum Generalbevollmächtigten der IBM Deutschland GmbH, Stuttgart, ernannt.

Heinz Preuß wurde zum Nachfolger des kürzlich verstorbenen Arbeitsdirektors **Ewald Wünsche** der Gewerkschaft Sophia Jacoba, Hükkelhoven, ernannt und in den Grubenvorstand berufen.

Gerhart Bock (47), bisher Programmleiter Tornado in der Unternehmensgruppe Transport- und Verkehrsflugzeuge, wird neuer Leiter des Werkes von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB). **Bock** tritt damit die Nachfolge von **Ulrich Heider** (51) an, der zum 1. April 1985 die Leitung des Geschäftsbereiches Fertigung der Unternehmensgruppe übernommen hat; dazu gehören die MBB-Werke Hamburg, Bremen, Einswarden, Varel und Stade.

Otto H. Richter, Seniorchef der Richter & Co. GmbH, Exportzentrale für Feinkost und Getränke, Hamburg, wird am 11. April 80 Jahre.

Dr. Ernst-Rudolf Wagner, seit 1952 in den Nestlé Unternehmungen und ab 1976 Geschäftsführer Verkauf der Nestlé Erzeugnisse GmbH, wurde am 9. April 60 Jahre alt.

Heinz Baumann, langjähriger Vorsitzender des Fachverbandes Schaumkunststoffe (FSK) und Vorstandsmitglied im Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV), begeht heute seinen 65. Geburtstag.

Dr. Günther Breil, Sprecher des Vorstands der Ruhrchemie AG, Oberhausen, ist am 31. März aus dem Vorstand ausgeschieden und in den Ruhestand getreten.

Dr. Reiner Pohl (41), Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerksbau e. V. (DGfM), Essen, tritt mit Wirkung vom 1. April als Geschäftsführer der Unipor-Ziegel-Gruppe, München, die Nachfolge von **Ulrich Rupprecht** an, der seine Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen aufgeben mußte.

Dr. Alexander von Tippelskirch (44), bisher stellvertretendes Vorstandsmitglied der Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank, Düsseldorf/Berlin, ist mit Wirkung vom 1. April zum ordentlichen Vorstands-Mitglied bestellt worden.

Hans-Jürgen Reuß, Leiter der Zentralabteilung Presse bei der Motoren- und Turbinen Union (MTU), München und Friedrichshafen, hat die Geschäftsführung um Beurlaubung gebeten und will sich wegen der neuen Struktur im Bereich Presse und Werbung auf Aufgaben außerhalb der MTU vorbereiten.

FRANCKH-KOSMOS / Fundierte Information über Natur und Technik kennzeichnet das Verlagsprogramm

Baukästen machen den Computer verständlich

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Während der Schutz der Natur und der Fortschritt in der Technik vielfach als Gegenpaar angesehen werden und teilweise zu heftigen Diskussionen Anlaß geben, hält die Verlagsgruppe Franckh-Kosmos unbeirrt an ihrer Linie fest, beide „Weltanschauungen" unter einen Hut zu bringen. Die Synthese beider Themen ist seit eh und je die Geschäftsgrundlage der vor über 160 Jahren gegründeten Franckh'sche Verlagshandlung W. Keller & Co., dem Stammhaus der Firmengruppe, das schon sehr früh den großen Bedarf breiter Bevölkerungsschichten nach leicht verständlicher naturwissenschaftlicher und technischer Literatur und Information entdeckte.

„Wir versuchen, die Dinge rational anzugehen und fundierte Grunderkenntnisse weiterzugeben", beschreibt Mitgesellschafter Euchar Nehmann die unternehmerische Leitidee. Alles basiere auf der Überzeugung, daß der Mensch ohne Natur aber auch ohne Technik keine Zukunft habe. Das Bestreben des Unternehmens sei, hier einen „vernünftigen Weg" aufzuzeigen. In die Marktlücke, die sich durch das allgemeine Informationsbedürfnis auf diesen Gebieten auftat, war der Verlag bereits im Jahre 1904 mit der Zeitschrift „Kosmos" gestoßen, die schon wenige Jahre später eine Auflage von 100 000 Exemplaren erreichte. Auch derzeit pendelt das lebendig gestaltete Monatsmagazin „Kosmos" mit dem Untertitel „damit Mensch und Natur Zukunft haben", das inzwischen vielfältige Konkurrenz erhalten hat, bei einer Marke von 100 000 Stück Auflage.

Neben anderen Periodika führt der Verlag über 800 Buchtitel im Programm, wobei der Hauptakzent auf Natur und Umwelt liegt. Insgesamt werden zwei Dutzend verschiedene Gebiete abgedeckt. Seit nunmehr 50 Jahren ist der Verlag beispielsweise mit seinem Naturführer „Was blüht denn da?" am Markt, von dem bisher weit über eine Mill. Exemplare verkauft worden sind. Daneben umfaßt das Buchprogramm ebenso den Sport wie den Hobby-Sektor, Märchen und Krimis. Ein besonderer Erfolg wurde die Hitchcock-Krimi-Serie (bislang über 6,8 Mill. verkaufte Exemplare) und seit zwei Jahren auch die Sherlock-Holmes-Reihe.

Ein weiteres „Bein" sind die technisch-naturwissenschaftlichen Experimentierkästen, bei denen Kosmos trotz vereinfachter Darstellung großen Wert auf wissenschaftliche Korrektheit legt. Gut angekommen am Markt ist Kosmos mit einem Elektronik-Baukasten, der den Computer transparent macht und es erleichtert, in die Computertechnik einzusteigen. Bisher hat Kosmos bereits etwas über 10 000 solcher Lern-Computer verkauft. Nachdem bereits Österreich und die Schweiz als Absatzgebiete einbezogen wurden, wird auch ein Vertrieb in den USA erwogen.

Der Umsatz der Verlagsgruppe erreichte 1984 ein Volumen von 33 (1983: 34) Mill. DM. Der Rückgang wird mit der verzögerten Fertigstellung des vierten Bandes des insgesamt sechsbändigen Römpp-Chemie-Lexikons erklärt. Zwei Drittel des Umsatzes entfallen auf Bücher und Zeitschriften, ein Drittel auf Experimentierkästen und Service-Bereiche. Für das laufende Jahr erwartet die Verlagsgruppe einen Anstieg des Umsatzes von 5 bis 10 Prozent. Der Anteil des Direktexports am Umsatz erreicht 12 Prozent. Das Lizenzgeschäft nimmt weiter zu. Die Erträge seien 1984 etwas zurückgegangen, man erhoffe aber für das laufende Jahr eine Verbesserung. Die Verlagsgruppe zählt etwa 200 Mitarbeiter.

Schwankungen bei den Renten

Dem Rentenmarkt fehlten an der Dienstagbörse jegliche Orientierungspunkte. Die Großkunden hielten sich mit ihren Anlagedispositionen zurück und von der privaten Bankenkundschaft lagen keine Order vor. Deshalb nur geringe Kursveränderungen. Öffentliche Anleihen schwankten um 0,10 Prozentpunkte. Der Pfandbriefmarkt litt ebenfalls unter Ordermangel, was dazu führte, daß die überwiegende Zahl der Donnerstagsnotierungen mit „Brief" erschienen. Schleppendes Geschäft bei den DM-Auslandsanleihen.

Bundesanleihen

		9.4.	4.4.
F 7¾ Bund 79 II	6/85	100,2	100,2G
F 7¾ dgl. 79 I	7/85	100,4	100,4
F 8 dgl. 76 IV	10/85	100,75	100,75
F 5½ dgl. 78 II	3/86	99,3	99,3
F 5¾ dgl. 78	5/86	98,85	99,85
F 7¼ dgl. 76 I	12/86	100,8	100,8
F 6½ dgl. 79	1/87	100,75	100,75
F 7¼ dgl. 76 II	1/87	99,7	99,7
F 6¾ dgl. 77	4/87	100	100
F 6½ dgl. 77	7/87	99,45	99,45
F 6 dgl. 77	10/87	98,2	98,3
F 6 dgl. 78 I	1/88	97,95	97,95
F 6½ dgl. 78 I	9/88	99,05	99,05
F 6½ dgl. 78 II	12/88	99,05	99,05
F 6¾ dgl. 79	1/89	99,4	99,35
F 7¼ dgl. 79 I	4/89	100,75	100,8
F 10 dgl. 81 I	4/89	109,5	109,45
F 7½ dgl. 79 I	6/89	101,85G	101,85G
F 8 dgl. 79 I	7/89	105,25	103,25
F 8 dgl. 79 II	8/89	103,2	103,05
F 7½ dgl. 79 II	9/89	101,5	101,5
F 7¾ dgl. 79 II	11/89	102,35bG	102,3
F 7¾ dgl. 80	1/90	102,65	102,65
F 10 dgl. 80	4/90	110,95	110,95
F 5¾ dgl. 78	5/90	94,75	94,75
F 8¼ dgl. 80 I	7/90	103,95	103,95
F 8¼ dgl. 80 II	11/90	104,05	104,05
F 7¾ dgl. 82 I	11/90	102,35	102,4
F 9 dgl. 81	2/91	107,15	107,1bG
F 7½ dgl. 83 III	6/91	101	101
F 10¼ dgl. 81	7/91	113	113
F 10¾ dgl. 81	9/91	115,7G	115,7
F 10 dgl. 81 II	12/91	112,5G	112,5G
F 9¾ dgl. 82 I	1/92	112,2	111,2bG
F 9¾ dgl. 82 II	3/92	111,45G	111,45G
F 9½ dgl. 82	4/92	110,15	110,15
F 9 dgl. 82 I	5/92	107,7	107,7
F 8½ dgl. 82	6/92	105,45	105,45bG
F 9 dgl. 82 II	8/92	107,8G	107,8
F 8¾ dgl. 82	9/92	106,7	106,7
F 7¾ dgl. 82 II	12/92	102,25bG	102,35
F 7½ dgl. 83	1/93	100,65	100,75
F 6 dgl. 78 II	3/93	92,8	92,6
F 7½ dgl. 83 II	3/93	100,75	100,75
F 8¼ dgl. 83	6/93	104,5	104,5
F 8 dgl. 83	7/93	103,3	103,45
F 8¼ dgl. 83 II	8/93	104,75	104,75
F 8¼ dgl. 83 III	10/93	104,6	104,75
F 8¼ dgl. 83 IV	11/93	104,65	104,65
F 8¼ dgl. 83 V	12/93	104,55G	104,55
F 8¼ dgl. 84	1/94	104,6	104,6
F 8¼ dgl. 84 II	2/94	104,7	104,8
F 8 dgl. 84	3/94	103,45	103,45
F 8¼ dgl. 84 III	6/94	104,65	104,65
F 8¼ dgl. 84 IV	7/94	104,75	104,7G
F 8¼ dgl. 84 V	8/94	104,8	104,75bG
F 7½ dgl. 84	10/94	100,65	100,75
F 7 dgl. 84	12/94	97,35	97,45
F 7 dgl. 85	1/95	96,95	97,25
F 7¼ dgl. 85	2/95	99	99
F 7¾ dgl. 85	3/95	100,8	101,05
F 7½ dgl. 85	95	100,25	100,25
F 8¼ Obl. 80 S.6	5/85	100,15	100,15
F 8 dgl. 80 S.7	6/85	100,3	100,5G
F 7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,4	100,4
F 8¼ dgl. 80 S.9	10/85	100,95	100,95
F 8½ dgl. 80 S.10	1/86	101,75G	101,75G
F 9 dgl. 81 S.11	1/86	101,8	101,8bG
F 9¾ dgl. 81 S.12	3/86	103,15G	103,15
F 10 dgl. 81 S.13	3/86	103,3	103,3
F 9½ dgl. 81 S.14	4/86	102,9G	103,05G
F 10 dgl. 81 S.15	4/86	103,4	103,5
F 10½ dgl. 81 S.16	6/86	104,4	104,55
F 11 dgl. 81 S.17	8/86	105,35	105,35bG
F 10½ dgl. 81 S.18	10/86	105,25	105,2bG
F 10 dgl. 81 S.19	10/86	104,55bG	104,55G
F 9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,05bG	104,05G
F 10¼ dgl. 81 S.21	11/86	105,15	105,15
F 10 dgl. 81 S.22	11/86	104,75G	104,75
F 9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,25	104,25bG
F 9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,85	104,85
F 9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,65	104,65
F 9¼ dgl. 82 S.26	4/87	104,45	104,5
F 9 dgl. 82 S.27	4/87	103,9	103,75
F 8½ dgl. 82 S.28	5/87	102,9	102,9
F 9½ dgl. 82 S.29	7/87	105,05	105,05
F 9 dgl. 82 S.30	8/87	104,25	104,2
F 8¾ dgl. 82 S.31	9/87	103,75	103,7G
F 8¼ dgl. 82 S.32	10/87	102,8	102,75
F 8 dgl. 82 S.33	11/87	102,15	102,1
F 7¾ dgl. 82 S.34	11/87	101,65	101,65
F 7½ dgl. 82 S.35	12/87	101,1	101,05
F 7¼ dgl. 83 S.36	1/88	100,15	100,25
F 6¾ dgl. 83 S.37	3/88	99,15	99,15
F 7 dgl. 83 S.38	5/88	99,6bG	99,6
F 7¼ dgl. 83 S.39	6/88	100,15G	100,15G
F 7½ dgl. 83 S.40	6/88	100,75bG	100,7G
F 8 dgl. 83 S.41	6/88	102,25	102,25
F 8 dgl. 83 S.42	9/88	102,2bG	102,25
F 8 dgl. 83 S.43	12/88	102,3bG	102,3
F 8¼ dgl. 83 S.44	12/88	103,95bG	103,05
F 8 dgl. 84 S.45	3/89	102,2bG	102,2
F 7½ dgl. 84 S.46	4/89	100,9bG	100,9G
F 7¾ dgl. 84 S.47	7/89	101,65	101,7
F 7¾ dgl. 84 S.48	9/89	101,6	101,6
F 7½ dgl. 84 S.49	10/89	100,7bG	100,8
F 7¼ dgl. 84 S.50	11/89	99,8bG	99,9
F 7 dgl. 84 S.51	12/89	98,9	98,95
F 6¾ dgl. 84 S.52	2/89	97,7	97,75bG

Bundesbahn

F 7 dgl. 77	2/87	100,05	100,05G
F 6 dgl. 77	9/87	97,9G	97,95
F 6 dgl. 78 II	7/88	97,5	97,4
F 6½ dgl. 77	5/89	98	98

F 8 dgl. 79 I	7/89	102,7	102,7
F 6 dgl. 78 I	2/90	95,75	95,75
F 8 dgl. 80 II	7/90	103,05	103,05
F 9 dgl. 81	3/91	107,5	107,4G
F 10½ dgl. 81	9/91	114,55G	114,55bG
F 10¼ dgl.81	11/1	113,7	113,7
F 8 dgl. 80 I	2/92	102,65	102,65
F 10 dgl. 82	2/92	112,85G	112,8G
F 9½ dgl. 82	7/92	110,5	110,45
F 8 dgl. 82	11/92	105,05G	105,05
F 7¾ dgl. 83	1/93	101,9G	101,95
F 8¼ dgl. 83	10/93	104,55	104,55bG
F 8¼ dgl 84	6/94	104,8	104,8
F 7½ dgl. 84	10/94	98,9	98,75
F 7½ dgl. 85	1/95	98,25	98,25

Bundespost

F 6½ Bdpost 68	6/88	98,8G	98,8
F 8 dgl. 72 I	9/87	101,4	101,45
F 8 dgl. 80	3/90	103,35	103,3
F 7¾ dgl. 80	9/90	101,9	101,7
F 8¾ dgl. 80	12/90	106,2	106,15
F 10 dgl. 81	3/89	109,4	109,35
F 10¼ dgl. 81	6/89	110,55G	110,5G
F 10½ dgl. 81	10/91	114,55	114,55
F 9¾ dgl. 82	2/92	111,55G	111,35G
F 8¾ dgl. 82	6/92	106,35	106,45
F 8½ dgl. 82	10/92	105,1G	105,1
F 7¾ dgl. 83	2/93	101,85G	102
F 8½ dgl. 83	9/93	105,95	106,1G
F 8¼ dgl. 84	2/94	104,55G	104,5
F 8 dgl. 84	9/94	103,65	103,65

Länder – Städte

S 6¼ Bd.-Württ.78	86	99,05	99,05
S 8¼ dgl. 82	92	104,25	104,25
M 6½ Bayern. 67	87	101,75G	101,75G
M 6 dgl. 68	85	99,65GG	99,6G
M 6 dgl. 78	88	97bG	96bG
M 8¾ dgl. 80	90	105,5G	105,5G
M 8¾ dgl. 82	92	106,5bG	106,5G
M 7½ dgl. 83	93	101bG	101bG
M 8 dgl. 84	94	103G	103G
B 8½ Berlin 70	85	100,75	100,6G
B 8 dgl. 72	85	100,25	100,75
B 6½ dgl. 78	88	100,25T	100,25T
B 8¾ dgl. 80	88	104,5	104,5
Br 7¾ Bremen 71	87	101G	101G
Br 8 dgl. 72	87	101,25G	101,25G
Br 7½ dgl. 83	93	99,75G	99,75G
H 8½ Hamburg 70	85	100,8	100,7G
H 6¼ dgl. 77	92	98,25	98,25
H 8 dgl. 80	92	102,5	102,5G
H 9¾ dgl. 82	92	110,75	110,75
H 7½ dgl. 83	92	100G	100G
H 8½ dgl. 84	94	103,6G	103,8G
F 8 Hessen 71	86	100,9G	100,9G
F 6¼ dgl. 78	88	97,1	97,1
Hn 8½ Nieders. 70	85	100,7G	100,7G
Hn 7½ dgl. 72	87	100,3G	100,3G
Hn 8 dgl. 72	87	101,2G	101,2G
Hn 7½ dgl. 79	87	100,6G	100,6G
Hn 7¾ dgl. 82	92	101,5G	101,5G
Hn 8 dgl. 83	95	102,3bG	102,3bG
Hn 8 dgl. 84	94	102,4G	102,75
Hn 7¾ dgl. 84	94	101,6G	107,5
D 7½ NRW 85	93	100,1	100,1
D 7¾ dgl. 83	93	101,55	101,55
D 8½ dgl. 83	93	105,8	105,8bG
D 8¼ dgl. 83	93	104,3bG	104,3bG
D 8¼ dgl. 84	92	103,85G	103,85bG
F 8 Rhld.-Pf. 71	84	100,75	100,75
F 8½ Saar 70	85	100,75G	100,75
F 7 dgl. 72	87	99,8G	99,8G
F 6 dgl. 78	88	96,55G	96,55G
H 7¾ Schl.-H. 72	87	100,3	100,3G
H 8 dgl. 84	94	102,5	102,5
S 7½ Stuttgart 71	86	100,75G	100,75G
S 7¾ dgl. 72	87	101G	101G
S 8 dgl. 83	95	102G	102G

Bankschuldverschr.

F 6 Allg. Hyp. Pf 1	86	86
F 6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
F 7 dgl. Pf 2	100G	100G
F 7½ Bakola Pf 104	–	100,4G
F 9 dgl. Pf 106	106,2G	106,2G
F 10 dgl. Pf 108	110G	110G
F 7 dgl. KS 132	98,8G	98,8G
F 8 dgl. KS 155	100,8G	100,8G
F 9 dgl. KS 169	101,4G	101,4G
M 5½ Bayer.Hypo. Pf 14	95,5bG	95,5G
M 6 dgl. Pf 20	83G	83G
M 6¾ dgl. Pf 2	98,25bG	98,25bG
M 7 dgl. Pf 3	98,5bG	98,5G
M 6½ dgl. KS 14	99,25bG	99,25bG
M 7½ dgl. KS 27	100,5bG	100,5bG
M 5 Bayer.Hypo Pf 33	123G	123G
M 5½ dgl. Pf 11	128G	128G
M 6 dgl. Pf 34	79,5G	79,5G
M 6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
M 6½ dgl. Pf 10	87G	87G
M 6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	99,1G	99,1G
M 6 dgl. IS 16	98,25G	98,25G
M 6 dgl. IS 17	97,5G	97,5G
M 8½ dgl. KO 49	100,6G	100,6G
M 8½ dgl. KO 48	100,5G	100,5G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	100,5TG	100,5TG
M 5 Bayer.Verbk. Pf 11	120,5G	120,5G
M 6 dgl. Pf 4	94,75G	94,75G
M 6½ dgl. Pf 3	90,5G	90,5G
M 6½ dgl. Pf 12	89,5G	89,5G
M 7 dgl. Pf 20	98,75G	98,75G
B 5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B 7 dgl. Pf 31	100G	100G
B 6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
B 6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn 7 dgl. Pf 80	92,25G	92,25G
Hn 7½ dgl. Pf 87	97,5G	97,5G
Hn 6 dgl. KS 29	84G	84G
Hn 7 dgl. KS 30	99,85G	99,85G
D 5 Dt.Cenbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D 5 dgl. Pf 54	116bG	116bG
D 6 dgl. Pf 109	84bG	84bG
D 6½ dgl. Pf 123	91,5G	91,5G
D 6½ dgl. Pf 141	93G	93G
D 7 dgl. Pf 143	95G	95G
D 7 dgl. KO 113	100G	100G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	117G	117G
H 5½ dgl. Pf 50	73G	73G
H 9 dgl. KS 139	102,25G	102,25G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,4G	100,4G
F 9 dgl. Pf 239	103,5G	103,5G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	109,3G	109,3G
H 7 dgl. KS 35	100,4G	100,4G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	95,5G	95,5G
F 6¼ dgl. IS 73	99G	99G
F 6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO 55-4	86G	86G
F 6 dgl. KO 46	81G	81G
F 7½ dgl. KO 185	100G	100G
F 9 dgl. KO 129	100,05G	100,05G
Hn 6 Dt.Hyp. Hann. Pf 91	79,5G	79,5G
Hn 7 dgl. KS 101	100,1G	100,1G
Hn 10 dgl. KS 134	100G	100G
Hn 8¾ dgl. KS 140	100G	100G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	101,75	101,75
Br 4 dgl. Pf 57	99G	99G
Br 5 dgl. Pf 87	70G	70G
Br 7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
Br 6 dgl. KS 86	80,5G	80,5G
Br 6½ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	77T	77T
F 5½ dgl. Pf 59	83,5G	83,5G
F 6 dgl. Pf 162	82,5T	82,5T
B 9 Dt.Pl.Wl.Brl. 482	106,3G	106,3G
Br 5½ Dt.Schiffbk. Pf 62	88,9G	88,9G
Br 6½ dgl. Pf 65	99,9G	99,9G
Br 6¼ dgl. Pf 60	98,3	98,3
Br 6¼ dgl. Pf 74	99,8G	99,8G
Br 6½ dgl. Pf 76	98,85G	98,85G
Br 6½ dgl. Pf 77	96,75G	96,75G
Br 6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
Br 8½ dgl. Pf 47	100,95G	100,95G
F 5 Frf. Hypobk. Pf 66	72,55G	72,55G
F 5½ dgl. Pf 53	79,05G	79,05G
F 6 dgl. Pf 79	79,3G	79,3G
F 6 dgl. Pf 130	95,85G	95,85G
F 6½ dgl. Pf 133	90,2G	90,2G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	114,5G	114,5G
H 6 dgl. 14	93,95G	93,95G
H 6 dgl. 47	83	83
F 5 Helaba Pf 8	110,5G	110,5G
F 6 dgl. Pf 80	97,25G	97,25G
F 8 dgl. Pf 73	101,6G	101,6G
F 4 dgl. KO 5	101G	101G
H 6 Hyp.f.Hbg. Pf 96	86	86
H 6½ dgl. Pf 80	94,4G	94,4G
H 8 dgl. KO 175	100,05G	100,05G
H 9 dgl. KO 259	102	102
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	117,5	117G
F 5 dgl. Pf 12	70,5G	70,5G
F 7 dgl. Pf 25	98,25G	98,25G
F 6 dgl. KO 30	99,95G	99,95G
F 5½ Lbk. Saar Pf 11	91,5G	91,5G
F 7 dgl. Pf 12	96,6G	96,6G
F 4½ dgl. KO 6	100	100
F 8½ dgl. KO 81	102,5G	102,5G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	101,75G	101,75G
S 6 dgl. Pf 28	93,25G	93,25G
S 6 dgl. Pf 49	90G	90G
S 8¼ dgl. KS 8	101,5G	101,5G
H 6 Lbk.S-Holst. Pf 89	86G	86G
H 7 dgl. Pf 97	93	93
H 6½ dgl. KS 78	98G	98G
H 10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
H 11¼ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Mbach.Hypo.Pf 100	88,5G	88,5G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	104G	104G
H 6½ dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1	98,25G	98,25G
Hn 7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
Hn 8 dgl. Pf 10	100,1G	100,1G
Hn 9 dgl. KO 53	100,1G	100,1G
Hn 7½ dgl. IS 6	101G	101G
Hn 10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfälz. Hypo. Pf 48	116G	116G
F 6 dgl. Pf 58	88,3G	88,3G
F 6 dgl. Pf 95	81G	81G
F 7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr.Pf C	126G	126G
D 5½ dgl. K	107G	107G
D 4 dgl. Pf 18	105G	105G
D 6 dgl. Pf 28	95,5G	95,5G
D 6½ dgl. Pf 67	86,5G	86,5G
D 5½ dgl. KO J+E	126G	126G
D 7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S 5½ dgl. Pf 109	73,5G	73,5G
S 7 dgl. Pf 125	99,5G	99,5G
S 7 dgl. Pf 128	94G	94G
S 8 dgl. Pf 177	101,75G	101,75G
S 6 dgl. KS 77	82G	82G
Br 5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br 5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br 5 dgl. Pf 36	82,9G	–
Br 5½ dgl. Pf 43	89,1G	89,1G
Br 6 dgl. Pf 56	82,8G	82,8G
Br 7 dgl. Pf 61	92,25G	92,25G
Br 8 dgl. Pf 70	101,4G	101,4G
Br 9 dgl. Pf 68	100G	100G
H 6 Schiffshyp.Pf 23	99,7G	99,7G
M 6 Südboden Pf 41	95,5G	95,5G
M 5½ dgl. Pf 57	80,75G	80,75G
M 6½ dgl. Pf 143	98,75G	98,75G
M 7 dgl. Pf 87	97,75G	97,75G
M 7½ dgl. Pf 104	100G	100G
M 7 dgl. KS 49	97G	97G
M 7½ dgl. KS 81	100,25G	100,25G
M 8 dgl. KS 133	101,5G	101,5G
M 9 dgl. KS 145	105G	105G
M 9¾ dgl. KS 171	104,5TG	104,5TG
M 5 Verbank Nbg.Pf55	117,5G	117,5G
M 6 dgl. Pf 95	81,5G	81,5G
M 7 dgl. Pf 108	100,25G	100,25G
D 8 WestLB Pf 350	100,25G	100,25G
D 6¾ dgl. Pf 403	99,35G	99,35G
D 9¾ dgl. Pf 1007	108,1G	108,1G
D 8 dgl. Pf 1015	102,05G	102,05G
D 7 dgl. KO 556	–	–
D 6¼ dgl. KS 420	98,3G	98,3G
D 9½ dgl. KO 1381	107,6G	107,6G
D 8½ dgl. KS 1278	100,25G	100,25G
D 8 dgl. IS 1512	101,7G	101,7G
D 9¾ dgl. IS 1520	–	–
D 6½ dgl. IS 679	97,55G	97,55G
D 6 Westf Land.Pf 16	98G	98G
D 6½ dgl. Pf 19	89G	89G
D 7 dgl. Pf 20	94G	94G
D 8½ Westf.Hyp.Pf550	100,2G	100,2G
D 9¼ dgl. Pf 564	102G	102,5G
D 9¾ dgl. KS 294	–	–
D 9½ dgl. KS 524	106,1G	106,1G
S 6 Württ.Hypo.Pf 84	78G	78G
S 7 dgl. KS 58	100,25G	100,25G
S 6½ Würt.KoLa Pf 1	93,2G	93,2G

Sonderinstitute

D 6 DSLB Pf 28	88G	88G
D 6 dgl. Pf 47	83,5G	83,5G
D 7 dgl. Pf 63	92,5G	92,5G
D 7½ dgl. Pf 99	97G	97G
D 8 dgl. Pf 104	102G	102G
D 8 dgl. Pf 165	102G	102G
D 5½ dgl. RS 45	98,6G	98,6G
D 6 dgl. RS 73	97,75G	97,75bG
D 8 dgl. RS 120	100,75G	100,75G
D 8½ dgl. RS 153	101,25bG	101,25bG
D 7 dgl. RS 162	99G	99G
D 9¾ dgl. RS 172	102,5G	102,5G
D 9 dgl. RS 186	106,75G	106,75G
D 10 dgl. RS 193	105G	105G
D 11¼ dgl. RS 195	104,75G	104,75G
D 8 KfW 70	100,7	100,7G
D 7¼ dgl. 79	100,5	100,5
D 8 dgl. 84	102,4	102,4
F 10 Kredit 81	111,6	111,6
F 8½ Krd.Wied.aufb.82	105,2	105,2
F 7½ dgl. 83	100,45G	100,45G
F 8¼ dgl. 83	105,4G	105,4G
F 7¼ dgl. 84	98,2	98,2
F 7½ dgl. 84 I	99,9G	99,9G
F 7½ dgl. 84 II	99,7T	99,7T
F 6 Lawl.Rent.Bk.RS15	99,25G	98,25G
F 6 dgl. RS 16	99,15G	99,15G
F 6 dgl. RS 19	98,5	98,5
F 7½ dgl. RS 27	100,5G	100,5G
F 6½ dgl. RS 60	99,25G	99,25G
F 7 dgl. 94	99,25G	99,25G
F 7 dgl. 99	100G	100G
F 8 dgl. 101	102G	102G
F 7½ dgl. 102	100,75G	100,75G
F 9½ dgl. 126	104G	104G
D 8 LAG TS 76	100,4	100,4
D 6½ dgl. TS 77	98,6G	98,7
D 5½ dgl. 78	96,6	96,6G
D 7 dgl. 79	100,5	100,15

Industrieanleihen

F 6 Badenwk. 78	98G	98
F 8 Chem. Hüls 71	100,6T	100,6T
F 7¾ Conti Gummi 71	100,1T	100,2T
F 5¾ HEW 62	99,7G	99,7G
F 7½ dgl. 71	100G	100G
F 4½ Harpen 59	–	2350G
F 7½ Hoesch 71	100,25T	100,25T
F 7½ Karstadt 71	100,3	100,3T
F 7½ Kaufhof 71	100,75	100,5T
F 7¾ dgl. 71	100,4G	100,4G
F 7½ dgl. 76	100,1G	100,1G
F 7½ Klöckner W. 71	100,15G	100,15G
F 8 dgl. 72	100,75G	100,5
F 6 NWK 61	99,4G	99,4G
F 6 dgl. 62	98,6G	98,5
F 6 Ob.Don.Krwk. 64	96,5G	96,5G
F 6 Rh.Braw. 63	97,5T	97,4T
F 6 dgl. 65	97T	97T
F 6 RWE 63	98,25	98,25G
F 6 dgl. 65	97,75	97,5T
F 7¾ dgl. 71	100,5	100,5G
F 7 dgl. 72	99,9G	99,9G
F 6 Rh.-M.-Don. 62	98,25G	98,25G
F 6½ dgl. 68	100,25G	100,25G
F 8 Schleswag 71	100,5G	100,5G
F 7½ Thyssen 71	100,25G	100,25G
F 8 dgl. 72	100,55	100,55
F 7¾ dgl. 77	100G	100G
F 8 VEW 71	100,75T	100,6T
F 6¾ dgl. 77	98,5G	98,5
F 7 VW 72	100G	100G

Optionsscheine

F 8½ BASF 74	84	85,3
F 11 BASF OverZeal82	67	66,5
F 3 BASF 85	61,6	61,1
F 7½ Bayer Int. Fin. 79	72,2	71,7
F 10½ dgl. 82	85	83,1
F 5½ Bayer 84	72,8	72
F 2¾ dgl. 85	56	55,9
F 7½ BHF Bk.Int.85	84,5	84,5
F 3½ Commerzbk. 78	34,2	35
F 5 Conti 84	56,8	57,8
F 8¾ Degussa 83	134	134
F 4½ Dt.Bk. Comp.77	125,3	125
F 3½ Dt. Bk.Int. 85	139	140,5
F 4 Dresd.Bk.Int.85	45	47,8
F 4 dgl. 85 II	51	50,7
F 8 Dresdner Bk. 84	61,2	61,5
F 3½ Hanwa 84	435G	455G
F 10 Hoechst 75	380	381
F 6½ dgl. 79	74,7	74,5
F 8 Hoechst 85	89	88
F 3½ Itoh Fuel 84	345G	345G
F 7½ Jap.Syn.Rubber82	2160	2070G
F 5½ Jusco 83	2460	2460
F 3½ Kansai Paint 84	771	720
F 3¾ Kaufhof 84	48,4	47,1
F 3½ Linde Int. 84	95,1	97
F 3½ Mitsubishi 84	720	751
F 3½ Nippon Flour 84	1220	1180T
F 8 Preussag 84	51	51,1
F 5¾ Rhythm W 83	1260	1170
F 6½ Schering 85	139	139
F 7½ Siemens 85	294,5	294
F 3¾ Tsumura „A 84	640	545
F 3¾ dgl. „B 84	675	560
F 4 Veba 83	46,1	46,6
F 6½ Wella F. 73	740bG	760bG
M Stumpf 78	65bG	65bG
F 6½ Ciba-Geigy 75	1645	1665
F Commerzbk. 84	57,2	57,2
F 7 Commbk.Int.Lux.85	41,5	41,5
F Commbk.Int.Lux.84	57,2	57,2
F Mitsui 82	196bG	196bG

Optionsanleihen

F 3 BASF 85 m.O.	128,8	121
F 3 dgl. o.O.	72,95	72,8
F 7½ BHF Bk.Int.85 m. O.	101,5G	101,5G
F 7½ dgl. 85 o.O.	80,5	79,5T
F 3½ C.Itoh F.84 m.O.	93,5	93,5G
F 3½ dgl. 84 o. O.	87,5	87,25G
F 3½ Cobk.L78 m.O.DM	109G	109
F 3½ dgl. 78 o. O. DM	93,5G	93,5bG
F 4½ CF Dt.Bk.77 m.O. $	120G	120G
F 4½ dgl. 77 o. O. $	88	87,25
F 6½ Dt.Bk. 85 m. O.	104,5G	104,5
F 6½ dgl. 85 o. O.	74,5G	76,25
F 3½ Dt.Bk. 85 m. O.	128G	127
F 3½ dgl. 85 o. O.	87	87,5
F 4 Dresdn.Bk. 85 m. O.	107,5G	107,5G
F 4 dgl. o. O.	89,75	89,5
F 8 dgl. 84 m. O.	126,5	127T
F 8 dgl. 84 o. O.	102,85	102,7
F 3½ Hanwa 84 m. O.	95G	95G
F 3½ dgl. 84 o. O.	80G	80G
F 7½ Jap. Synth. 82	200G	200G
F 7½ dgl. 82 o. O.	100,5bB	100G
F 5½ Jusco 83 m. O.	139	135,5G
F 5½ dgl. 83 o. O.	95,7T	95,6G
F 3½ Kansai Paint 84 m O	102	100,5
F 3½ dgl. 84 o. O.	87,25	87,25
F 3½ Kaufhof 84 m. O.	99T	98,5G
F 3½ Kaufhof 84 o. O.	75,5T	76T
F 3½ Linde Int. m. O.	100,5	101bG
F 3½ dgl. o. O.	73,25	73
F 3½ Mitsubishi 84 m O	105,5	105bG
F 3½ dgl. 84 o. O.	91,8	92,5
F 3½ Nippon Flour 84 m O	110G	107,5G
F 3½ dgl. 84 o. O.	90,2G	90,5
F 5½ Rhythm Watch83 m O	126G	126G
F 5½ dgl. 83 o. O.	96G	96G
F 4½ dgl. 84 m. O.	99G	99G
F 4½ dgl. 84 o. O.	91,5	91
F 3½ TsumuraJun.84 m O	110	109bG –
F 3½ dgl. 84 o. O.	86,6	84,75
F 4 Veba 83 m. O.	117T	116G
F 4 dgl. 83 o. O.	80,25	80,25
F 6½ Wella F.73 m O DM	169T	169T
F 6½ dgl. 73 o. O. DM	97T	97T
F 8½ BASF 74 m. O.	157	157,5
F 8½ dgl. 74 o. O.	101,2	101,4G
F 3½ Bayer 84 m. O.	126	126,75bB
F 3½ dgl. 84 o. O.	77,25	76
F 5 Conti 84 m. O.	138	136
F 5 dgl. 84 o. O.	83,3	84,5
M 3½ Stumpf 78 m. O.	152B	152B
M 3½ dgl. 78 o. O.	92,5G	92,5G

Währungsanleihen

H 6½ Kopenhagen 72	98,75	99,5

Wandelanleihen

H 8 Beiersdorf 82	239G	239G –
H 4 Deutsche Bk. 84	150	150,5
H 6½ KSB 83	136G	137bB
F 6 Pfaff 84	114,1	115,5

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

D 8½ Aeroport 82	102,25	102G
D 7¾ B.N.D. 79	100,25	100ratG
D 7½ Bayer Cap. 82	101,75G	102
D 8½ Caisse N.T. 70	100,3G	100,3bG
D 7¾ CFE 77	100bG	100,75bB
D 6¾ dgl. 78	99	99
D 8½ Cons. Cred. 70	103,5G	103,5G
D 6½ Cred. Nat. 79	97,8G	98bB
D 6½ Dänemark 72	99G	99bG
D 9¾ dgl. 74	103,75bG	104T
D 7¼ dgl. 77	100,5T	100,25ratG
D 6 dgl. 78	97,5	97,25ratG
D 6½ dgl. 79	96,75bG	96,75bG
D 7½ dgl. 80	100,5bG	100,5G
D 8¼ dgl. 80	102,5	102,5
D 10 dgl. 82	107T	108,25
D 10¾ dgl. 82	111,5G	111,5T
D 7¾ dgl. 83	101,25T	100,75bG
D 8 dgl. 85	102,25bB	102,5T
D 7½ dgl. 84	100,25bG	100,75
D 7½ dgl. 84	100,75	100,75
D 6½ Den Norsk. 77	99G	99,4bB
D 6 dgl. 78	96,6	96,6
D 8½ ENEL 82	105,5T	105,5T
D 7¾ Fuji Int. 84	101	100,75G
D 8¾ GZ Wien 81	115,5	115,25
D 7 H.-Bk.Dän. 75	102T	101,5ratG
D 8½ dgl. 80	102,75G	102,75bG
D 10½ dgl. 81	111	111
D 8½ dgl. 83	105G	103,25
D 8 Imatran 72	104G	104T
D 7¾ Iscor 71	100G	100G
D 7 dgl. 72	100,5	100,5bG
D 7 dgl. 73	99,25T	99,75
D 8½ dgl. 75	100,5T	100,5G
D 9 dgl. 83	105TG	105TG
D 7¾ Island 77	100,6	100,1bG
D 9¾ dgl. 82	106,5T	105,25G
D 6½ Light-S. 78	98,7bG	98,9bB
D 8½ dgl. 80	100,5	100,55
D 7¾ Manitoba 83	100,5	100,5
D 6½ Manit.Hyd. 72	101,3	99,5bG
D 7 Metrop. 73	100,4G	100,4G
D 8 Nat. West. 73	101,5bG	101,5G
D 11 dgl. 81	114,3	114,5bG
D 9¾ dgl. 82	–G	111TG
D 7¾ Nipp. Cred. 83	98,25G	98,25G
D 7¾ Norges H. 77	99,75G	99,75G
D 6 dgl. 77	96,6G	96,9
D 8½ Norges K. 70	100,5G	100,5G
D 7 dgl. 77	102bG	103
D 6 dgl. 77 I	98G	98G
D 6 dgl. 77 II	97,1bG	97,1G
D 6 dgl. 78	97,25G	97,25G
D 6½ dgl. 79	98,5T	98,75
D 7½ dgl. 79	102	101,5T
D 8½ dgl. 79	102,75G	102,75G
D 7¾ N. Scotia 71	100,5T	100,5G
D 7 N. S. Pow. 72	102	102
D 6½ Occid. Fin. 78	97bG	97bG
D 7 Petrobas 78	97	97,3bG
D 8 dgl. 79	99,5	99,5
D 6½ Pyhrn Autob. 77	97,4G	97,4bG
D 8½ Queensl. A. 70	100,3G	100,3bG
D 7 RENFE 79	99,1	99,1
D 10 dgl. 82	110bG	109,1G
D 8¼ dgl. 83	101,75T	102,25
D 7¾ Sumito F. 82	–	101,25T
D 7¾ Sun Int. 73	100G	100G
D 7½ Svenska C. 73	99,5G	99,5G
D 10¾ dgl. E. 81	110T	109T
D 9½ Svensk. Ex. 82	103,85bG	103,85G
D 5½ Tauernaut. 78	92	92
D 9¾ dgl. 82	111,25G	111,25G
6½ Toledo E. 79	99,95	99,95
D 6 TVO-Kraftw. 78	97,25G	97,25G

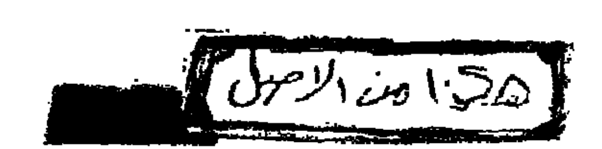
Wandelanleihen

	4.4.	3.4.
F 4¾ AKZO 69	88G	88G
F 5 Asics Corp. 83	102,5G	102,5
F 3½ All Nippon 78	129bG	128,5
F 3½ Asahi Opt. 78	138,5G	138,5G
F 4¾ Canon Inc. 77	473G	475G
F 5¾ Daiei Inc. 80	130,5G	130,5G
F 3 Daikin Int. 84	135	134
F 4¼ Fujitsu Lim. 78	720G	720G
F 5½ Hoogovens 68	88G	88G
F 5½ Izumiya Co. 78	158	137G
F 5½ Jusco Co. 78	105G	105G
F 4 Kowashima Tex. 84	110,5G	110G
F 6 Komatsu 76	158,5G	158,5G
F 6 Konishiroku Pho81	142G	141G
F 6¾ dgl. 82	132	130G
F 3½ Korakuen 78	104G	104
F 7½ Kraft Inc. 70	187,5G	187G
F 3½ Marudai F. 78	102,5	102,25
F 5¾ Minolta Cam. 77	259G	257G
F 4 dgl. 79	199,01	194G
F 6½ Mitsub. H. 81	175,25	174G
F 6 dgl.81	130,25	131
F 6 Nichii Co. Ltd.80	127G	127G
F 3½ Nissan Mot. 78	102,25	102,25
F 4 Nisshin Steel 78	190T	188T
F 7½ Nisso Boseki 84	103G	103,25
F 3½ Olympus 78	302G	305G
F 3½ Omron Tat. 79	380G	385G
F 4½ Orient Fin. 79	210G	210G
F 3½ Ricoh Comp. 78	203T	201T
F 6½ Rothm. Int. 72	120G	120G
F 3½ Sanden Corp. 78	132bG	132T
F 6½ Sekisui 76	145G	145G
F 3½ Stanley 78	190T	190T
F 6 Taiyo Yuden 82	151G	150,5G
F 5 Texaco Int. 66	98,35	98,35bG
F 3½ Tok.Elec. 78	500G	580G
F 4 Tokyu Land 79	107G	108G
F 3½ Trio Kenw. 78	146	145G

Anmerkung: * Zinsen steuerfrei; Pf = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. (Kurse ohne Gewähr); B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart. Kursive Positionen = Ausländischer Freiverkehr

Ausländische Aktien in DM

	4.4.	3.4.
M Abbott Labor	163,2	163,8
F L'Air Liquide	199G	199G
D Alza	95,5	95
F Alcan	85,5	81,4
F Alcoa	109	104,5
F Alg. Bk. Nedld.	351	335
F All Nippon Air	5,35G	5,35
F Allied Corp.	115G	117G
M ALPS EL	23,8	23,4
F Amax	54,3	56,2
F Am. Cyanamid	166G	164
F Ameritech	261,5	258
M AMR	129	131,1
D American Expr.	129,5	129,8
D Am Motors	10,55	11,35
F Am. T & T	65,5	65,5
F Amro Bank	64,5	65,1
F Anglo Am. Corp.	41,3	40,1
M Anglo Am. Gold	27,8	28,2
F Arbed	87	84,2
D Armco	22,5	23,9
F Asahi Chem.	10,7	10,35
M Atl. Richfield	152,5	152,5
H Atlas Copco	40G	38G
M Avon	66,5	65,5bB
D Baker Int.	52,8	52
F Bell Canada	238	–
F Banco de Bilbao	30,9	30,4bG
F Banco Central	27,6	27,9
F Banco Hisp. Americ.	14,6	15
F Banco de Santander	25,5	25,4bG
F Banco de Vizcaya	38,5	38,6
F Barlow Rand	17,1	14,7
M Baxter Trav. Lab.	50bG	50,2
D Beatrice Foods	94,5G	93G
F Bell Atlantic	261	260,5
D Bell Canada	89G	88G
F Bell South	111	110,5
D Bethlehem Steel	56,2	56
F Black & Decker	66,5	67
F Boeing	188,8	190,5
M Bougainville Copper	4,95	4,9
F Bowater	9,1	9,15
D BP	20,6	20,6
M Broken Hill ADR's	25,8	25,1
F Bull	16,9	17,35
F Can. Pacific	135,5	131
F Canon	17	17
F Casio Comp.	21	20,1
F Caterpillar	100,1	101
D Ch. Manhattan	162	162
F Chrysler	108,5	109
M Citicorp.	134	133,4
F City Investing	119,5	115G
F Coca-Cola	215	214
D Colgate	77	75
M Commodore Int.	34,5	33,8
M Comm. Satellite	96,4	97,8
F Cons. Gold F.	19,95	19,8
F Control Data	98	96
H Courtaulds	5,55G	5,3G
M CRA	12,8	12,9
M CSR	6,55	6,25
F Daiei	7,7G	7,7G
M Daiwa Sec.	10,6	10,9
F Dart & Kraft	290G	290G
M De Beers Cons.	16	16
F Deere Comp.	94	95
F Delta Air Lines	141G	153G
F Diam. Shamrock	61,9	60,5
M Digital Equipm.	323,2	326,7
M Disney Prod.	239,8	239,5
H Distillers	10,25G	10,25G
M Dome Petroleum	7,55	7,65
D Dow Chemical	89,5	87G
D Dresser	63,7	65,5
M Driefontein Cons.	86,8	86bB
D DuPont	163G	161G
H Dunlop	2,3G	2,3G
D Eastern Air Lines	21	21,2
F Eastman Kodak	217,5	215,1
F Eaton	163G	161G
F Elf Aquitaine	80,4	80,7
F Esbert	90	90
D Ericsson	108bG	105T
D Exxon	156	154
M Fed. Nat. Mortg.	48,9	50,4
D Fiat St.	4,45	4,3bG
D dgl. Vz.	3,75bB	3,65
F Finsider	0,09B	0,08G
D Fisons	11,5G	11,9G
M Fluor	61,5	58,2
D Ford	132,5	135
F Fujitsu	14,8	14,8
F General Electric	190,5	188,5
F General Food	191T	186T
F General Mining	42,4	42
D General Motors	229,5	230,5
D Gen. Shopping	195T	197G
D Gevaert	192T	190T
F Goodyear	86	84
H Grace	128	127,5
F Gen. Instrum.	84G	83G
.75D GKN	8,45G	8,35
F Gulf Canada	45	43
D Halliburton	94	94G
F HCA Hospital	132	135
M Hewlett Packard	106	108,2
D Highveld Steel	6,4G	6,5
D dgl. o. O.	6,5G	6,5T
F Hitachi	10,55	10,60
M Holiday Inns	165,8	162,2
F Homestake	80,1	81
M Hongkong Land	4,35bB	4,2bB
H Hong. & Shang. Bk.	3,7bB	3,55G
D Hoogovens	50,2	52
D Hughes Tool	46G	45,5
M Hutchison Whampoa	46,5	44,8
F IBM	400,8	398,4
F ICI	29,9	29,5T
M Impala Plat. Hold.	34,9	36bB
M Imperial Oil	119,5	116,8
M Intern. Harvester	31	31,4
F Inco	42,5	41,5
F Int. T & T	109,6	108,2
D Istituto Fin. Ind.	12TB	12TB
F Italcementi	122G	121
F Izumiya	12G	12G
F Japan Line	1,25T	1,3T
M Jardine Math. Hold.	4,45	4,15bG
D Jusco	8,8G	8,8G
F Kawasaki Kisen	1,75G	1,75
F Kawasaki Steel	1,85	1,85
M Kloof Gold Min.	126,9	124
F Komatsu	5,4G	5,4G
D KLM	50,5	50,5G
F Konishiroku Photo	8,65G	8,65G
F Kubota	3,9G	3,9G
D Lafarge	–	–
D Litton Ind.	215	210G
F Lone Star	70,5G	71
D LTV	35	34
M M.I.M. Hold.	7,25	7,85
F Magneti Marelli		
D Marubeni	3,9G	3,8
M Marudai Food	4,6G	4,6G
D Matsushita El.	18,9G	18,75
M McDonald's	1858	185
M Merrill Lynch	95,7bB	96
F McDonnell D.	237,5G	240
M Medtronic	97,4	95,9xD
M Minerals & Res.	26,5	26,6
D Minnesota M.	255G	252G
D Minolta Camera	7,3bG	7,2G
F Mitsubishi Chem.	5,6	5,55
F Mitsubishi El.	4,95	4,9
F Mitsui Bk.	13,8G	13,8G
F Mitsui & Co.	4G	4G
F Mitsui Engin.	2G	2G
F Mitsui O. S. K.	2,15G	2,3
F Mitsumi El.	13,5	13
H Mobil Corp.	92	90
F Monsanto	136,1	157,5
F Montedison	2,37	2,37
F Murata	30	30
M Nat. Semicond.	35,8	35,8
M NCR	86,4	86,3
D Nat. Westminster	22,8T	23,4T
F NEC Corp.	14	14
F Nestlé	7450G	7450G
D Nikko Sec.	9,5G	9,5G
F Nippon Kokan	1,65	1,6
F Nippon Shinpan	7G	7G
M Nippon Steel	1,85bG	1,9bB
F Nippon Yusen	2,75G	2,75G
F Nissan Motor	7,9G	7,85
F Nisshin Steel	2T	2T
F Nissho - Iwai	3G	3G
D NL Industries	35,5G	34,3
M Nomura Sec.	15,25	15,6bB
F Norsk Hydro	37,6	36,9bB
F Novo Ind.	465	458
F Nynex	250	249
H Occ. Petroleum	91,5	89
F Océ v. d. Grint	272G	272G
F Olivetti St.	9,75	9,75
F Olivetti Vz.	8,75	8,5
F Olympus Optical	14G	14G
H v. Ommeren	26,7	26,7
F Omron Tateisi	22,2	22,5
F Pacific Telesis	218	219
F Pakhoed	59	62
F PanAm	14,9bG	14,9
D Parker Drilling	20,1	20,5
F Parker Hannifin	100G	100G
F Fried. Wallend	9,2	9
M Pepsi	169,3	163,6
F Pernod	251,5G	250G
F [illegible]	180	180
F Philip Morris	297	289,5
M Phibro-Salomon	115,8	117,2
H Philips	50,9	51,1
M Pioneer El.	34,5	34,5
F Pirelli	3,3	3,3
M Polaroid	92,5	92
M Prime Computer	50	50
F Procter & G.	169G	168
D Ramada Inns	24,6	25
M Ranger Oil	12,4	12,8
F Reuter	14,1G	14,3
F Ricoh	11G	11G
F Rio Tinto NA-St.	24G	24
F Rio Tinto Kunm.	19G	19
H Robeco	62,5	62,7
F Rockwell	110,5	108
H Rolinco	59	58,5
F Rorento	39G	39G
F Rothmans Int.	6,95	6,7T
D Rowan Cos.	29	28
H Royal Dutch	178,5	177
M Rustenb. Plat. Hold	28,2	28,2
F Sanko Steamship	1,25G	1,3
F Sanden Corp.	7,3G	7,3
M Santos	15	15
F Sanyo Elec.	5,85	6,2G
F Sanwa Bk.	19T	19T
M SASOL	9,2	9,3
F Schering Plough	130	126
F Schlumberger	118,5	119
F Schw. Alum.	1024,9	1024
F Schw. Bankverein PS	370exD	379,5
M Sears, Roebuck	108	108,6
F Seiyu Stores	7,8G	7,8G
F Sekisui House	6,9G	6,9G
F Selected Risk	50G	50G
F Shell Canada	60	61
H Shell T & T	27,5	27T
D Singer	107G	107,5
F Snia Viscosa	4,15	4,21
D Solvay	212T	212T
D Sony Corp.	54,8	54,5
F Southwestern Bell	251,5	–
D Sperry Corp.	163	161xD
F Squibb	174G	172G
F Standard Oil	144G	142,5
F Stanley Elec.	11T	11T
F Steyr-Daimler-P.	24,3	24,7
F Sumitomo	8,4G	8,4
F Sumitomo Heavy	2,8G	2,8G
D Sumitomo Metal	1,85G	1,85G
D Sun	155G	155G
M Sunshine Mining	28bG	28,5G
F Swissair	1325	1330G
F Taisei Kens.	2,3G	2,4T
M Tandy	105,2	106
F Tayo Yuden	13,5G	13,7
F Tenneco	132	134
D Texaco	110	109
F Texas Instruments	346	346,5
D Thomson-CSF	181T	177T
D Thorn Emi	15,1G	15,5T
F Tokyo El.	16,2G	16G
D Tokyo Pac	440G	440G
F Tokyo Sanyo El.	8,8G	8,8G
D Toray	5,95bB	5,95B
D Toshiba	5,15G	5,1G
M Toyota Motor	15,8	15,85
D Trans World Airl.	41	40,5
F TRIO Kenwood	10T	10T
F TRW	256G	245G
F Tsumura Juntendo	27G	27G
D UAL	141T	142,5T
H Unilever	300	305
F Union Carbide	120	120
D Uniroyal	47G	47G
F United Techn.	127	124,5
F US Steel	84,5	85
M US West	232	232
M Vaal Reefs Expl.	30,7	30,1
D Vmf-Stork	134	134
D Volvo A	–	–
D dgl. Nam B	–	–
M Wang Labor	59,4	61,6
F Warner Commun.	81,5	85,4
F Warner Lambert	118G	121
F Wells Fargo	176G	172
M Western Deep L.	140	139,3
M Western Mining	8,75exD	8,6
M Westinghouse El.	92	95,9
F West.-Utrecht H.	91	91
M Weyerhaeuser	88,4	88,8
M Wheelock Marden	14,4	14
D Xerox Corp.	135	137



RAMISCH

Erfolgreich mit Textilkalandern

J. G. Düsseldorf

Mit 60 Beschäftigten habe man 1974 angefangen, als die Firmen Dr. Ramisch Verwaltungs-GmbH und Kleinewefers Beteiligungs-GmbH ihre beiderseitigen Interessen im Bau von Textilkalandern (Maschinen zur Oberflächenbearbeitung) in der Krefelder Ramisch Kleinewefers GmbH paritätisch zusammenlegten. In 1983/84 (30. 9.) steigerte man mit 380 Beschäftigten nebst Tochter Spinnbau/Bremen den Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent auf 120 Mill. DM und damit auf das Achtfache des Gründungsjahres. Für 1984/85 sei ein weiteres Umsatzplus von 10 Prozent geplant.

Mit solchen Angaben präsentiert sich eine erfolgreiche Kooperation zweier Familienunternehmen heute als „in der Welt führender" Hersteller von Textilkalandern aller Art, insbesondere auch für die Vliesstoffindustrie, der gemeinsam mit der Bremer Tochter komplette Produktionslinien („ebenfalls in führender Weltmarktposition") angeboten werden.

Den Weg nach oben schaffte die Firma insbesondere durch Übernahme schwacher Konkurrenten. In 1981 wurde aus der Insolvenz der Hergeth/Spinnbau der Bremer Betrieb (mit heute 100 Arbeitsplätzen) übernommen, zuvor schon übernahm man den Geschäftsbetrieb zweier Krefelder Spezialfirmen des Kunststoffmaschinenbaus (Briem und Dornbusch), dazu noch die Programmrechte der Zimmer Plastik, Offenbach (Tochter des Schweizer Maschinenbaukonzerns Georg Fischer AG). Den Rückblick auf dieses erste Aufstiegsjahrzehnt würzt die Firma mit dem Hinweis, daß der (verschwiegene) Ertrag 1983/84 „sehr befriedigend" ausgefallen sei.

SEKRETÄRINNEN / Probleme auf der Karriereleiter

Neue Arbeitsformen in Sicht

PETER FLÜHR, Hamburg

Den „Blick für größere Zusammenhänge" öffnete die 3. Exklusivtagung für Chefsekretärinnen und Chefassistentinnen. Gisela Böhme, Leiterin des Sekretärinnen-Kollegs der Akademie für Führungskräfte e. V., Bad Harzburg, rief dazu auf, „in der richtigen Weise den eigenen Standort" in Beruf und Familie zu überdenken.

Über die aktuelle Arbeitsmarktlage und deren Auswirkung auf spezifische Beschäftigungsprobleme referierte Ursula Engelen-Kefer, Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Der Zuwachs an Erwerbspersonen werde, demographisch bedingt, Ende dieses Jahrzehnts auslaufen, während die neunziger Jahre gleich zu Beginn von einem „hohen Sockel" an Arbeitslosigkeit gekennzeichnet seien.

Es sei nämlich nicht absehbar, wie für die nächsten Jahre eine „nennenswerte Verringerung" der Arbeitslosigkeit in die Wege geleitet werden könne. Die Vizepräsidentin gab zu bedenken, daß sich dieses Problem nicht „im Selbstlauf lösen" lasse, da der Arbeitsmarkt generell in einen Circulus vitiosus geraten sei.

Gegenwärtig befänden sich Frauen und Mädchen, die nach einer beruflichen Tätigkeit strebten, in einer Übergangs- oder Umbruchsituation, weil die „alten Muster" in bezug auf Beschäftigungsvorstellungen nicht mehr stimmten. Leider hätten auch verbesserte Bildungschancen in den letzten Jahren nicht dazu geführt, bestimmte Qualifikationsschwellen problemlos zu überschreiten. Frauen blieben im allgemeinen auf der „mittleren" Ebene der Karriereleiter stekken.

Auf erkennbare Entwicklungen und Tendenzen verwies Werner Dostal, wisenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Für Sekretärinnen ergeben sich in absehbarer Zeit neue Formen der räumlichen und zeitlichen Verlagerung ihres Arbeitsgebietes.

Die Kosten der Infrastruktur seien schon so hoch geworden, daß sich Unternehmer den Luxus nicht länger mehr leisten könnten, einen qualifizierten Arbeitsplatz nur einer Person zur Verfügung zu stellen. Künftig müßten sich auch Chefs daran gewöhnen, mit „wechselnden Personen" vorliebzunehmen. Darüber hinaus würden auf lange Sicht mehr und mehr Chefposten reduziert und die „natürliche Fluktuation" mache sich bemerkbar.

Die Technik präsentiert sich als „plurale Einrichtung". Darauf machte Theo Lutz, Leiter der Abteilung Grundsatzfragen bei IBM, Stuttgart, aufmerksam. Der Computer sei auf dem besten Wege zu jedermann, da er mehrere „Anwendungsräume" gleichzeitig in Beschlag nehme. Hinzu komme der wirtschaftliche Gesichtspunkt. Der Markt zeige den großen Bedarf an differenzierter Datenverarbeitung

Das „neue Unternehmerbild" skizzierte Professor Eberhard Hamer, wissenschaftlicher Leiter des Mittelstandsinstitutes e. V. in Hannover. Er warnte eindringlich vor einem Defizit an Unternehmerdynamik. Die Unternehmer erfüllten wichtige Funktionen in einer Marktwirtschaft. Von ihnen hingen Wachstum, Beschäftigung, die Versorgung und letztlich der Lebensstandard der Bevölkerung ab.

Die Größe der Gegenwartsaufgaben gebiete, von veralteten Arbeitsmodellen Abschied zu nehmen. Diese Ansicht vertrat die Bonner Kulturphilosophin Sigrid Hunke. Die Praxis erwarte ein neues Verständnis der Arbeit.

PLATZ FERTIGBAU

Vorstoß in Richtung Norden

rl. Stuttgart

Die Fertigbaufirma Carl Platz GmbH & Co., Saulgau, die sich von der Umsatzgröße her an 13. Stelle in der bundesdeutschen Fertigbaubranche einordnet und vom Programm her auf das obere Genre ausgerichtet ist, hat sich in 1984 gut gehalten. Während in der Branche insbesondere bei einigen großen Firmen beträchtliche Absatz- und Umsatzeinbußen zu verzeichnen waren, steigerte Platz seinen Bruttoumsatz leicht auf 64 (63) Mill. DM. Gebaut wurden 233 (236) Häuser.

Geschäftsführer Hans-Theo Müller läßt keinen Zweifel daran, daß es 1985 aufgrund der noch schwierigeren Situation am Baumarkt erheblicher Anstrengungen bedürfe, voranzukommen. Platz wolle seinen Umsatz zumindest halten, erhofft sich aber auch Zugewinne in Marktnischen. Zu diesem Zweck hat das Unternehmen sein Angebotsprogramm nach unten abgerundet. Das sogenannte Trendhaus wird einschließlich Keller zum Preis von unter 240 000 DM angeboten.

Zusätzliche 9 Mill. DM Umsatz erzielte Platz im Handelsbereich, dem Sägewerk und dem Baumarkt. Der Auftragsbestand hat eine Reichweite von acht Monaten und liegt damit gegenüber dem Branchendurchschnitt von 5.5 Monaten recht hoch. In Musterhäuser wurden im vergangenen Jahr 3 Mill. DM investiert. Mit dem Vertrieb ist Platz in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres auch nach Norddeutschland vorgestoßen.

Zur Ertragslage heißt es, sie sei „noch zufriedenstellend" gewesen. Die Preise wurden in 1984 um zwei bis drei Prozent erhöht. Über diesen Spielraum werde man auch im laufenden Jahr nicht hinausgehen. Platz beschäftigt etwa 340 Mitarbeiter.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Heinz Schwalbe: Marketing-Praxis für Klein- und Mittelbetriebe. Rudolf Haufe Verlag, Freiburg 1985, 245 S., 36 Mark.

Der Titel des Buches ist wörtlich zu nehmen. Der Autor hat keine langatmige, theorieüberladene Fleißarbeit erstellt, sondern eine praxisorientierte Exkursion mitten in die tägliche Marketing-Praxis vorgelegt. Ausgehend von den Grundzügen des Marketings geht er einfach und verständlich auf alle wesentlichen Marketingbereiche ein – immer aus der Sicht der Klein- und Mittelbetriebe. Ob es sich um Produktideen, Datenauswertung, Verpakkungsfragen, Werbetexte, Korrespondenz, Messen, PR-Mittel und PR-Aktionen handelt, auf alle Detailfragen werden fundierte Antworten gegeben.

Kreuzberg, Grundrecht auf Asyl, Materialien zur Entstehungsgeschichte, Carl Heymanns Verlag Köln–Berlin–Bonn–München 1984, 71 S., 28 Mark.

Das in Artikel 16 GG verankerte, umfassende Grundrecht auf Asyl gab, gibt und wird in Zukunft weiterhin Anlaß zu Kritik geben. Die großzügige Regelung, die auf den leidvollen Erfahrungen der nationalsozialistischen Zeit beruht, wird zunehmend zu einer Versuchung für Ausländer, die eine neue Existenzgrundlage suchen, die ihnen ihre Heimat nicht geben kann. Die Kenntnis der Entstehungsgeschichte und die Überlegungen und Motive des Gesetzgebers sind eine wichtige Voraussetzung für die sachliche Erörterung der gegenwärtig aktuellen Probleme; die vorliegende Arbeit verdient deshalb die Aufmerksamkeit aller mit Asylfragen befaßten Stellen und der Bürger, die gegenüber den sozialen und rechtlichen Problemen ihrer ausländischen Mitbürger noch nicht gleichgültig geworden sind.

Bull/Zentaro Kitagawa, Computer im Dienst der Gesellschaft, Bericht über das Deutsch-Japanische Symposium am 22. und 23. Oktober 1982 in Osaka, Carl Heymanns Verlag 1984, 128 S., 28 Mark

Technischer Fortschritt und das gesellschaftliche Bedürfnis nach höher entwickelten Kommunikationssystemen sind keine Probleme, die auf nationaler Ebene zu lösen sind. Während des zweitägigen Symposiums in Osaka wurden die gesellschaftlichen und juristischen Fragen, die durch die derzeit stattfindende mikroelektronische Revolution aufgetreten sind, in Referaten und Diskussionen von Publizisten und Schriftstellern, Juristen und Technikern, Theoretikern und Praktikern erläutert und diskutiert. Das Buch bietet dem interessierten Bürger die Möglichkeit, sich über die anstehenden Probleme, insbesondere die wichtigen Fragen der Privatsphäre und des Datenschutzes, umfassend zu orientieren.

Henner Kleinewefers: Reformen für Wirtschaft und Gesellschaft, Campus Verlag, Frankfurt 1985, 532 S., 68 Mark.

Das Buch vermittelt einen repräsentativen Überblick über die zeitgenössischen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformideen für entwickelte Industriestaaten europäischer Tradition. Im ersten Teil diskutiert der Autor, in Anlehnung an Schumpeter, die Entwicklung des demokratisch-bürokratischen Wohlfahrtsstaates und ordnet dabei die Anknüpfungspunkte der heutigen Reformdiskussion ein. Danach folgt eine streitbare Vorstellung liberaler, sozialistischer und „grüner" Vorstellungen, die dann anschließend systematisch auf die ordnungspolitischen Kernfragen von Eigentum, Wettbewerb und Planung einbezogen werden. Zum Abschluß stellt der Autor seine Synthese der ganzen Diskussion vor.

G. Heiduk/V. Emmerich: Arzneimittelmarkt und europäisches Wettbewerbsrecht, Nomos Verlag, Baden-Baden 1985, 206 S., 59 Mark.

Die Frage der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs im Arzneimittelmarkt wird im In- und Ausland nicht nur in der wissenschaftlichen Literatur, sondern auch in der wettbewerbsrechtlichen Entscheidungspraxis kontrovers beantwortet. Ein Beispiel ist dafür die Diskussion innerhalb der Europäischen Gemeinschaft über die Frage, ob Interventionen durch Staaten oder Institutionen in die Preisgestaltung von Arzneimitteln im Interesse der Allgemeinheit nicht auch dann zulässig sein dürfen, wenn sie den freien Warenverkehr behindern. In der vorliegenden Studie wird auch der Wettbewerb im Arzneimittelmarkt untersucht und geprüft, ob die aufgezeigten Marktprozesse einen schutzwürdigen Wettbewerb enthalten.

Redaktion Psychologie heute (Hrsg): Geschafft. Belz Verlag, Weinheim 1985, 190 S., 19,80 Mark.

Die Einstellung unserer Gesellschaft zur Arbeit ist in den letzten Jahren einem einschneidenden Wandel unterworfen. Die daraus resultierenden Folge-Kosten auf sozialer und psychischer Ebene sind kaum absehbar. Der aktuelle Sonderband untersucht die Rolle der Arbeit in unserem Leben, verdeutlicht, wie sich der Wert der Arbeit und unsere Einstellung zu ihr verändert haben und beleuchtet die unterschiedlichen Aspekte und Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, der Arbeitszeitverkürzung und des wachsenden Anteils der Freizeit.

Aktiengeschäft lief langsam an

Chemiewerte zu steigenden Kursen gesucht

DW. – Der Aktienhandel war nach der Osterpause zähflüssig. Das änderte sich erst, als aus dem Ausland einige Kaufaufträge eintrafen. Höhere Notierungen gab es vor allem im Bereich der Chemieaktien. Die deutsche Bankenkundschaft hielt sich, ebenso wie die institutionellen Anleger, vom Geschäft noch weitgehend fern. Auch der Dollarkurs bot keine Möglichkeit, nach der einen oder anderen Seite die Initiative zu ergreifen. Mit einer Widerbelebung des Börsengeschäfts wird aber in den nächsten Tagen gerechnet.

Ausländer sollen sich vor allem für BASF-Aktien interessiert haben, die sich um rund zwei DM verbesserten. Bayer und Hoechst zogen unmittelbar nach. Bei der Chemieverwaltung sorgte der enge Markt für einen Kurssprung von rund 35 DM. Bei Audi lebte die Spekulation wieder auf, so daß der Kurs um rund 50 DM heraufgesetzt werden konnte. Im Bereich der Stahlaktien gingen Hoesch lebhaft und zu Kursen um, die bis zu 1,50 DM über denen vom vergangenen Donnerstag lagen. Angeregt wurde die Nachfrage durch die Dividendenheraufsetzung des holländischen Stahlkonzerns Hoogovens, dessen Aktien an den deutschen Börsen deutlich heraufgesetzt worden sind. Bankaktien blieben weitgehend ohne Anregungen, lediglich die BHF-Bank profitierte etwas von ihrem respektablen Abschluß für 1984.

Frankfurt: ADT verminderten sich um 5,50 DM. Chemieverwaltung befestigten sich um 31 DM. Deutsche Effekten- und Wechselbeteiligungsgesellschaft zogen um 15 DM an, Lahmeyer verbesserten sich um 12 DM und VDM wurden um 10 DM höher taxiert.

Düsseldorf: Audi NSU stiegen um 7 DM. Bilfinger befestigten sich um 3 DM und Zanders konnten sich um 3 DM verbessern. Dt. Atlanten verminderten sich um 5 DM, Gerresheimer Glas gaben um 2 DM nach und Kromschröder büßten 10 DM ein.

Hamburg: Beiersdorf lagen bei 500 DM minus 4,50 DM merklich schwächer. Reichelt dagegen wurden mit 99 DM plus 2 DM gehandelt. HEW verkehrten zu 99 DM bis 98 DM plus 0,50 DM und NWK Vz. blieben bei 169 DM unverändert.

Berlin: Schering konnten sich um 3 DM und DUB-Schultheiss um 1 DM erholen. Bekula lagen um 0,50 DM geringfügig freundlicher. Berthold gaben um 3 DM, Herlitz Vz. um 2 DM, Berliner Kindl und Lehmann um je 1,50 DM nach.

München: Etienne Aigner verschlechterten sich um 2 DM, AKS sanken um 1 DM und Deckel AG verminderten sich um 4,50 DM. Audi AG schlossen mit einem Plus von 58 DM ab und Dywidag erholten sich um 0,50 DM.

Stuttgart: Audi NSU holten 41 DM auf. Hohner verbuchten einen Gewinn von 8,50 DM und für Stuttgarter Hofbräu Vorzugsaktien bestand bei 455 DM plus 5 DM weitere Kaufneigung. Daimler gaben um 3 DM nach.

Nachbörse: gut behauptet

WELT-Aktienindex: 175,9 (175,8)

WELT-Umsatzindex: 2750 (3050)

Brüssel

Arbed	1765	1750
Brux. Lambert	2015	2005
Cockerill Ougree	258	267
Ebes	3135	3140
Gevaert	4055	4035
Kreditbank	8390	8310
Pétrofina	6900	6850
Soc. Gén. d. Belg	2015	2030
Sofina	7620	7510
Solvay	4555	4580
UCB	5330	5340
Index	–	–

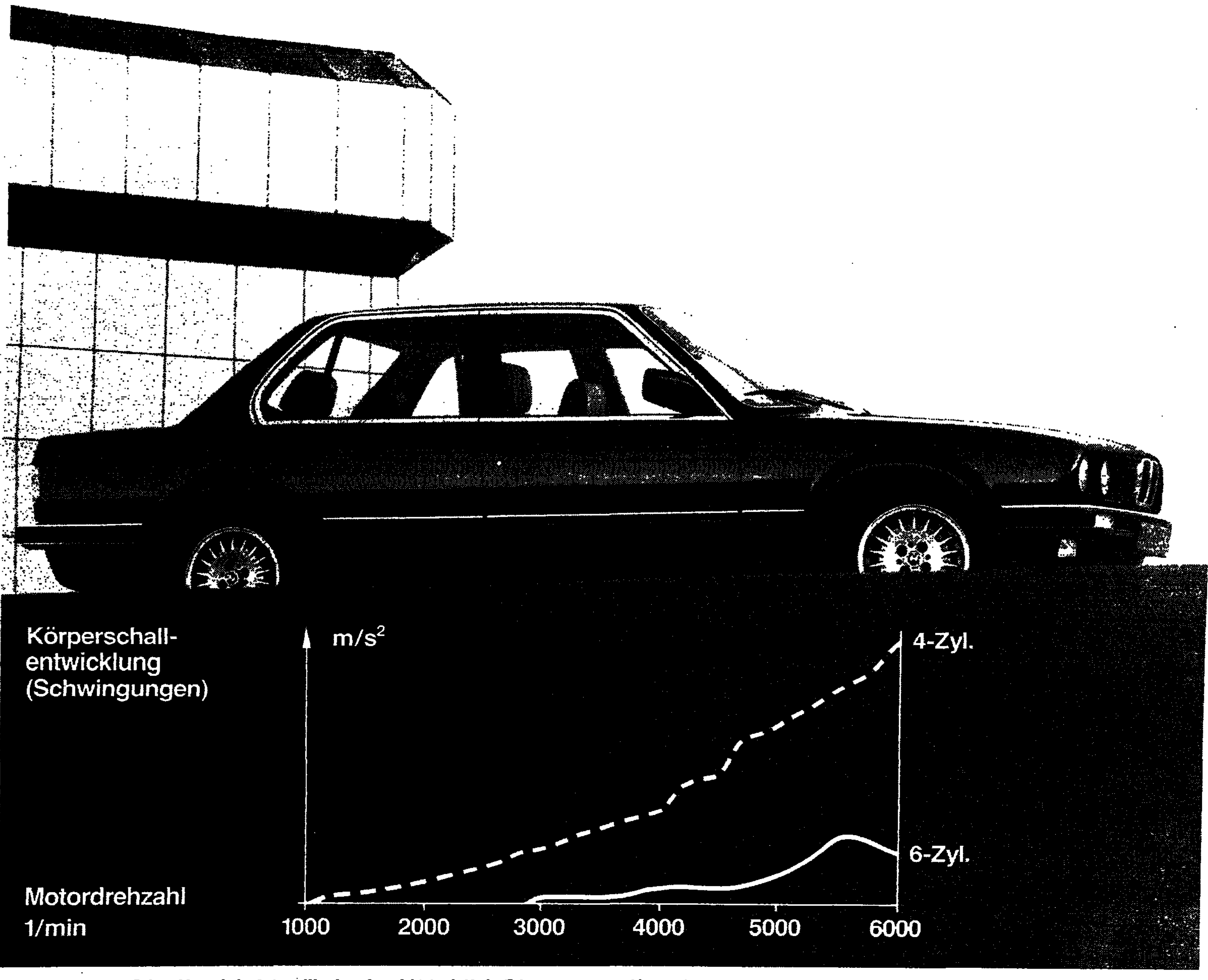
Devisenmärkte

Am Montagabend in New York erlitt der US-Dollar einen kleinen Rückschlag mit Kursen um 3,13. Die Probleme eines New Yorker Handelshauses wirkten sich aus. In Europa schien man den US-Dollar als günstige Kaufgelegenheit zu sehen, denn der Kurs wurde bald von seinem Tiefstkurs bei 3,1150 bis 3,1580 hochgezogen. Der amtliche Kurs von 3,1530 zeigte dagegen nur eine geringe Veränderung gegenüber dem letzten Handelstag an. Unterschiedlich entwickelten sich die übrigen amtlich notierten Währungen. Der Japanische Yen gab 5,6 Promille nach, der Schweizer Franken befestigte sich um 2,9 Promille. Knapp behauptet lag lediglich das Englische Pfund. US-Dollar in: Amsterdam 3,5630; Brüssel 63,5250; Paris 9,6345; Mailand 2009,50; Wien 2216,50; Zürich 2,6641; Ir Pfund/DM 3,130; Pfund/Dollar 1,2052; Pfund/DM 3,800.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 4. April: In D-Mark 2,23531 (Parität 2,24184); in Dollar 0,708609 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 4. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,75; Verkauf 22,75 DM West.

Wer bei anspruchsvollen Automobilen der 2- bis 2,3-l-Klasse einen Vierzylinder als akzeptable Alternative zum Sechszylinder betrachtet, kann einiges zu hören bekommen.



Was macht eigentlich Spitzenklasse beim Automobil aus? Neben den technischen Qualitäten in jedem Detail, der umfangreichen Ausstattung und qualitativ hochwertigem Material in guter Verarbeitung ist es vor allem die Art, wie das Herz des Automobils – der Motor – seine Leistung entfaltet.
Und zwar nicht nur bei niedrigen, sondern vor allen Dingen auch bei höheren Drehzahlen.
Denn wer sich für ein aufwendigeres Automobil der gehobenen Mittelklasse entscheidet, tut das vor allen Dingen, weil er mit einem solchen Automobil auch bei höheren Geschwindigkeiten ausgesprochen komfortabel reisen will.
Und dafür ist Laufkultur und damit die Geräusch- und Streßarmut durch kultivierte Kraftentfaltung bekanntlich ein absolutes Muß.
Ein 6-Zylinder-Triebwerk ist hierfür die beste Voraussetzung.

Wer darauf verzichtet, wird beim Fahren stets daran erinnert, daß er unnötigerweise kompromißbereit war.
Das fällt auch Fachjournalisten bei den unterschiedlichsten Vergleichstests immer wieder auf.
So schreibt z.B. mot (1/85) in einem Bericht zu einem neuen Automobil der anspruchsvollen Mittelklasse mit 4-Zylinder-Motor: »...fallen die alten Benziner-Vierzylinder unangenehm auf; sie sind rauh, drehen nur unwillig.
Zwar sind sie in ihrem neuen Kleid zu besseren Verbrauchs- und Fahrwerten fähig, doch berauschend geben sich diese Autos keinesfalls; man hat den Eindruck, als sei hier nur halbe Sache gemacht worden.«
Noch etwas populärer beschrieben es die Tester im Stern (50/84): »Akustisch ist der 4-Zylinder für zarte Gemüter ein Nervtöter: Beim Anfahren knurrt er wie ein Hund.
Ab 4000/min, darauf ist Verlaß, brummt er laut vor sich hin.«
Der Vollständigkeit halber ein aktuelles Zitat über einen BMW 6-Zylinder (ams 25/84):
»Der BMW Motor läuft stets ausgesprochen seidig und vibrationsarm – in diesem Punkt markiert er eine klare Spitzenstellung,...« Für diese Qualitäten gibt es physikalische Gründe.
Denn beim Reihen-6-Zylinder treten keine freien Kräfte und freien Momente erster und zweiter Ordnung auf.
Und auch der Drehkraftverlauf ist wesentlich günstiger als der eines 4-Zylinders.
Störende Schwingungen des Motorblocks – die sich auf die Karosserie übertragen – sind damit weitgehend ausgeschlossen.
Den Unterschied zwischen einem vergleichbaren 4- und 6-Zylinder-Reihen-Motor macht die Grafik deutlich.
Körperschallmessungen am Motortragbügel zeigen beim 4-Zylinder im Gegensatz zum 6-Zylinder einen sehr starken Anstieg schon in mittleren Drehzahlbereichen.
Bei höheren Drehzahlen steigt der Geräuschpegel drastisch an.
Resümee: Wenn Sie schon in ein anspruchsvolles Automobil der 2- bis 2,3-l-Klasse investieren, sollten Sie auch bei der Fahrkultur Erstklassigkeit verlangen.
Machen Sie also keine Kompromisse – fahren Sie BMW.

Informieren Sie sich bei Ihrem BMW Händler. Oder fordern Sie mit dem Coupon weitere Informationen an bei: BMW AG, Abteilung CHC, Leuchtenbergring 20, 8000 München 80.

Vorname ______________________

Name ______________________

Straße ______________________

PLZ ______ Ort ______________________

Telefon ______________________ Z00480

BMW in Btx * 20900 #



Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Donnerstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging Kaffee und knapp behauptet Kakao aus dem Markt.

Die Schlußkurse der Rohstoffpreise aus USA und Kanada können erst nach Einführung der Sommerzeit (28. 4.) wieder veröffentlicht werden.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	9. 4.	4. 4.
Mai	370,50	364,50
Juli	341,00	340,00
Sept	339,25	338,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif	9. 4.	4. 4.
St. Lawrence 1 CW	244,64	244,64
Amber Durum	240,19	240,19

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	133,10	133,00
Juli	137,00	136,80
Okt	141,30	140,60

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	135,10	134,90
Juli	132,50	132,30
Okt	124,00	124,00

Hafer Chicago (c/bush)	9. 4.	4. 4.
Mai	169,25	169,00
Juli	165,25	165,50
Sept.	162,25	161,75

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	283,75	282,75
Juli	284,50	283,25
Sept.	275,00	274,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	9. 4.	4. 4.
Mai	141,10	140,00
Juli	135,90	135,00
Okt	125,30	124,90

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	9. 4.	4. 4.
Terminkontr. Mai	143,00	143,10
Juli	142,25	142,65
Sept	141,80	142,30

Kakao New York ($/t)	9. 4.	4. 4.
Terminkontr. Mai	2370	2406
Juli	2170	2205
Sept.	2158	2181
Umsatz	2017	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	3,78	3,98
Juli	3,93	4,14
Sept.	4,07	4,22
Okt	4,21	4,33
Mai	4,67	4,75
Umsatz	2 000	11 625

	9. 4.	4. 4.
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	3,64	3,71

Kaffee London (£/t) Robusta-	1. 4.	29. 3.
Kontrakt Mai	2198–2203	2165–2170
Juli	1973–1974	2212–2215
Sept.	2278–2280	2239–2242
Umsatz	1249	2945

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	2011–2012	2028–2029
Juli	1973–1974	1985–1989
Sept.	1945–1947	2565
Umsatz	6624	4950

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	115,60–115,80	112,80–113,00
Aug	117,60–118,00	116,20–116,60
Okt.	121,60–121,80	118,40–118,80
Umsatz	2627	2142

Pfeffer	1. 4.	29. 3.
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	unerh.	825,00
weißer Sarawak	unerh.	780,00
weißer Muntok	unerh.	790,00

Orangensaft New York (c/lb)	9. 4.	4. 4.
Mai	156,30	161,40
Juli	156,30	162,10
Sept.	156,00	161,50
Nov.	155,40	160,75
Jan	155,50	160,10
Umsatz	400	–

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl	9. 4.	4. 4.
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk.	50,00	52,00

Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	33,75	33,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	32,37	31,35
Juli	30,81	29,80
Aug.	29,88	28,65
Sept.	28,70	27,70
Okt.	27,65	26,60
Dez.	26,50	25,70
Jan.	26,25	25,65

Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	30,00	30,00

Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	24,50	24,50
Choise white hog 4% fr. F.	20,00	20,00

Talg New York (c/lb)		
top white	20,00	20,00
fancy	19,75	19,75
bleichfähig	18,25	18,25
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25

Schweine Chicago (c/lb)		
April	43,36	43,72
Juni	49,20	49,20
Juli	50,80	51,00

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	66,90	68,15
Juli	67,75	69,10
Aug.	66,45	67,70

Häute Chicago (c/lb)	9. 4.	4. 4.
Ochsen einh. schwere River Northern	54,00	54,00
Kühe einh. schwere River Northern	42,00	42,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	608,00	603,50
Juli	616,50	612,00
Aug.	618,00	611,50
Sept.	613,00	607,00
Nov.	616,00	608,75
Jan.	627,50	619,50
März	638,50	630,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	130,40	132,90
Juli	136,50	138,80
Aug.	139,50	141,50
Sept.	142,00	144,00
Okt.	145,00	146,50
Dez.	150,00	152,50
Jan.	152,30	154,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	9. 4.	4. 4.
Mai	373,40	373,00
Juli	377,50	377,00
Okt.	383,70	383,30

Kokosöl	9. 4.	4. 4.
New York (c/lb) Westküste fob Werk	–	–

Erdnußöl	9. 4.	4. 4.
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	1015,00	1010,00

Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	700,00	680,00

Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	660,00	680,00

Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Nederl. fob Werk	250,00	243,00

Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	855,00	845,00

Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	305,00	305,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	9. 4.	4. 4.
Mai	70,00	69,45
Juli	67,97	67,80
Okt.	66,00	66,00
Dez.	65,85	65,90
März	67,10	67,05
Mai	67,55	67,50

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS -1:	42,25	42,25

Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	4. 4.	3. 4.
Mai	507–511	508–510
Aug.	531–535	529–532
Okt.	535–537	532–534
Umsatz	27	61

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	4. 4.	3. 4.
Mai	unerh.	54,70
Juli	unerh.	54,70
Okt.	unerh.	54,80
Dez.	unerh.	54,90
Umsatz	–	–
Tendenz: –		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	4. 4.	3. 4.
Mai	630,0–632,0	623,0–629,0
Juli	632,0–635,0	630,0–632,0
Okt.	608,5–610,0	602,0–605,0
Umsatz	198	63

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	4. 4.	3. 4.
East African 3 long	geschl.	680,00
undergraded:	geschl.	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	4. 4.	3. 4.
April	12 484	12 562
Mai	12 446	12 507

Kautschuk London (p/kg)	4. 4.	3. 4.
Nr. 1 RSS loco	65,50–73,50	65,00–73,00
Mai	71,00–73,50	71,50–74,50
Juni	72,00–74,50	72,50–75,50
Juli	73,00–75,50	73,50–76,50
Tendenz: leichter		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	4. 4.	3. 4.
April	205,00–206,00	201,75–202,75
Mai	206,00–206,75	203,50–204,00
Nr. 2 RSS April	198,50–199,50	196,50–197,50
Nr. 3 RSS April	195,00–196,00	193,00–194,00
Nr. 4 RSS April	188,50–189,50	186,50–187,50
Tendenz: stetig		

Jute London (£/lgt)	4. 4.	3. 4.
BWC	geschl.	945
BWD	geschl.	930
BTC	geschl.	945
BTD	930,00	930

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	9. 4.	4. 4.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	350,24–350,63	346,99–347,18
drittfolg. Monat	361,09–361,28	357,28–357,47
Blei: Basis London		
laufend. Monat	130,20–130,39	126,53–126,91
drittfolg. Monat	127,15–127,25	124,62–125,00
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1745,51–1747,41	1737,82–1745,44
drittfolg. Monat	1715,43–1716,96	1721,81–1722,57
Zink: Basis London		
laufend. Monat	282,48–283,25	283,15–283,92
drittfolg. Monat	282,48–283,34	282,40–282,78
Produz.-Preis	303,08	303,36
Reinzinn 99,9%	4088–4128	4015–4054

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	9. 4.	4. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	470,92–474,16	460,94–464,18
Blei in Kabeln	138,00–139,00	134,25–135,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorzeindraht	484,00–464,50	484,00–484,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	9. 4.	4. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	437–446	430–439
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	478	470–473
MS 63	475–481	468–473

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	4. 4.	3. 4.
ab Werk prompt (Ring /kg)	29,47	29,46

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	9. 4.	4. 4.
Leg. 225	413–415	413–415
Leg. 226	415–417	415–417
Leg. 231	445–450	445–450
Leg. 233	456–460	455–460

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

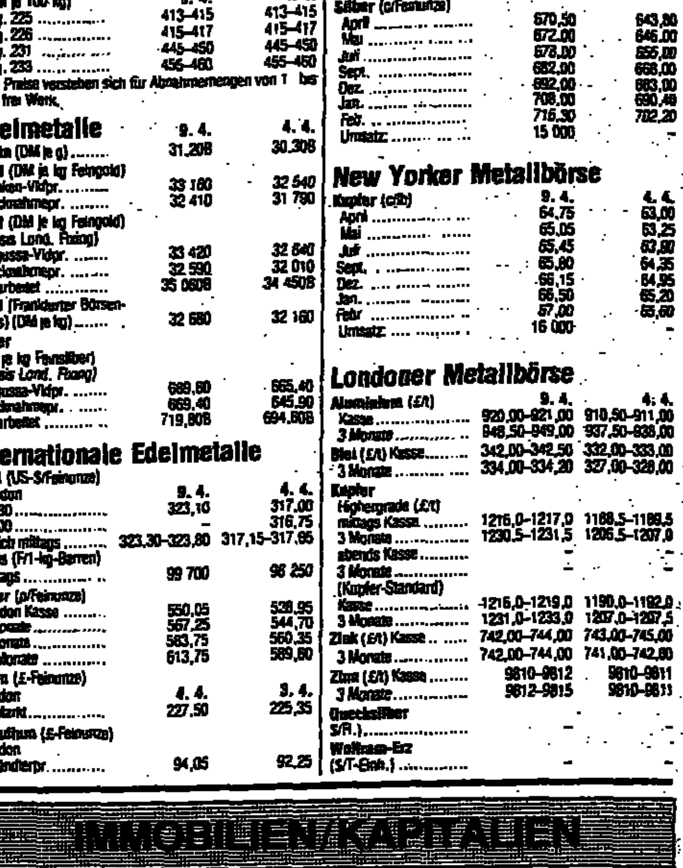
Edelmetalle

	9. 4.	4. 4.
Platin (DM je g)	31,208	30,308
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 160	32 540
Rücknahmepr.	32 410	31 790
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 420	32 840
Rücknahmepr.	32 590	32 010
verarbeitet	35 060B	34 450B
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 680	32 160
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	689,60	665,40
Rücknahmepr.	669,40	645,90
verarbeitet	719,80B	694,80B

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	9. 4.	4. 4.
10.30	323,10	317,00
15.00	–	316,75
Zürich mittags	323,30–323,80	317,15–317,65
Paris (Fr/1-kg-Barren) mittags	99 700	98 250
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	550,05	538,95
3 Monate	567,25	544,70
6 Monate	583,75	560,35
12 Monate	613,75	589,80

Platin (£-Feinunze) London	4. 4.	3. 4.
fr. Markt	227,50	225,35
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	94,05	92,25



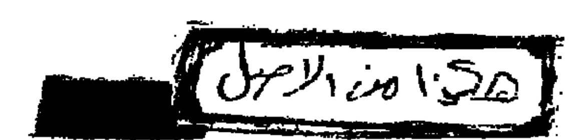
New Yorker Preise	9. 4.	4. 4.
Gold H & H Ankauf	316,75	321,10
Silber H & H Ankauf	642,50	651,50
Platin fr. Händlerpr.	273,00–275,00	280,00–283,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	111,50–112,50	113,00–114,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
April	670,50	643,80
Mai	672,00	646,00
Juli	678,00	655,00
Sept.	682,00	668,00
Dez.	692,00	683,00
Jan.	708,00	690,40
Febr.	716,30	702,20
Umsatz	15 000	–

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	9. 4.	4. 4.
April	64,75	63,00
Mai	65,05	63,25
Juli	65,45	63,80
Sept.	65,80	64,35
Dez.	66,15	64,95
Jan.	66,50	65,20
Febr	67,00	65,60
Umsatz	16 000	–

Londoner Metallbörse

	9. 4.	4. 4.
Aluminium (£/t)		
Kasse	920,00–921,00	910,50–911,00
3 Monate	948,50–949,00	937,50–938,00
Blei (£/t) Kasse	342,00–342,50	332,00–333,00
3 Monate	334,00–334,20	327,00–328,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1216,0–1217,0	1188,5–1189,5
3 Monate	1230,5–1231,5	1206,5–1207,0
abends Kasse	–	–
3 Monate	–	–
(Kupfer-Standard) Kasse	1216,0–1219,0	1190,0–1192,0
3 Monate	1231,0–1233,0	1207,0–1207,5
Zink (£/t) Kasse	742,00–744,00	743,00–745,00
3 Monate	742,00–744,00	741,00–742,80
Zinn (£/t) Kasse	9810–9812	9810–9811
3 Monate	9812–9815	9810–9811
Quecksilber $/Fl.)	–	–
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	–



Robert Lemmerholz

* 22. August 1925 † 7. April 1985

Er hat uns reich mit Liebe beschenkt – wie arm sind wir geworden.

Unendlich dankbar sind für die gemeinsamen Jahre des Glücks

Christl Lemmerholz
Robert und Thomas Lemmerholz
Lydia Weiß
Dr. med. Rudolf Weiß

4000 Düsseldorf 30, Novalisstraße 3

Die Exequien werden am Freitag, dem 12. April 1985, um 10 Uhr in der Pfarrkirche St. Albertus Magnus, Düsseldorf, Kaiserswerther Straße, gehalten.
Die Beerdigung findet am selben Tage um 11 Uhr von der Kapelle des Nordfriedhofes in Düsseldorf aus statt.
Von Beileidsbezeugungen am Grabe bitten wir höflich Abstand zu nehmen.

Robert Lemmerholz

* 22. August 1925 † 7. April 1985

Er war das Haupt und die Seele unserer Unternehmen.

Für die Geschäftsführung
Gesellschafter
und Belegschaft
der Firmen

SCHÜTTEN + LEMMERHOLZ GMBH + CO. KG
KÜHLHAUS DÜSSELDORF
der
Schütten + Lemmerholz GmbH + Co. KG

Christl Lemmerholz

Dr. Kurt Kampmann
Geschäftsführer

4040 Neuss 21 (Norf), Mainstraße 111

Die Exequien werden am Freitag, dem 12. April 1985, um 10 Uhr in der Pfarrkirche St. Albertus Magnus, Düsseldorf, Kaiserswerther Straße, gehalten.

Die Beerdigung findet am selben Tage um 11 Uhr von der Kapelle des Nordfriedhofes in Düsseldorf aus statt. Von Beileidsbezeugungen am Grabe bitten wir höflich Abstand zu nehmen.

Zutiefst betroffen zeigen wir an, daß Herr

Robert Lemmerholz

am 7. April 1985 verstorben ist.

Die Kühlhauswirtschaft verliert in ihm eine herausragende unternehmerische Persönlichkeit, die 25 Jahre als Mitglied des Vorstandes, davon 23 Jahre als Vorsitzender, des Fachverbandes der Kühlhäuser und Eisfabriken den inneren Zusammenhalt und die Vertretung des Berufsstandes mit großem persönlichem Einsatz erfolgreich gestaltet hat.

Wir verdanken Robert Lemmerholz unsagbar viel und behalten ihn als Mensch und Kollegen in wertschätzender Erinnerung.

Fachverband der Kühlhäuser
und Eisfabriken e. V., Bonn
– Der Vorstand –

Das Seelenamt wird am 12. April um 10.00 Uhr in der Pfarrkirche St. Albertus Magnus, Düsseldorf, Kaiserswerther Straße 211, gehalten. Die Beerdigung findet um 11.00 Uhr von der Kapelle des Nordfriedhofs in Düsseldorf statt.

Ein erfülltes Leben wurde erlöst
von allem irdischen Schmerz

Am 6. April 1985 verstarb im 65. Lebensjahr nach schwerer Krankheit der Geschäftsführer unserer Gesellschaft

Diplom-Volkswirt

Dr. h. c. Werner Mertes

Professor der Kook-Minh-Universität in Seoul
Inhaber des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband
und anderer in- und ausländischer Orden und Ehrenzeichen
Mitglied des Deutschen Bundestages von 1961–1976
Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion von 1964–1976
Ehrenbürger der Stadt New Orleans, U.S.A.

Seit 1975 haben seine Tatkraft, seine Energie und sein unermüdlicher Einsatz unser Unternehmen beeinflußt und entscheidend geprägt; bereits seit 1971 war er Geschäftsführer unserer Tochtergesellschaft, der Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH, Bonn.

Er lebte für seine Arbeit und seine Mitarbeiter und hat seine Pflichten im Dienste unserer Gesellschaft bis wenige Tage vor seinem Tode erfüllt.

In Dankbarkeit und Verehrung werden wir uns bemühen, sein Werk weiterzuführen.

Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat und Belegschaft
der
INDUSTRIEVERWALTUNGSGESELLSCHAFT
Bonn-Bad Godesberg

Die Beisetzung erfolgt im engsten Familienkreis am 12. April 1985 auf dem Ostfilder Friedhof in Stuttgart-Sillenbuch.

Eine Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 18. April 1985, um 10.30 Uhr in der „Redoute" in Bonn-Bad Godesberg statt.

Am Ostersonnabend starb ganz unerwartet

Dr. Jürgen Wolffson

* 29. Mai 1927

In Liebe und Dankbarkeit

Irene Wolffson geb. Hischer
Marcus Wolffson
Christian Wolffson und Frau Bettina geb. Kluge
Ernst Albert Wolffson
Oswald R. Amsinck und Frau Hanna geb. Wolffson
Helma Hischer geb. Seyferth

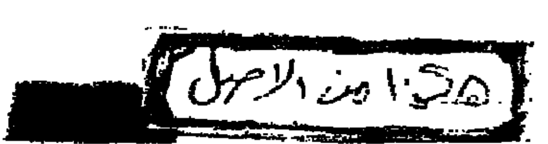
Rothenbaumchaussee 71
2000 Hamburg 13

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 12. April 1985, um 15.00 Uhr in der Kirche St. Johannis, Harvestehude, Turmweg.
Anstatt zugedachter Blumen bitten wir um Spenden an die Stiftung Altenheim St. Johannis/St. Nikolai, Deutsche Bank, Konto 52 / 71 515.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

STELLENANGEBOTE

STELLENGESUCHE



Die Ziege als Einhorn?

A. W. – Das sagenhafte Einhorn existiert wirklich! In Amerika sind jetzt einige der sensationellen Tiere aufgetaucht, praktischerweise gleich im Zirkus Ringling, wo sie einem großen Publikum gewinnbringend vorgeführt werden können. Die Biologen freilich blieben ganz kalt, nur die Tierschützer traten auf den Plan und sprachen von dreister Tierquälerei. Es handelt sich bei den angeblichen Einhörnern offensichtlich um Ziegen, denen man ein Kuhhorn in die Stirn implantiert hat.

Ziegen als Einhörner – was für eine Profanierung! Gilt das Einhorn der Sage doch als ein edles Pferd, das sich in sämtlichen Kulturkreisen neben Aar und Leu als heraldisches Tier behauptet und zum Beispiel im Wappen des britischen Empires den keltischen Volksteil eindrucksvoll repräsentiert. Im Mittelalter galt das Einhorn als Inbegriff der Jungfräulichkeit und Reinheit. Es konnte nur gefangen werden, wenn es einer keuschen Jungfrau (in anderen Versionen der Jungfrau Maria persönlich) begegnete, seinen Kopf in deren Schoß legte und einschlief. Die rührende Szene ist einige Male in der bildenden Kunst verewigt worden, so in der prachtvollen französischen Bildteppichfolge „Die Dame mit dem Einhorn" aus der Schule von Cluny.

Die Ziege ihrerseits gilt, wie man weiß, nirgendwo als rein. Ihr männlicher Teil, der Ziegenbock, ist im Gegenteil geradezu sprichwörtlich wegen seines Gestanks und berüchtigt wegen seiner sexuellen Hemmungslosigkeit. Nie würde es ein wahres Fräulein dulden, daß ein Ziegenbock in ihrem Schoß einschliefe. Selbst Zeus nahte sich den Damen deshalb zwar in allerlei Tiergestalt, als Stier oder als Schwan, doch niemals je als Ziegenbock. Dieser gab sein Habit statt dessen für die Erscheinung des Leibhaftigen her, der seit dem Mittelalter meistens als eine Art Ziegenbock dargestellt wird.

Wer also als erster gegen den Ringling-Betrug protestieren müßte, das wären die Heraldiker und Sagenforscher. Sie dürften nicht dulden, daß eine ihrer lieblichsten Schimären buchstäblich auf die Ziege gebracht wird.

Berlins Bauhaus-Archiv zeigt Almir Mavignier

Reformen der anderen

Der Schwerpunkt der Arbeit am Berliner Bauhaus-Archiv wird auch weiterhin im historischen Bereich liegen. So gibt es in nächster Zeit eine Ausstellung mit Handzeichnungen von Paul Klee und eine Gropius-Schau aus Beständen des Archivs und des Busch-Reisinger-Museums in Harvard. Dem Unterricht Mies van der Rohes und dem New Bauhaus, der Bauhaus-Nachfolge in den USA, gelten andere gewichtige Vorhaben. Aber neben der „Kontinuität" hat Peter Hahn, der neue Direktor des „Museums für Gestaltung", auch eine „behutsame Öffnung" avisiert. Ein verstärktes Interesse soll anderen Reformkunstschulen, und zwar nicht nur der Ulmer Hochschule für Gestaltung, gelten.

Als einen Schritt in diese Richtung kann man bereits die neueste Ausstellung des Instituts verstehen. Denn Almir Mavignier steht in der Tradition der Ulmer Hochschule – mit einem Bein in der „freien", mit dem anderen in der „angewandten" Kunst. Fest im Sattel dieses Tandems, vertritt er eine der Grundüberzeugungen des Bauhauses.

Mavignier ist Brasilianer. In seiner Heimat war er Mitbegründer der ersten Gruppe dortiger abstrakter Maler. In Ulm, 1953 bis 1958, gaben ihm Josef Albers, Max Bill und die Informations-Ästhetik von Max Bense entscheidende Impulse. Seit 1965 lehrt Mavignier an der Hochschule für Bildende Künste in Hamburg. Als Maler hatte er seinen Platz in der Nähe von Op Art. Vor allem aber stand er in der Nähe zu den Zero-Leuten. Seine Bilder sind (teils monochrome) Struktur-Reliefs. Plastische „Punkt-Bilder" ermöglichen eine Auseinandersetzung von Licht, Farbe und Schatten. Es läßt sich, zumindest in dieser Ausstellung, nicht übersehen, daß dieses serielle Prinzip in seinen Ausdrucksmöglichkeiten begrenzt bleibt.

Als Plakatmacher handhabt Mavignier einen „additiven" Stil, eine mehr abstrakte Form der Werbung, der alle schreienden Reklame-Effekte fremd sind. Kein Wunder, daß besonders Museen und Kunstausstellungen sich dieser leisen Methode bedienen. So werden Elemente ausgestellter Kunstwerke als Signale benutzt: ein antikes Fußfragment lädt in die Münchner Glyptothek ein. Farbrechtecke auf schwarzem Grund machen auf eine „de Stijl"-Schau in Dortmund aufmerksam. Diese Form zurückhaltender Darstellung hat schon durch die Wahl ihrer Zubehöre einen gewissen musealen Touch. Es wäre die Frage, ob nicht auch Museen inzwischen eine „modernere" Form der Werbung benötigen, damit ihre mit schmalen Mitteln betriebene Öffentlichkeitsarbeit im Überangebot der Litfaß-Industrie noch leuchten kann.

Anlaß dieser Ausstellung ist die erstmalige Verleihung eines Preises, den eine von dem Stuttgarter Maler und Graphik-Designer Anton Stankowski gegründete Stiftung an Künstler gibt, „in deren Werk freie und angewandte Kunst eine Einheit bilden". Ein besonderes Stichwort Peter Hahns ist die Besucherfreundlichkeit. Die soll gesteigert werden. So wird zunächst der provisorische Versuch unternommen, durch eine Umgruppierung auch während des Aufbaus von Sonderausstellungen permanent eine Zelle der Stammbestände zugänglich zu halten. Tatsächlich wird sich auf Dauer eine Erweiterung des Bauhaus-Archivs gar nicht umgehen lassen. Das nach Plänen von Walter Gropius errichtete Gebäude (zunächst für Darmstadt konzipiert, dann der Berliner Lage am Landwehrkanal angepaßt) war von Anfang an zu klein.

Eines kam immer zu kurz: die ständige Museums-Funktion oder die vitale wechselnde Ausstellungstätigkeit. Das Interesse von Kunst-Touristen aus aller Welt ist außerordentlich groß, die Sammlungen des Archivs zu sehen. Immer wieder aber standen Schau- und Wissenslustige während der Umbauten im Hause vor verschlossenen Türen. Oder sie mußten sich mit einer geschmälerten Auswahl abspeisen lassen. Ein unerträglicher Zustand. Insofern ist es nur konsequent, wenn Hahn jetzt die Option auf einen Erweiterungsbau anmeldet und sich gegen Straßenführungspläne der Internationalen Bauausstellung verwahrt, die solche Wünsche von vornherein praktisch ausradieren würden.

PETER HANS GÖPFERT

Bis 14. April, Katalog 22 Mark; anschließend Wilhelm-Hack-Museum Ludwigshafen, Ulmer Museum, Kunstverein Ulm.

Die sinnlose „Umgestaltung" von Alt-Damaskus

Plädoyer für alte Suks

Für einen unersetzlichen Kulturverlust in der arabischen Welt hat das sozialistische Baath-Regime in Damaskus gesorgt: Jahrelange Abbrucharbeiten und Zerstörungen in den alten Suks (Basaren) rund um die berühmte Omayyaden-Moschee haben das orientalisch-arabische Altdamaskus zerstört.

Trotz der amtlichen Darstellung, man brauche Platz für breitere Straßen und Grünanlagen, sind Sicherheitserwägungen der Geheimpolizei für den Abbruch der alten Viertel mit ihren engen Gassen, kleinen Geschäften und Handwerksbetrieben in den alten Holz- und Steinhäusern mit ihren zahlreichen Verstecken maßgebend gewesen. Statt der versprochenen Grünanlagen herrschen häßliche Parkplätze vor. Nur wenige der ausgesiedelten Handwerker, Goldschmiede und Antiquitäten-Händler des „Suks Khiadja" haben neue Unterkünfte gefunden.

Die hohen Steinmauern der Omayyaden-Moschee aus dem 8. Jahrhundert sind jetzt zwar weit zu sehen, da die benachbarten Häuser und Gassen des Suks niedergewalzt wurden. Aber dafür wurde auch die älteste Medrasa (Koranschule) von Damaskus, die Sadriya aus dem 11. Jahrhundert, zerstört und unter Schutt begraben. Zwar sind vor der Omayyaden-Moschee am Haupteingang nun die alten Säulen eines römischen Tempels zu sehen, die sonst von Häusern verdeckt waren, aber „römische Baureste gibt es in Syrien im Überfluß", sagt ein ausländischer Archäologe. Die „Umgestaltung" von Alt-Damaskus sei ohne Sachverstand und Rücksicht auf Altertümer erfolgt.

Verschwunden sind neben der Moschee die alten Häuser mit Holzbalkons, malerischen Harems-Erkern und Schindeldächern. Aus sanitären Gründen hätten sie renoviert werden können, doch dafür fehlte das Geld. An der Zitadelle aus dem Mittelalter ist einiges ausgebessert worden, sie bleibt aber militärisches Sperrgebiet. Wenn renoviert wird, dann mit häßlichem Beton. Einige Gebäude und Straßenzüge können vielleicht noch gerettet werden, aber daran hat das Regime kaum Interesse. Denn es gilt, die „Höhlen und Geheimquartiere" der Moslembrüder zu vernichten, so wie Militär und Geheimdienste schon im Februar 1982 die alte Stadt Hama blutig zusammenschossen. Proteste der Einwohner von Alt-Damaskus verhallen daher ungehört.

Obwohl die Suks von Alt-Damaskus seit 1979 auf der Liste der Unesco für besonders zu schützende Altertümer stehen, unternimmt die UNO-Organisation nichts gegen die Zerstörungswut syrischer „Stadtplanung". Dafür existieren Dutzende von Unesco-Entschließungen, die es z. B. den Israelis verbieten, in Jerusalem die Altstadt zu sanieren und historische Gebäude wie die Zitadelle vor Verfall zu retten.

PETER MEYER-RANKE

Wien präsentiert die Schau „Traum und Wirklichkeit – Wiener Jahrhundertwende in 24 Kapiteln"

Wo der Geist immer Seelenarznei war

Heinz Politzer merkte einmal an, daß nahezu alles, was für unser Jahrhundert wichtig sei, der Marxismus ausgenommen, in Österreich erfunden worden sei. Er meinte natürlich das alte Österreich, den Raum zwischen Czernowitz, Prag und Triest.

Der zwar nicht geographische, aber sozusagen demographische und eigentlich metaphysische Mittelpunkt des gedachten Raumes war Wien, und zwar nicht nur als Reichshaupt- und Residenzstadt, sondern als Sammelbecken von Menschen und Ideen. Wien war, was in der Antike Athen gewesen ist und später das imperiale Rom: nicht Ursprung, sondern gewissermaßen *Kompendium* einer bestimmten Kultur. Wie Athen und Rom war Wien eine Stadt der Zugereisten.

Ein Sammelbecken ist freilich immer auch eine Kloake – Heimito von Doderer wußte in seinen „Dämonen" ein episches Lied, Graham Greene im „Dritten Mann" ein filmisches Lied davon zu singen. Wien war, wie Athen und wie Rom, ein Vakuum, das angesaugt hat, was ihm nahe kam, ohne zu fragen nach Wert oder auch nur nach Nutzen. Es wimmelte bald von Narren und Heiligen, Desperados und Dichtern, falschen Thronprätendenten und echten Galgenvögeln. Die Sehnsucht nach Geist versickerte nur allzu oft in weltanschaulichen Obskuritäten, die Hoffnung auf Geld in einem erbarmungswürdigen Lumpenproletariat.

Und so haben die Künste in Wien, wie in Griechenland, vornehmlich Gegenbilder zur Realität geschaffen, und zwar auf zweierlei Weise: im Ästhetizismus (etwa der „Wiener Werkstätte") und in einer Art von Seelenkritik, wofür Musil als Beispiel stehen mag. Abbilder waren die Sache der Wiener Künstler fast nie. Daran ist zu denken, wenn man im Künstlerhaus jetzt hinabtaucht in „Traum und Wirklichkeit – Wiener Jahrhundertwende in 24 Kapiteln".

Was da geboten wird, das ist keine Kunstausstellung im üblichen Wortsinn, sondern ein in die Anschaulichkeit gehobenes Stück Kulturgeschichte, mit Einschluß politischer und sozialer Gegebenheiten. Seltsamerweise – oder für Wien eben gar nicht seltsamerweise – ist das eine Geschichte der Stadt von Krach zu Krach: vom Börsenkrach nach der Weltausstellung 1873 bis zum Zusammenbruch der Boden-Creditanstalt 1929, dem österreichischen Vorspiel zur Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre – und mitten drinnen der andere Krach der Revolverschüsse vom 28. Juni 1914, mit denen der Mörder des Thronfolgers die Ära der Weltkriege eingeläutet hat.

Und so wird denn der Besucher, unterstützt von dem 800-Seiten-Katalog, konfrontiert mit den scheinbar disparatesten Gleichzeitigkeiten. Hier hat Herzl seinen Judenstaat und Hitler seine Judenvertilgung geträumt. Hier hat Klimt die Welt vergoldet, während die Ziegelarbeiter am Wienerberg nicht einmal vollen Lohn, sondern Einkaufsgutscheine bekamen. Hier erhielt Bertha von Suttner den Friedensnobelpreis, hier wurde im selben Jahr das erste Panzerauto der Welt konstruiert. Hier hat, inmitten des allgemeinen Werteverfalls nach dem Krieg, das „Rote Wien" mit seinen Gemeindebauten den letzten großen architektonischen Stil geschaffen. Wenn Wien ein Traum war, dann war es Wachtraum und Alptraum zugleich.

Davon erzählt diese große Schau mit weit über zweitausend Exponaten, aber – wie der wissenschaftliche Leiter Robert Waissenberger und der gestaltende Architekt Hans Hollein begründen – sie erzählt die Geschichte nicht lückenlos, sondern in Beispielen, welche verdeutlichen, was sich verändert hat schon in der Wirklichkeit selbst und sodann in den Träumen von ihr, in den Träumen dawider, welche ihrerseits unsere heutige Wirklichkeit sind, eine Wirklichkeit freilich, von der wir so wenig wissen wie unsere Großväter um die Jahrhundertwende von dem, was sie taten und was sie bewirkten.

Im Rückblick auf diese uns nahe Vergangenheit könnten wir lernen, in unserer Gegenwart besser zu achten auf zukunftsträchtige geistige Leistungen. Doch selbst dieser didaktische Auftrag, den die Gestalter sich gesetzt haben, wird bloß angedeutet, wird niemandem aufgedrängt; wie denn auch der Katalog, von einigen kleinen Ausrutschern (namentlich gegen Dollfuß) abgesehen, nicht indoktriniert, sondern informiert. Er bildet einen getreuen Raster für das, was man sieht.

Und was gibt es alles zu sehen! Bilder von Makart, Kokoschka, Klimt (nun endlich wieder den Beethovenfries) und Schiele (so viele wie selten auf einmal). Architektur in Entwürfen, Photos und auch in Modellen von der alten Ringstraße über Otto Wagner, Loos, Josef Hoffmann bis zum Karl-Marx-Hof, der „Ringstraße des Proletariats". Etwa sechshundert Objekte der „Wiener Werkstätte", vom Paravent über Schuhe und Schmuck bis zu Schachteln. Erinnerungen (vom Manuskript bis zur Reisemütze) an Freud, Herzl, Altenberg, Musil, Kraus, Wittgenstein, Reinhardt, Johann Strauß, Mahler, Schönberg, Berg, Krenek. Lueger und die Wiener Sozialdemokratie haben ihre Kapitel in dieser Schau. Was mit dem Makartschen Festzug zum Kaiserjubiläum begann, das endet mit dem berühmten Photo eines etwa fünfzigjährigen Arbeitslosen um 1930, der vor der Brust ein Schild trägt: „Bitte um Arbeit! Von Beruf Maschineningenieur".

Was immer in Wien gedacht, geschrieben, gemalt, komponiert worden ist – es geschah vor dem Hintergrunde des Bösen, es geschah auf dem Untergrunde der Krankheit. Ein paar Eskapaden von Optimismus dürfen darüber nicht hinwegtäuschen, daß der Geist hier als Seelenarznei gezüchtet, zur Selbstheilung kultiviert worden ist; daß die Skepsis nicht gegen die Dinge oder nicht gegen die Ideen, sondern gegen die Sprache sich richtete und im Grunde auch nicht einmal bloß gegen sie, sondern gegen sich selber, gegen den Menschen, wie er nun einmal ist.

Und so steht denn auch über dieser Schau, was Waissenberger im Katalog zitiert, nämlich daß die (1898 ermordete) Kaiserin Elisabeth in all ihren Schlössern ein Bild der Titania mit dem Eselskopf aufhängen ließ, „dem Eselskopf unserer Illusionen, den wir unaufhörlich liebkosen". (Bis 6. Oktober, Katalog 360 Schilling).

HERBERT EISENREICH

Eine Kultur der Zugereisten vor der Folie des Bösen: Otto Wagners Jugendstilportal für die Zeitung „Die Zeit", aus der Wiener Ausstellung
FOTO: KATALOG

Schallplatte: Fischer-Dieskau singt Strauss-Lieder

Heimliche Aufforderung

Mitunter scheint es, als sei die jüngste Auswirkung der noch immer nicht abflauenden Mahler-Renaissance die Wiederbelebung des Interesses am Werk von Richard Strauss, und das ist auch gut so. Von Mahlers klippenreichem, krisengeschütteltem, psychisch die Extreme auslebendem Œuvre gebannt, hatte man es sich angewöhnt, auf Strauss und seine imposante, selbstsichere Bürgerlichkeit beinahe schon verächtlich herabzusehen. Man muß sich nur die Flut der Mahler-Literatur aus den letzten Jahrzehnten vergegenwärtigen, um in Strauss beinahe einen Zukurzgekommenen in puncto Nachruhm zu sehen.

Nun aber, da der Nachholbedarf an Mahler allmählich gedeckt ist, taucht Strauss wieder aus der Versenkung, in die man ihn (trotz „Salome" und „Rosenkavalier") voreilig und beinahe blindlings hinabklassifiziert hatte, auf. Die Schallplatten mit einem Halbhundert seiner Lieder aus frühen wie späteren Jahren, die Dietrich Fischer-Dieskau mit Wolfgang Sawallisch jetzt eingespielt hat (DG 413 455-1), lassen jedenfalls eine derart vielfältige Meisterschaft des kompositorischen Zugriffs hören, daß man nicht müde wird, ihnen zu lauschen. Im Gegenteil: Die Lieder erweisen sich – und beinahe Stück für Stück – als Zugpferde neuen Interesses.

Zeitlebens hat sich Strauss mit dem Lied beschäftigt, wenn auch der Großteil seines Lied-Œuvres in die Jahre vor dem Beginn seines Opernschaffens fällt. Angeregt mitunter von einer einzigen Verszeile, konnte Strauss geradezu im Handumdrehen einem Lied Melodie und Gestalt finden, ihm einen kompositorischen Dreh geben, der alle Facetten der Dichtung musikalisch aufglänzen ließ. Gerade Straussens Lieder sind wahre Meisterstreiche des musikalischen Handwerks, Lehrstücke für die wie mit den Fingern herbeigeschnippte Inspiration.

Natürlich gibt es daneben die fleißig erbosselten Lieder, in denen Strauss sich schwertut mit der Ausarbeitung. Andere aber fliegen mit einem zuverlässigen Schwung auf, der zudem noch durch seine Vielfalt entzückt. Die sechs Lieder op. 19 auf die „Lotosblätter" des Grafen Schack sind im Wechsel der Charaktere Musterbeispiele für eine poetisch-musikalische Chamäleonhaftigkeit, die sich der dichterischen Vorlage im Nu anzuverwandeln vermochte. Als Liederkomponist stand Strauss dem Opernmann an singdramatischem Zugriff nicht nach. Nur daß sich dieser Spürsinn für das Musikverlangen eines Textes in den Liedern en miniature und in Windeseile zu entfalten verstand.

Fischer-Dieskau ist für die interpretatorische Ausbeutung dieser musikalischen Goldmine natürlich der rechte Mann, und er verständigt sich, ein Spatenwissenschaftler der Stimme, mit Grabungsdirektor Sawallisch federleicht über die Anlage der musikalischen Stollen. Ihre künstlerische Zusammenarbeit ist eine Pracht an Ausgewogenheit, Intelligenz, an Strauss-Verständnis wie Strauss-Behagen.

Die Lieblingslieder der Nation werden nicht ausgespart. Es gibt die „Heimliche Aufforderung" ebenso wie den „Traum durch die Dämmerung", die Walzerheiterkeit des „Schlechten Wetters" ebenso wie das „Ständchen", das freilich nicht verstohlen, sondern eher fahl aufklingt. Reifere Freier sollten sich denn doch vielleicht singend nicht mehr in jedes Liebesgebüsch schlagen. Doch zumeist steht Fischer-Dieskau wie eh und je faszinierend auf der Höhe der Kunst.

Das tut auch Gert Westphal, der „Fischer-Dieskau der Rezitation". Er hat sich „Enoch Arden" vorgenommen, Straussens Melodram zu Tennysons tränentreibenden Versen, mit dem der Komponist als Klavierbegleiter des deklamierenden Ritters von Possart landauf, landab auf Tournee ging. Das aber war noch vor der Jahrhundertwende, und keine Schallplatte hat diese seltsamen Auftritte festgehalten.

Bei Westphal ist es wohl doch nur der halbe Spaß, gerade weil sein Vortrag makellos daherkommt wie eine Thomas-Mann-Lesung und nicht wie das Gesäusel und Gedröhn eines Possart, des Meisters im heroischen Ton. Und John Buttricks tadelloses Klavierspiel, das sich Westphals kultiviertem Vortrag aufs kultivierteste fügt, vermag – vielleicht gerade durch seine Sorgfalt – nicht überhören zu machen, was schon Strauss selbst bemerkte: Das ziemlich gleichgültige Geklingel einer liebedienerischen Komposition, Possart, dem mächtigen Theatermann, mit grimmiger Devotion zu Füßen gelegt (Jecklin Disco 592).

KLAUS GEITEL

Carl Reiners neue Filmkomödie „Solo für zwei"

Seele auf Wanderschaft

Endlich macht Roger Nägel mit Köpfen. An seinem 38. Geburtstag soll der Startschuß für ein ordentliches, zielstrebiges Leben fallen. Rogers Platz in der Jazzkapelle wird demnächst verwaist sein, denn der grauhaarige Junggeselle will nun die lange vernachlässigte Karriere als Rechtsanwalt energisch vorantreiben. Sein Chef hört's mit Freuden, doch schon der erste Fall wirft alle guten Vorsätze um. Denn just als Roger den Nachlaß der ebenso reichen wie kranken Edwina Cutwater ordnen will, passiert das Unglück.

Ein Guru soll Edwinas Seele vor der Obdachlosigkeit bewahren und in den knackigen Körper einer lebensfrohen Blondine zaubern. Aber ausgerechnet im entscheidenden Moment entgleitet dem asiatischen Tölpel die goldene Kultschale, um Sekunden später auf dem Kopf unseres juristischen Aufsteigers zu landen. Als sich Roger mühsam aufrappelt, ist alles anders. Sein rechter Arm ignoriert jeden Befehl, sein rechtes Bein tänzelt mit aufreizender Langsamkeit dem linken hinterher. Roger glaubt noch an einen Schwächeanfall, bis sich eine merkwürdig helle Stimme in seinem Gehirn zu Wort meldet und erklärt, Edwinas Seele habe sich in seiner rechten Körperhälfte häuslich eingerichtet.

Fortan wachsen sich selbst alltägliche Verrichtungen zu halsbrecherischen Abenteuern aus. Das beginnt schon damit, daß die prüde Edwina ihrem „Hausherrn" auf der Herrentoilette die helfende rechte Hand verweigert. Auch die erotischen Eskapaden des Rechtsanwalts enden als zwerchfellerschütterndes Desaster, und selbst vor dem Richtertisch führt das Ringen um die Vorherrschaft in Rogers Körper zu haarsträubenden Mißverständnissen.

Regisseur Carl Reiner, der zuletzt den hartgesottenen Hollywood-Detektiven der 40er Jahre in seinem Collagekrimi „Tote tragen keine Karos" ein komisches Comeback verschaffte, spielt in seinem neuen Film „Solo für zwei" alle Trümpfe seiner irrwitzigen Geschichte aus. So liefern sich die fatal aneinandergeketteten Kontrahenten hitzige Redeschlachten, eröffnen ein Trommelfeuer von frivolen Gags und tarnen ihre langsam wachsende Zuneigung hartnäckig unter spitzzüngiger Feinseligkeit.

Während Lily Tomlin als Edwina nur dann erscheint, wenn Roger in den Spiegel blickt, führt Hauptdarsteller Steve Martin mit akrobatischem Geschick eine mimische Zerreißprobe vor. Wie er in virtuos vorgegaukelter Schizophrenie zwei Seelen miteinander streiten und Kraftprotzerei auf altjüngferliche Scheu prallen läßt, das allein lohnt den Besuch in diesen wohl ungewöhnlichsten Geschlechterkampf der Filmgeschichte.

Vielleicht schürft Reiners Film weniger tief als die moralische Komödie „Tootsie". Doch wie Dustin Hoffman in Frauenkleidern seinen männlichen Egoismus vergaß, so streift auch Steve Martin als halbierter Mann seine Casanova-Allüren ab. Zwar entpuppt sich manche Pointe als platte Albernheit, doch dieser Ulk auf übersinnlichen Hokuspokus und puritanische Prinzipien knüpft trotz mancher Schwächen überzeugend an Hollywoods amüsante Gespenstergeschichten der „Topper"-Serie an. Und Steve Martin wirkt in dieser Lehrstunde in Sachen Lebensfreude tatsächlich wie ein frecher Erbe von Cary Grant.

HARTMUT WILMES

KULTURNOTIZEN

Ulrich Erben und Paul Isenrath zeigen ihre Mal- und Bildhauerarbeiten bis zum 21. April in der Städtischen Galerie in Lüdenscheid.

Das Heinrich-Heine-Institut in Düsseldorf stellt zur Zeit eine umfangreiche Privatsammlung zur Geschichte der von den Nationalsozialisten verbotenen und verbrannten Literatur aus.

„Esel und Zebra" heißt eine Ausstellung über das Tätowieren, die in diesem Monat auf dem Trajansmarkt in Rom stattfindet.

Werke des Malers Bernhard Huys sind in der Worpsweder Kunsthalle bis zum 8. Mai zu sehen.

Eine Wim-Wenders-Retrospektive zeigt das Goethe-Institut in Brüssel vom 22. bis 27. April.

Jean Cardot, französischer Bildhauer, ist jetzt in die Pariser Akademie der Schönen Künste aufgenommen worden.

Richard Cragun, Starsolist des Stuttgarter Balletts, erhält den Dance Magazine Award, eine der begehrtesten Auszeichnungen der Tanzwelt.

JOURNAL

Polnische Zeitschrift ehrt Ernst Jünger

J. G. G. Warschau

Die polnische Literaturmonatsschrift „Literatura na swiecie" (Literatur auf der Welt) in Warschau, die sich intensiv der ausländischen zeitgenössischen Literatur annimmt, bereitet anläßlich des 90. Geburtstages von Ernst Jünger ein Heft vor, das ausschließlich dem deutschen Schriftsteller gewidmet sein soll. „Literatura na swiecie" dürfte mit diesem Vorhaben die einzige Kulturzeitschrift im Ostblock sein. Sie gilt als die bedeutendste ihrer Art in Polen, die sich bis jetzt trotz Zensur einen gewissen Freiraum erhalten hat.

Zweite Seidenstraße durch China entdeckt

dpa, Peking

Chinesische Archäologen sind einer zweiten Seidenstraße auf der Spur, die ins dritte vorchristliche Jahrhundert zurückreicht und die westchinesische Provinz Sichuan über Yunnan im Süden mit Burma und Indien verband. Forscher fanden in der Provinz Yunnan einen Inschriftenstein aus der Quing-Zeit (1644–1911), der die Stationen einer südwestlichen Seidenstraße beschreibt. Die wichtigste Karawanenstraße, auf der chinesische Händler im Altertum sechs Jahrhunderte lang Seidentransporte in den Westen abwickelten, führte von der alten Hauptstadt Xian durch das nordwestliche Xingjiang nach Zentralasien.

Flötentage als Forum junger Künstler

C. W. Darmstadt

Die Flöte steht im Mittelpunkt eines musikalischen Wochenendes, das der Darmstädter kulturelle Förderkreis „Blickpunkt Orangerie" in diesem Jahr vom 26. bis 28. April veranstaltet. Acht Konzerte mit jungen Ensembles aus Deutschland, Belgien, Frankreich, den Niederlanden und USA werden im Konzertsaal des barocken Orangeriegebäudes Flötensonaten und -duette von Bach, Telemann, Mozart und hier unbekannteren ausländischen Komponisten spielen.

Erasmus-Preis für Paul Delouvrier

AFP, Den Haag

Der französische Städteplaner Paul Delouvrier ist von der Amsterdamer Erasmus-Stiftung mit ihrem diesjährigen Preis ausgezeichnet worden. Der 66jährige Delouvrier arbeitete unter anderem an der Umgestaltung des Pariser Villette-Viertels um die früheren Schlachthäuser zu einem neuen kulturellen Zentrum im Norden der Metropole.

Historisches Kolleg vergibt Stipendien

DW. München

Das „Historische Kolleg" in München hat für das Kollegjahr 1986/87 wieder drei Forschungsstipendien ausgeschrieben. Die Bewerbungsfrist endet am 31. Mai 1985. Die Stipendien werden an hochqualifizierte, durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesene Wissenschaftler aus dem gesamten Bereich der historisch orientierten Wissenschaften vergeben. Den Stipendiaten soll, frei von anderen Verpflichtungen, für die Dauer eines Jahres die Möglichkeit gegeben werden, eine größere wissenschaftliche Arbeit – opus magnum – abzuschließen. Den Kuratoriumsvorsitz des Historischen Kollegs hat Prof. Horst Fuhrmann, Universität Regensburg, Präsident der Monumenta Germaniae Historica, übernommen. Er ist Nachfolger des 1984 verstorbenen Theodor Schieder.

Jüdische Lieder von Laks uraufgeführt

J. G. G. Warschau

In Warschau wurden jüdische Lieder des sowjetischen Komponisten Dimitrij Schostakowitsch und seines polnisch-jüdischen Kollegen Szymnon Laks uraufgeführt. Laks, Chefdirigent des Auschwitzer Lager-Symphonieorchesters sowie Autor des Buches „Auschwitzer Konzerte", verstarb im Dezember 1983 in seinem Pariser Domizil. Er trat auch als Buchautor regimekritischer Betrachtungen in einem Londoner Exilverlag auf. Bis zur Ära Jaruzelski war er Korrespondent der führenden polnischen Musikzeitschrift „Ruch muzyczny" in Warschau, die als einzige über die Warschauer Uraufführung berichtete.

Makedonische Gräber bei Aineias gefunden

AFP, Saloniki

Vier madekonische Grabstätten aus dem 4. Jahrhundert v. Chr. sind in der Nähe der Hafenstadt Saloniki entdeckt worden. Zwei Gräber waren geplündert, während die beiden anderen Krüge, Töpfereien und Fresken enthielten. Der Fundort liegt im Gebiet der antiken Siedlung Aineias, die der Sage nach von dem trojanischen Helden Äneas gegründet wurde.

Seit 50 Jahren französisches Weinsiegel AOC

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die französischen Winzer feiern in diesen Tagen ein stolzes Jubiläum. Fünfzig Jahre ist es her, daß ihre Produkte erstmals mit einem Qualitätszeichen versehen wurden. *Seither* dürfen sie die Hälse ihrer Weinflaschen mit dem Siegel „garantiert rei*ne Herkunft*" (französisches Kürzel: AOC Appellation d'Origine Controlée) schmücken, freilich nur, sofern die Rebe in einem bestimmten Planquadrat eines bestimmten Anbaugebietes gewachsen ist.

Der Qualitätssprung ließ nicht nur Franc und Centimes im Säckel der fleißigen Weinbauern klingeln, er verschaffte dem französischen Weinbau insgesamt deutliche Vorteile auf den europäischen Märkten, die damals von allerlei Mixturen überschwemmt wurden. Der französische Wein trat vor genau fünfzig Jahren seinen bis heute ungebrochenen Triumphzug durch Europa an.

Wie immer war es eine Absatzkrise, die die Dinge in Bewegung brachte. Die frühen *dreißiger Jahre waren in* Frankreich nicht weniger schwierig als in Deutschland oder Amerika. Die *Winzer wurden ihren Wein nicht* mehr los und gingen auf die Straße. Zwar hatten sie ihre Verkaufsargumente schon mit dem Begriff „reine Herkunft" aktualisiert, aber es gab keinerlei genossenschaftliche oder staatliche Garantie dafür. So brachte Senator Capus, kurzfristig Landwirtschaftsminister der III. Republik, im März 1935 einen Gesetzentwurf über die Einführung einer AOC-Garantie durch den Staat ein. Allerdings war daran die Bedingung geknüpft, daß die Winzer selber vorschlagen sollten, wer der Garantie würdig sein sollte. Deshalb wurde parallel zum AOC-Siegel das „Nationalinstitut für die reine Herkunft" gegründet, in dem die Winzergenossenschaften selbst bestimmten, welche Traube, welche Rebe und welcher Weinberg die höheren Weihen empfangen sollten. Das System hat bis heute funktioniert.

Heute gibt es 400 AOC-Weine, die auf 380 000 Hektar wachsen und jährlich gute 18 Millionen Hektoliter fabrizieren. Nicht ganz die Hälfte dieser Menge geht in den Export. Deutschland hält sich nach den Benelux-Ländern und England an treuer dritter Stelle unter den Abnehmern, zeigt aber eine klare Vorliebe für Elsässer und Bordeaux, während Holländer und Engländer mehr Geschmack für *die „harten"* Burgunder und den Beaujolais entwickeln.

Das jüngste Anbaugebiet, das mit dem AOC-Siegel ausgezeichnet wurde, liegt zwischen Atlantik und Mittelmeer, im „Minervois", einer Hügelkette aus Karst und *Kalk*, die terrassenförmig zum Flüßchen Aude nördlich der „Autobahn zwischen *den beiden Meeren" abfällt*. 34 000 Hektar Weinberg trinken sich hier an 250 Tagen des Jahres mit Sonne voll. *Aber nur die Hälfte davon wurde in* die AOC-Würde erhoben.

Zum zweiten Mal innerhalb vier Wochen wurde Chile von einem schweren Beben heimgesucht

Gerade hatte WELT-Redakteur Florian Nehm, dessen Eltern in Chile leben, seinen Bericht über die Lage des Andenstaates nach dem verheerenden Erdbeben vom 3. März dieses Jahres beendet, als die Erde gestern nacht wieder zu tanzen begann. Wieder flüchteten die Menschen auf die Straßen. Wieder stürzten Häuser und Brücken ein, schien das Ende der Welt gekommen. Diesmal dauerte das mit 7,4 Punkten auf der Richterskala gemessene Beben rund eine Minute. In Valparaiso brachen vor allem die Häuser zusammen, die schon vom letzten Beben in Mitleidenschaft gezogen waren. Ein Mann starb in den Trümmern. Beim Beben vom 3. März, das eine Stärke von 7,7 aufwies, starben 177 Menschen, mehr als 2000 wurden verletzt; eine Million Chilenen leben seither ohne Dach über dem Kopf. Schlimmer noch: Fast alle leiden unter chronischem Schlafmangel – wachgehalten durch Hunderte von Nachbeben und aus Angst vor dem neuen Schlag.

Nachts kommt die Angst

Unter der Folter des Schlafentzugs – darunter leiden seit den verheerenden Erdstößen vom 3. März die Bewohner der chilenischen Mittelzone. Bis zu durchschnittlich zwei Beben pro Minute versetzen die bebengeschädigte Region zu allen Tages- und Nachtzeiten immer wieder in helle Aufregung. Dreißigmal waren die *Erdschwingungen deutlich zu* spüren, davon viermal mit sechs Grad auf der Richterskala besonders stark. Der Schock sitzt tief. Die Angst kommt aus dem Unterbewußtsein und kann auch vom Verstand nicht gebändigt werden.

Beim geringsten bebenver*dächtigen* Geräusch stürzen sich viele Menschen ins Freie. Besonders in der Nacht, wenn es still und dunkel wird, lauern alle Sinne und machen die Schlaflosigkeit zur Qual. Andere reagieren apathisch. Sie vertrauen der Deckenlampe als „Seismographen". Wird es ein starkes Beben oder können wir liegenbleiben, ist dann die entscheidende Frage. Kinder haben ein festeres Nervengerüst. Sie schlafen auch in diesen Wochen fest.

Empfindlicher wirken sich die widrigen Umstände auf die Tiere in der Landwirtschaft aus: Die Bauern klagen über Fehl- und *Totgeburten ihrer* Zuchtsauen. Trotz der Katastrophe, die das ganze Land in *Atem hält, haben Terroristen* vom „M.I.R." (Movimiento Izquierdizta Revolucionario) nicht von ihrem angekündigten Bombenterror abgesehen. Sie verübten „planmäßig" ihre Anschläge auf Gleise und Elektrizitätsleitungen.

Hoffnungslos bebengeschädigte Häuser müssen aus Sicherheitsgründen von Amts wegen abgerissen werden. Dabei wurden etliche „Amateur-Abreißer" unter den fallenden Mauern begraben. So setzt sich die menschliche und wirtschaftliche Tragödie fort.

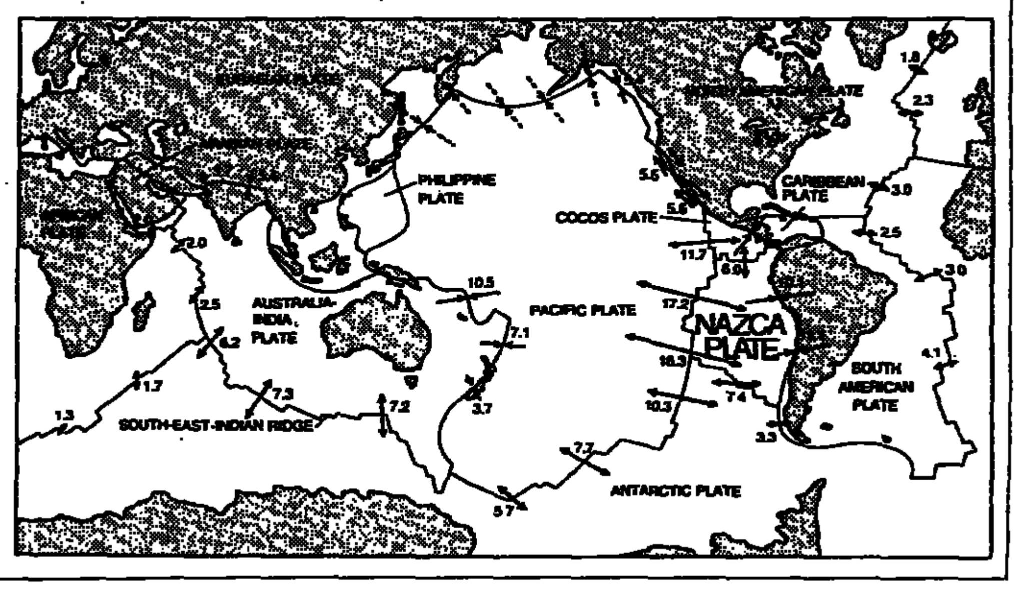
Nur die Familiengerichte haben wenig zu tun, obwohl seit dem 8. April die Schule wieder begonnen hat. Normalerweise müssen sich Richter in Chile zu Schulbeginn „unablässig" mit Alimenten- und Unterhaltszahlungen beschäf*tigen. Dieses Jahr haben auch* vaterlose Familien andere und größere Sorgen.

Die *panische Erinnerung an* den lauen Sonntagabend, als die Erde tanzte, läßt die Chilenen nicht los. Das verzweifelte Gekreische der Frauen und Kinder mischte sich in jenen Minuten mit dem Ächzen der Bäume, dem Krachen der Häuser und fallender Ziegel. Dazu das unausgesetzte dumpfe Dröhnen und Donnern der Erde. Das Ende der Welt schien gekommen.

FLORIAN NEHM



Ein Bild stummer Verzweiflung: Meist bleibt dem Menschen wie hier in Santiago nicht mehr als mit bloßen Händen nach Überlebenden zu graben. *Die Zahlen auf der Karte unten drücken die jährliche Platten-Drift in Zentimetern aus.* FOTO: DPA



„Jede Regierung trifft ein Beben"

Alle Erdbeben – von der unbedeutendsten Erschütterung bis zum explosionsartigen Bersten – entstehen durch dasselbe Phänomen: die Versetzung von Gesteinsmassen entlang Verwerfungen genannter Bruchlinien. Erdgestein besitzt elastische Eigenschaften. Im Laufe der Zeit speichert es entlang einer Verwerfung Spannungsenergie. Elastisches Gestein führt angesammelte Spannung in kleinen Schüben ab, die als kleine, meistens harmlose Beben aufgezeichnet werden. Unelastisches Gestein hingegen kann Spannungen durch Haftreibung jahrelang erhalten und in seiner Ursprungslage verharren. Irgendwann jedoch übersteigt die Spannung den Haftreibungswiderstand – das Gestein bricht. Die angestaute Energie wird in Form von Erdbebenwellen freigesetzt, die sich vom Erdbebenherd aus in alle Richtungen ausbreiten. Dieser Bruchvorgang dauert bei schweren Beben bis zu fünf Minuten. Auch die Nachbeben sind Teil dieser *„Entspannung". Warum bebt* es in Chile?

Hauptursache ist die Entstehung neuen Meeresbodens am Rande der „Nazca-Platte" im Pazifischen Ozean. Entlang der *zentralen Furche des ge*waltigen untermeerischen Rückens dringt heißes, zäh*flüssiges Material* – basaltisches Magma – aus dem Erdinnern auf. Die dabei entstehen*de unaufhörliche* Erdbebentätigkeit auf dem Grund des Meeres wird jedoch nur von empfindlichen Geräten geortet. Vom Wasser des Ozeans gekühlt, erstarrt das aufsteigende Gestein und lagert sich zu beiden Seiten des Rückens an. Vor dem neu entstehenden Meeresboden weicht die riesige Nazca-Platte nach Osten zurück und schiebt sich dabei unter den südamerikanischen Kontinent.

Das chilenische Beben vom 3. März war nach Ansicht der Experten „überfällig". Die sich unter den Kontinent schiebende Platte erzeugt in Chile in Abständen von fünf bis 15 Jahren ein schweres Beben. In Chile, wo jeder Präsi*dent bis 1973 sein Amt sechs* Jahre innehatte, gilt die Volksweisheit: „Jede Regierung *trifft ein Beben.*"

So mußte Präsident Jorge Alessandri 1960 mit dem schweren Beben in Valdivia, mußten die Präsidenten Frei 1965 und Allende 1970 mit ei*nem zerstörerischen* Beben fertig werden. Nun hatte es seit 15 Jahren in Chile nicht mehr so richtig „gewackelt". Damit wuchs mit jedem Tag die Wahrscheinlichkeit eines starken Bebens. Denn: Je mehr sich die Spannung aufbaut, umso verheerender muß die Entladung wirken.

Eine exakte Vorhersage steht noch in den Sternen; und eine prophylaktische dürfte eher ein Chaos heraufbeschwören. Was geschähe beispielsweise, wenn man die Bewohner San Franciscos evakuierte, das Beben aber ausbliebe?

Viel interessanter scheint Geophysikern daher die Möglichkeit, angestaute Gesteinsspannungen künstlich zu entschärfen. Aber noch ist man nicht so weit.

f.n.

Zahl der „wilden Ehen" hat sich vervierfacht

idea, Bonn

Immer mehr meist junge Menschen ziehen es vor, ohne Trauschein zusammenzuleben. Das geht aus einer Untersuchung hervor, die das Bundesinnenministerium für Jugend, Familie und Gesundheit bei *Emnid in Auftrag* gegeben hat. Danach hat sich die Zahl der unverheiratet zusammenlebenden Paare seit 1972 auf jetzt eine Million vervierfacht. Die Analyse ergab, daß Ehe und Familie für die meisten der unverheiratet zusammenlebenden Paare wichtig sind: Nur acht Prozent von ihnen sind grundsätzlich gegen die Ehe. 33 Prozent der Befragten haben fest vor, zu heiraten, bei 38 Prozent ist diese Frage noch unklar. Ehe und Familie gehören für die meisten Paare zusammen. Von denjenigen, die heiraten wollen, wird als wichtigster Heiratsgrund der Wunsch nach einem Kind und einem *richtigen Familien*leben angegeben. Das voreheliche Zusammenleben junger Menschen wird – so die *Umfrage* – *dadurch* erleichtert, daß nichteheliche Lebensgemeinschaften von der Bevölkerung *durchweg akzeptiert* werden. Es gebe kaum soziale Diskriminierungen.

Polizisten verurteilt

rtr, Dillenburg

Wegen Bestechlichkeit und versuchter Erpressung hat das Amtsgericht Dillenburg gestern den 46 Jahre alten Polizeihauptmeister Ernst Manfred Schwenk zu einer *Freiheitsstrafe* von zehn Monaten und Geldbuße in Höhe von 4000 Mark verurteilt. Der *35jährige Polizeiobermeister* Wilfried Metz erhielt acht Monate Haft und 2500 Mark Geldstrafe. Die Freiheitsstrafen wurden zur Bewährung ausgesetzt.

Hilferuf einer Kranken

AP, Frankfurt

Eine junge krebskranke Frau aus einer rheinischen *Klinik* sucht verzweifelt ihre Mutter, die sie gar nicht kennt. Die 26jährige hat Blutkrebs und benötigt, um zu überleben, Knochenmark von einem Blutsverwandten. Gestern abend appellierte die Krebskranke *über den Luxemburger* Fernsehsender RTL plus an ihre Mutter, sich zu melden.

„Christus" als Verweigerer

dpa, Oberammergau

Der 26jährige Oberammergauer Christusdarsteller Rudi Zwink ist als Kriegsdienstverweigerer bei der Gewissensprüfung nicht anerkannt worden. Der Student der Zahnmedizin hatte mit dem Bibelwort „Alle, die das Schwert ergreifen, werden durch das Schwert umkommen" argumentiert und geltend gemacht, als Christ und „Christus" wolle er nie töten lernen.

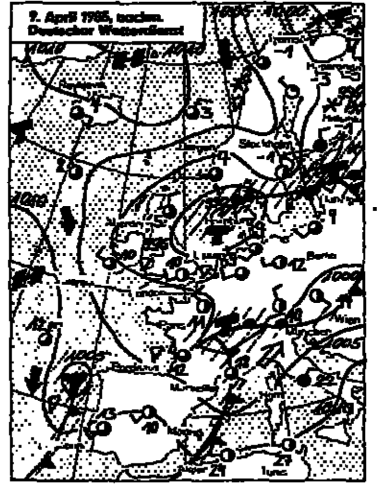
Künstliches Herz

AFP, Stockholm

Im Stockholmer Karolinska-Krankenhaus ist zum ersten Mal in Europa einem Menschen ein künstliches Herz eingesetzt worden. Wie gestern bekannt wurde, soll der Zustand des 50 Jahre alten Patienten zufriedenstellend sein. Weder das Datum der Operation noch der Name des Chirurgen wurden genannt.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Das Tief über Jütland wie auch das Teiltief über der CSSR verlagern sich unter Auffüllung südostwärts. Auf der Rückseite fließt frische Meeresluft nach Deutschland und gestaltet das Wetter wechselhaft.



Vorhersage für Mittwoch:
Am Alpennordrand zunächst noch meist bedeckt und zeitweise Regen. Später hier wie bereits in den anderen Gebieten wechselnd, meist stark bewölkt und gelegentlich Schauer. Tageshöchsttemperaturen 10 bis 15, Tiefsttemperaturen in der Nacht zum Donnerstag um 5 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Wechselhaft, vereinzelt etwas Regen, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	12°	Kairo	26°
Bonn	11°	Kopenh.	6°
Dresden	14°	Las Palmas	16°
Essen	9°	London	10°
Frankfurt	9°	Madrid	10°
Hamburg	9°	Mailand	12°
List/Sylt	4°	Mallorca	20°
München	10°	Moskau	6°
Stuttgart	8°	Nizza	15°
Algier	24°	Oslo	1°
Amsterdam	9°	Paris	11°
Athen	21°	Prag	12°
Barcelona	20°	Rom	22°
Brüssel	10°	Stockholm	-1°
Budapest	18°	Tel Aviv	26°
Bukarest	24°	Tunis	28°
Helsinki	-1°	Wien	14°
Istanbul	°	Zürich	°

Sonnenaufgang* **am Dienstag:** 6.36 Uhr, Untergang: 20.12 Uhr; **Mondaufgang:** 3.18 Uhr, Untergang: 10.12 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Aufgerollt

Heute lebt er mit einer ungarischen Aristokratin in einem Appartment in New York zusammen, in der Nähe der Klinik, in der seine Frau, die Millionenerbin ***Martha „Sunny" von Bülow*** seit über vier Jahren im Koma liegt. 1982 war **Claus von Bülow** von einem US-Gericht des Mordversuchs an seiner Frau für schuldig befunden und zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt *worden. Er soll versucht* haben, die Frau durch Überdosen Insulin zu töten, um seine damalige Geliebte **Alexandra Isles** heiraten zu können. Da dem Gericht ein Verfahrensfehler unterlaufen war, wurde der Prozeß jetzt wieder aufgerollt.

Festgenommen

Sie trat vor allem bei Staatsbesuchen hervor, als manchmal vorwitzige Begleiterin ihres Vaters, des früheren amerikanischen Präsidenten **Jimmy Carter**. Jetzt fand ihr Name auch Eingang in die Polizeiakten. Die 17jährige **Amy Carter** wurde vorübergehend festgenommen als sie in Washington vor der Botschaft von Südafrika gegen Rassentrennung in diesem Land protestierte.

Drei Millionen Dollar für Shipomex

Versenkung der „*Salem*" *größtes Piratenstück in der Geschichte der Handelsschiffahrt*

E. ANTONAROS, Athen

Vier Deutsche zählen zu insgesamt sieben Ausländern, die von einem griechischen Gericht in Piräus bei *Athen in Abwesenheit zu je drei Jah*ren Gefängnis wegen versuchten Versicherungsbetrugs im Zusammen*hang mit dem größten Piratenstück* in der Geschichte der Handelsschifffahrt verurteilt wurden: Der in Libe*ria zugelassene* Supertanker „Salem" (213 928 BRT) war im Januar 1980 von seiner Besatzung vor der Küste des westafrikanischen Staates Senegal versenkt worden, nachdem bisher nicht einwandfrei identifizierte Hintermänner seine Ladung von etwa 179 000 Tonnen Rohöl illegal nach Südafrika verschoben hatten. Anschließend hatten sie versucht, die Versicherungsfirmen zu betrügen.

Die vier Deutschen wurden in der Anklageschrift als Johannes Locks (40), Johann Locks (62), Thomas Locks (38), alle aus Frankfurt, und Hasso Osterkampf aus Kelkheim bei Frankfurt identifiziert. Zusammen mit dem Amerikaner libanesischer Herkunft Fred Soudan, der in einem parallel laufenden Prozeß in Houston (Texas) schuldig gesprochen wurde, und dem Holländer Anton Reidel sollen sie das Piratenstück organisiert haben.

Johann Locks wird darüber hinaus verdächtigt, unter dem Namen Bert Stein die Briefkastenfirma „Shipo*mex" in Zürich gegründet zu haben*, die federführend beim Verkauf derÖlladung nach Südafrika gewesen sein soll. Die Ermittlungen in Griechenland haben ergeben, daß die drei Locks einen Gewinn von etwa drei Millionen Dollar gemacht haben. Zu einer Verurteilung wegen der Schiffsversenkung reichten diese Indizien allerdings nicht aus: Der Staatsanwalt und der Gerichtspräsident bedauerten in der Urteilsbegründung die Tatsache, daß „zahlreiche Beweise" nicht vorhanden zu sein scheinen.

Während des knapp dreiwöchigen Prozesses haben die anwesenden 13 griechischen Angeklagten meist beharrlich geschwiegen. Die interessantesten Angaben stammten vom Heuerbaß Nikolaos Mitakis, der als Hauptangeklagter jede Schuld von sich wies und die Behauptung aufstellte, daß es sich bei der Versenkung der „Salem" nicht etwa um einen Betrugsfall von unbekannten Hintermännern, sondern um ein illegales Geschäft der Erdölgesellschaft „Shell" mit Südafrika gehandelt habe: „Wir hatten mit der Schiffsversenkung nichts zu tun", sagte Mitakis, der zu einer elfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

Die Verteidiger des Holländers Reidel legten dem Gericht zur Entlastung ihres Mandanten zahlreiche Fernschreiben vor, die Reidel während der Einfädelung des Schwindelgeschäfts an die Südafrikaner geschickt hatte. Darin berief er sich wie*derholt auf den SPD-Abgeordneten* und angeblichen früheren Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Hermann Schmidt, der ihm als „enger Freund Südafrikas" die Abwicklung dieses Geschäftes empfohlen haben soll. Gerade diese Angaben machten nach Auffassung der fünf Richter in Athen deutlich, wie unübersichtlich die „Salem"-Affäre tatsächlich ist. Dazu Staatsanwalt Arvanitis: „Wir haben nur einen Teil der Einzelheiten über das größte Piratenstück aller Zeiten erfahren." (SAD)

ZU GUTER LETZT

Irland lacht über die Bankräuberbande, die die ganzen Ostertage brauchte, um sich durch die Unterwelt der Hauptstadt Dublin zu wühlen und am Ende eines 200 Meter langen Tunnels nach Durchbruch in den Tresorraum einer Bank (erhoffte Beute: 20 Millionen) – in der Damentoilette stand. Dies berichtet der SAD.



